

Sitzungsbericht

52. Sitzung der Tagung 1996/97 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Dienstag, den 24. Juni 1997

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 680).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 680).
3. **Spezialdebatte:** Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung - (Fortsetzung).
Redner: Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 680), Abg. Kautz (Seite 682), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 684), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 685), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 687).
Abstimmung (Seite 687).
4. **Spezialdebatte:** Gruppe 5, Gesundheit.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 688).
Redner: Abg. Feurer (Seite 688), Abg. Friewald mit Resolutionsantrag (Seite 690), Abg. Haberler mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 692), Abg. Maier (Seite 698), Abg. Lugmayr mit Resolutionsantrag (Seite 701), Abg. Gruber (Seite 703), Abg. Rosenkranz mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 707), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 710), Abg. Muzik (Seite 712), Abg. Klupper mit Resolutionsantrag (Seite 717), Abg. Dorfmeister-Stix mit Resolutionsantrag (Seite 719), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 719), Abg. Rosenkranz (Seite 720), LR Blochberger (Seite 720), Abg. Dr. Bauer (Seite 721).
Abstimmung (Seite 724).
5. **Spezialdebatte:** Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau, Verkehr.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 724).
Redner: Abg. Muzik (Seite 724), Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 727), Abg. Hrubesch mit Resolutionsantrag (Seite 731), Abg. Gebert (Seite 732), Abg. Dr. Prober (Seite 734), Abg. Kautz (Seite 737), Abg. Preiszler mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 739), Abg. Rupp mit Resolutionsantrag (Seite 743), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 747), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 749).
Abstimmung (Seite 750).
6. **Spezialdebatte:** Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 750).
Redner: Abg. Kurzreiter mit Resolutionsantrag (Seite 751), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 754), Abg. Lembacher mit Resolutionsantrag (Seite 756), Abg. Marchat mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 758), Abg. Schütz mit Resolutionsantrag (Seite 764), Abg. Moser (Seite 767), Abg. Rupp (Seite 774), Abg. Hofmacher (Seite 778), Abg. Keusch mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 780), Abg. Hoffinger mit Resolutionsantrag (Seite 785), Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 788), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 790), Abg. Breininger (Seite 793), Abg. Haberler mit Abänderungsantrag (Seite 798), Abg. Dirnberger (Seite 799), Abg. Marchat (Seite 803).
Abstimmung (Seite 803).
7. **Spezialdebatte:** Gruppe 8, Dienstleistungen.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 804).
Abstimmung (Seite 804).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 9, Finanzwirtschaft.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 805).
Abstimmung (Seite 805).

9. **Spezialdebatte:** Dienstpostenplan 1998.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 805).
Abstimmung (Seite 805).
10. **Abstimmung** über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998 als Ganzes (Seite 806).
11. Schlußworte des Finanzreferenten LR Mag. Freibauer (Seite 806).
12. Schlußworte des Präsidenten des Landtages Mag. Romeder (Seite 806).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 9.00 Uhr*): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Das Protokoll ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und gilt demnach als genehmigt. Ich darf auch der Ordnung halber heute feststellen, daß krankheits- halber der Herr Abgeordnete Sivec, der Herr Abgeordnete Knotzer sowie die Frau Abgeordnete Vladyka entschuldigt sind.

Ich darf dem Hohen Haus ein Geschäftsstück, das heute zuzuweisen ist, zur Kenntnis bringen:

Ltg. 614/A-4/47 - Anfrage des Abgeordneten Ing. Dautzenberg an LH Dr. Pröll betreffend Ausschreibung und Auswahl von Leitungsfunktionen in der Landesverwaltung.

Ich habe am gestrigen Tag, dem 23. Juni 1997, diese Anfrage dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung übermittelt.

Wir setzen nunmehr die gestern unterbrochene Sitzung fort. Die Verhandlungen zur Gruppe 4 werden weitergeführt. Zu Wort gemeldet ist hier die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe das Vergnügen, als erste heute am Morgen hier zu sprechen. Ich hoffe, Sie sind ausgeschlafen und können mir zuhören. Lassen Sie mich gleich auf zwei sehr wichtige Themenbereiche eingehen.

Und zwar das eine Thema ist ein sehr schwerwiegendes Problem, nämlich Jugend und

Drogen und das andere ist die Jugendbeschäftigung. In medias res: Im "Kurier" vom 19. Juni, also vergangene Woche, war zu lesen, "Koks in Kerzen". Die erste Zeile des Artikels lautete: "Auch Jugendliche am Land sind längst nicht mehr vor intensivem Drogenkonsum gefeit, zeigte der NÖ Drogenbericht auf." Daß Drogen eine Gefahr sind und das nicht nur im urbanen Gebiet, sondern auch am Land, ist leider nicht mehr wegzudiskutieren. Sie können am Markt alles finden. Angefangen vom Hasch, Kokain, Heroin und natürlich der bekannten Modedroge Ecstasy, um nur einige wenige zu nennen. Gerade diese Mode- oder Designerdrogen wie Ecstasy sind sehr beliebt. Diese synthetischen Drogen besitzen in der Regel einen um ein Vielfaches höheren Wirkungsgrad als ihre Ursprungspflanzen und das macht auch ihre große Gefährlichkeit aus. Zum anderen haben diese Designerdrogen für die Dealer mehrere Vorteile. Die neu designeten Stoffe sind zumeist noch von keiner Suchtgiftliste erfaßt und ihre Herstellung kann damit nicht geahndet werden. Die hohe Potenz und der im Vergleich geringe Produktionsaufwand gewährleistet den Dealern auch eine hohe Gewinnspanne. Leider entspricht die große Abnahme von Ecstasy unserem Zeitgeist, materiell und emotionell soviel wie möglich so schnell wie möglich zu erreichen und zu erleben. Und vermeintlich gelingt das auch mit Ecstasy. Denn Ecstasy hat eine vitaminartige Wirkung und diese täuscht ein unendliches Reservoir an Leistung vor. Sie werden das sicherlich wissen, die Jugendlichen tanzen in den Raveparties über ihre Leistungsreserven hinaus, es kommt zu einem hohen Flüssigkeits- und Elektrolytverlust, in weiterer Folge zu Kreislaufversagen und in manchen Fällen auf Grund des Schockzustandes zum Tod.

Auch die Exekutive weist bereits darauf hin, daß auf Grund von Drogenmißbrauch sehr, sehr schwere Unfälle passieren. Es gibt aber noch keine ausreichende gesetzliche Grundlage, um diese wirklich zu ahnden. Dennoch gibt es noch immer Menschen, die sich für die Freigabe von Drogen einsetzen. Ich muß Ihnen dazu ein ganz klares Nein sagen. Denn die Freigabe von Drogen, die hält niemanden davon ab, Drogen zu konsumieren. Ganz im Gegenteil! Der Zugang wird erleichtert. Und Drogen, die zu Recht illegal sind, die werden verharmlost.

Unserer Meinung nach besteht die einzige Möglichkeit, Jugendliche wirklich vom Drogenkonsum abzuhalten, in der Vorbeugung. Und die ist allein durch Aufklärung machbar. Denn erst, wenn sie über die Existenz der verschiedenen Drogen

wissen, deren Namen kennen und vor allem deren Wirkung, dann wird es ihnen nicht so leicht fallen bzw. werden sie es sich gut überlegen, ob sie zu einer Modedroge oder zu Hasch, Koks, Kokain, was auch immer, greifen. Denn erst wenn ein Mensch sein sogenanntes "Aha"-Erlebnis hat, dann kann die Erkenntnis folgen, daß Drogenkonsum keine Problemlösung ist. Und daß man dadurch nicht tatsächlich leistungsfähiger wird. Und daß man sie schon gar nicht braucht um "in" oder "cool" zu sein. Die Freigabe von Drogen, und das konnten wir nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in einigen Europäischen Ländern beobachten, die hat das Drogenproblem nicht gestopft, sie hat es nur verstärkt. Und da ist es mir vollkommen unverständlich, daß es noch immer Menschen gibt, die sich hier in diesem Land für Freigabe von Drogen einsetzen. Ich möchte mich auch namens der NÖ Volkspartei vehement dagegen aussprechen.

Drogen sind jedoch nicht das einzige Problem, dem Jugendliche heute gegenüberstehen. Es ist auch die im Bundestrend gesehene steigende Jugendarbeitslosigkeit. Unbestritten ist, daß Veränderungen am Arbeitsmarkt es notwendig machen, althergebrachte Erfahrungen zu überdenken und Bereitschaft zu zeigen, neue Modelle zur Schaffung von Arbeit auszuprobieren. Diese Situation hat vor allem Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop sehr schnell erkannt und hat sehr schnell reagiert. Ihrer Initiative ist es zu verdanken, daß jetzt nach sechsmonatiger Vorbereitungszeit das AMS gemeinsam mit dem Land Niederösterreich das Projekt "Job 2000" zur gemeinnützigen Arbeitskraftüberlassung startet. "Job 2000" soll Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg ermöglichen. Die Unternehmen sollen kurzfristig und kurzzeitig benötigte Arbeitskräfte rasch zur Verfügung haben. So liegt der Vorteil dieses Projektes auf der Hand. Zum einen für Unternehmen, die mit diesem Projekt eine Kostengünstigkeit erreichen, eine kurzfristige Verfügbarkeit von zusätzlichem Personal und auch die Möglichkeit für öffentliche Körperschaften, Dienstpostenpläne zu überschreiten. Für die Leiharbeiter ist das Modell ebenso von Vorteil, weil es dadurch möglich ist, neue Jobs zu finden. Eine Vielfalt an Praxis durch "Jobhopping" zu erwerben und natürlich für eine gewisse Zeit in einem fixen Dienstverhältnis zu stehen.

Ganz kurz möchte ich noch auf die Lehrlinge eingehen. Denn der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit trägt schon nach den ersten Monaten dieses Jahres bereits seine Früchte. So wurden in Niederösterreich insgesamt 807 neue Lehrverträge abgeschlossen. Das sind um 10 Prozent

mehr als im Vergleichszeitraum 1996. Zurückzuführen ist diese positive Entwicklung in erster Linie auf die Bereitschaft der NÖ Wirtschaft, junge Fachkräfte auszubilden, aber auch auf die Maßnahmen vom Land Niederösterreich und dem Arbeitsmarktservice Niederösterreich nach dem Lehrlingsgipfel im Februar dieses Jahres. Auch der Landesverein "Jugend und Arbeit" ist daran beteiligt, daß die Jugendarbeitslosigkeit in Niederösterreich weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Der Verein Jugend und Arbeit wurde 1986 gegründet, damals waren 7.500 Jugendliche in Niederösterreich zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. Heute haben wir 5.200 Arbeitslose im Land. Seit der Gründung des Vereines von Landeshauptmannstellvertreterin Prokop gemeinsam mit den Sozialpartnern wurde für 850 Personen, ich wiederhole, für 850 Personen Beschäftigung oder Ausbildung geschaffen. Das aktuellste Projekt dieses Vereines ist das Projekt "start up". Dabei handelt es sich um ein gemeinnütziges Personalleasing von arbeitslosen Schulabsolventen, um ihnen den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Und das bietet gleichzeitig für Unternehmen erhebliche wirtschaftliche Vorteile.

Besonders erfreulich ist es, daß wir in Niederösterreich in puncto Frauenarbeitslosigkeit - Herr Klubobmann Böhm hat das gestern schon erwähnt - uns eindeutig vom Bundestrend unterscheiden. Während in den Medien der bundesweite Trend ein Steigen der Frauenarbeitslosigkeit erkennen läßt, ist sie in Niederösterreich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr kontinuierlich gesunken. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das ein Steigen der Frauenbeschäftigung in Niederösterreich von 1,3 Prozent im Monat gegenüber dem Vorjahr, oder anders gesagt, ein Plus von 13.000 Frauen mehr in Beschäftigung. Und dazu möchte ich noch sagen, Frau Kollegin Auer, daß dabei geringfügig Beschäftigte nicht mit eingerechnet sind. Ich möchte es noch einmal betonen, weil es wirklich etwas sehr, sehr Erfreuliches ist, daß Niederösterreich das einzige Bundesland ist, in dem die Frauenarbeitslosigkeit zurückgeht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daran ist natürlich auch das neueste Projekt von Frau Landeshauptmannstellvertreterin beteiligt, gemeinsam mit der Wirtschaft verstärkt Teilzeitarbeit anzubieten und Flexibilität der Arbeitszeit nicht nur ein Schlagwort sein zu lassen, sondern Realität. Und zwar zum Wohl der berufstätigen Frauen. Ich denke, daß wir darauf wirklich stolz sein können. Ich denke, daß wir so weitertun sollten.

Bevor ich Ihnen für Ihre frühmorgendliche Aufmerksamkeit danke, möchte ich noch kurz auf die Wortmeldung gestern von der Frau Kollegin Auer eingehen, die gesagt hat, Halbe-Halbe wird belächelt, Versorgungsauftrag aufteilen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, Partnerschaft ist in der Verfassung festgeschrieben, ich stehe auch voll dahinter. Aber ich tu mir schwer, in gerade so einem privaten Bereich wie der Partnerschaft den Staat Eingriff nehmen zu lassen und zu sagen, Mann, jetzt mußt du 50 Prozent staubsaugen und 50 Prozent Wäsche waschen oder sonstige Dinge tun. Ich denke, daß wir Bürger in diesem Land haben, die sehr wohl selbst beurteilen können, wie sie ihre Partnerschaft führen und wie sie sich das zu Hause aufteilen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bei meinem heutigen Thema, der Wohnbauförderung, muß ich, glaube ich, ein bißchen weiter ausholen. Was ist Wohnbauförderung? Warum Wohnbauförderung und wie hat sie sich entwickelt?

Das Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis, das immer da war, leider in früheren Zeiten nicht so ausgeprägt oder nur von wenigen ausgeprägt. Viele wurden verurteilt, in schlechten Wohnungen zu wohnen. Es gab Zeiten, wo in Küche, Zimmer, maximal einem Kabinett fünf bis acht, neun Personen wohnen mußten. Gottseidank ist es heute teilweise umgekehrt der Fall, daß junge Familien eine relativ schöne, große Wohnung haben. Dann geht aus irgendwelchen Gründen die Familie in Brüche und es bleibt eine Person, unter Umständen in einer 70m²-Wohnung zurück.

Das bedeutet aber, daß nicht nur die Qualität angehoben, sondern daß der Wohnungsmarkt dadurch etwas überstrapaziert wurde. Das Ziel der letzten Novellen zur Wohnbauförderung war immer das gleiche: Qualitativ hochstehende Wohnungen für möglichst viele Menschen zu bauen, die es sich auch leisten können. Und dieses Ziel ist größtenteils erreicht worden, bzw. sind wir beim Erreichen dieses Zieles.

Wenn wir von 1994 bis 1996 8.378 Millionen Schilling in den Wohnbau investiert haben und damit fast 61.000 Wohnungseinheiten neu gebaut oder renoviert haben, so hat das nicht nur für den Wohnungssuchenden einen immensen Wert, son-

dern auch für die Wirtschaft. Man rechnet, daß der Wohnbauschilling mit drei, teilweise auch mit vier zu multiplizieren ist und so die Wirtschaft ankurbelt. Vom Schotterabbau bis zum Tischler, vom Maurer bis zum Tapezierer, alle warten auf die Tätigkeiten in der Bauwirtschaft. Nur manche, und das haben wir auch heuer wieder im Frühjahr bemerkt, haben wohl die Aufträge und warten noch immer, bis sie mit Arbeiten beginnen können. Denn es dürfte anscheinend Mode sein: Jammern ist angenehmer als vielleicht in etwas unwirtschaftlichen Jahreszeiten zu arbeiten. Daher ist auch heuer der Bau-Motor Wohnungswirtschaft etwas später angesprungen.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zur Qualität im Wohnbau. Wir haben eine Stufe erreicht, in der die Qualität ein Merkmal ist. Und es ist dadurch ein Markt entstanden. Und ich merke es bei uns im Süden immer mehr, daß Wohnbaugenossenschaften, die nicht ganz den Zug der Zeit erkannt haben, die noch immer so bauen wie vor 20 Jahren, auf ihren Wohnungen sitzenbleiben, weil das Preis-Leistungsverhältnis nicht stimmt. Und Wohnbaugenossenschaften, und hier spreche ich nicht in eine politische Richtung, in beiden politischen Richtungen geht das so, Wohnbaugenossenschaften, die eben wissen, was momentan gefordert ist, denen werden die Wohnungen aus der Hand gerissen.

Aber wir haben ein zweites Problem, das momentan immer mehr und stärker wird. Denken wir daran: Ende der Fünfziger-, Anfang der Sechzigerjahre wurden Wohnungen herausgestampft, um es so zu sagen, um das dringendste Wohnbedürfnis zu befriedigen. Nur, wie waren diese Wohnungen? Wärmedämmung hat es fast keine gegeben, die Wände waren dünn und die Qualität schlecht. Heute sind diese Wohnungen nicht nur renovierungsbedürftig, sondern man muß versuchen, mittels Wärmedämmung die Betriebskosten zu senken. Und das sind 30, 35 Jahre alte Objekte, die Mietzinsreserven sind nicht entsprechend groß. Das heißt, die Renovierung kostet dem Mieter wesentlich mehr als er sich vielleicht leisten kann. Und daher gleich eine Bitte hier angefügt: Wir haben einmal eine Althaussanierung gehabt, die zu 100 Prozent förderungswürdig war. Wir sind jetzt bei der Althaussanierung auf 50 Prozent Förderungswürdigkeit gegangen. Und da kommt es natürlich vor, daß manche Wohnungen dann renoviert werden, danach wohl noch immer alte Wohnungen, aber teurer als eine Neubaubehausung sind. Daher glaube ich, müssen wir nachdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, wieder auf die hundert Prozent Förderbarkeit zu kommen,

oder zumindest auf mehr als 50 Prozent. Um eine Möglichkeit zu schaffen, daß eben die sanierte Wohnung immer noch billiger ist als eine neue Wohnung.

Meine Damen und Herren! Ich darf auch noch ein anderes Problem anschneiden, wo auch mit der Althausanierung etwas geschehen muß. Wir haben Beispiele, wir haben Wohnungen aus der Gründerzeit, die so renoviert werden müßten, wie sie damals waren. Ich nenne nur Lichtenwörth und Marienthal, die alten Arbeitersiedlungen, die renoviert werden mußten, aber in dem Zustand und in dem Aussehen erhalten bleiben sollten, weil sie eben aus der Gründerzeit stammen. Diese Wohnungen sind mit der jetzigen Wohnbauförderung nicht oder nicht so zu renovieren, daß die Mieter sie sich danach auch leisten können. Auch hier müßte man nachdenken, bei der "Nadelburg" in Lichtenwörth etwa, ob man nicht eine Sonderförderung einbauen könnte, um diese erhaltungswürdigen Gebäude so zu renovieren, daß die Menschen darin gerne wohnen bleiben, aber sich auch die Wohnungen leisten können.

Die Frage wird immer wieder hochgespielt von Menschen, die eben nur auf einem Auge blind sind - ich meine hier speziell von "grüner" Seite - daß nur die Wärmedämmung das Non plus ultra ist, und daß nur die erneuerbare Energie das Notwendige ist, um hier in der Sanierung wirken zu können. Ich glaube, alle Energiequellen sind so auszunützen, daß sie am besten für die Betriebskosten wirken und die Maßnahmen - nicht nur die Wärmedämmung allein ist hier schuld - sind so zu setzen, daß die Betriebskosten am günstigsten werden. Und hier, glaube ich, müßte man ansetzen, um ein bißchen mehr auf die Möglichkeiten zu achten und bei der Überprüfung der Renovierungsanträge darauf einwirken zu können. Allein die k-Wert-Berechnung, glaube ich, ist hier zu wenig.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich noch einige wenige Sätze zum Kollegen Dkfm. Rambossek sagen. Vielleicht habe ich die Kritik gestern falsch verstanden, aber Niederösterreich ist das einzige Bundesland, das das Landessechstel zur Wohnbauförderung beisteuert. (*Unruhe bei Abg. Dkfm. Rambossek.*) Vielleicht habe ich es falsch verstanden. Jedenfalls ist Niederösterreich das einzige Bundesland, in dem das Landessechstel noch beigesteuert wird und auch zweckgebunden ist und auch die Rücklagen zweckgebunden sind. Denn in anderen Bundesländern wurden diese Rücklagen frei-

gegeben und daher ist auch die Wohnbauförderung etwas zurückgegangen.

Ich kann nur sagen, das Ziel ist vorgegeben und der Weg dorthin ist der richtige. Und beide Wohnbaureferenten sind wirklich bemüht, dieses Ziel so zu erreichen, daß Wohnungen für Menschen gebaut werden, die sich diese auch leisten können. Wir haben nichts davon, wenn schöne Paläste dastehen, die Wohnungen leer sind und die jungen Menschen vielleicht irgendwo in Zimmer/Küche hausen müssen. Wir haben aber auch nichts davon, wenn wir Wohnungen bauen so a la ehemaliger Ostblock und dann die Wohnungen nicht ankommen, weil sie nicht bedarfsbezogen sind.

Ein weiteres Problem, glaube ich, müßte man noch einmal diskutieren. Es werden teilweise große Flächen aufgeschlossen für zukünftige Wohnsiedlungen. Man müßte überlegen, ob bei Großaufschließungen, wo 400, 500, 600 Wohnungen unter Umständen in den nächsten Jahren entstehen könnten, nicht von Haus aus bei der Flächenwidmung schon mit eingeplant werden müßte, die Nahversorgung auch mit einzubauen. Und wenn große Wohnbauträger so große Anlagen bauen, müßte man sie auch verpflichten können, die Nahversorgung ebenfalls mit einzuplanen, mit einzubauen. Denn dann könnte man auch versuchen, den Verkehr zu mildern. Und wenn heute junge Menschen in Wohnungen einziehen, die werden ja auch älter. Und dann gibt es das Problem mit der Nahversorgung. Mit dem Auto kann man unter Umständen nicht mehr fahren, der Nahversorger ist aber 20 Minuten weit weg. Auch das müßte versucht werden, unter Umständen bei Großaufschließungen mit zu überlegen und mit einzubauen. Unsere Fraktion wird selbstverständlich diesem Kapitel die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Kapitel 4 des Landesbudgets für 1998 mit dem Thema Wohnbauförderung ist das einzige Kapitel, wo sich die Budgetdebatte über zwei Tage erstreckt. Offensichtlich ist auch das Ausdruck für die Wichtigkeit dieses Kapitels. Mein Vorredner hat sich bereits sehr ausführlich mit dem Thema Wohnbauförderung beschäftigt. Ich glaube aber, daß dieses Thema unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land so

intensiv beschäftigt, daß sie auch mir noch gestatten, auf dieses Thema näher einzugehen. Auch in der Generaldebatte hat Landesrat Mag. Edmund Freibauer zum Thema Wohnbau Stellung genommen und dabei bereits einige Grundaussagen getroffen. Als die Regierung am 26. Jänner 1993 das neue Fördermodell für den Wohnbau beschlossen hat, hat es bereits am ersten Tag den Namen seines Begründers erhalten - das Freibauer-Modell. Und es wird auch als solches gerne publiziert. Worin lagen und liegen die Ziele dieses Freibauer-Modells und damit der Wohnbauförderung in Niederösterreich? Erstens in der Minderung der Wohnungsnot durch Verdoppelung der großvolumigen Förderungsleistungen. Die soziale Treffsicherheit sollte deutlich verbessert werden und - ein sehr wesentlicher Aspekt - die familienfreundliche Förderung. Nicht mehr der Lohnzettel alleine soll ausschlaggebend für die Zuerkennung einer Förderung sein, sondern auch die Zahl der Personen, der Kinder, die am Tisch sitzen.

Was haben wir mit dem Freibauer-Modell erreicht? Die Wohnungsnot konnte in weiten Teilen unseres Landes drastisch reduziert werden. Mit 44.000 Wohneinheiten im Einfamilienhausbereich und 22.000 Wohneinheiten im großvolumigen Wohnbau ist es gelungen, seit 1993 bereits 66.000 Wohneinheiten neu zu schaffen. Gleichzeitig wurden in 56.000 Wohnungen Althausanierungsverbesserungen durchgeführt und damit auch die Wohnqualität in diesen Bereichen deutlich verbessert. Diese intensive Förderung im Wohnbau hat nicht nur unseren Familien bessere Wohnungen gebracht, sondern insbesondere auch der niederösterreichischen Bauwirtschaft ein jährliches Auftragsvolumen von 17 Milliarden Schilling. Oder wenn man die gesamte Zeit des Freibauer-Modelles hernimmt, sind es bereits 90 Milliarden Schilling.

Damit ist der Wohnbau der größte Auftraggeber der Bauwirtschaft in Niederösterreich. Die Aufträge konzentrieren sich nicht auf einige Ballungsräume, sondern verteilen sich auf alle Landesteile und üben damit einen sehr positiven Einfluß auf die Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft aus. Auch dem Umweltaspekt trägt das Freibauer-Modell Rechnung und Berücksichtigung. So wurden seit 1993 bereits 11.000 Solaranlagen mit dem Freibauer-Modell gefördert. Eine weitere Ökologisierung des Wohnbaues in Niederösterreich ist im Ausbau und ich hoffe, daß es Landesrat Mag. Freibauer gelingt, in Kürze seine Vorschläge zu präsentieren, und damit auch dem Klimabündnis einen entsprechenden Impuls zu bringen.

Landesrat Mag. Freibauer hat im Bereich der Wohnbauförderung sicherlich hundertprozentige Arbeit geleistet. Und es drängt sich in diesem Zusammenhang auch ein Vergleich in der Regierungsarbeit zwischen einzelnen Regierungsmitgliedern auf. Während auf der einen Seite Landesrat Mag. Freibauer mit Akribie und Genauigkeit seine Leistungen im Bereich des Wohnbaues fortführt und sich damit der Verantwortung im Bereich des Wohnbaues voll bewußt ist, finde ich, ist das im Bereich des Landesrates Schimanek nicht immer so. Und damit möchte ich auf die Aussagen der Freiheitlichen kurz eingehen. Landesrat Schimanek hat uns vor wenigen Tagen hier an diesem Podium erklärt, was PR-Arbeit sein soll, was "Arbeit" ist. Er versteht die Arbeit offensichtlich darin, einen großen Karton Unterschriften als Postbote zu übernehmen, wie er selbst gesagt hat. Und das bezeichnet er als PR-Arbeit. *(Abg. Gratzner: Da haben Sie offenbar überhaupt nichts verstanden von dieser Sitzung!)*

Herr Klubobmann, Du weißt, was Landesrat Schimanek an diesem Pult gesagt hat. Er hat diese Arbeit, diese Leistung als Aufgabe seiner Regierungsfunktion bezeichnet. Für mich gibt es hier eine ganz klare Differenzierung: Der eine arbeitet, der andere macht "PR-Arbeit", wie er es selbst bezeichnet. Aber sicherlich nicht zum Wohle des Landes Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Tu Gutes und sprich davon, sich an diese Methode zu halten, scheint mir gut. Aber nichts zu tun und trotzdem davon zu sprechen ist etwas

viel. *(Abg. Gratzler: Herr Abgeordneter! Was ist denn dann die Werbung des Landeshauptmannes für die Firma "Spar" für festkochende Kartoffeln?)* Jeder, der für die Interessen des Landes Niederösterreich eintritt soll es auch tun und soll es auch laut sagen. Nur, für die Duty free-Shops in Tschechien einzutreten und darüber noch laut zu reden, das finde ich nicht richtig. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Gratzler: Ihr habt eine Broschüre in der Ihr auffordert, Traktoren in Italien zu kaufen! Ihr habt eine Broschüre, in der Ihr auffordert, Kredite im Ausland aufzunehmen, die verteilt Euer Wirtschaftsminister noch immer um Steuergelder!)* Herr Klubobmann, ich bitte Dich, das mit Deinem Landesrat Schimaneck zu besprechen. Vielleicht kann er in dieser Richtung aktiv werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben es nicht nur geschafft, im Wohnbau aktiv zu sein und den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern ausreichende Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Eines ist uns mit diesem Modell auch gelungen - eine deutliche Vereinfachung im gesamten Verfahren herbeizuführen. Die Antragstellung ist einfach, die Wartezeit konnte deutlich verkürzt werden. Und wenn auch bei der Abrechnung nur noch wenige Schritte notwendig sind, so ist das das lebende Beispiel dafür, wie Verwaltungsvereinfachung umgesetzt werden kann.

Ich darf zum Schluß noch einige Worte zur Frage der Rücklage sagen. Hier bin ich mit dem Herrn Kollegen Kautz einer Meinung: Das Bundesland Niederösterreich ist das einzige Bundesland, das bei der Sechstelregelung die Rücklage schafft. Nicht nur die Rücklage, auch die Zinsen aus der Rücklage werden der Wohnbauförderung zugeführt. Die Skepsis, oder wie es der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek gestern ausgesprochen hat, es mache ihn stutzig, daß hier nicht klargestellt sei, ob die Mittel zweckgebunden oder nicht zweckgebunden zu verwenden sind. Die im Rahmen der Wohnbauförderung rückgelegten Mittel sind zweckgebunden und die Sorge, die er hier in diesem Bereich hat, ist sicherlich nicht angebracht. Offensichtlich nimmt der Herr Abgeordnete Rambossek Maß mit seinem Mißtrauen oder seiner Stutzigkeit bei seinem eigenen Landesrat. Beim Landesrat Freibauer können wir sicher sein, daß jeder Schilling, der im Rahmen der Wohnbauförderung für die Wohnbauförderung vorgesehen ist, auch dort seine Anwendung und Zuordnung findet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kapitel Wohnbau im Budget 1998 stellt einen we-

sentlichen Teil der Wirtschaftsbelebung auch im nächsten Jahr dar. Ich freue mich, daß es gelungen ist, in diesem Bereich auch in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß unseren niederösterreichischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausreichende Wohnmöglichkeiten geboten werden und wir werden namens der österreichischen Volkspartei diesem Budgetkapitel gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Vorerst als letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wagner.

Abg. Ing. WAGNER Josef: Sehr verehrte Damen und Herren des Landtages!

Ich möchte ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu unserem System der Wohnbauförderung machen. Was ist die Wohnbauförderung oder die Förderung des Wohnbaues? Es ist eigentlich ein Einkassieren von Mitteln, von steuerlichen Mitteln. Das erfordert einen erheblichen Personalaufwand, aber auch emotionellen Aufwand für die, von denen es einkassiert wird. Dann kommt es zur Verwaltung dieser Gelder, das erfordert einen erheblichen Beamtenaufwand. Und dann kommt es zu einer Vergabe dieser Gelder, das verursacht einen gewissen, wie soll man sagen, Untertänigkeitseffekt derer, die diese Förderungen verwenden wollen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Freilich mußt Du dann untertänig sein. Ich will jetzt nicht persönlich werden. Ich will nur grundsätzliche Gedanken dazu bringen. Ich will niemandem, keiner einzelnen Partei jetzt irgendetwas ans Zeug flicken, sondern ich möchte grundsätzlich eine Überlegung anstellen - und ich glaube, das darf ich ja da - wie sozial oder nichtsozial diese Art des Förderns wirklich ist. Das möchte ich einmal ganz grundsätzlich und gutmütig, vor allem gutmütig betrachten. Und man kann das auch. Man kann zumindest einmal darüber reden. Dazu haben wir da Mikrophone und Du darfst zuhören, und wenn Du redest, darf ich zuhören. Du mußt auch nicht, kannst genauso wie ich ins Wirtshaus gehen.

Grundsätzlich bemerken wir, daß wir sinkendes Masseneinkommen haben und eigentlich immer mehr Verwaltungsverordnungen und immer mehr Barrieren, die alles mögliche behindern. Eine kleine Ausnahme ist vielleicht die Bauordnung, da sind kleine Erleichterungen gekommen. Aber es gibt auch dazu, besonders von der Bauwirtschaft natürlich, bereits schwerste Bedenken.

Ich meine, daß diese Förderung einen irrsinnigen Verwaltungsaufwand erfordert. Und allein die Fremdworte - ich bin auf die Idee erst gestern gekommen, wie der Herr Kollege Dkfm. Rambossek da "losgelegt" hat. Jede der Parteien hier meint, sie ist besonders gut beraten, wenn wir der Förderung... Und jetzt verteilen wir das Geld unglaublich und dann sind wir die Besten und sind "der Papa vom Dienst". Der Bund muß Rücklagen bilden und zum Schluß gibt es ein Wohnbauvolumen, das viel zu gering ist für die Bevölkerung, das viel zu teuer ist für die Bevölkerung, besonders für die kleinen Arbeiter. Also wer von den kleinen Arbeitern kann sich heute noch um 28.000,- Schilling pro Quadratmeter oder um 30.000,- eine Wohnung kaufen, wenn der ehrlich arbeiten geht. Das geht nicht mehr und das wird auch nicht mehr gehen! Das gilt für alle geförderten Wohnungen, die ich mir anschau. Der einzige, der das wirklich begriffen hat, wie das mit der Förderung geht, ist meines Erachtens der Rubel, und ein paar "rote" Genossenschaften haben das auch noch herausgefunden. Aber das ist gut und schön. Sie leisten auch gute Arbeit. Es ist auch klar, daß bei den Förderungen schon der Wille zur Gutmütigkeit da ist. Nur das System selber ist meines Erachtens ein falsches. Es ist eine vollkommen falsch angelegte Strategie.

Wir müssen Zweckbindungen einführen. Wir müssen alle Arten von Restriktionen einführen. Das ganze Förderungsvolumen kann eben nur deswegen existieren, weil es geschützt ist durch steuerliche Barrieren. Die steuerlichen Barrieren, nämlich die Abschreibung: Wenn einer investiert in einen Wohnbau, dann darf er nur zwei Prozent pro Jahr abschreiben. Alles andere muß er einbekennen. Das heißt, wenn er investiert und dann Mieteinnahmen hat, geht er innerhalb der nächsten drei Jahre mit großer Sicherheit, um es populär zu sagen, geht er "neger".

Das heißt, diese Restriktionen in der Besteuerung des freien Marktes, des Wohnbaues führt eigentlich dazu, daß gar keiner auskann, als diese Wohnungen, die gefördert sind, zu bauen. Jetzt haben diese geförderten Wohnungen anhand der ganzen Verordnungen und Gesetze natürlich auch bautechnische Einschränkungen. Von der Wärmedämmung her, von der Raumhöhe her, von der Größe der Wohnung her. Ich sage Euch, in England drüben haben sie Wohnbauten, bei uns würde man es "verdichteten Flachbau" nennen, das sind Millionen von Reihenhäusern, die durchaus auch Arbeitern dienen und den Arbeiterfamilien - die Besseren haben ohnehin ihre einzeln stehenden Großgrundstücke. Und ich

kann nicht einsehen, warum unsere Wohnbauförderung dazu führt, daß derartige Löcher gebaut werden im "sozialen" Wohnbau, sozial unter Anführungszeichen bitte schön. Diese Löcher sind zum Kotzen bitte schön. Was da gebaut wird, 60 Quadratmeterwohnungen noch immer mit Gängen von 1,20 m Breite oder 1,25 m. Da kann ich mir nicht einmal meine Schuhe ausziehen am Gang heraußen. Das Ganze hallt. Warum? Weil auch die Bauordnung dazu neigt, alles einzuschränken. Warum könnte man nicht die Wandstärken und die Flächen zumindest der Stiegen und der öffentlichen Gänge, warum könnte man die nicht herausnehmen aus der Bebaubarkeit des Grundstückes? Dann wird ein jeder Bauherr zwei Meter breite Stiegen und Gänge machen und dann wird man auf einmal wieder ein tolles Wohngefühl auch in einem sozialen Wohnbau finden. Warum müssen solche Schuppen gebaut werden wie dort drüben? Dreh' Dich um, schau Dir das an, ist ja nicht zum Aushalten. (*Abg. Ing. Wagner Josef weist zur Fensterfront.*)

Ich will gar nicht sagen, ich meine, daß die öffentliche Hand keinerlei künstlerische und keinerlei lebensnahe Gefühle entwickelt, wie gebaut werden soll. Wie wenig menschenwürdig die öffentliche Hand den Bau zum Beispiel von Bürogebäuden in St. Pölten sieht, sieht man an den diversen Kritiken hier in diesem schönen Landeshauptstadtgebäude.

Ich möchte dann schön langsam zum Schluß kommen. Ich meine, daß der Ausweg, der langfristige Ausweg aus dieser Misere nämlich in der Beschränkung der Quantität des Wohnbaus und in der Beschränkung auf die Qualität des Wohnbaues liegt. Der öffentliche Wohnbau, der öffentliche soziale Wohnbau ist vom Standard her, der den Einzelnen betrifft, eine einzige Katastrophe. Das ist ein einziger Dreck, was da gebaut wird von uns und was unsere Baumeister zu bauen haben aus lauter Einsparungsnotwendigkeiten. Nur damit sie irgendwie das Grundstück auspressen und auswalken, daß nichts mehr geht. Daß der Plan quietscht vor lauter Sparen.

Ich meine, daß man grundsätzlich langfristig den Wohnbau dem freien Markt überlassen sollte, die Abschreibungsmöglichkeiten freigeben sollte, wahlweise, wie ein jeder das machen will. Die Frage ist natürlich, kann sich der Arbeiter, der normal verdient, der heute, nehmen wir an, 15.000,- Schilling im Monat verdient, kann der sich eine derartige Wohnung, wie sie heute der soziale Wohnbau errichtet, leisten, ohne daß er seine Großmutter ausbeuten oder beerben muß.

Ich sehe nicht, daß er das kann. Ich sehe das nicht, ich kann das nicht sehen. Das können nur "Gestopfte", die schon irgendetwas haben. Aber der kleine Mann kann es nicht, lieber Freund. Die, die Du vertreten solltest, die können es nicht. Und das ist eine Schande. In einem schönen Land wie unserem, mit Frieden, mit einem sozialen Frieden. Warum sollte das nicht möglich sein, daß man dem kleinen Mann einen Standard, einen angenehmen Standard gibt? (Abg. Kautz: *Dann schau Dir bitte die Wohnungen an, wer dort einzieht! Nicht Baumeister so wie Du sondern Arbeiter, junge Leute, die sich freuen, daß sie ein Dach über dem Kopf haben!*) Und die freuen sich? Natürlich - weil sie kein Gefühl dafür haben, daß es vielleicht ein bißchen besser auch noch gehen könnte.

Ich meine, daß der Beitrag, den man vom Gesetzgeber her grundsätzlich zu den Förderungen leisten müßte, der wäre, daß man diese Förderungen letztenendes überhaupt dem freien Markt überläßt. Dann wird das Angebot steigen und die Preise werden mit dem Überangebot herunterfallen auf ein Niveau, das sich der kleine Mann auch leisten kann. Danke schön.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich muß mich leider noch einmal zu Wort melden, weil es ist wirklich bedauerlich, wenn ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei von Schmutzigkeit des Landesrates Schimanek spricht und hier weitere Vergleiche anstellt. Bedauerlich, weil wir es ablehnen, in so einem Niveau hier im Hohen Haus zu diskutieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Bedauerlich, weil ein Abgeordneter, der das behauptet, offensichtlich die Behauptungen in Unkenntnis aufstellt. Ich würde dem Herrn Abgeordneten Hofbauer einmal empfehlen, sich genauer damit auseinanderzusetzen. So zum Beispiel mit dem Schreiben vom 28. März 1996 der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer. Dann würde er die Problematik wahrscheinlich verstehen und nicht derartige unwahre Behauptungen aufstellen.

Ich kann vielleicht auch ein bißchen nachhelfen: Herr Abgeordneter, schauen Sie einmal im Voranschlag auf Seite 297 nach, dann werden Sie sehen, daß hier Wohnbauförderungsmittel mit

einer Größenordnung von 1,5 Milliarden, so soll diese Rücklage Ende 1998 zu Buche stehen, nicht zweckgebunden sind. Und wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß, wenn es um Wohnbauförderungszweckzuschüsse des Bundes geht, wo die Zweckbindung seitens des Bundes auch aufgehoben worden ist, daß das nicht Grund dafür sein darf, daß sie auch im Land Niederösterreich nicht zweckgebunden sind. Diese Gelder dürfen dem Wohnbau nicht entzogen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung kommt nunmehr die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Und ich ersuche daher den Berichterstatter, den diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 13.895,083.000 Schilling und Einnahmen von 6.986,301.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 399,678.000 Schilling und Einnahmen von 328,994.000 Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Sie haben den Antrag gehört. Wir kommen daher zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung): Einstimmig angenommen!

Wir kommen nunmehr zur Gruppe 5. Ich ersuche den Berichterstatter, zu dieser Gruppe Gesundheit, ordentlicher und außerordentlicher Teil sowie ordentlicher Konjunkturausgleichsteil zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): In der Gruppe 5, Gesundheit, werden die Gebarungsvorgänge für Gesundheitsdienst, Umweltschutz, Rettungs- und Warndienste, Ausbildung im Gesundheitsdienst, eigene Krankenanstalten und Krankenanstalten anderer Rechtsträger sowie sonstige Angelegenheiten des Gesundheitswesens verrechnet. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 5.345,881.000

Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 2.256,695.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 11,09 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 131,640.000 Schilling und Einnahmen von 20,590.000 Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsteil kommen hiezu noch Ausgaben von 100,000.000 Schilling. Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Es ist Tradition, daß in der Gruppe 5 die Fragen des Umweltschutzes erörtert werden und ich darf gleich eingangs für meine Fraktion sagen, daß wir natürlich auch in anderen Gruppen viele Maßnahmen für den Umweltschutz setzen, daß wir grundsätzlich der Gruppe 5 die Zustimmung erteilen werden, weil hier wichtige Vorhaben verwirklicht werden können. In einigen Bereichen konnte sogar eine Aufstockung der Ansätze erzielt werden, wie beispielsweise beim Nationalpark Thayatal 1.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich nicht möglich, im Rahmen einer Wortmeldung alle Segmente des Umweltschutzes hier anzuführen. Ich werde mich auf einige Schwerpunkte stützen, wobei hier aus Anlaß der letzten globalen Verhandlungen, wie eben die G 7-Konferenz oder momentan die UN-Konferenz in New York Anlaß sein werden für meine Bemerkungen.

Wenn man die Umweltsituation weltweit betrachtet, dann muß man natürlich sagen, daß wir in Europa eigentlich eine Vorreiterrolle einnehmen und daß selbst am europäischen Beispiel noch gesagt werden kann, daß Österreich und damit natürlich auch unser Bundesland hier einen Quantensprung besser ist als die anderen europäischen Nationen. Das ist, glaube ich, gerade in diesen Tagen über die Presse deutlich geworden. Bereits in den siebziger Jahren wurden die ersten Berichte über die drohende Rohstofferschöpfung und über die Notwendigkeit der Reduzierung der Emissionen bis schließlich zur Null-Emission von der Wissenschaft verfaßt und es war beispielsweise der Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums, der bereits 1972 für Aufregung sorgte. Und in diesem Bericht wurden die Gefahren des ungebremsten Bevölkerungswachstums, der ungehinderten industriellen Entwicklung, des Verbrauches natürlicher Rohstoffe,

der laufenden Umweltzerstörung und des Nahrungsmittelmangels aufgezeigt.

Meine Damen und Herren! Heute, 25 Jahre nach Erscheinen des Berichtes sind viele dieser Grenzen für uns deutlicher geworden. Wir stellen fest, daß das Wachstum in den westlichen Industriestaaten auf ein bescheidenes Maß zurückgegangen ist und die damalige Hypothese über den Treibhauseffekt längst zur Wirklichkeit geworden ist. Das heißt, die Klimaveränderung hat schon begonnen. Das gilt für weite Teile Afrikas, das gilt aber auch für die südeuropäischen Staaten, wo die Existenz von hunderttausenden Bauern heute durch die Trockenheit gefährdet ist, weil eben in den letzten 10 Jahren viel zu wenig Regen gefallen ist. Es gilt daher, global dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Ich sagte schon eingangs, daß wir in Österreich eine viel günstigere Situation vorfinden, weil wir gerade hinsichtlich des Wasserhaushaltes zu den reichsten Ländern Europas zählen. Pro Kopf aufgerechnet sind eigentlich nur Schweden und Island in einer besseren Situation als Österreich.

Es waren in den Industriestaaten vor allen Dingen die Umweltbeeinträchtigungen in den letzten 40 Jahren, die uns zu schaffen machen. Vier Fünftel des Wachstums in der Industrie fanden in diesem Zeitraum statt. Und dieses Wachstum war natürlich auch damit verbunden, daß ein stärkerer Verbrauch fossiler Energieträger eingesetzt hat. Tourismus, Intensivierung der Landwirtschaft, die wachsende Verkehrslawine und das Bauwesen verstärkten diese Tendenzen. Die Entwicklung führte zu einer Bedrohung der Ökosysteme, aber auch der Gesundheit der Menschen.

Österreich erkannte sehr frühzeitig diese Gefahren. Bereits 1984 wurde der umfassende Umweltschutz in der Bundesverfassung verankert und es wurden seither viele wirksame Umweltprogramme in Österreich, aber auch in unserem Bundesland durchgeführt. Ich gehöre diesem Haus schon 13 Jahre an. Ich erinnere mich sehr genau an die Zeit Ende der achtziger Jahre, anfangs der neunziger Jahre, als wichtige Gesetze hier vom Landtag im Sinne des Umweltschutzes verabschiedet wurden. Und das Erfreuliche dabei, daß wir hier immer wieder Kompromisse gefunden haben und die meisten dieser Gesetze auch einstimmig beschlossen worden sind. Meine Damen und Herren! Das kann uns aber nicht davor bewahren, daß wir im Sinne des Umweltschutzes weitermachen müssen. Und wenn wir unsere Stimme weltweit erheben wollen, dann müssen

wir natürlich in erster Linie vor unserer eigenen Haustüre für Ordnung sorgen.

Im Bereich der Luftreinhaltung können wir heute feststellen, daß die Schwefeldioxidbelastung im großen und ganzen rückläufig ist. Es kommt natürlich noch immer zu Immissionsereignissen. Vor allen Dingen dann, wenn unsere eigenen Emissionen mit ausländischen Schmutzfahnen zusammentreffen. Die meisten Überschreitungen werden diesbezüglich in Niederösterreich bei der Meßstelle Hainburg registriert. Anders ist schon die Situation bei den Stickoxiden. Hier sind wir selbst verantwortlich, denn 67 Prozent der Stickoxide werden durch unseren eigenen Straßenverkehr in Niederösterreich verursacht. In verschiedenen Studien wird aber angeführt, daß vor allen Dingen durch den geregelten Katalysator, den geringeren Treibstoffverbrauch durch gezielte Motoroptimierung hier mit einem Rückgang der Luftschadstoffemissionen bis 2005 in beträchtlichem Ausmaß gerechnet werden kann. So wird beispielsweise prognostiziert, daß der Ausstoß von Kohlenmonoxid 50 Prozent zurückgehen wird, Schwefeldioxid 18 Prozent, Stickoxid 38 Prozent, Kohlenwasserstoff 56 Prozent.

Im Gegensatz zum Verkehrsbereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo ein deutlicher Rückgang der Emissionen zu erwarten ist, muß bei den stationären Quellen, insbesondere bei den Kleinverbrauchern, beim Hausbrand, noch ein Konzept entwickelt werden. Es ist heute hier schon angeschnitten worden, daß natürlich nach dem Krieg es wichtig war, ein Dach über dem Kopf zu haben, aber daß halt auf die Wärmedämmung damals nicht entsprechend Rücksicht genommen wurde. Wir haben einen großen Alwohnungsbestand, der nur mit 25 cm starken Ziegelmauern ausgestattet ist. Und hier gilt es einfach, einen Qualitätsschub hinsichtlich der Wärmedämmung herbeizuführen. Und Statistiken und Studien beweisen, daß hier ungefähr ein Drittel des Energieverbrauches durch Wärmedämmung und Heizungsoptimierung eingespart werden könnte. Und es ist daher ein riesiges Einsparungspotential auf diesem Gebiet gegeben, das, wie ich meine, auch genutzt werden sollte. Es betrifft vor allen Dingen den Wohnungsbestand, aber wir haben auch dafür zu sorgen, daß im Wohnungsneubau diese Erkenntnisse hinsichtlich der Wärmedämmung angewendet werden. Es ist nur so, daß wir momentan feststellen müssen, daß in der Gegenwart natürlich die Energiepreise wesentlich geringer gestiegen sind als die anderen Wohnungskosten. Und daher fehlt momentan der Anreiz für

den Investor, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Und wir hätten eigentlich darüber nachzudenken, wie man eine verstärkte Akzeptanz in Richtung Wärmedämmung und Heizungserneuerung setzen könnte.

Ein weiterer Punkt im Energiebereich wie ich meine ist, daß wir nun endlich zu vernünftigen Einspeisetarifen bei erneuerbaren Energiequellen kommen. Ich war selbst mit dem Herrn Landesrat Blochberger in dieser Frage in verschiedenen Diskussionen mit beteiligt. Und ich glaube, es sollte wirklich zum Ziel gesetzt werden, daß wir für diese erneuerbaren Energien wie Photovoltaik, aber auch die Windkraft hier zu einer vernünftigen Lösung mit der EVN kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf noch hinweisen, daß im Energiebericht 1996, der an den Landtag bereits ergangen ist, aufmerksam gemacht wird, daß ein niederösterreichisches Energiekonzept für das zweite Quartal 1997 an den Landtag vorgelegt werden sollte. Es sind nur mehr wenige Tage, dann ist dieses zweite Quartal zu Ende. Und ich hoffe, daß dieses Konzept rechtzeitig erfolgt. Und vor allen Dingen auch, daß hier wirklich Maßnahmen gesetzt werden, die auch die Ziele des Umweltschutzes in der Energiepolitik Niederösterreichs beinhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns, glaube ich, einig, daß die Energiefrage zweifellos eine Schlüsselfrage für die Volkswirtschaft, aber auch für die zukünftige Umweltpolitik bedeutet und daher kommt ihr vorrangige Priorität zu. Ein Beispiel soll hier vielleicht die Wichtigkeit der Energiepolitik veranschaulichen. Rechnet man den niederösterreichischen Energieverbrauch in menschliche Arbeitsleistung um, so ergibt sich ein Äquivalent von rund 285 Millionen Menschen. Oder anders gesagt, auf jeden Niederösterreicher kämen 190 unsichtbare Sklaven. Das heißt, daß ohne gesicherte Energieversorgung unser Wirtschaftssystem in dieser Bonität keineswegs aufrecht erhaltbar wäre. Es geht natürlich darum, daß wir diese Energiepolitik so gestalten, daß auch die Umweltpolitik nicht zu kurz kommt. Und hier ist natürlich der Hauptaugenmerk auf die Nutzung fossiler Energieträger und auf das Weltklima zu richten.

Als Antwort auf diese umweltpolitische Problemstellung wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im sogenannten "Brundlandreport" geprägt. Dieser Report geht davon aus, daß die Bewertung von Maßnahmen dahingehend erfolgen soll, inwieweit die Entwicklung auf Dauer tragfähig ist, ohne die Bedürfnisse und Ressourcen

cen nachfolgender Generationen zu beeinträchtigen. Und auf den Punkt gebracht bedeutet das, daß die Kernaufgabe dabei der Ausgleich zwischen den Interessen im Sinne der Wirtschaft, des sozialen Friedens und der Ökologie ist. Und dieser Interessensausgleich, glaube ich, muß auch im Rahmen der NÖ Energiepolitik gewahrt bleiben. Und daher ist unser Leitbild diesbezüglich auf diesen Grundsätzen aufzubauen. Das heißt aber, Energiepolitik darf nicht für sich alleine gesehen werden, sondern es sind alle Maßnahmen am Energiesektor eng mit den Bereichen Siedlungsentwicklung, Verkehr und Wirtschaft zu verknüpfen. Meine Damen und Herren! Ich habe es schon erwähnt, ich halte es für eine wichtige Aufgabe, dieses niederösterreichische Energiekonzept in nächster Zeit zu beschließen, damit hier klare Linien vorgegeben werden, wie die weitere Entwicklung in Niederösterreich erfolgen wird.

Erlauben Sie mir abschließend noch kurz auf die Restmüllverbrennung einzugehen. Wir haben ja im Rahmen der EVN hier eine Studie ausgearbeitet und seit Sonntag ist es auch klar, daß die Bevölkerung von Zwentendorf akzeptiert, daß Zwentendorf der geeignetste Standort für eine Müllverbrennungsanlage in Niederösterreich ist. Und ich glaube, es ist hier wirklich der Überzeugungsarbeit unseres Bürgermeisters von Zwentendorf zu gratulieren, der nicht nur 72 Prozent der Bevölkerung zur Stimmabgabe gebracht hat, sondern es ist auch eine überzeugende Mehrheit für einen Verbrennungsstandort Zwentendorf mit 74 Prozent daraus hervorgegangen.

Es gilt jetzt, und das war eigentlich immer der Standpunkt der Sozialdemokraten, die Verbände, die Müllbeseitigungsverbände in Niederösterreich für dieses Projekt zu gewinnen, möglicherweise auch eine Beteiligung der Verbände sicherzustellen. Und wenn die Umweltverträglichkeitsprüfungen positiv erledigt werden, dann könnte etwa in zwei bis drei Jahren mit diesem Projekt begonnen werden und somit eigentlich eine Inbetriebnahme ab 2004 als realistisch angesehen werden. Es liegt aber jetzt, glaube ich, wirklich an den Verbänden, sich zu entscheiden, ob sie bei diesem AVN-Projekt mitmachen oder nicht. Und das wird also die Aufgabe des Landesrates Blochberger sein, diese Entwicklung auch wirklich zu einem Abschluß zu bringen.

Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht nochmals ganz kurz die fünf Forderungen anschnitten, die für die niederösterreichische Umweltpolitik aus diesem Segment, das ich heute

hier angesprochen habe, von Wichtigkeit sind. Das ist erstens einmal die Vorlage eines Berichtes, wie weit das Land Niederösterreich die gesteckten Ziele, Toronto-Ziel und Klimabündnis-Ziel, auch erreichen wird. Ich habe in dieser Hinsicht bereits mit dem Kollegen Dr. Michalitsch einmal einen Antrag hier gestellt und es wäre glaube ich notwendig, daß wir in nächster Zeit hier wieder einen Bericht an den Landtag bekommen.

Der zweite Punkt ist der, daß es einer Initiative bedarf, wirklich attraktive Einspeisungstarife für die alternativen Energiequellen zu bekommen in Niederösterreich. Der dritte Punkt ist die Vorlage des angekündigten niederösterreichischen Energiekonzeptes. Vierter Punkt: Anreize für die bessere Wärmedämmung im Wohnbau und Heizungsoptimierung. Und schließlich fünftens, daß wir hinsichtlich der Restmüllverbrennung, wie bereits hier angeschnitten, weiterkommen. Daß wir vor allen Dingen auch eine Lösung gemeinsam mit den Müllbeseitigungsverbänden in unserem Lande herbeiführen. Wie eingangs bereits erwähnt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird die sozialdemokratische Fraktion der Gruppe 5 die Zustimmung erteilen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren des Landtages! Umwelt, Umweltschutz, ein Schlagwort? Nein, mehr als das. Gelebte Politik eigentlich in Niederösterreich. Wie bereits mein Kollege Feurer festgestellt hat in verschiedensten Fakten oder Aufzählungen, welche Aktivitäten in unserem Staat bzw. in unserem Bundesland im Bereich des Umweltschutzes hier umgesetzt wurden, sie sind beispielhaft in diesem Europa. Ich glaube, auf das können wir ohne weiters auch stolz sein. Und wenn sie heute hier, oder gestern schon, im Foyer eine Ausstellung unserer Umweltberatung miterleben können, sich dort informieren können, dann kann man auch feststellen, daß gerade das Bewußtsein, das Bewußtmachen, Umwelt zu bewerten, sie dementsprechend auch zu sehen, zu achten, ein wesentlicher Faktor ist, der uns hier hilft beim Umsetzen einer vernünftigen Umweltpolitik. Gerade die Aktivitäten im Bereich unserer Jugend, beginnend von den Kindergärten hin bis zu den Schulen zeigen, daß dieses Bewußtmachen sehr viel im Laufe der Entwicklung bewirkt und auch viel mehr lösen wird als strenge Verordnungen und Gesetze. Denn wenn der Mensch danach lebt, dann ist er auch bereit,

Dinge zu akzeptieren und freiwillig manches zu überlegen ohne großen Kontrollapparat und Aufwand.

Und diese Richtung der Politik ist, glaube ich, eine der wichtigsten. Eine Entscheidung, ein Weg, der in die richtige Richtung führt. Den Landeshauptmann Dr. Pröll als Umweltreferent bereits im Land Niederösterreich begonnen hat, der fortgesetzt von Landesrat Blochberger wirklich zukunftsweisend für dieses Europa ist, in das wir uns als Vorreiter einbringen können.

Darüber hinaus haben wir mit den Gemeinden in Niederösterreich den größten Investor im Bereich des Umweltschutzes. Die Gemeinden sind es, die die Kanalstränge, die Kläranlagen bauen, darauf abzielen, die Wasserqualität in diesem Land nicht nur zu erhalten, sondern zu verbessern. Die gleichzeitig aber auch dadurch einen nicht zu verachtenden Wirtschaftsfaktor darstellen. Gerade die Wasserqualität in unserem Land ist eine Qualität, die wir auch bewerten sollten. Wir sollten uns nicht scheuen davor, auch mit gewissem Stolz darauf zurückzublicken, daß wir hier Verbesserungen bereits erreicht haben und nach wie vor eine Wasserqualität haben, die es in diesem Europa kaum gibt. Jeder von Ihnen, ob er von Brüssel, über Paris durch diese Städte Europas kommt, wird sich daran erinnern, daß bei den Wasserhähnen nicht einmal, sondern sehr oft steht: "Kein Trinkwasser!". Denken Sie darüber nach, daß hier in unserem Land dieses "kein Trinkwasser" eigentlich kein Thema ist? Wir haben zu gut 99 Prozent in unseren Wasserleitungen qualitativ hochwertiges Trinkwasser. Darauf sollen wir auch mit Stolz blicken. Wir sollten nicht im Zuge einer polemischen Diskussion im politischen Bereich Verunsicherung betreiben. Ja, ich würde es als Scharlatanerie bezeichnen, wenn hier so manche durch das Land reisen, Wasseruntersuchungen vornehmen, nur um Gemeindepolitiker eigentlich ins Kriminelle zu rücken, ohne daß dabei eine begleitende Überprüfung dieser Wasserkontrolle erfolgt. Und einige dieser Organisationen sind ja bereits nachweislich verurteilt, weil sie nicht nur Verunsicherung betrieben haben, sondern auch kriminelle Geschäftstätigkeit. Hier hat die Politik sicherlich auch die Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß es nicht zuletzt durch das Engagement des Landes möglich war, eine flächendeckende Wasserversorgung in diesem Bundesland zu erreichen und somit jeder Mensch die Möglichkeit hat, das Wasser aus seinem Hahn zu genießen.

Die Abfallwirtschaft ist ein Thema, das in den letzten Jahren lange Diskussionen auch hier in diesem Hohen Haus verursacht hat, aber mit dem Abschluß der Abstimmung in Zwentendorf kann man sagen, es war der richtige Weg. Eine Richtungsentscheidung wurde in diesem Landtag gefällt, die auch von der Bevölkerung akzeptiert wird. Ja, darüber hinaus auch dort von der Bevölkerung akzeptiert wird, wo diese Anlage errichtet wird. Und nicht nur nach dem Floriani-Prinzip, gefallen würde es mir schon, aber nur, woanders soll es stehen. Nach diesem Motto wird nur in St. Pölten gelebt, aber nicht in Zwentendorf. Ich darf auch an dieser Stelle den Menschen, die entsprechend agiert haben, danken. Die nicht nur oberflächliche Betrachtungsweisen walten lassen, sondern sich in der Sachproblematik und Argumentation sehr wohl die Dinge erklären ließen und sich damit beschäftigten. Eine konsequente und zielorientierte Arbeit in dieser Umweltpolitik hat uns zum Erfolg geführt. Ich glaube, es ist auch notwendig, in diese Richtung weiter zu handeln.

Die Abfallwirtschaft, ein Thema, das in den vergangenen Jahren nicht so gesehen und nicht so behandelt wurde, ja sehr oft vielmehr eigentlich nach dem Motto gelebt wurde, eine Grube her, wir schmeißen alles 'rein und damit ist es erledigt, macht uns heute noch zu schaffen. Wir erleben die Problematik unserer Altlasten. Wir erleben ganz einfach, daß das Nicht-Bewußtsein von damals sich heute rächt. Und wir haben gerade im Bereich einer Deponie immer wieder Diskussionen über die Frage der Sanierung bzw. der Räumung. Und ich darf mir deshalb erlauben, einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Friewald und Feurer einzubringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Friewald und Feurer zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Sanierung der Fischer-Deponie.

Mit Schreiben vom 12. September 1994 des damaligen Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (wiederholt mit Schreiben vom 15. September 1994) wurde den zuständigen Organen des Bundeslandes Niederösterreich die Weisung erteilt, im Zusammenhang mit der Fischer-Deponie ohne zusätzliche Erkenntnis vorerst nicht von Gefahr im Verzug auszugehen und keine auf eine solche Annahme gestützten Maßnahmen zu treffen bzw. vor weiteren maßgeblichen Schritten dem vorher genannten Ministerium zu berichten

bzw. mit dem zuständigen Ressort in der bisher gewohnten Weise das Einvernehmen zu pflegen.

In der Zwischenzeit wurde an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mit dem Ersuchen um Überprüfung der Weisung herangetreten. Daraufhin erteilte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft der NÖ Wasserrechtsbehörde den Auftrag, Erhebungen vorzunehmen. Durch diese Erhebungen sollte insbesondere klar gelegt werden, ob sich an der seit September 1994 erfolgten Einschätzung der Sach- und Rechtslage eine Änderung ergeben hat. Die diesbezüglichen Erhebungen sind derzeit im vollen Gange.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Das zuständige Mitglied der Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für den Fall, daß sich durch die derzeit laufenden Erhebungen im Sinne der Antragsbegründung eine Änderung der Sach- und Rechtslage ergibt, für eine Überprüfung der bisherigen Weisung einzutreten."

Meine geschätzten Damen und Herren! Gerade die Diskussion in dieser Abfallwirtschaft, in diesem Bereich, ist eine Diskussion, die wir nicht nur in einer Gemeinde, nicht nur an Hand einer Fischer-Deponie, nicht nur an Hand einer Berger-Deponie erleben, sondern die wir eigentlich zu hunderten in diesem Land haben. Wir wissen es, es ist im Bewußtsein vorhanden und wir haben auch die Aufgabe, diese Dinge zu lösen. Wir haben die Aufgabe, diese Dinge aber mit Maß und Ziel auch unter wirtschaftlichen Aspekten gesehen und unter dem Aspekt eines Gefahrenpotentials gesehen, entsprechend zu behandeln. Es kann aber nicht Aufgabe der Politik sein, daß man einen Bescheid erläßt, einer Gemeinde die Räumung quasi auferlegt, gleichzeitig auf der anderen Seite sagt, Gefahrenpotential ist nicht vorhanden, Prioritätenkatalog Klasse 10, Geld gibt es für die Sanierung nicht. Aber die Gemeinde hat den Bescheid, sie soll das durchführen. Auf der anderen Seite ist das Ergebnis, wenn die Gemeinde das durchführt, kann sich der Bürgermeister auch gleich ins Gefängnis setzen wegen fahrlässiger Krida, weil er sich das nicht leisten kann. Das heißt, wir sind auch hier aufgefordert, darüber nachzudenken, die Dinge nach dem Gefahrenpotential abzuschätzen, und die Dinge nach Maßgabe der Möglichkeiten zu regeln. Ich glaube, in diesem Bereich haben wir Diskussionspotential

und Entscheidungsbedarf. Um denen, die eigentlich gar nichts dafür können - weil der ist oft erst Bürgermeister seit einem oder zwei Jahren, und vor 30 Jahren ist die Situation entstanden - auch zu helfen. Das ist sicherlich eine Aufgabe für die Zukunft. Und hier gibt es bereits ein Versuchsprojekt, das im Laufen ist. Und ich glaube, daß Landesrat Blochberger mit dem Projekt in Reidling einiges aufzeigen kann, wie man hier Ansätze findet, um auch diese Dinge im machbaren Bereich zu lösen. Und somit ist für viele Gemeinden ein Ansatz vorhanden, der für die Zukunft auch Lösungen so manchem anderen bieten kann. Ich glaube, daß ein Weg des Handelns, ein Weg des Arbeitens das Vernünftigste ist. Und wenn wir in Niederösterreich auf Ergebnisse zurückblicken, dann nur deshalb, weil hier gearbeitet und gehandelt wurde und nicht nur gesprochen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die beiden Vorredner haben einiges skizziert, was ich unterschreiben kann. Nämlich, daß im Bereich der Umweltpolitik im Landtag über manche Bereiche sehr wohl die Sachlichkeit und nicht die Polemik herrscht. Das stimmt. Und es wäre fürwahr sehr wichtig, in Zukunft diesen Weg auszubauen. Aber ich komme noch dazu, denn umsetzen kann der Landtag eben viele Dinge nicht. Das müßte das zuständige Mitglied der Landesregierung machen.

Worum geht es in Wirklichkeit? Umweltschutz ist nicht eine Sache, irgendwo bestehende Ressourcen wie Wasser zu bewahren, wie es der Kollege Friewald schon ausgeführt hat. Umweltschutz ist auch eine ungeheure Chance für dieses Land. Eine Chance in die Richtung, daß man der Bauernschaft, der etwa in Niederösterreich in den letzten Jahren durchschnittlich pro Jahr 5.000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind, daß man hier neue Perspektiven anbietet: Erneuerbare Energien, Biomasse. Aber Umweltschutz und Umweltpolitik ist auch eine sehr arbeitswirksame Politik oder könnte es sein in diesem Land. Indem man eine Kleintechnologie schafft, die qualifizierte Arbeitsplätze auf der einen Seite, und einfachere Arbeitsplätze im Produktionsbereich auf der anderen Seite schaffen könnte. Und kluge Umweltschutzpolitik in Niederösterreich könnte das immense Handelsbilanzdefizit, das wir österreichweit haben und das alleine in Niederösterreich mit über fünf Milliarden

Energieimporten pro Jahr, fossile Energieträger, Strom usw. zu Buche schlägt, könnte dieses fünf Milliarden deutlich reduzieren.

Ich sage bewußt, Herr Kollege Friewald, "könnte". Denn im Landtag herrscht gerade im Bezug auf diese erneuerbaren Energieträger immer wieder eine gewisse Einhelligkeit. Ich darf nur erinnern etwa an die Anträge, die wir hier gemeinsam einstimmig beschlossen haben: 9. November 1995 Hackschnitzelheizungen, Förderungen - einstimmig beschlossen. Stichwortartig: Am 6. Dezember 1995 wurde ein Antrag zur Förderung von alternativen Energieträgern einstimmig beschlossen. Und dann gab es im Jahr 1996 die Aufforderung an den Landesrat Blochberger, nachdem wir im Landtag draufgekommen sind, daß er in Wirklichkeit zwar zuschaut, wie die eigene Partei konstruktiv mitarbeitet, wie der gesamte Landtag Beschlüsse faßt in diesem Haus, aber selbst ganz einfach hergeht oder sich herausnimmt, diese Beschlüsse in keiner Weise umzusetzen, keinen Handgriff in diese Richtung macht. Und deshalb hat der Landtag dann, einstimmig wieder, mit Fristsetzung 30. Juni 1996 den Herrn Landesrat aufgefordert, ein Energiekonzept für ganz Niederösterreich vorzulegen betreffend erneuerbare Energie, Gesamtkonzept für Niederösterreich. Der Herr Landesrat hat sich dann erfrecht - das sage ich jetzt ganz offen, Herr Landesrat Blochberger - herzugehen und irgendeinen Plan vorzulegen, wo er 1997 ein bißchen etwas vorhat zu machen, 1998 was vorhat zu machen. Und in der Zwischenzeit passiert genau das, was ich vorher skizziert habe, genau das Gegenteil! Es sperren die Bauern zu, der Druck auf den Arbeitsmarkt steigt. Es beginnen die alternativen Energieträger, oder jene Leute, die dort investieren wollen, ins Ausland oder in benachbarte EVUs abzuwandern. Ich darf etwa an die Firma Hartlauer erinnern, die der erste Energieflüchtling sozusagen ist, die sich südlich von Wien im Gebiet der "Wien-Strom" angesiedelt haben, weil ganz einfach die EVN in Niederösterreich nicht bereit ist, lukrative Bedingungen für Einspeistarife zu bieten. Das ist das Problem, das wir in Niederösterreich haben. Und dieser zuständige Landesrat steht mit dieser Energiemafia ganz einfach in einem Pakt in diesem Land. Das ist auch eine Tatsache, und das ist eine Energiemafia! (*Abg. Dr. Prober: Das stimmt doch nicht bitte!*)

Wenn man sich anschaut, Herr Kollege Prober, wenn man sich anschaut etwa die OKA, die auch ÖVP-nahe geführt wird in Oberösterreich. Die garantieren auf 15 Jahre Einspeistarife. Der Landtag kann machen was er will, der Land-

tag kann beschließen was er will, die ÖVP kann mitbeschließen was sie will, der Herr Landesrat Blochberger ist an diese Beschlüsse nicht gebunden. Der sitzt da, schimpft dagegen, dann geht mit 56:0 der Antrag durch. Bis heute ist nichts passiert. Das ist ganz einfach die Tatsache im Bereich der erneuerbaren Energieträger. Die Bauern werden vernichtet in diesem Land, für dieses Ressort ist er ja auch noch zuständig, da wird der Kollege Marchat und werden andere Kollegen noch Stellung nehmen, Arbeitsplätze, die geschaffen werden könnten zu Tausenden, wenn man es konsequent über Jahre programmatisch durchzieht, werden nicht geschaffen. Und in Wirklichkeit steigt der Anteil der fossilen Energieträger. Das heißt, wir entfernen uns immer weiter und weiter vom Toronto-Ziel in diesem Land. Umgekehrt importieren wir natürlich auch in zunehmendem Ausmaß immer mehr Atomstrom. Von den Importen sind es bereits über 20 Prozent in Niederösterreich und österreichweit, die durch Atomstrom abgedeckt werden. Das ist ganz einfach der Erfolg, oder, um es richtig auszudrücken, der Mißerfolg, der bewußt erwirtschaftete Mißerfolg des Herrn Landesrates Blochberger in diesem Land.

Ich stelle daher den Antrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Einspeiseregulierung für erneuerbare Energien.

Um die Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle zu reduzieren und somit zum Abbau des Handelsbilanzdefizits beitragen zu können, ist es erforderlich, erneuerbare Energien, wo immer möglich, zu fördern. Dies ist nicht nur eine wirtschaftspolitische Aufgabe, sondern trägt auch zur rascheren Erreichung des sogenannten Toronto-Zieles (Reduktion des CO₂-Ausstoßes) bei. Um Investoren und Betreibern im Bereich neuer Energietechniken eine größtmögliche Rechtssicherheit zu gewähren, ist eine landesweit einheitliche Einspeiseregulierung erforderlich. Die NÖ Einspeiseregulierung soll für Lieferungen elektrischer Energie aus Anlagen gelten, in denen die elektrische Energie ausschließlich aus den erneuerbaren Energieträgern Wasserkraft (bis 500 kW Kraftwerksleistung), Sonnenenergie, Windenergie, Geothermie, Deponiegas, Klärgas sowie aus heimischen Produkten oder biologischen Rest- und Abfallstoffen (Biomasseanlagen) erzeugt wird. Für einzelne erneuerbare Energieformen sollen für die Phase der Markteinführung zusätzliche Förderprogramme in

Abhängigkeit der jeweiligen Technologiekosten installiert werden - bzw. wo vorhanden, bestehen bleiben.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung eine NÖ Einspeiseregulierung für erneuerbare Energien zu erwirken."

Das ist, wie gesagt ein Bereich, der gerade in diesem Land, in diesem Niederösterreich mit seinen bäuerlichen Strukturen, mit seinem Industriegebieten, mit dieser Mischform, die sich gerade uns anbieten würde, wo sich große Gelegenheiten bieten würden. Der Landtag hat es begriffen, zweifelsohne. Es liegt nun an dem Landesrat und es liegt an Ihnen, vor allem der ÖVP, hier den nötigen Druck zu machen, daß diese Beschlüsse, die dieses Hohe Haus getroffen hat, auch in Wirklichkeit umgesetzt werden. Daß wir uns - und das sage ich jetzt ganz bewußt - daß wir uns als Gesetzgeber des Landes Niederösterreich nicht vom Herrn Blochberger die Hörner in Zukunft weiter aufsetzen lassen.

Wenn man sich dann das Budget - und ein Budget ist ja nichts anderes als ein Vorhaben, ein Arbeitsvorhaben unter anderen auch - wenn man sich das Budget ansieht im Kapitel 5, was den Umweltschutz betrifft, dann sieht man auch, daß alleine 10 Prozent für ein reines Prestigeprojekt aufgewendet werden. 22 Millionen sind hier vorveranschlagt für einen Nationalpark Donauauen. 22 Millionen, obwohl man weiß, daß in Wirklichkeit dieser Nationalpark überhaupt nicht gesichert ist. Obwohl man weiß, daß die Sohle stabilisierung beispielsweise nach wie vor nicht gelöst ist. Obwohl man weiß, daß der Auwald austrocknet. 22 Millionen, damit ein Herr Landeshauptmann Dr. Pröll vielleicht gemeinsam mit dem Herrn Häupl aus Wien, gemeinsam mit dem Herrn Blochberger wieder 10 oder 12 mal den Nationalpark eröffnen kann. So Baum für Baum oder Reiher für Reiher. Das ist ganz einfach die Politik, die in diesem Lande betrieben wird. Die ist in diesem Jahr und in dem kommenden Jahr wieder einmal 22 Millionen wert. Das ist ganz einfach die Tatsache. Wir würden sagen, daß man dieses Geld entweder einsparen kann, oder wirklich in die Schaffung von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich, die ich vorher erwähnt habe, oder für die Erhaltung im Bereich der bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen sollte.

Die Bevölkerung hat man, das gilt es auch noch zu erwähnen, diesbezüglich natürlich auch nicht gefragt. Wobei, wenn man die Umfragen oder die Abstimmungen, die es gegeben hat, heranzieht, ja die Masse der Gemeinden dagegen ist. *(Abg. Friewald: Wie bitte? Wo haben Sie Umfragen in Niederösterreich gemacht?)*

Die Masse der Gemeinden ist gegen den Nationalpark, Herr Kollege Friewald. In den Gemeinden selbst hat es sogar Volksabstimmungen gegeben, die in der überwältigenden Mehrheit dagegen ausgegangen sind. Ich glaube, das habe ich klargestellt. Es gibt etliche Volksabstimmungen, etliche Volksbefragungen in den Gemeinden, die bis zu 75 und mehr Prozent dagegen gestimmt haben. Das ist aber, glaube ich, allgemein bekannt.

Der Kollege Feurer hat auch etwas angesprochen, nämlich die thermische Müllbeseitigung. Auch hier gibt es einen Grundsatzbeschuß und einen grundsätzlichen Konsens. Ich glaube aber doch, daß wir langfristig in diesem Land an diesem Grundsatzbeschuß festhalten sollten. Denn das Schlimmste, was es in Wirklichkeit gibt, sind diese Reaktordeponien, in denen bisher ja praktisch ausschließlich der Müll deponiert wird. Aber es gibt in der Zwischenzeit neue Techniken. Ich habe mir erst vor wenigen Tagen eine angesehen etwa in Italien, wo mit Klärschlamm und mit Hausmüll Baustoffe erzeugt werden können. Das heißt, auch hier wird es am Landtag liegen, auch hier wird es besonders wichtig sein, daß wir nicht wieder diese Monopolstellung, die gerade jetzt von der EVN, gemeinsam mit den politischen Mehrheitsträgern in diesem Haus, angestrebt wird, daß wir hier nichts festlegen, was nachher unumkehrbar ist. *(Abg. Friewald: Es gibt kein Monopol! Wo bitte ist das Monopol, Herr Kollege?)*

Das Monopol, Herr Kollege Friewald, besteht einfach darin, daß man die Verbände mit hineinzieht und quasi sagt, wenn ihr nicht mitmacht, erwirtschaftet ihr ein Defizit. Das heißt, man bindet in Wirklichkeit. Am Papier gibt es das Monopol nicht. Praktisch - wenn die Konstellation, die Sie jetzt geschaffen haben, gemeinsam mit der EVN umgesetzt wird, können die Verbände nicht mehr heraus. Dann gibt es wieder das Müllmonopol, dann gibt es ein EVN-Monopol, und dann gibt es ein Monopol, wo Sie politisch wieder die Hand draufhalten. Das ist doch die Realität in diesem Land. Sie und der Landesrat Blochberger, Sie, Ihre Partei und der Landesrat Blochberger gehen doch her und versuchen auch hier wieder über den freien Markt jede Zukunft auszuschalten, meine Damen und Herren von der Österreichi-

schen Volkspartei. Das ist die Realität. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und das ist die Falle, aus der um Gottes Willen im letzten Moment hoffentlich die SPÖ-Verbände herausgehen werden. Sie werden in eine Falle getrieben, wo keiner mehr heraus kann. Jeder wird eingebunden mit Hundertmillionen-Beträgen, jeder wird eingebunden: Wenn du den Müll bei uns nicht ablieferst, erwirtschaftest du ein Defizit. Und in Wirklichkeit wird nichts anderes herausgeschauen, als daß Ihr eine aufgeblähte EVN habt, die den Müll noch in der Hand hat landesweit, und auf der anderen Seite wird die Rechnung der Steuerzahler zahlen. Der kleine Häuslbauer, der kleine Mietzinsler, der in Wirklichkeit dann die doppelten Müllgebühren zu berappen hat wie bisher. Das wird herauskommen. Wieder auf Kosten der kleinen Leute und zugunsten Ihrer Partei, die wieder Leute zu versorgen hat. Zugunsten eines Energieriesen, der noch einmal aufgebläht wird. Das ist die Realität, Herr Kollege Friewald, in diesem Land, wie Politik gemacht wird.

Der Beschluß, der einstimmig gefaßt wurde, hat von Anfang an, da waren wir uns im Prinzip einig, mitimpliziert, daß es kein Monopol gibt. Sie haben es wieder zustande gebracht, ohne daß es am Papier steht, daß Sie dieses Monopol verwirklichen in diesem Land. Sie sind nicht in der Lage, marktwirtschaftlich zu denken. Sie sind nicht in der Lage, wirklich demokratisch zu denken. Und Sie sind nicht in der Lage, irgendwo einmal zurückzustehen und zu sagen, da hat die Parteipolitik nichts zu suchen, da ist eine sachliche Lösung angesagt. Das ist das Problem, das Sie haben. Parteipolitik, Parteipolitik, Profit, und alles politisch in der Hand haben, darum geht es der ÖVP in diesem Land. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das heißt, wenn man in Wirklichkeit, bevor ich dann zu einem ganz wichtigen Thema noch komme, das schon angesprochen wurde in diesem Haus von Kollegen Friewald, wenn man die Umweltpolitik in diesem Land zusammenfaßt, kommt man auf einige Punkte. In den letzten Jahren hat es keine neuen Ideen gegeben. In den letzten Jahren sind jene positiven Ansätze, die da waren, jene Feigenblätter, ich sage jetzt einmal, die paar Blockheizkraftwerke, die paar Windräder, die es gibt usw. sind diese Feigenblätter dazu verwendet worden, um den Stillstand in Wirklichkeit positiv zu dokumentieren. Und das einzige, was passiert und wo wirklich Geld investiert wird, das sind die paar Prestigeprojekte. Das sind die drei Windräder, die der Blochberger in diesen Jahrzehnten eröffnet hat. Das sind die paar Blockheiz-

kraftwerke, die man falsch dimensioniert, die man falsch ausrichtet. Wo es keine Kraft-Wärme-Kopplung gibt und die in Wirklichkeit dann konkursreif sind und wieder von der EVN übernommen werden. Das ist Ihre Politik. Das ist die Politik des Landesrates Blochberger. Das ist die falsche Umweltpolitik, die in diesem Land betrieben wird. Das ist die Umweltpolitik, die uns in Wirklichkeit an die Heroinnadel der Mullahs über die Erdgasleitungen hängt, die sie bis in die letzten Waldregionen hineinleiten. Wo das Holz im Wald verfault, wo die Bauern ihre Höfe zusperren, und wo in Wirklichkeit wieder nur Umwelt vernichtet wird, wo man in Wirklichkeit hergeht und Bauernhöfe oder ehemalige Bauernhöfe an Gasleitungen anhängt. Wo wir abhängig sind von Kasachstan, abhängig sind von Rußland, abhängig sind von Algerien, ganz einfach abhängig sind von irgendwelchen "schwindligen" Regimen in der dritten Welt. Das ist Ihre Politik, die Sie im Energiesektor in diesem Land umsetzen. Ein Negativum der Sonderklasse. Eine Verquickung von Privat, Partei und Geschäft. Das ist es, was die Politik des Landesrates Blochberger und der ÖVP in diesem Bereich ganz einfach auszeichnet.

Und jetzt komme ich zu dem Problem, Herr Kollege Friewald, das Sie schon angesprochen haben. Es ist ganz einfach nicht so, daß im Bereich der Fischer-Deponie beispielsweise, daß landesweit ein Prozent des Trinkwassers gefährdet ist. Das ist gefährlich, was Sie machen. Im Industrieviertel sind etwa 40 Prozent der Bevölkerung zu Hause. Und ein Gutteil dieses Industrieviertels wird über den Bereich der Mitterndorfer Senke mit Trinkwasser versorgt. Der Kollege Pietsch weiß es, Kollege Schneeberger ist im Moment nicht herinnen, der weiß es auch: In Wr. Neustadt werden trotz Filterung usw. immer wieder Spurenreste festgestellt von Kontaminationen etwa. Das heißt, das Wasser ist nicht in Ordnung. Man ist unter den Grenzwerten. Das kann man heute technisch durchaus erwirken. Das kann man durch Mischen, durch Filtern erwirken. Aber es kann ja nicht unsere Aufgabe sein, daß wir gerade unter einem Grenzwert liegen. Es muß unsere Aufgabe sein, daß wir gutes Wasser ins Haus liefern. Ein Wasser, von dem man sagt, das ist nicht unter dem Grenzwert, sondern da ist gar nichts drinnen. Das ist in Wirklichkeit die Maxime der Politik, die wir zu machen haben in diesem Land. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Friewald: Durch schlechtes Reden wird nichts besser! Das ist ja nicht giftig, das ist eine Verunsicherung, die Sie da der Bevölkerung gegenüber betreiben!)*

Nur, Herr Kollege: Das ist eben der Unterschied, ob ich hergehe und sage, ich schaffe ein

mindergiftiges Wasser, das ein bißchen unter dem Grenzwert getrunken wird oder ich schaffe es... Verunsichern tun Sie die Bevölkerung, wenn sie kontaminiertes Trinkwasser als bedenkenlos verkaufen. Das ist das Problem. Und genauso sieht Ihre Politik auch in bezug auf die Fischer-Deponie aus. Da geht der Herr Landesrat Schimanek her und sagt, so kann es ja nicht sein, daß man da hergeht und das Wasser 'rauspumpt. Einen Tag wird es zu 80 Prozent gereinigt, am nächsten Tag zu 95, je nachdem wie die Ströme laufen, dann liegt es wieder ein bißchen darunter, und den Rest pumpt man wieder 'rein und die Leute unterhalb trinken das Ganze dann. Manche Brunnen sind gesperrt, manche sind unter der Grenze. So kann es doch ganz einfach nicht sein, hat sich der Herr Landesrat gesagt und er hat gesagt, da ist Gefahr im Verzug. Da war Gefahr im Verzug. Und Ihr Minister Fischler ist dann hergegangen und hat diese Weisung wieder aufgehoben. Sie muten den Leuten ein Trinkwasser zu, das nicht in Ordnung ist, auch wenn es unter den Grenzwerten liegt. Oft, und da ist man draufgekommen, deshalb gibt es ja Sperrbrunnen, deshalb sind viele Privatbrunnen auch etwa im Bereich Ebreichsdorf gesperrt worden, man ist draufgekommen, daß die Leute jahrelang vergiftetes Wasser getrunken haben, Herr Kollege Friewald. Jahrelang wurde vergiftetes Wasser in diesem Bereich getrunken. Dann hat man die Brunnen gesperrt. Das kann doch nicht Ihre Argumentation sein, daß ich sage, bis dorthin kann es giftig sein und wenn es drüber ist, dann darfst du nichts mehr herausnehmen. Das ist Ihr Trinkwasser, Ihr sauberes Trinkwasser in Niederösterreich! So einfach kann man es sich doch nicht machen, sich da herzustellen und zu sagen, zu 99 Prozent ist alles glasklar und wunderbar und das eine Prozent bekommen wir auch noch in den Griff. Sie verhindern es, das in den Griff zu bekommen. Sie und Ihre Partei haben die Weisung des Landesrates Schimanek aufgehoben. Wo waren die Proteste der NÖ Volkspartei, als der Herr Fischler diese Weisung aufgehoben hat? (*Abg. Mag. Schneeberger: Wo liegt die sachliche Grundlage?*) Die sachliche Grundlage ist, daß man den Leuten kein kontaminiertes Trinkwasser mehr ins Haus liefern darf. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Friewald, das ist die Grundlage in Wirklichkeit! Das ist die Grundlage für verantwortungsvolle Politik. Man kann nicht hergehen und kann sagen, minderkontaminiertes Wasser ist problemloses Wasser. Das ist ganz einfach die Geschichte. Landesrat Schimanek hat die Weisung gegeben. Wo war Ihr Protest, als seinerzeit der Herr Fischler diese Weisung aufgehoben hat?

Und die Leute haben nach wie vor kontaminiertes Trinkwasser ins Haus geliefert bekommen.

Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend effektive Sanierung der Fischer-Deponie Grundwasserschutz Mitterndorfer Senke.

In den 60er und 70er Jahren wurden in der Fischer Deponie - heute als gefährlichste Altlast Österreichs bekannt - Tausende Fässer mit Giftstoffen u.a. aus der chemischen Industrie abgelagert. 1989 hat Frau Bundesminister Marilies Fleming infolge Vorliegens von 'Gefahr im Verzug' die Errichtung von Sperrbrunnen angeordnet.

Die Gefährdung des Grundwassers geht von einer Tiefe von 40 m bis 100 m unter der Oberfläche der Fischer-Deponie aus. Als Maßnahme wurden bisher die genannten Sperrbrunnenanlagen um rund ATS 300 Mio. inklusive bisherige Betriebskosten errichtet. Laut Errichter und Betreiber haben diese Sperrbrunnenanlagen angeblich einen neunzigprozentigen Wirkungsgrad.

Die seit 1994 von der NÖ Wasserrechtsbehörde bei den Fachabteilungen veranlaßten Überprüfungen konnten allerdings nicht den Nachweis erbringen, daß keine gefährlichen Stoffe (insbesondere CKWs) aus der Fischer-Deponie in das Grundwasser der Mitterndorfer Senke gelangen. Alle Fachleute bestätigen, daß die mit Chemikalien gefüllten Fässer mehr und mehr durchrosten und so den Inhalt freigeben. Seit der Weisung der Obersten Wasserrechtsbehörde (Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft), nicht auf Gefahr im Verzug zu erkennen, sind mehr als zwei Jahre vergangen, wodurch das Gefährdungspotential erneut erheblich gestiegen ist.

Die NÖ Wasserrechtsbehörde hat festgestellt, daß durch die bei der Obersten Wasserrechtsbehörde anhängigen Berufungsverfahren der Zeithorizont für die Inangriffnahme einer Räumung nicht abgeschätzt werden kann. Im Gegensatz zur Obersten Wasserrechtsbehörde muß von der NÖ Wasserrechtsbehörde nach wie vor die Auffassung vertreten werden, daß bei der Fischer-Deponie Gefahr im Verzug vorliegt. Zumal laut Aussage der Gutachter mit einem weiteren Durch-

rosten der Giffässer und daher mit einem massiven Eintrag von durch Sperrbrunnen nicht zu erfassenden Giftstoffen in den Grundwasserstrom gerechnet werden muß. Mit der am 13. September 1994 von der NÖ Wasserrechtsbehörde angeordneten gewässerpolizeilichen Maßnahmen durch Erkennen von Gefahr im Verzug sind alle rechtlichen Hindernisse beseitigt und die gefährlichste Altlast Österreichs könnte unverzüglich gesichert werden, stünde nicht eine Weisung des damaligen BM Fischler an die NÖ Wasserrechtsbehörde entgegen, es sei nicht von Gefahr im Verzug auszugehen. Für das Bundesland Niederösterreich ergäben sich durch die Aufhebung der seinerzeit von Bundesminister Fischler verfügten Weisung, wonach bei der Fischer-Deponie keine Gefahr im Verzug vorläge, keine finanziellen Belastungen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, wird aufgefordert, bei der Bundesregierung - speziell beim Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Mag. Wilhelm Molterer als oberste Wasserrechtsbehörde - vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß die seinerzeit von seinem Amtsvorgänger Dr. Fischler verfügte Weisung, wonach bei der Fischer-Deponie keine Gefahr im Verzug vorliegt, zurückgezogen wird."

Herr Kollege Friewald! Genau das ist die Sache - ich habe es Ihnen jetzt vorgelesen, worum es geht - die Ihre Minister, Fleming hat Gefahr im Verzug festgestellt, Landesrat Schimanek hat erkannt, daß die Fässer nach wie vor aufplatzen, nachdem man die Fischer-Deponie nicht geräumt hat in der Zwischenzeit und daß die Sperrbrunnen nicht ausreichen. Der Nachfolger Fischler hat dann nicht auf Gefahr im Verzug erkannt. Das heißt, Sie sollten sich einmal in der eigenen Partei einig werden, was jetzt wirklich sein darf oder sein kann. Ob man kontaminiertes Wasser trinken darf in diesem Land oder nicht. Es kann doch in Wirklichkeit nicht so gehen.

Und eines sei der ÖVP schon ins Stammbuch geschrieben: Diese Chance, die wir in diesem Land hätten mit alternativen Energien, mit Umwelt, Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze auf der anderen Seite in der Landwirtschaft zu erhalten, diese Chance, diese Jahrhundertchance sind Sie drauf und dran, zu vertun. Und es wird sicherlich im nächsten Jahr ein Schlüsseljahr für

dieses Land werden. Ein Schlüsseljahr, denn es ist noch nicht zu spät. Noch gibt es viele Bauernhöfe, noch gibt es tausende Betriebe, die man erhalten könnte. Es wird ein Schlüsseljahr werden in die Richtung, ob es eine andere Politik in diesem Land geben wird, eine andere Politik, die versteht, daß Umweltschutz nicht nur eine entscheidende Überlebensfrage ist, sondern daß durch Umweltschutz viel Arbeit gesichert und viel neue Arbeit geschaffen werden kann. Wenn wir diesen Weg, den wir ja in Wirklichkeit vom Landtag her gemeinsam, ich meine da gerade die drei Umweltsprecher, gemeinsam erkannt haben, wenn wir den auch in der Landesregierung umsetzen könnten und umsetzen würden, wäre das für das Land Niederösterreich ein gewaltiger Schritt vorwärts.

Dieses Budget als solches, ich habe hier die wichtigsten Punkte angerissen, lehnen wir Freiheitlichen ab. Dieses Budget lehnen wir genauso ab wie wir die doppelzüngige Politik der ÖVP in diesem Bereich ablehnen und wie wir vor allem den verantwortlichen Landesrat Blochberger ablehnen, der am besten seinen Hut nehmen würde, womit er dem Land den größten Dienst erweisen könnte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Maier.

Abg. MAIER (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es wurde heute schon angesprochen - und so positiv diese Entscheidung der Bevölkerung von Zwentendorf vom vergangenen Wochenende war im Anschluß an die Grundsatzentscheidung des Landtages zur thermischen Abfallverwertung, daß sich die Bevölkerung dort in so einem hohen Ausmaße für diesen Standort ausgesprochen hat, möchte ich in diesem Zusammenhang dennoch anmerken, daß es unverständlich ist, daß Herr Landesrat Blochberger in den Medien sozusagen der Gemeinde Tulln Entschädigungszahlungen in Aussicht gestellt hat, weil Tulln als Standort nicht berücksichtigt werden kann. Es waren mehrere Standorte in Diskussion und ich weiß nicht, aus welchem Titel heraus eigentlich Entschädigungszahlungen gerade an diese Gemeinde in Aussicht gestellt wurden.

Nun aber zu dem Thema, zu dem ich heute hier eigentlich sprechen möchte, und zwar zum Naturschutz. Ich möchte anmerken, daß der Naturschutz bei der Bevölkerung Niederösterreichs einen sehr hohen Stellenwert hat, daß gerade diesem Stellenwert aber oft im Voranschlag des

Landes nicht der entsprechende Stellenwert zugeordnet wird. Denn im Naturschutz muß heute mit rund 12,5 Millionen Schilling weniger Geld das Auslangen gefunden werden, als noch 1980 Hans Czettel zum Beispiel für diese Aufgabe zur Verfügung gestanden ist. Trotzdem sind die Aufgaben in diesem Bereich eher umfangreicher und die Durchsetzung wichtiger Anliegen schwieriger geworden. Die Vorarbeiten zur Beschlußfassung über den geplanten grenzüberschreitenden Nationalpark im Thayatal sind schon weit fortgeschritten. Hier sollen insgesamt 76 Quadratkilometer eines Gebietes beiderseits der Grenze zwischen Österreich und Tschechien unter Schutz gestellt werden.

Die Verhandlungen mit den Grundeigentümern sind inzwischen schon sehr weit fortgeschritten und es gibt auch berechtigte Hoffnungen, daß noch heuer mit einem positiven Ergebnis zu rechnen ist. Und mit der Schaffung dieses Nationalparks könnte eine wesentliche Belebung eines doch wirtschaftlich eher benachteiligten Gebietes erreicht werden.

Ein weiteres, mit großen Hoffnungen auf Verwirklichung anstehendes Vorhaben ist das Wildnisgebiet Dürrenstein. Dieses ist südlich von Lunz am See, nahe der niederösterreichischen Landesgrenze zur Steiermark gelegen. Dieses einzigartige Naturschutzprojekt wurde auch zur Finanzierung als LIFE-Umwelt- und Naturschutzfinanzierungsprojekt ausgewählt und bei den Förderungsstellen der Europäischen Union eingereicht. Die Union fördert dieses Gebiet und dieses Projekt mit rund 60 Millionen Schilling für den aktiven Naturschutz. Und dazu sollen auch 14 Millionen an Kofinanzierung vom Bund kommen und 26 Millionen sollten über das Naturschutzbudget des Landes aufgebracht werden.

Diese Förderung ist gerade in dem Bereich unendlich wichtig, da seit 1994 das Naturschutzbudget ungefähr um zwischen fünf und zehn Prozent gekürzt wurde. Ziel dieses Projektes ist es, die langfristige Absicherung des größten Urwaldrestes der Alpen und Mitteleuropas nachhaltig zu erreichen. Dieses Naturschutzgebiet hat ein Flächenausmaß von rund 570 Hektar und es setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen, dem Teilbereich Rotwald 1, so wird er bezeichnet, der seinerzeit von der Familie Rothschild entschädigungslos zur Verfügung gestellt wurde und dem Teilbereich Rotwald 2, wo jetzt schon über unser Budget jährlich und wertgesichert 493.000,- Schilling aufgebracht werden müssen. Trotz der bisherigen Anstrengungen des Naturschutzes reichen die Bemühungen nicht aus, die besterhal-

tendsten und ausgedehntesten Urwälder der Alpen für die Zukunft auch dauerhaft abzusichern. Die Gründe dafür sind in der derzeitigen Form der Absicherung zu sehen. Denn hier wurden an den Rändern gelegene Urwaldreste in die Schutz-zonen nicht einbezogen und daher ist gegenüber dem Wirtschaftswald eine entsprechende Pufferzone, die unbedingt erforderlich wäre, nicht vorhanden. Auch ist die Jagd nicht auf die Ziele des Naturschutzes in diesem Gebiet abgestimmt, sodaß es derzeit dort auch zu großen Schäden durch Verbiß an der Hauptbestandsart Tanne kommt. Es fehlt auch noch eine kompetente Verwaltung und Betreuung dieses Urwaldschutzgebietes seitens der Naturschutzbehörde. Um eine langfristige Absicherung dieses Gebietes sicherzustellen, wäre eine Erweiterung des Naturschutzgebietes im Ausmaß von insgesamt 1.200 Hektar erforderlich. Durch diese Maßnahmen könnte das Urwaldkerngebiet ein Flächenausmaß von 2.300 Hektar erreichen und das würde den Kriterien für die internationale Anerkennung dieses Wildnisgebietes entsprechen.

Auch aus touristischen Überlegungen würde eine weitere Ausweitung des sogenannten Oiswaldes um 700 Hektar erforderlich sein. Hier würde dann ein Vorzeigewald für Übermorgen, der diesem bestehenden Urwald vorgelagert wäre, entstehen und würde mithelfen, das Interesse der Besucher schon vor dem Urwaldkerngebiet abzudecken. Für die Flächensicherung all dieser genannten Gebiete wären jährliche Entschädigungskosten von acht Millionen Schilling anzusetzen. Das wäre bei den derzeit bereitgestellten Mitteln für den Naturschutz natürlich unfinanzierbar. Da die LIFE-Kofinanzierung für dieses Projekt keine dauerhafte Finanzierung darstellt, sondern lediglich auf vier Jahre begrenzt gewährt werden kann, wird sich die angestrebte Gesamtlösung wahrscheinlich nur in Etappen verwirklichen lassen. Aber mit der Erweiterung dieses Naturschutzgebietes um den Teilbereich Rotwald 3 und einer einmaligen Entschädigungszahlung könnte ein wirklich wichtiger weiterer Schritt für die Zukunft gesetzt werden. Es würde durch diese Vorgangsweise die langfristige Haltung des wichtigsten Urwaldstandortes in Mitteleuropa gemeinsam mit der Europäischen Union abgesichert werden können.

Ein ganz besonders schöner und landschaftlich reizvoller Naturpark ist auch der Naturpark des Jahres 1996, die Gmünder Blockheide. Mit den Lainsitzniederungen und dem angrenzenden Roten Moor in Tschechien ist dieser Naturpark ein einzigartiger Bereich in Europa, der diesen Regio-

nen, dem oberem Waldviertel natürlich eine ganz besondere Attraktivität verleiht. Obwohl die Auszeichnung bereits 1996 verliehen wurde, fehlen in der Umsetzung des notwendigen Entwicklungskonzeptes in diesem Naturpark noch immer bei der Finanzierung entscheidende Mittel.

Der Naturschutz in Niederösterreich ist bei einem Gesamtbudget von 50 Milliarden mit rund 12 Millionen wirklich nur notdürftig dotiert. Ich möchte aber sagen, daß es Landesrat Wagner trotzdem immer wieder gelingt, wichtige Vorhaben im Naturschutz und im Landschaftsschutz durchzusetzen. Die Interessen der Gesellschaft sind natürlich sehr unterschiedlich, das zeigt das Beispiel des Waldviertels auf im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes unter Einbeziehung der daraus auch resultierenden Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Tourismus. Denn wenn einerseits über viele Jahre hinweg versucht wurde, diese Region mit einer ganz eigenen und einmaligen Identität als Gesundheits- und Bioregion in Österreich auszustatten, so ist es gerade in den letzten Monaten im Waldviertel und um die Region Gmünd als Ort für Freisetzungsversuche von gentechnisch veränderten Kartoffeln zu großen Diskussionen gekommen, während der Einsatz der Gentechnik in der Medizin weitestgehend akzeptiert ist, findet der weitere Einsatz in der Nahrungsmittelproduktion und der Erzeugung von Rohstoffen für die Industrie nicht die Zustimmung der Bevölkerung. In einer Volksabstimmung im Frühjahr dieses Jahres haben sich rund 1,2 Millionen Menschen gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft ausgesprochen. *(Abg. Ing. Hofbauer: Das war keine Volksabstimmung!)*

Ein Volksbegehren - Entschuldigung -, das von rund 1,2 Millionen Menschen unterstützt wurde. Um die Situation im Waldviertel im Hinblick auf diese Frage besser beurteilen zu können, muß man sicherlich auch die Entwicklung aus der Vergangenheit anschauen, will man die heutige Situation analysieren. Österreich hat inzwischen rund 20.000 Biobauern und wir sind somit auch in diesem Bereich an der Spitze in Europa. Wir haben derzeit mehr Landwirte mit biologischer Produktion von Nahrungsmitteln als in allen anderen europäischen Ländern zusammengerechnet. Unsere Biobauern bewirtschaften 10 Prozent der österreichischen landwirtschaftlichen Nutzflächen und bewirtschaften diese nach strengen Auflagen in diesem Bereich. *(Abg. Ing. Hofbauer: Nur werden wir mit 10 Prozent Bewirtschaftung nicht 100 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen erhalten können, Herr Kollege!)*

Die Erhaltung der landwirtschaftlich genutzten Flächen ist natürlich vielfältig. Es gelingt ja schon heute nicht, für die ganze Landschaft über die landwirtschaftliche Produktion sozusagen als Nebennutzen diese Pflege zu erreichen, sondern hier werden auch andere Mittel bereitgestellt, um die Landschaftspflege zu ermöglichen. Dennoch denke ich, daß die biologische Bewirtschaftung von Flächen durchaus Sinn macht und eine gute Zukunft hat. Und daß der Weg Österreichs und gerade der niederösterreichischen Bauern in diese Richtung zielführend sein wird.

Durch diese Bewußtseinswandlung, Herr Kollege, bei den Konsumenten, hin zu diesen Bio-Produkten, ist ein wichtiges Potential und ein Markt entstanden, der derzeit rund 20 Prozent der Konsumenten ausmacht. Bei der Frage nach positiven Ansätzen in der österreichischen Landwirtschaft werden von zahlreichen Experten immer zuerst auch die Biobauern genannt. Viele sehen in diesem Biolandbau die wirkliche Zukunft der österreichischen Landwirtschaft. Der biologische Landbau ist imstande, heute mehr denn je, den verunsicherten Konsumenten eine größere Sicherheit zu bieten und immer weitere Forderungen unserer Bevölkerung nach einer umweltgerechten Landwirtschaftsform, einer artgerechten Tierhaltung, einer Entschärfung der Nitratproblematik unter einem Verbot des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pestiziden gerecht zu werden. Und vor allem ist der biologische Landbau gentechnikfrei. Darum ist der biologische Landbau die einzige klar geregelte Form der Landwirtschaft. Ich bin der Meinung, daß der biologische Landbau in Österreich einen Lösungsansatz für die Bewältigung der Probleme aller bäuerlichen Betriebe in Österreich bietet und in Zukunft sicherlich noch stärker werden wird. Daher ist es unbedingt erforderlich, daß Österreich den bisher erfolgreichen Weg als Vorreiter der biologischen Landwirtschaft zielstrebig weiterverfolgt. Das Ökoland Waldviertel spielt dabei eine ganz besonders positive Rolle als die Bioregion innerhalb von Österreich. Die Investition von vielen Millionen, die erfolgreichen Bemühungen der Biobauernorganisationen, der Regionalmanager, der Bürgermeister, der Tourismusmanager lassen heute bereits deutlich die Konturen unserer Bioregion Waldviertel erkennen. Und es stellen sich bereits auch wirtschaftliche Erfolge dieses Weges ein.

Die Firma Agrana hat daher aus meiner Sicht als Standort ihres Verarbeitungsbetriebes in Gmünd die einmalige Chance, inmitten einer solchen Bioregion die Verarbeitung dieser biologi-

schen Produkte zu einem innerbetrieblichen Schwerpunkt zu machen. Aufbauend auf die derzeitige Biostärkeproduktion, mit der innerhalb von Europa eine führende Position erkämpft werden konnte, könnten durch zielstrebige Weiterverfolgung dieser Produktlinie und die prognostizierte weitere Ausweitung des Marktes für den Standort Gmünd in der Bioregion Waldviertel berechnete, aussichtsreiche Zukunftschancen gesehen werden. Und ich gehe sogar soweit zu sagen, daß ich befürworte, diesen Betriebszweig im Rahmen des Standortes Gmünd in besonderem Maß zu fördern und daß die Rohstoffkontrakte mit den 20.000 österreichischen Produktionsbetrieben auch kontinuierlich und rasch auf Bioproduktion umgestellt werden sollten. *(Abg. Kurzreiter: Glauben Sie, daß die Stärkeproduktion auch im Bereich der Biolandwirtschaft anzusiedeln ist?)*

Selbstverständlich denke ich das. Diese Produktlinie wird seitens der Agrana verfolgt und stellt sich nach meinen Informationen innerhalb des Betriebes auch als zukunftsfruchtig dar. *(Abg. Kurzreiter: Ich glaube Ihren Worten sehr wohl, aber für den Stärkebereich können Sie das bitte vergessen! Da haben wir international überhaupt keine Chancen im Wettbewerb!)* Wie ich das Management von Agrana kenne, wird dort alles, was nicht zukunftsfruchtig und gewinnbringend ist, auch nicht nachhaltig weiter verfolgt. Da aber in diesem Betrieb diese Produktlinie noch vorhanden ist, so bin ich auch der Meinung, daß sie Zukunft hat. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kurzreiter: Für den Speisebereich, jedoch nicht für den Stärkebereich!)* Ich habe auch über den Speisebereich gesprochen und denke, daß sich hier ein Hoffnungsmarkt zeigt. Und daß man endlich auch über den Tellerrand des österreichischen Marktes in ein neues Europa hinaus blicken muß und auch das Potential dieser 360 Millionen Konsumenten sehen muß. Und daß wir den eingeschlagenen Weg als Feinkostladen Europas auch in der Landwirtschaft als Feinkostladen Europas weiter verfolgen sollten, wenn wir uns nachhaltig platzieren möchten auf diesen neuen und zukunftsfruchtigen Märkten.

Ich möchte zurückkommen auf diese gentechnisch veränderten Pflanzen, die zur Erzeugung von Industriekartoffeln in der Bioregion Gmünd freigesetzt werden sollten. Denn wenn man auch der Gentechnologie in den verschiedensten Einsatzbereichen durchaus zustimmen kann, so ist der Einsatz in der Landwirtschaft nach meinem Dafürhalten wirklich äußerst problematisch, gerade in einer Bioregion wie dem Waldviertel aber jedenfalls unbedingt abzulehnen. Durch die weitestgehend nicht bekannten Auswirkungen derart veränderter Pflanzen auf die übrigen in der

Natur vorkommenden Pflanzen und Lebewesen wären auch die bisherigen Bemühungen im Landschafts- und Naturschutz in Frage gestellt. Neben der Bioregion Waldviertel hat sich auch der Gesundheitstourismus im Waldviertel gut entwickelt. Und so ist in der gesündesten Ecke innerhalb Österreichs durch diesen Gesundheitstourismus für viele Menschen eine neue Lebensgrundlage im Waldviertel entstanden. In den großen Kuranstalten von Harbach, Bad Großpertholz und Groß Gerungs finden viele Menschen Heilung und Linderung von ihren Schmerzen und Krankheiten. Und die Bevölkerung findet bei der ohnehin angespannten Lage am Arbeitsmarkt Beschäftigung in diesen Betrieben. In der Marktgemeinde Groß Schönau zum Beispiel findet alljährlich die BIOEM, die Fachmesse in Österreich für biologische Produkte und Umwelttechnik statt. Rund 40.000 Besucher kommen in diesen Tagen in die Bioregion Österreichs und die Tendenz ist hier stark steigend. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung des oberen Waldviertels, von der gesündesten Ecke Österreichs zur vielleicht gesündesten Ecke in Europa zu werden, sind daher nicht unberechtigt. Aus der Summe der Darstellungen im Bereich des Naturschutzes, der Umwelt, der Landwirtschaft und des Tourismus ist, so glaube ich, wirklich auch leicht erkennbar, daß in diesem wunderschönen Gebiet Österreichs keine gentechnisch veränderten Pflanzen ausgesetzt werden dürfen. Der Verarbeitungsbetrieb der Agrana sollte sich rasch und in erhöhtem Maße auf die Verarbeitung biologisch-landwirtschaftlicher Produkte umstellen und diese Linie mit entsprechenden Verträgen mit den Produzenten auch kontinuierlich weiter verfolgen. Denn sollte es tatsächlich zu Freisetzungen dieser gentechnisch veränderten Pflanzen im Waldviertel kommen, so würde ein Landesviertel Niederösterreichs um seine Zukunftschancen und manche landwirtschaftlichen und Tourismusbetriebe mit ihren Mitarbeitern um die Existenzgrundlage gebracht werden. Daher muß das Waldviertel eine gentechnikfreie Zone in Niederösterreich bleiben! *(Beifall bei der SPÖ. - Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lugmayr.

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Eigentlich will ich mich ja mit dem Gesundheitswesen beschäftigen, aber der Abgeordnete Haberler, er ist leider jetzt nicht mehr herinnen, hat mich schon ein wenig herausgefordert. Denn ich erlebe das jetzt schon x-mal von

Sprechern der Freiheitlichen Partei, daß nur miesgemacht wird, schlecht gemacht wird, kritisiert wird, andere verunglimpft werden, aber keine konkreten kooperativen Vorschläge kommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Einige Tatsachen: In Niederösterreich gibt es österreichweit die meisten Windkraftträder. Wir haben die meisten Blockheizkraftwerke, die meisten Biomasseanlagen und wir waren Pionier bei der Biodieselerzeugung. Gerade Landesrat Blochberger war ein Pionier bei der Verwendung nachwachsender Energie und der Möglichkeit, daß die Landwirtschaft in der Energieproduktion etwas leisten kann. Schlechtmachen ist keine Lösung. Ich könnte genauso Argumente finden, wie Ihr Landesrat Schimanek etwas falsch gemacht hat oder nicht gemacht hat. Wir müßten zusammenarbeiten, dann würden wir für Niederösterreich bedeutend mehr erreichen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Gruppe 5, Gesundheit, ist der Bereich, der eigentlich den meisten Zuwachs im Budgetansatz bekommen hat. Und hier trifft auch ganz stark das Motto zu "solid und solidarisch". Mit wem sonst als mit den Kranken muß die politische Führung solidarisch sein. Nur reden wir seit einigen Jahren davon und es ist auch so, wenn wir alles finanzieren wollten, die medizinische Entwicklung, die Möglichkeiten, die es gibt im Gesundheitsbereich, das wäre einfach nicht machbar. Endlich ist im Vorjahr nun eine Weichenstellung erfolgt. Von Bundesseite wurde dieses Provisorium KRAZAF abgeschafft, das leistungsorientierte Verrechnungswesen LKF wurde eingeführt und die Bundesländer und auch Niederösterreich haben eigene Fonds gegründet. Ich meine, daß wir in Niederösterreich sehr vorbildlich den sogenannten NÖGUS geschaffen haben als Gesundheits- und Sozialfonds. Weil ich hoffe, daß damit die ja unheimlich schwierige Aufgabe der Umstrukturierung von Anstaltsleistungen, von Spitälern, Akutversorgungen in extramurale, in ambulante Versorgungen bis hin zu Pflegebereichen und Therapieangeboten verwirklicht werden kann. Und in der Hoffnung natürlich, daß das eine finanziell wirtschaftlichere Lösung ist bei gleichem Qualitätsangebot für die Patienten.

Wir haben in diesem Budget die Voraussetzung, daß wir weiter Investitionen tätigen können, und damit die Voraussetzungen geschaffen, daß die Arbeitsplätze, die ja in diesem Bereich noch zunehmen, weil sie eben notwendig sind, im medizinischen Bereich, im Pflegebereich, im Therapiebereich, daß wir damit verstärkt Arbeitsplätze schaffen können. Und nun geht es darum, diese solide Basis, die im Budget vorgegeben ist, auch

in die Wirklichkeit umzusetzen. Das Zusperrn von Spitälern, wie es vom Bund ja geplant war im Krankenanstaltenplan, das kann nicht die Lösung sein. Und Gottseidank ist es auch zu einer Vereinbarung gekommen, daß verstärkt auf regionale Bedürfnisse eingegangen werden kann. Allerdings in Abstimmung mit dem Bund und das ist auch notwendig.

Und dazu habe ich einen Resolutionsantrag, den ich auch ausführlich begründen möchte. Einen Resolutionsantrag von mir und von Herrn Abgeordneten Gruber zur Umsetzung des Österreichischen Krankenanstaltenplanes (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Lugmayr und Gruber zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Umsetzung des Österreichischen Krankenanstaltenplanes.

Im Zuge der Verhandlungen um die Nachfolgeregelung des KRAZAF im Jahr 1996 wurde bereits in der Sitzung der politischen Finanzreferenten am 29.3.1996 vereinbart, daß der weiterentwickelte österreichische Krankenanstaltenplan (ÖKAP) und Großgeräteplan (GGP) zwingender Inhalt der KRAZAF-Nachfolgeregelung sein muß. In der gemäß Artikel 15a B-VG abgeschlossenen Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 wurde daher vereinbart, daß 'ein verbindlicher österreichweiter Krankenanstaltenplan einschließlich eines Großgeräteplans zwischen dem Bund und den Ländern einvernehmlich mit 1. Jänner 1997 festzulegen ist'. In der Folge wurden zwischen Bund und Ländern Verhandlungen geführt um eine einvernehmliche Abstimmung der Planinhalte zu erreichen. Die Verhandlungen wurden Mitte Oktober 1996 abgeschlossen.

Wegen der zum Abschluß der Verhandlungen noch laufenden Gesundheitsstudie über das NÖ Gesundheitswesen (Humanomed - Prognos) wurde für die Standorte Allentsteig, Eggenburg, Korneuburg/Stockerau, sowie für die Standorte Gmünd, Klosterneuburg, Waidhofen/Thaya, Waidhofen/Ybbs und Zwettl im Rahmen der Vereinbarung keine endgültige Festlegung getroffen. Um die österreichweite Gesamtfinanzierung der Krankenanstalten nicht zu gefährden, wurden diese Standorte im ÖKAP mit 'Sternchen' versehen und dazu im ÖKAP folgende Textpassage angefügt:

'Der NÖ Gesundheitsfonds soll sich möglichst bald mit der Frage der Fächerstruktur, Kooperationsmöglichkeiten und Wirtschaftlichkeit dieser Krankenanstalten bzw. einzelner Abteilungen befassen. Die Entscheidungen über Standorte, Fächerstrukturen und Bettenhöchstzahlen sind im Einvernehmen zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bund zu treffen. Das gilt auch für die vorgeschlagenen Änderungen in den Krankenhäusern Allentsteig, Eggenburg, Korneuburg und Stockerau. Diese Entscheidungen dürfen nicht durch einseitige Handlungen präjudiziert werden.'

Zur Umsetzung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung und des österreichischen Krankenanstaltenplanes wurde in Niederösterreich der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS) gegründet. Die wesentlichen Aufgaben des NÖGUS ergeben sich aus der Umsetzung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung. Als entscheidendes Gremium des Fonds wurde die Fondsversammlung vorgesehen. Der Fondsversammlung obliegt unter anderem auch die Umsetzung des Krankenanstaltenplanes einschließlich des Großgeräteplanes. Die Umsetzung erfordert noch weitergehende Verhandlungen mit dem Bund betreffend der im ÖKAP mit Sternchen versehenen Standorte. Erfolgt nämlich für diese Standorte keine mit dem Bund einvernehmliche Lösung, dann hat die Bundesstrukturkommission die Möglichkeit, die Auszahlung von Bundesmitteln an Gesamt-Niederösterreich zu verwehren. Dies bedeutet, daß sich Sanktionen nicht auf einzelne planwidrige Vorhaben beschränken, sondern für Gesamt-Niederösterreich wirksam werden. Es ist daher umgehend erforderlich, die Umsetzung der im ÖKAP für Niederösterreich vorgesehenen Vorgaben zu realisieren. Dafür sind jedoch noch weitere Verhandlungen mit dem Bund erforderlich. Im Zuge der Verhandlungen ist die Position Niederösterreichs im speziellen für die Standorte Allentsteig, Eggenburg, Korneuburg/Stockerau und Gänserndorf so zu vertreten, wie dies bereits in den erfolgten Beschlüssen der Landesregierung und des NÖGUS zum Ausdruck gekommen ist.

Im Rahmen dieser Beschlüsse wurde folgendes festgelegt:

Das Krankenhaus im Standort Korneuburg soll wie im ÖKAP vorgesehen, künftig folgende Abteilungen

Innere Medizin mit 60 Betten
Chirurgie mit 30 Betten
Gynäkologie und Geburtshilfe mit 35 Betten
Unfallchirurgie mit 30 Betten
Intensivmedizin mit 6 Betten
somit 161 Gesamtbetten führen.

Für den Standort Stockerau sind, wie im ÖKAP vorgesehen, folgende Abteilungen
Innere Medizin mit 60 Betten
Chirurgie mit 50 Betten und
Urologie mit 30 Betten
somit 140 Gesamtbetten zu führen.

Dabei soll im Standort Korneuburg die gynäkologische/geburtshilfliche Versorgung des Raumes Stockerau zum Großteil übernommen werden. Notwendig ist dabei eine weitestgehende Kooperation der Städte Korneuburg und Stockerau zur Erfüllung ihrer Leistungsaufträge nach den Grundsätzen der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Die Umsetzung dieser Vorgaben soll dabei ein paritätisch besetzter Koordinierungsausschuß (bestehend aus Vertretern der beiden Rechtsträger und Krankenhäuser) sicherstellen. Maßnahmen einer Optimierung und Abstimmung der medizinischen Leistungen sollen ergriffen, sowie ein möglichst kostengünstiger Betrieb beider Krankenanstalten gewährleistet werden.

Für den Standort Allentsteig wurde festgelegt, daß dieser in eine Sonderkrankenanstalt für Neurologie mit dem Schwerpunkt Rehabilitation mit 75 Betten umgewandelt wird. Dies bedeutet auch eine Etablierung eines Computertomographiegerätes am Standort Allentsteig mit der unmittelbaren Konsequenz der Anpassung des Großgeräteplanes 1996.

Für den Standort Eggenburg wäre eine Umstrukturierung dahingehend vorzunehmen, daß für den Bereich Innere Medizin 30 Betten mit Schwerpunkt Psychosomatik (NÖ Notfallversorgung) und Psychosomatik mit 30 Plätzen für tagesklinische und halbstationäre Versorgung in Kooperation mit dem angeschlossenen Pflegeheim vorgesehen wird.

Für den Standort Gänserndorf soll die Einrichtung einer interdisziplinären Tagesklinik in Form einer Departementlösung zum Krankenhaus Mistelbach mit eigenem Verrechnungskreis (klare Kostentrennung und Zuordnung) und der Bedeckung des durch den Betrieb dieser Versorgungseinheit entstehenden Verlustes durch das Land Niederösterreich und den NÖKAS erzielt werden. Die Tagesklinik soll dabei 8 Funktionsbet-

ten, allgemeine Ambulanzräume sowie eine Unfallversorgung rund um die Uhr aufweisen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr Landesrat Ewald Wagner und Herr Landesrat Edmund Freibauer werden aufgefordert, im Rahmen der Fondsversammlung und in den Verhandlungen mit dem Bund die oben angeführten Konzepte für die Standorte Allentsteig, Eggenburg, Korneuburg/Stockerau und Gänserndorf umzusetzen und weitere Mittel nur bei einer dem ÖKAP entsprechenden Realisierung freizugeben."

Ich mußte dies wortwörtlich lesen, weil es Vereinbarungen, Beschlüsse waren, die eben ganz konkret festgelegt worden sind. Und ich hoffe wirklich, daß die beiden aufgeforderten Landesräte das Ziel, das wir uns wünschen würden, auch erreichen können. Daß dieses lang diskutierte Konzept einer Umstrukturierung einer für Niederösterreich angepaßten flächendeckenden sinnvollen Versorgung und dem Errichten neuer Einrichtungen, moderner Sonderkrankenanstalten und ambulanter Leistungsangebote, daß dies damit verwirklicht werden und das Gesamtkonzept auf eine solide Finanzierungsbasis gestellt werden kann. Ich wünsche uns gemeinsam dazu viel Erfolg. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. GRUBER (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages!

Meine Vorrednerin, die Frau Kollegin Lugmayr hat vorhin darauf hingewiesen, welche Problematik das Gesundheitswesen in Niederösterreich darstellt und wie sehr wir uns bemühen müssen, diese Zielvorgaben, die in der gemeinsamen Resolution angeführt sind, einer Realisierung, vor allem auf Bundesebene, zuzuführen.

Wir haben insgesamt 27 Krankenanstalten in Niederösterreich, fünf davon gehören direkt dem Land, 20 Krankenanstalten gehören den Gemeinden und zwei sind Bezirksspitäler. Es ist unwahrscheinlich, ich habe es mir aufgeschrieben, das muß einmal so deutlich gesagt werden, von einem Bezirk zum anderen: Amstetten, Waidhofen/Ybbs,

Melk, Scheibbs, Lilienfeld, St. Pölten, Tulln, Mauer, Krems, Zwettl, Gmünd, Waidhofen/Thaya, Horn, Hollabrunn, Mistelbach, Korneuburg, Stockerau, Hainburg, Klosterneuburg, Mödling, Baden, Wr. Neustadt, Neunkirchen, Grimmenstein, Gugging, Allentsteig und Eggenburg. Also man erkennt aus dieser langen Liste von Spitälern die besonderen, speziellen Aufgaben. Wobei die Spitäler Wr. Neustadt und St. Pölten die größten sind mit der Schwerpunktfunktion für die Maximalversorgung.

Wir haben vor einigen Jahren noch davon gesprochen, daß es in den Grundversorgungsspitalern mehr oder weniger eine Methode der Medizin gibt, so wie das in Feldlazaretten praktiziert wird. Inzwischen sind wir weit gekommen. Denn in den letzten vier Jahren hat das Land mehr als 4,1 Milliarden Schilling für die Erneuerung der Spitäler ausgegeben. Das ist wirklich eine einzigartige Palette an Leistung und das muß in diesem Zusammenhang angeführt werden. Jedes Spital wird künftighin eine besondere Rolle für die optimale medizinische Versorgung der Bevölkerung übernehmen müssen.

Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der modernsten Gesundheitspolitik sind notwendig und der Mensch hat immer im Mittelpunkt zu stehen. Zuerst geht es um die Erhaltung der Gesundheit. Dabei ist auf eine gesunde Lebensweise Bedacht zu nehmen. Gerade in dieser Zeit, die sehr hektisch ist und voller Streß ist, braucht der Mensch ein bestimmtes Maß körperliches und geistiges Wohlbefinden. Landesrat Wagner hat kürzlich in einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, wie viele Unfälle passieren. Unsere Unfallstationen haben alle Hände voll zu tun. Und daher ist es wichtig, daß diese Unfallstationen auch dementsprechend ausgestattet sind. Die Unfallbilanz des Jahres 1995 macht deutlich, daß jeder zehnte Österreicher pro Jahr einen Unfall hat.

Die Unfälle passieren aus Schlamperei, Gedankenlosigkeit und der Unterschätzung von Gefahren. Besonders daheim, in der Freizeit und im Sport passieren furchtbar viele Unfälle. 73 Prozent aller Unfälle und 50 Prozent aller Todesfälle entstehen daraus. Es sind immerhin 1.475 Todesfälle. 39 Prozent macht der volkswirtschaftliche Schaden aus, der 60 Milliarden Schilling beträgt. Also hier muß durch Aufklärung und durch vernünftiges Verhalten der Bevölkerung eine Minimierung erfolgen. Im Verkehr passiert auch einiges und durch den Verkehr beklagen wir 1.178 Tote und den volkswirtschaftlichen Schaden von

55 Milliarden Schilling pro Jahr. Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang gab es 316, aber insgesamt 158.000 Arbeitsunfälle mit einem volkswirtschaftlichen Schaden von 40 Milliarden.

Wesentliche Voraussetzung, meine sehr geehrten Damen und Herren ist, daß sich der Einzelne gesundheitsfördernd verhalten kann. Neben der persönlichen Motivation sind entsprechende soziale, ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen erforderlich. Der Einfluß der Lebensqualität auf den Gesundheitszustand ist allgemein bekannt. So gesehen verlangt Gesundheitsförderung umfassende gesellschaftliche Aktivitäten, die weit über den medizinischen Bereich hinausgehen müssen. Der Gesundheitsschutz in der Industrie, im Gewerbe, im Büro, im Sport und in der Landwirtschaft hat einen hohen Stellenwert bekommen. Arbeitsmedizinische Zentren unterstützen bereits die Qualitätsentwicklung der Gesundheitsförderung. Rigorose Aktivitäten und Gesundheitsschutzmaßnahmen sind wesentlich, damit schwere Unfälle mit größeren volkswirtschaftlichen Schäden vermieden werden können. Eine gute Volksgesundheit, meine sehr Geehrten, ist die Voraussetzung für eine leistungsfähige und erfolgreiche Gesellschaft. Unsere Medien haben durch Gesundheitsberichterstattung eine wichtige Funktion in der Gesundheitsaufklärung.

Seit Juli 1995 ist das sogenannte Tabakgesetz in Kraft. Ich erwähne es aus bestimmten Gründen. Demnach ist das Rauchen in allgemein-öffentlichen Gebäuden, wie Krankenanstalten insbesondere, aber auch in Banken, Bahnhöfen und Haltestellen verboten. Raucherzimmer sind gestattet, erwünscht von den notorischen Rauchern. Aber Rauchen ist vor allem in den Schulen untersagt. Insbesondere für Ungeborene und für Kinder ist das Rauchen denkbar schädlich.

Kariesprophylaxe, Gesundheitssport, Gesundheitskultur, Unfallverhütung, Wirbelsäulenprävention, Bewegung, Aids, Diabetes, Ernährung, Impfungen, Schlaganfall, Rauchen, Krebs und Suchtprävention sind Kernpunkte einer umfassenden Information für eine gesunde Lebensführung der Bevölkerung. Verletzte und Kranke finden in unseren Spitälern medizinische Hilfe und Heilung.

Durch das neue leistungsbezogene Verrechnungssystem hat sich unsere Spitalsversorgung in ein Neuland begeben, das es erst zu bewältigen gilt. Lediglich im Gesundheits- und Sozialbereich gibt es eine Erhöhung von drei Prozent für das Budget 1998. Experten meinen, für das kom-

mende Jahr sei ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent zu erwarten. Die starken Kostensteigerungen der letzten zehn Jahre im Gesundheitswesen müssen durch effizientere Kalkulationen und sinnvolle Strukturmaßnahmen auf ein erträgliches Budgetmaß gebracht werden. Wir wissen schon jetzt, daß dieses LKF-System nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Demnach gibt es derzeit nichts Besseres, um den Sparstift besser ansetzen zu können. Wir müssen dabei aufpassen, daß das Kind nicht mit dem Bad ausgegossen wird. Landesrat Freibauer hatte am 4. Dezember 1995 in seiner Budgetrede unter anderem zur leistungsorientierten Abrechnung wörtlich erklärt: "Alle notwendigen Unterlagen sind vorhanden. Der Gesundheitsreferent wird also bald auf den Startknopf drücken, um die konkrete Umsetzung in Angriff zu nehmen." Leider war das sehr locker und leicht formuliert. Die neue Abrechnung hat auch ihre Tücken, mit denen am Anfang niemand gerechnet hat. Die Bepunktung, all das wirft so viele Fragen auf und Diskussionen im Gesundheitsfonds, daß wir aufpassen müssen, daß es nicht allzu viele Verlierer gibt. Und wo etwas an Verlusten zu beklagen ist, muß Solidarität praktiziert werden. Da kann man nicht einfach dann kalt darüber hinweggehen.

Natürlich brauchen wir künftighin klare Konzepte. Die kann man aber auch nicht gleich so aus dem Ärmel schütteln. Sondern die müssen eben sukzessive auf Grund der Erfahrungen festgelegt werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß spätestens im Jahr 1999 eine finanzielle Nachbesserung im Spitalswesen durch das Land erfolgen wird müssen. Ich sage bewußt, eine Nachbesserung, weil wir jetzt schon wissen, wo uns der Schuh drückt. Und da kann man ganz einfach nicht den Sparstift zu stark ansetzen. Da geht es um die Allgemeinheit. Um die Gesundheit, um die Menschen, die für uns als Landesbürger eine Verpflichtung darstellen. Darauf muß sich schon jetzt Finanzlandesrat Mag. Freibauer einstellen, um seiner Verantwortung für die Sozial- und Gesundheitspolitik noch rechtzeitig in diesem Jahrhundert nachkommen zu können. Wir werden gerne mithelfen.

Zur Klarstellung muß ich hier sagen, wir Sozialdemokraten bekennen uns zum politischen Paket, das im Resolutionsantrag deutlich ausgeführt wurde. Es ist uns bewußt, daß nur im Konsens Strukturpolitik für das Gesundheitswesen gemacht werden kann. Nun, wir wissen alle, besonders jene, die sich damit beschäftigen, daß es beim LKF-System noch Anfangsschwierigkeiten gibt, die erst überwunden werden müssen. Die Gretchenfrage aber ist: Es muß wirklich die

Strukturveränderung und die Optimierung der Ablauforganisation vor sich gehen. Es geht um einen effizienten Mitteleinsatz. Grundsätzlich, meine sehr Geehrten, darf dabei die medizinische Qualität nicht gefährdet werden. Das ist das oberste Gebot der Medizin und der Gesundheitspolitik. Ein Computertomograph gehört bereits zur Basisausstattung eines Grundversorgungsspitals. Auch das gehört zur flächendeckenden Solidarität im Gesundheitswesen. Da kann man nicht sagen, dort schon und dort nicht. Es muß generell gleich für alle Geltung und Vorrang haben.

Der Gesundheits- und Sozialfonds für Niederösterreich ist bemüht, diesen Vorstellungen gerecht zu werden, das weiß ich. Jedoch erst dann, wenn wir für das Land ein wirklich zielführendes Instrument, ein vernünftiges Gesundheits-Raumordnungsprogramm, einen optimalen NÖ Krankenanstaltenplan und einen Großgeräteplan für unser Land geschaffen haben, wird der Entwicklung in das neue Jahrhundert entscheidend geholfen sein.

Wenn ab Herbst in Wr. Neustadt gemeinsam mit dem Burgenland die Strahlentherapiestation betrieben wird, dann ist ein neuer Fortschritt in der Medizin und vor allem für unsere Krebspatienten endlich erreicht. 50 Prozent der Patienten haben mit dieser Hilfe Aussicht auf Heilung. St. Pölten ist für den Zentralraum und für das westliche Niederösterreich ebenfalls schon seit einigen Jahren dafür in Diskussion. Ich persönlich bin nicht der Meinung, daß man sich in Linz bei der Strahlentherapie einkaufen soll. Wir brauchen diese hier in St. Pölten für das westliche Niederösterreich. Darüber muß ernsthaft gesprochen werden. Es gibt leider viel zu viele Krebspatienten. Deshalb muß es auch in St. Pölten mit großer finanzieller Leistung des Landes Niederösterreich dazu kommen, eine Strahlentherapiestation nicht nur zu errichten, sondern auch zu betreiben. Und das kostet Geld. Bekanntlich haben wir in Niederösterreich jährlich rund 6.000 neue Krebsfälle. Weltweit gibt es immer mehr Krebstote. Nicht nur in Österreich ist die Zahl der Krebspatienten gestiegen, die Weltgesundheitsorganisation befürchtet, daß sich die Zahl der Erkrankungen weltweit in den nächsten 25 Jahren verdoppeln wird. Krebs ist weltweit die Todesursache Nummer 3. Am 6. Mai 1997 berichtete die "Neue Zeit" aus Graz: 34.268 Menschen sind in Österreich im Jahr 1995 an Krebs erkrankt. Diese Zahl inkludiert auch jene Krebssterbefälle, welche zuvor nicht gemeldet waren. Damit ist die Krebsrate in der Alpenrepublik gegenüber 1994 um 1,8 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Jahr 1987 sogar um 11,3 Prozent. Experten erklären sich diese

alarmierende Zunahme hauptsächlich mit dem Wachstum und der immer älter werdenden Bevölkerung. Außerdem zeichnet sich bei der Krebsstatistik für 1995 ein leichter Anstieg der Zahl erkrankter Männer ab, während der Anteil der Frauen eher gleich bleibt.

Angesichts noch immer begrenzter Möglichkeiten der Therapie sind Krebs und Herz/Kreislaufkrankungen für rund zwei Drittel der Todesfälle auch in Österreich festzustellen. Unfallstationen, Herzchirurgie und Kardiologiestationen, große Gynäkologieabteilungen sind für einen Rechtsträger durch das Punktesystem bei der LKF-Abrechnung ein einträgliches Geschäft. Es müssen aber auch andere Abteilungen im Interesse der Patienten sinnvoll durchgehend geführt werden. In Grundversorgungsspitalern wird es jedoch auf Dauer nicht mehr möglich sein - und jetzt betone ich etwas - nicht mehr möglich sein, sogenannte "graue Abteilungen", die im Plan nicht vorgesehen sind, zu betreiben. Spätestens in drei Jahren wird bei der Abrechnung die Stunde der Wahrheit schlagen. Was heute noch tabu ist, muß dann durch eine bessere medizinische Koordination abgeklärt werden.

ÖVP-Landesrat Mag. Freibauer wird, wenn er dann noch im Regierungsamt ist, großen Mut zur Kostenwahrheit und zur Reform der Gesundheitsstruktur unserer Krankenanstalten aufbringen müssen. Von Landesrat Wagner weiß ich, daß er mit Zähnen und Klauen für eine zukunftsweisende Struktur unserer Spitalsausstattung kämpft. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur Korneuburg und Stockerau. Alles in Diskussion, aber ein Paket. Betreffend Umsetzung des Österreichischen Krankenanstaltenplanes wurde von der Abgeordneten Kollegin Lugmayr dieser gemeinsame Antrag eingebracht. Ich bin davon überzeugt, daß unsere beiden Regierungsmitglieder Wagner und Freibauer in Gesprächen positive Ergebnisse erreichen werden. Sonst müssen wir uns selber etwas einfallen lassen. Aber ich nehme an, man wird uns entgegenkommen.

Gänserndorf mit der Tagesklinik ist ein Erfolg, über den wir uns als Sozialdemokraten freuen. Die Ärztedichte in der Europäischen Union ist sehr unterschiedlich. In Irland kommen 630 Patienten auf einen Arzt. Bei uns in Österreich entfallen 291 Patienten auf einen Arzt und in Italien sind es sogar nur 193 Patienten, welche auf einen Arzt entfallen. Frankreich und Österreich haben jedoch im EU-Vergleich die höchsten Gesundheitsausgaben bisher. In beiden Ländern und auch in anderen ist man bestrebt, das alles zu minimieren. Mit konkreten

Überlegungen der Rationalisierung, wenn man das so sagen will, die in den Spitälern durchaus möglich ist und mit Einsparungen. In Frankreich erreichen die Gesundheitsausgaben 9,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und in Österreich 9,2 Prozent. Schlußlicht ist Griechenland mit 5,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Ich habe gehört, dort ist auch die Ausstattung in den Spitälern nicht so - ich möchte dort kein Patient sein. Die meisten Spitalsbetten stehen in Luxemburg mit 11,5 je tausend Einwohner zur Verfügung. Gefolgt von Finnland mit 10,1 und Österreich mit 9,8 je tausend Einwohner. In Niederösterreich kommen, was die ärztliche Versorgung betrifft, 1.929 Personen auf einen praktischen Arzt, 3.534 Personen auf einen Facharzt und 3.232 Personen auf einen Zahnarzt. Auf lange Sicht gesehen wird die Ärztedichte zunehmen.

Wir müssen den Jungärzten weiterhin die Berufsausbildung in den Spitälern ermöglichen. Man spricht davon, daß es künftighin eine Ärzteschwemme geben wird, daß viele Jungärzte keine Betätigung mehr in einem Spital bekommen sollen. Also zuerst müssen wir von der Gesellschaft her wirklich diesen Jungärzten, die aus der Universität kommen, die Chance geben auf eine echte praktikable Ausbildung in den Spitälern bis zum Facharzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nur die Pflichtversicherung kann sozial gerecht eine ordentliche medizinische Versorgung gewährleisten. Die Pflichtversicherung ist eine der wichtigsten Säulen unseres Sozialstaates. Und das sage ich in Richtung der Freiheitlichen Partei. Die Pflichtversicherung ist eine der wichtigsten Säulen unseres Sozialstaates. Sie sorgt für flächendeckende medizinische Versorgung und garantiert, daß alle Versicherten gleichen Zugang zu den Leistungen haben. Eine freie Versicherungswahl, wie die Freiheitlichen sie fordern, würde nur höhere Beiträge und weniger Leistungen bringen. Und das

kann ja wohl nicht Ziel der Politik sein. Dann gibt es keine Solidarität mehr.

Gerade das Versicherungsprinzip bringt Auswüchse, die wir nicht brauchen können. Die Versicherung zu wechseln wie ein Hemd gewechselt wird ist dort dann üblich und das ist unseriös. Wunscherfüllung und Erpreßbarkeit ist bei diesem System möglich. Und das wird von uns entschieden abgelehnt! Die Einführung einer Versicherungspflicht mit einer freien Versicherungswahl, eine Art Krankheitshaftpflicht, würde zu einem krassen Klassensystem führen. Sozialdemokraten müssen deshalb von einer Entsolidarisierung und einer Arme-Leute-Medizin warnen. Unter diesen Gesichtspunkten geben wir Sozialdemokraten dem Budgetkapitel Gesundheit gerne die Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Wir haben in Niederösterreich mit der Einführung der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung einen Vorsprung von einem Jahr gewonnen und so können wir jetzt eigentlich auch schon besser Bescheid darüber sagen, wie diese neue Finanzierung wirkt. Es gibt ja bereits die leistungsbezogene Kostenrechnung. Und dabei hat sich herausgestellt, daß die Ergebnisse für die einzelnen Krankenhäuser, auch vergleichbare Häuser, sehr unterschiedlich sind. Es gibt also sehr große Verlierer und sehr große Gewinner. Es ist also jetzt einmal klar, daß wir uns darüber freuen können, daß es hier irgendwie zu einer Kostenwahrheit gekommen ist. Und ich bekenne mich voll dazu, daß man die Konsequenzen, die aus dieser Kostenwahrheit nun zu ziehen sind, maßvoll, mit Übergangsfristen und politisch verträglich gestaltet. Aber man wird nicht darum herumkommen, die Konsequenzen zu ziehen. Der Landesrat ist wirklich nicht zu beneiden, wenn er das jetzt machen muß. *(Zwischenruf bei Abg. Kautz.)* Eben, darum wird es gehen, daß es nicht zum Nachteil der Patienten ausschlägt. Weil wo, wenn nicht in diesem Bereich, kann verantwortungsvolle Politik sich nicht darauf beschränken, Stimmungen umzusetzen, sondern sie muß das viel Schwierigere probieren, die Menschen vom Notwendigen zu überzeugen. Und wenn ich mir das anschau, wie wenig in den einzelnen Häusern die Notwendigkeit einer Koordination eingesehen wird - ich komme doch recht häufig in den Spitälern herum - und wie wenig

zurückhaltend nach wie vor parteipolitische und nur vermeintlich kommunalpolitische Interessen - weil in Wahrheit tut es den jeweiligen Gemeinden ja zu guter Letzt dann nicht wirklich gut - hier ins Spiel gebracht werden, dann kann ich dem Landesrat wirklich nur viel Glück wünschen. Und ich betone es, also ich glaube, man hat es bis jetzt auch immer gesehen, ich habe in diesem Bereich von jeder populistischen Agitation Abstand genommen, obwohl ich aus dem Bezirk Korneuburg-Stockerau komme.

Das ist also das eine Reformhemmnis, das hier zu überwinden sein wird, das im Land selber liegt und vor allem eben ein politisches Problem ist. Das andere betrifft eine Sache, die nur mit dem Bund zu regeln ist. Wir haben ja schon am 25. Jänner des Vorjahres hier Anträge gestellt zur einheitlichen Finanzierung des Gesundheitswesens, das war noch vor Konstruktion des NÖGUS, in der Zwischenzeit ist der NÖGUS zustande gekommen und wir kennen mittlerweile auch seine Auswirkungen. Und da muß eben gesagt werden, es ist nicht ein wirklich einheitliches Finanzierungssystem, sondern der entscheidende Schritt, nämlich daß der stationäre und der niedergelassene Bereich aus einer Quelle finanziert werden, der ist damit leider nicht gesetzt worden. Und ich weiß, so eine Geschichte, die durch ein Rahmengesetz des Bundes zu lösen ist, ich weiß, daß der Bund bis jetzt nicht reagiert hat. Aber ich kann nicht davon Abstand nehmen, daraus quasi mein Ceterum censeo zu machen. Ich werde also wieder einen Antrag stellen, die Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems aus einer Quelle beim Bund zu erzielen. Denn nur das kann sicherstellen, daß diese Strukturmaßnahmen nicht einfach ein Leistungsabbau in den Spitälern sind, sondern daß es zu einer Leistungsverlagerung von den Spitälern in den niedergelassenen Bereich kommt. Und das wird so lange nicht passieren, so lange die einzelnen Institutionen die Kosten gegenseitig hin- und herschieben. Ich darf daher einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Einheitliche Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems einschließlich der niedergelassenen Ärzteschaft.

Innerhalb des Gesundheitswesens stellen die Kosten der Krankenanstalten nicht nur den weitest- aus größten Faktor dar, sie weisen auch überproportionale Steigerungsraten auf. Die kostengün-

stigste Form der medizinischen Betreuung ist unbestritten die ambulante Betreuung. Eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen kann nur nach dem Motto erreicht werden: 'So viel ambulant wie möglich, so viel stationär wie notwendig.'

Der Verlagerung von Leistungen aus dem Spitalsbereich in den niedergelassenen Bereich fehlen derzeit aber wichtige Voraussetzungen. Mit der Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, die einen Kostenvergleich zwischen Spitalsbereich und niedergelassenem Bereich erst ermöglicht, wurde zwar ein vorbereitender Schritt gesetzt. Der Durchsetzung der Schwerpunktverschiebung zu den niedergelassenen Praktikern und Fachärzten steht aber auch die aufgesplitterte Finanzierung der einzelnen Gesundheitseinrichtungen entgegen. Während etwa die Krankenkassen zu 100 % für die Finanzierung der Leistungen im niedergelassenen Bereich zuständig sind, übernehmen sie nur einen Teil der Spitalskosten (52 %). Den Rest finanzieren die Gebietskörperschaften. Das bedeutet, daß eine Verlagerung von Leistungen aus dem Spitalsbereich in den niedergelassenen Bereich zwar zu einer Entlastung der öffentlichen Hand, aber zu einer zusätzlichen Belastung der Kassen führen muß.

Diese Tatsache hat zweifelsohne eine reformhemmende Wirkung, denn jeder Beitragszahler versucht, seinen Beitrag zu Lasten der anderen zu verringern. Auch das Vorgehen der Krankenkassen, die Ärzten bestimmte Behandlungen verbieten, steht im Widerspruch zu den Zielen einer volkswirtschaftlich sinnvollen Gesundheitsreform. Es ist daher notwendig, alle Gesundheitseinrichtungen, also selbstverständlich auch die niedergelassene Ärzteschaft, aus einem Fonds (NÖGUS) zu bedienen.

Die Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund zu erwirken, daß die Rahmenbedingungen für eine einheitliche Finanzierung aller Gesundheitseinrichtungen einschließlich der niedergelassenen Ärzteschaft aus einem einzigen Fonds (NÖGUS) geschaffen werden." (*Unruhe bei Abg. Kautz.*)

Nachdem im Gesundheitswesen die Uhren langsam gehen - 17 Jahre Provisorium KRAZAF - denke ich, kann man noch eine Zeit warten, und

diesen Antrag einfach wieder einmal stellen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Lugmayr und Gruber: Auch wir sind daran interessiert, dieses Paket jetzt irgendwann einmal über die Bühne zu bringen. Es ist ja in der Landesregierung auch von uns schon die Zustimmung erfolgt. Wir sind froh darüber, daß man sich puncto Allentsteig von der Idee wieder entfernt hat, eine Akutneurologie daraus zu machen. Ich sehe hier den "Schwerpunkt Rehabilitation", das freut mich. Ich schreibe das auch ein bißchen unserem Engagement zu, obwohl wir dafür sehr geprügelt worden sind. Eine Frage habe ich. Wenn mir die beantwortet wird, werden wir die Zustimmung erteilen. Es ist in bezug auf Gänserndorf davon die Rede, daß die entstehenden Verluste durch das Land Niederösterreich und den NÖKAS abgegolten werden. Wir kennen das Modell. Ich habe einmal schon erwähnt, daß das natürlich eine ungeheure Privilegierung ist und sicher die Begehrlichkeit anderer Krankenhausträger reizen wird. Sie müssen wissen, wie sie dann die anderen im Zaum halten. Aber es war diese selbe Regelung auch für Allentsteig vorgesehen - jetzt nicht mehr. Ist das beabsichtigt oder ist es vergessen worden? Also wenn man mir das bitte dann noch sagen könnte.

Zu einem weiteren Thema, das wir hier unter "Gesundheit" im Budget haben. Meine Kollegin Stix hat bereits darüber gesprochen - Drogen. Es hat jüngst im Land eine Studie gegeben, die Herr Landesrat Wagner zusammen mit der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop vorgestellt hat und diese Studie hat einen ganz entscheidenden Satz. Sie sagt, daß der Konsum illegaler Drogen auch in Niederösterreich nicht mehr nur das von der Norm abweichende Verhalten einiger weniger "Problem-Jugendlicher" ist, sondern eben in ganz bestimmten Jugendszenen weitgehend eine Gruppennorm ist. Und das, meine ich, ist ein Schlüsselsatz. Es zeigt, daß hier ein Problem vom Rand in die Mitte der Gesellschaft vorgestoßen ist, und es zeigt auch, daß die bisherigen Maßnahmen nicht in dem Maß gewirkt haben, wie sie wirken hätten sollen. Und ich denke, wenn man das analysiert, könnte man vielleicht auch erklären, warum.

Die bisherigen Maßnahmen gehen von Voraussetzungen aus, die so generell vielleicht nicht stimmen. Denn es war immer davon die Rede - das stimmt auch, aber das alleine stimmt nicht - daß es labile Persönlichkeiten aus sozial schwierigen Verhältnissen sind, die zur Drogensucht

tendieren. Das ist sicher richtig. Aber es sind nicht nur diese Gruppen, sondern sozusagen genau das Gegenteil davon. Es sind die ganz besonders wenig unterordnungsbereiten, ganz besonders aufmüpfigen Kinder, die in ihrem pubertären Drang an Grenzen zu stoßen und diese, wenn es geht, dann zu überschreiten, in diese Nähe kommen. Und wenn ich das ein bißchen salopp sagen darf, wenn das mit einem Vollrausch endet und mit einem Katzenjammer am nächsten Tag, dann ist das nun ja für Erwachsene augenzwinkernd zu rügen, aber nicht wirklich tragisch gewesen. Das war die Erfahrung unserer Jugend. Wenn dieselben Rabauken, wenn ich es einmal so nennen darf, aber jetzt an einen Drogenhändler kommen und sie zwei-, drei-, viermal Heroin schnupfen, und irgendwann wird die Sache zu teuer, und sie fangen an, sich das zu initiieren, dann ist das bitter und ganz schlimm. Und für diese Gruppe hat man eigentlich überhaupt nicht gearbeitet - ganz im Gegenteil! Die Verharmlosung und Bagatellisierung, wenn ich es einmal so sagen darf, die diese Politik, die bis jetzt betrieben wurde, ja auch irgendwie suggeriert hat, ist genau für diese Gruppe das Falsche gewesen. Dieser Gruppe hätte man schon immer klar und deutlich sagen müssen, bis hierher und nicht weiter. Du schadest dir selbst, du bist ein Jugendlicher, das werde ich nicht zulassen, du wirst eine Strafe bekommen, wenn du das machst. Und das ist überhaupt nicht passiert, sondern ganz im Gegenteil. Man hat eigentlich die Gefährlichkeit dieser Substanzen zunehmend heruntergesetzt. Und man hat - und schreien Sie nicht gleich auf - mit dem Satz "Therapie statt Strafe", der eigentlich nur ein scheinbar humaner Satz ist, eigentlich wirklich viel in die falsche Richtung geleitet.

Selbstverständlich Therapie für alle jene, die bereits drogensüchtig sind und sich einer Therapie unterziehen wollen. Da gibt es ja auch das Problem, daß nicht genug Plätze da sind. Aber damit allein kann man - und das behaupte ich nicht, sondern das ist ja so - das Problem nicht in den Griff bekommen. Denn Strafe natürlich auch. (*Abg. Dr. Bauer: Vielleicht sollte man vor der Therapie die Psychologie anwenden!*)

Ja, das auch. Aber es ist eben nicht nur ein Problem des Gesundheits- und des Sozialwesens, sondern auch der Kriminalität. Und wenn man dieses "Therapie statt Strafe" so isoliert sieht, was macht man denn dann zum Beispiel mit dem süchtigen Drogenhändler, der 20 ist, und der ein 13jähriges Dirndl andealt? Was hat da jetzt Vorrang? Die Verhinderung der Drogensucht bei dem Kind? Das wird sehr schwierig. Mit dem Satz allein geht es nicht. Ich weiß, was dann kommt.

Man muß den drogensüchtigen Zwanzigjährigen von der Straße holen, damit der nicht dealen muß. Damit er also eben kein Geld braucht, um sich weitere Drogen zu kaufen, man wird ihn eben in ein Heroinprogramm einschließen. *(Unruhe bei Abg. Dr. Bauer.)*

Ja. Es gibt mehrere Zugänge. Und wir müssen wirklich nachher diskutieren. Aber jetzt möchte ich meine Gedanken noch einmal fertig entwickeln. Ehrlich, wir machen das nachher.

Aber dann heißt es natürlich, man muß den von der Straße holen und man gibt ihn in ein Programm hinein und man gibt ihm unter ärztlicher Aufsicht kontrolliert Heroin. Frau Kollegin Dorfmeister-Stix! Sie wissen es noch nicht, aber es war übrigens pikanterweise damals der Obmann des ÖVP-Familienbundes, der die Abgabe von Heroin auf Krankenschein gefordert hat. Also das halte ich für einen völligen Wahnsinn. Abgesehen davon, daß es absolut entwürdigend ist, einen Drogenabhängigen gerade sozusagen "ungefährlich" zu halten, aber in seinem Elend allein lassen, weil es ist ja auch der kontrollierte Drogenkonsum das Gegenteil von einem selbstbestimmten kreativen Leben. Abgesehen davon, was für ein verderbliches Signal: Der Staat als Dealer! Jeder, der Drogen nimmt, denkt sich, na gut, die teilen es aus. So schlimm kann es doch nicht sein. *(Abg. Dr. Bauer: Das ist eine Verkennung der Absicht, die dahinter steckt!)* Ich meine, die Entwicklung gibt mir ja irgendwie recht. Daß etwas falsch gelaufen ist, darauf bestehe ich aber schon. Also ich glaube, daß dieses Signal ein völliger Wahnsinn war.

Und ich denke, man müßte die Drogenpolitik, die übrigens - und das halte ich ja auch irgendwie für symbolhaft - natürlich nicht Drogenpolitik heißen kann, sondern Antidrogenpolitik. Und es kann natürlich keinen Drogenkoordinator geben, sondern nur jemanden, der verhindert, daß Dro-

gen im Umlauf sind. Ich denke, daß man diese Politik vollkommen neu ausrichtet. Wir sind nämlich im Begriff, dorthin zu kommen, daß wir Drogensucht nur mehr verwalten, statt zu verhindern. Und ich meine, es sollte hier wirklich ganz klar gesagt werden: Primär geht es darum, Drogensucht zu vermeiden. Und jedes Gerede über Liberalisierung, das ja gerade diese, wie soll ich sagen, diese Rabauken dazu bringt, sich zu interessieren und es nicht so schlimm zu nehmen, muß sich wirklich aufhören. Die Unterscheidung zwischen harten und weichen Drogen - ein völliger Wahnsinn. Die kontrollierte Abgabe von Heroin - genau ein Signal in die falsche Richtung.

Ich denke, daß wir hier uns wirklich zu einer völlig neuen Vorgehensweise entschließen sollen. Und ich habe in diesem Sinne einen Resolutionsantrag vorbereitet *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Drogenprävention.

Eine jüngst vom Institut Dr. Brunmayr erstellte Studie zeigt, daß der Konsum illegaler Drogen auch in Niederösterreich nicht mehr das von der Norm abweichende Verhalten einiger weniger Problem-Jugendlicher, sondern in bestimmten Jugendszenen weitgehend eine Gruppennorm ist. Die bisherigen Maßnahmen zur Vermeidung von Drogensucht haben die massive Ausweitung des Drogenkonsums nicht im geringsten hindern können.

Es gilt daher, diese Standpunkte zu überdenken und ein Anti-Drogenkonzept zu erstellen, das der Prävention den absoluten Vorrang einräumt und sich daher an folgenden Kriterien orientiert:

- Drogenfreies Leitbild - keine Unterscheidung zwischen harten und weichen Drogen.
- Abstinenzorientierte Therapie.
- Restriktive Einschränkung der Verfügbarkeit von Drogen.

Die Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der vorgegebenen Kriterien mit einem Anti-Drogenkonzept durch geeignete Maßnahmen der Ausweitung des Drogenkonsums zu begegnen." *(Unruhe bei Abg. Gruber.)*

Eben nicht. Ich werde irgendwann noch einmal darauf zu sprechen kommen. Auch die Aufklärung, die in den Schulen betrieben wird, orientiert sich absolut nicht so, sondern völlig anders. Und ich weiß, es ist ein sehr heikles Thema, und es prallen da die Weltanschauungen aufeinander. Aber ich denke, an der Entwicklung in den letzten Jahren und vor allem auch in den Ländern, wo man diesen Weg gegangen ist, in den nordischen Staaten und in der Schweiz, könnte man eigentlich sehen, was wir uns ersparen können, wenn wir die Umkehr, die dort bereits geplant und teilweise gemacht wird, gar nicht erst vollziehen müssen, sondern von vornherein einen richtigen Weg gehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter
Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 5 des Budgets für 1998 beinhaltet neben dem gesamten Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung und anderer auch einen für mich sehr wesentlichen Teil, die Vorsorgemedizin. Was wir in diesem Bereich Gutes tun können, hilft uns bei der Finanzierung der Medizin und der Krankenanstalten insgesamt.

Die Gesundheitspolitik des Landes Niederösterreich hat insbesondere aber im Bereich der Vorsorge schon Erfolge zu verzeichnen. Erfolge, die in der nächsten Zeit sicher noch ausgebaut werden müssen. Das NÖ Gesundheitsforum, welches 1993 gemeinsam zwischen Land Niederösterreich, der Ärztekammer Niederösterreichs und den Sozialversicherungsträgern des Landes Niederösterreich gegründet wurde, hat auf diesem Gebiet entsprechend seinem statutengemäßen Ziel gearbeitet. Hier heißt es, alle Anstrengungen zu unterstützen, die zur Hebung der Eigenverantwortung für eine gesunde Lebensweise zur Förderung der Gesundheit, Erhaltung der Gesundheit und Verhütung von Krankheiten dienen. Aufgaben, die vom NÖ Gesundheitsforum in dieser kurzen Zeit seiner Existenz auch bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Ich denke an die Aktion "Niederösterreich ist gesund", in der flächendeckend Ernährungs- und Diabetikerberatung, Bewußtseinsbildung zur Gesundheitsförderung und Prävention zur Hintanhaltung von Folgeschäden bei Ernährungsfehlern angeboten wurden.

Ein zweites Programm, und das wurde heute schon mehrfach von diesem Podium aus besprochen, sind die Suchtvorbeugungsprojekte. Hier zeigt sich, daß - wie von meiner Vorrednerin auch bereits erwähnt - der Handlungsbedarf in Niederösterreich verstärkt werden muß. Umso erfreulicher ist es, daß es praktisch in allen Landesteilen Vereine und Organisationen gibt, die sich dieses Themas intensiv annehmen. Ich denke an den Verein "Gesundes Tulln", der an der HAK und HASCH in Tulln ein Pilotprojekt initiiert hat. Ich denke an den Bezirk St. Pölten, wo Gesundheitsförderung und Suchtprävention an Hauptschulen und Polytechnischen Schulen geführt wird, oder auch an der HAK Waidhofen/Thaya, wo mit Unterstützung des Gesundheitsforums Niederösterreich und des Lionsklubs Waldviertel ebenfalls ein solches Projekt betrieben wird. Ähnliches auch in Waidhofen/Ybbs und Zwettl.

Auch die Aktion "Die gesunde Gemeinde", die 1995 von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll initiiert wurde und gemeinsam mit dem Gesundheitsforum Niederösterreich auch bereits Erfolge zeigt, ist an dieser Stelle zu erwähnen. Bereits 58 Gemeinden in Niederösterreich haben die Ermutigung des Landes angenommen und durch Engagement der Bürgermeister, Gemeinderäte und Vereine hier das Gesundheitsbewußtsein in den Gemeinden deutlich heben können. Ich darf an dieser Stelle sicherlich auch allen jenen danken, die freiwillig bei diesen Aktionen "Gesunde Gemeinde" mitarbeiten. Ziel der "Gesunden Gemeinde" ist, durch Verbesserung in der Bewegung, bei Ernährungsproblemen, in Natur und Umwelt und in der Vorsorgemedizin Hilfestellung zu geben. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten in Niederösterreich in vielen Gemeinden Gesundheitstage erlebt. Gesundheitstage, die einem breiten Teil unserer Bevölkerung ein verstärktes Gesundheitsbewußtsein geben sollen. Weitere Aktionen sind Diabetes-Vorsorge, Schlaganfall-Vorsorge oder Früherkennung von Krebserkrankungen. Ich darf an dieser Stelle beispielhafte Gemeinden unseres Bundeslandes Niederösterreich nennen. Im Süden sind hier besonders aktiv Würflach, Enzesfeld-Lindabrunn oder Mauerbach, Langenrohr, Frankenfels oder, wenn ich an die Stadtgemeinden Litschau und Wolkersdorf denke. In diesen Gemeinden haben sich engagierte Bürger besonders in den Dienst der "Gesunden Gemeinde" gestellt und auch entsprechend hohe Teilnahmequoten erzielen können.

Ein anderes Thema, das dem Kapitel 5 des Landesbudgets zugeordnet ist, ist die Lebensmit-

telkontrolle. Darüber wird sehr wenig gesprochen. Ich möchte aber an dieser Stelle es nicht verabsäumen, den Vertretern des Landes und der Bezirkshauptmannschaften hier zu danken für die intensive Tätigkeit bei der Lebensmittelkontrolle, durch die es gelungen ist, den hohen Qualitätsstand unserer Lebensmittel auch zu dokumentieren und damit unseren Menschen im Land Niederösterreich eine entsprechend gute Lebensmittelversorgung zu geben.

Ich glaube, daß es auch die Aufgabe von uns Politikern ist, das Gesundheitsbewußtsein unserer Mitmenschen weiter zu heben. Ich glaube, wir sollten uns bemühen, noch weitere Gemeinden von unseren 570 Gemeinden im Land Niederösterreich dazu zu bewegen, bei der Aktion "Gesunde Gemeinde" mitzuarbeiten. Auch wenn wir Politiker nicht immer das lebende Beispiel für entsprechende Lebenshaltung sind - es fällt uns nicht immer ganz leicht, einen sehr ruhigen Tagesablauf zu gestalten und auch unsere Ernährungsgewohnheiten sind nicht immer beispielhaft - sollten wir uns hier sicher bemühen, auf unsere Mitmenschen positiv einzuwirken.

Bevor ich aber von diesem Podium jetzt weggehe, muß ich auf einige Aussagen meines Kollegen Maier eingehen, der in einer Art und Weise den Betrieb der Agrana GesmbH hier in Gmünd dargestellt hat, daß ich durch eine Klarstellung einiges erläutern muß. Die Agrana GesmbH in Gmünd ist jenes Unternehmen, das als erster industrieller Verarbeitungsbetrieb von landwirtschaftlichen Rohstoffen Bioprodukte verarbeitet und einem breiten Bereich unserer Konsumenten auf diese Art und Weise zugeführt hat. Ich denke an die Verarbeitung von Biokartoffeln, Biogetreide und Biomilch. Und während wir hier herinnen heute über dieses Kapitel diskutieren, wird eine Delegation von deutschen Interessenten in Gmünd anwesend sein und sich für die verstärkten Absatzmöglichkeiten österreichischer Bioprodukte auch auf dem deutschen Markt interessieren. All diese Bemühungen dürfen aber nicht von der Tatsache ablenken, daß maximal 10 Prozent der Verarbeitungskapazität des Betriebes Gmünd auf den Sektor Bioproduktverarbeitung fallen. Und wenn Du, Herr Kollege Maier, dann hier behauptest oder einem sehr gut funktionierenden Management empfehlst, sich ausschließlich auf den Bereich der Bioverarbeitung zu konzentrieren, dann hat das zur Folge, daß es gleichzeitig zum Schließen oder zur Reduktion um 90 Prozent des Verarbeitungsumfanges kommen muß. Und bei einer Produktionsrücknahme um 90 Prozent ist in der nächsten Folge die Schließung des Betriebes erforderlich. Ob das der Sinn einer Arbeitsplatz-

politik im Grenzland ist, das wage ich in Frage zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei Abg. Maier.)*

Ich denke an die Zeit, da ein Präsident Haufek, ein Abgeordneter Parnigoni gemeinsam mit seinen Nationalratskollegen Vetter und Flicker mit vielen Repräsentanten der Bundesregierung sich bemüht hat, diesen größten Lebensmittelverarbeiter im Waldviertel entsprechend auszubauen und zu unterstützen. Diese Erfolge werden durch die Forderung, sich ausschließlich auf Bioprodukte zu reduzieren, zunichte gemacht. In einem Bezirk, wo wir über Arbeitslosenzahlen von knapp 10 Prozent reden, kann ich einer solchen Argumentation nicht folgen. Wir brauchen auch in den Grenzregionen eine funktionierende Industrie, im Gleichklang mit sanftem Tourismus. Und wir werden die Sparte eines biologischen Landbaues von 10 oder 15 Prozent auch brauchen. Nur, damit einer ganzen Region eine Alternative anzubieten, ist nicht möglich! *(Abg. Maier: Sind Sie für gentechnisch manipulierte Pflanzen im Waldviertel, Ja oder Nein? - Unruhe bei der SPÖ.)* Über den Anbau von genveränderten Pflanzen wird die Frau Gesundheitsminister Prammer nach Anhörung entscheiden. *(Abg. Dr. Bauer: Sie haben uns soeben angegriffen, daß wir für die Agrana in Gmünd zu wenig tun. Was nicht stimmt! Und Sie begründen das mit der gentechnisch manipulierten Kartoffel; weil wir dagegen sind. Also sind Sie dafür!)*

Herr Klubobmann! Sie können nicht hier herinnen den Betrieben draußen eine Empfehlung geben, sich ausschließlich auf biologische Produkte zu konzentrieren, wenn es derzeit noch nicht die Möglichkeit gibt, den Absatz in diese Richtung zu bringen. Wir werden beim Betrieb der Agrana GesmbH in Gmünd erfreulicherweise ein Segment der biologischen Verarbeitung haben und wir werden einen Bereich der konventionellen Verarbeitung haben. Und es ist auch unsere Verpflichtung da herinnen, dafür Sorge zu tragen, daß diese beiden Bereiche erhalten bleiben. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Bauer: Es geht darum, daß die eine Kartoffel 15 Prozent Stärke enthält und die andere zwischen 30 und 35 Prozent. Und da stehen Sie im Sold der Agrana offensichtlich, die von Ihnen verlangen, hier das zu sagen. Und wir fragen Sie jetzt und verlangen eine Antwort, ob Sie für die genmanipulierte Kartoffel sind! - Weiterhin heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Klubobmann! Ich sage Ihnen noch etwas zu dem Thema. Sie stellen hier in den Raum, daß Kartoffeln, die genverändert sind, 35 Prozent Stärke haben und die anderen nur 16 Prozent. Ich bitte Sie und empfehle Ihnen, nützen Sie die Mög-

lichkeit, sich mit den Verantwortlichen der Agrana in Verbindung zu setzen, holen Sie sich bitte die Fachinformation. (Abg. Dr. Bauer: *Das ist ja fachlich abgestützt, zwischen 14 und 22 Prozent haben die einen und die anderen 30 bis 35 Prozent!*)

Herr Klubobmann! Nützen Sie die Möglichkeit, sich zu informieren. Zum Beispiel im Forschungszentrum Seibersdorf, wo wir froh sind, wenn wir dort Informationen an den Mann bringen. (Unruhe bei der SPÖ. - Abg. Dr. Bauer: *Es geht um eine klare Antwort: Sind Sie dafür oder dagegen, ganz einfach!*)

Herr Klubobmann! Ich kann mir an dieser Stelle nicht das Fachwissen und die Kompetenz anmaßen. Diese Möglichkeit hat die Frau Gesundheitsminister Prammer, die hat Fachkompetenz. Die Frau Gesundheitsminister kann diese Entscheidung treffen. (Beifall bei der ÖVP. - Weiterhin Unruhe bei der SPÖ.)

Was ich nicht haben will an dieser Stelle, daß es weiterhin so eine Industrie-feindlichkeit gibt in manchen Teilen unseres Landes. Die können wir uns nicht leisten, wenn es darum geht, Arbeitsplätze in den Regionen zu sichern! (Beifall bei der ÖVP.)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik, ich erteile es ihm.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages! Hoffentlich wird es jetzt auch so turbulent, bei dem was jetzt kommt.

Meine Damen und Herren, wieder einmal beschäftigt das Marchfeldkanalsystem bzw. die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal den NÖ Landtag. Das Budget 1998 veranlaßt mich, hier einige klare Feststellungen zu treffen, meine Damen und Herren. (Unruhe bei Abg. Hiller.)

Das wirst Du gleich hören, Herr Abgeordneter Hiller. Alles beleg- und beweisbar. Schön langsam, eines nach dem anderen. Es tut mir nur leid, daß der Herr Landesrat Blochberger nicht anwesend ist. Ich glaube, wir zwei brauchen den Dialog nicht zu führen. Ich habe im vergangenen Jahr bei der Berichterstattung diesen Dialog von dieser Stelle aus geführt, ich werde alles belegen.

Meine Damen und Herren! Seit Jahren verweise ich bzw. meine Kollegen in diesem Kuratorium auf die Probleme dieser Gesellschaft, die einzig und allein dadurch entstehen, daß das zuständige Mitglied der Landesregierung, nämlich Landesrat Blochberger, seinen Verpflichtungen -

und das betone ich - nicht nachkommt. Diese Untätigkeit hat in der letzten Sitzung des Kuratoriums der Betriebsgesellschaft dazu geführt, meine Damen und Herren, daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in diesem Gremium ihren Rückzug angekündigt, ich betone, angekündigt haben. (Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Hiller: *Wahlgag, Wahlgag!*) Keine Wahltaktik, Herr Abgeordneter Hiller!

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich erklären, hören Sie zu! Ich werde erklären warum. Sie werden die Erklärung von mir bekommen, warum wir diesen Schritt gesetzt haben. Als verantwortungsbewußte Mandatare ist es uns nämlich nicht mehr möglich, bei Beschlüssen mitzuwirken, die diese Gesellschaft in naher Zukunft - Herr Abgeordneter Hiller, hören Sie gut zu - in den Konkurs treiben.

In erster Linie ist dabei auf das Nichtzustandekommen einer vernünftigen Lösung für die Aufbringung der Betriebskosten hinzuweisen. In dieser Angelegenheit ist einzig und allein Herr Landesrat Blochberger und in zweiter Linie, das Budget betreffend, Herr Landesrat Mag. Freibauer zuständig. (Abg. Lugmayr: *So wie der Landesrat Wagner für das Gesundheitswesen!*)

Wir sind jetzt beim Marchfeldkanal, Frau Kollegin Lugmayr. Aus dem Kuratorium sind dazu in den letzten Jahren, und ich habe drei Kuratoriumsmitglieder Ihrer Fraktion, bitte, hier im Saale sitzen, unzählige Vorschläge gekommen, deren politische Umsetzung wahrzunehmen gewesen wäre. Jetzt, meine Damen und Herren, ist absehbar, daß 1999 die bisher angesparten Mittel aufgebraucht sein werden.

Der Herr Landesrat Blochberger redet sich immer auf den Bund aus. Meine Damen und

Herren! Dieser zahlt seit 1986 jährlich 7,5 Millionen Schilling an die Betriebsgesellschaft. Die Landesregierung überwies anfänglich seit 1993 ebenfalls 7,5 Millionen Schilling, was sich auf Grund des jetzigen Budgets für 1998 bereits auf 5,2 Millionen Schilling reduziert. (*Abg. Dr. Bauer: Wie erklären Sie das?*) Das werden wir ja hören. Der Herr Landesrat wird sicher schlecht argumentieren können, wenn er beim Bund vorstellig wird, daß der Bund von 7,5 Millionen Schilling, meine Damen und Herren, auf 10,5 Millionen Schilling aufstockt. Es ist sicher nicht leicht, daß jemand für eine Gesellschaft bezahlt, in der er nicht inkludiert ist. Und wenn ich meinte 5,2 Millionen Schilling - bevor wieder ein Zwischenruf kommt - im Budget sind nämlich 5.850.000,- vorgesehen, aber davon sind 10 Prozent Kreditbindung, meine Damen und Herren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Resolutionsantrag vom 21. November 1996 hinweisen, in dem es unter anderem geheißen hat: "Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für den Marchfeldkanal zuständige Landesrat Blochberger, wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, die zu einer geordneten Betriebsführung notwendigen politischen Entscheidungen bis spätestens Ende April 1997" - meine Damen und Herren, jawohl, Ende April 1997 - "zu treffen, damit in der Folge der Syndikatsvertrag zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich beschlossen und die Umstrukturierung der Gesellschaften so rechtzeitig erfolgen kann, daß mit 1. Jänner 1998 ein geordneter Betrieb des Marchfeldkanalsystems unter einer gesicherten", ich wiederhole, einer gesicherten, "Finanzierung erfolgen kann." Dieser Antrag wurde mit Mehrheit in diesem Hause angenommen. Und ich glaube, wenn eine demokratische Entscheidung in diesem Hause mit Mehrheit gefallen ist, dann ist es auch ein Auftrag an den Herrn Landesrat. Und ich glaube, die Entscheidung dieses Gremiums des Hohen Hauses darf sicher nicht ignoriert werden.

Der Herr Landesrat hat wohlweislich auf Grund dieses Resolutionsantrages und der Frist Ende April einen Zwischenbericht datiert mit 29. April 1997 vorgelegt. Und ich zitiere dies, weil das ja laut Verteiler nicht an alle Abgeordneten ergangen ist, daß jeder davon in Kenntnis ist. Ich zitiere: "Betrifft: Resolutionsanträge des Landtages von Niederösterreich betreffend die Geschäftsberichte 1994 und 1995 der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Zwischenbericht.

... In der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 9. November 1995 ... wurde darauf hingewiesen, daß durch den Wegfall der National-

park Aufgaben in der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal eine schlankere Organisationsform eingerichtet werden solle. Da für die Änderungen der Organisationsform der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal im NÖ Marchfeldkanalgesetz die Zustimmung des Bundes als Syndikatspartner erforderlich ist, wurden bereits am 20. November 1995 Gespräche auf Beamtenebene darüber aufgenommen. Dabei wurde seitens des Landes der Wunsch nach einem Geschäftsführer der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal deponiert. Die Bundesvertreter lehnten dies mit dem Hinweis ab, daß solange Bund und Land die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal gemeinsam tragen, beide Gebietskörperschaften die Möglichkeit haben müssen, jeweils durch einen Geschäftsführer auf Vorstandsebene vertreten zu sein. Desweiteren waren die Bundesvertreter der Meinung, daß bei einer Neufassung des Syndikatsvertrages auch andere Fragen zu behandeln wären. Insbesondere führten sie dabei den Ausbau der Hochterrasse, die Frage der Altlasten und die Übernahme der Anlagen durch die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal an. Es wurde als zweckmäßig erachtet, zur Klärung der anstehenden grundsätzlichen Fragen des Marchfeldkanalsystems, wie Altlasten, Versickerung, Übernahme der Anlagen mit Auflösung der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal und Weiterbau auf der Hochterrasse eine Beratung der zuständigen Landes- und Bundespolitiker anzuberaumen. Bekanntlich wurde wenige Tage später, am 29. November 1995, die Bundesregierung umgebildet. Damit konnten mit den drei zuständigen Ministern (Finanzen, Landwirtschaft und wirtschaftliche Angelegenheiten) keine Gespräche geführt werden. Nach der Konstituierung der neuen Bundesregierung am 12. März 1996 war es nicht möglich, noch vor der Sommerpause eine derart hochrangige Gesprächsrunde zusammenzustellen. Der Termin kam erst am 13. September 1996 zwischen den Landesräten Mag. Freibauer und Blochberger sowie den Bundesministern Mag. Klima, Mag. Molterer und Dr. Farnleitner zustande. In der rund zweistündigen Besprechung wurden die anstehenden Fragen wie

- Übernahme der Anlagen
- Altlastensanierung
- Hochterrasse

eingehend behandelt. Die Vertreter des Landes wiesen massiv darauf hin, daß der Marchfeldkanal zwar äußerlich fertig, nicht aber funktionsfähig sei, das Ziel, nämlich die Dotierung des Grundwassers durch Versickerung derzeit nicht oder nur unzureichend erfüllt wird. Dies ist auf die ungelöste Altlastenproblematik zurückzuführen, die im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegt. Das Land könne nicht zustimmen, daß die

Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, ohne Gefahr zu laufen wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, den Marchfeldkanal in seiner derzeit unvollkommenen Form übernimmt.

Seitens des Bundes wurde zwar die grundsätzliche Verantwortung für die Altlasten nicht abgelehnt, aber darauf hingewiesen, daß das Problem in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht gelöst werden kann. Die Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal arbeitet an einer Zwischenlösung für Filialversickerungen, die die Funktionsfähigkeit der Grundausrüstung des Marchfeldkanals zumindest annähernd herstellen könnte.

Hinsichtlich der Möglichkeit der Übernahme der Anlagen durch die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vertritt der Bund seit Jahren einen anderen Rechtsstandpunkt als das Land. Man kam überein, daß die beiderseitigen Standpunkte aufrecht bleiben. Die Politiker beschlossen, eine gemischte Beamtengruppe (Bund - Land) zu beauftragen, Grundlagen für die Lösung der offenen Fragen zu erarbeiten, damit im Rahmen eines nächsten Politikergesprächs im Jahre 1997 Entscheidungen getroffen werden können. In der Zwischenzeit hat der Landtag von Niederösterreich in einer Resolution am 21. November 1996, Ltg. 502/B-27/3, die Landesregierung aufgefordert, eben diese Entscheidungen bis Ende April 1997 zu treffen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Entscheidungen nur im Konsens mit dem Partner Bund getroffen werden können. Die neuerliche Umbildung der Bundesregierung zu Beginn des Jahres, insbesondere der Wechsel im Finanzministerium, sind für eine rasche Erledigung nicht förderlich. Auf Grund der politischen Ereignisse auf Bundeseite und den damit verbundenen Verzögerungen mußte die Landesregierung am 8. Oktober 1996 den auch in der Landtagsresolution zitierten Beschluß über die Deckung der Betriebskosten für die Jahre 1997 und 1998 fassen. Sonst wäre mit Ablauf des Jahres 1996 die Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Die gemischte Beamtenrunde hat unter Federführung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten unverzüglich die Arbeiten aufgenommen. Die Entscheidungsgrundlagen sind zum Zeitpunkt der Verfassung des vorliegenden Berichtes (April 1997) nahezu fertig. Nach letzten Feinabstimmungen werden sie allen fünf Politikern vorgelegt werden. Weiters wurden vom Land auch Gespräche mit dem

Bundesministerium für Finanzen aufgenommen mit dem Ziel, eine verfassungskonforme und verwaltungsökonomische Lösung für eine allfällige Beitragslösung zu finden.

Aus dem Dargelegten ist erkennbar, daß seitens der Landesregierung laufend alle erforderlichen Schritte gesetzt wurden und auch weiterhin werden, um das Marchfeldkanalsystem zügig von der Ausbauphase in den Regelbetrieb überzuführen. Es liegt aber im Wesen von partnerschaftlichen Systemen, und ein solches liegt beim Marchfeldkanal vor, daß der eine Partner auf den anderen angewiesen ist. Wenn, wie im vorliegenden Fall beim Partner Bund, Handlungsdefizite vorliegen, so ist der zweite Partner, das Land, in seinen Möglichkeiten eingeschränkt. Es wird aber auch niemand ernstlich verlangen können, daß das Land die Mängel des Bundes auf eigene Kosten ausgleicht, nur um nach Außen einen Fortschritt simulieren zu können. Daher wird in den kommenden Wochen, aber sicherlich noch vor dem Sommer, eine nächste politische Gesprächsrunde stattfinden, wo dann die entsprechenden Fragen gelöst werden können. In der Folge kann der Syndikatsvertrag entsprechend novelliert und auch das NÖ Marchfeldkanalgesetz in der gewünschten Weise geändert werden." Und der Schlußsatz: "Die Beschlußfassungen sind von den Zeitabläufen der gesetzgebenden Körperschaften abhängig." Gezeichnet: "NÖ Landesregierung, Blochberger, Landesrat."

Meine Damen und Herren! Dies ist sicher keine Lösung im Sinne des Auftrages, wenn der Herr Landesrat meint, die Umbildung der Bundesregierung, aber insbesondere der Wechsel im Finanzministerium war für eine rasche Erledigung nicht förderlich. Und weiters, wie ja berichtet wurde, sind vom Land Gespräche mit dem Bundesministerium für Finanzen aufgenommen, um eine Lösung zu finden. Nur, meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, im Finanzministerium wird der Herr Landesrat keine Lösung finden. Denn auf Grund der Gespräche, die er hier niederlegt zu Papier, müßte er wissen, daß beim Bund das Budget für 1998 und 1999 steht und darüber hinaus keine Zusagen erfolgen können. Weil nämlich auch beim Bund dafür keine Deckung vorhanden ist, meine Damen und Herren. Das bedeutet nämlich, daß der Bundeszuschuß von 7,5 Millionen auf 10,5 Millionen nur durch Umschichtung im Budget des Bundesministers Dr. Farnleitner erfolgen kann, also im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und nicht im Finanzministerium, welches als Syndikatspartner für das Land für

einen neuen Art. 15a-Vertrag zuständig ist, meine Damen und Herren. Dies zur Vorgangsweise der Aufstockung der Bundesmittel in der Betriebsgesellschaft.

Und nun möchte ich, geschätzte Damen und Herren, zu einer Presseaussendung von meiner Kollegin, der Frau Abgeordneten Lugmayr vom 10. Juni 1997 kommen, wo sie meint, Titel: "SPÖ-Muzik wieder einmal schlecht informiert." Frau Kollegin, wir haben den gleichen Wissensstand. Wir haben den Endbericht der Arbeitsgruppe genauso in Händen wie Sie. Das ist der Letztstand. Er ist nämlich datiert vom 22. Mai, mit welchem der Herr Landesrat ihn den fünf Partnern vorlegt. Aber, Frau Abgeordnete, ich würde empfehlen in diesem Zusammenhang, vor diesbezüglichen Presseaussendungen doch das Protokoll der 44. Sitzung des Kuratoriums der Betriebsgesellschaft besser zu lesen oder genauer zu lesen, wo nämlich der Vorsitzende der Gesellschaft meinte, oder unter anderem meinte, da ich nicht wortwörtlich aus dem Protokoll zitiere, er war wieder bei Landesrat Blochberger, um auf die finanzielle Lage aufmerksam zu machen. Aber er mußte zur Kenntnis nehmen, daß wahrscheinlich vor den Landtagswahlen 1998 nichts passieren wird. Bevor die nächsten Zwischenrufe kommen: Ich habe das Protokoll mit, ersichtlich auf der Seite 3 unter 3.4. Normal heißt es ja immer, belege es, wo hast Du das her? Woher weißt Du das? Daher bin ich schon etwas vorbereitet, um, was ich sage, auch darzulegen, meine Damen und Herren. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Und Frau Abgeordnete Lugmayr, wenn Sie mir schlechte Information vorwerfen, dann weiß ich nicht, wie ich die Aussagen einiger Ihrer Mitglieder aus der letzten Kuratoriumssitzung werten kann, wenn Sie meinten, wir, die sozialdemokratischen Kuratoren, sollten uns diesen Schritt noch bis Herbst überlegen. Denn sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Lösung gefunden werden, werden auch Sie diesen Schritt setzen. Frau Abgeordnete, ich weiß nicht, wie die Aussage in den Medien zu werten ist.

Und eines muß ich dazu noch betonen, weil ein diesbezüglicher Zwischenruf kam. Von einer Panikmache oder Wahlwerbung in der Sache Marchfeldkanal kann wirklich nicht gesprochen werden, meine Damen und Herren. Hier geht es allen Kuratoren, vom Vorsitzenden beginnend bis zu allen Mitgliedern, um die Lösung der Probleme und nicht um Parteipolitik. Wir haben das in der Vergangenheit immer wieder bewiesen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Es ist unfair, in dieser Situation in diesem Hohen Hause heute hier vorzuwerfen, wir

betrieben bereits Wahlwerbung. Meine Damen und Herren, dagegen verwahre ich mich! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Meine Damen und Herren! Es gibt sicher auch andere Probleme, zu deren Lösung Bund und Land gemeinsam aufgerufen sind. Da sind zum einen die Altlasten, die immer wieder als ein Hindernisgrund für ein Funktionieren der Versickerung und damit für eine Übernahme der Anlagen durch die Betriebsgesellschaft angeführt werden. Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen heute mitteilen, daß dieses Problem durch eine Änderung der Unternehmensphilosophie der Gesellschaft entschärft wurde. Das ist für die Kuratoriumsmitglieder sicher nichts Neues, sie waren ja bei dieser Beschlußfassung dabei. Es wird nämlich nicht mehr an einem zentralen Punkt im Stallinger Feld versickert, sondern es werden zusätzliche Standorte für Filialversickerungen gesucht. Zum Beispiel am Rußbach/Mühlbach, im Speltengarten, am Rußbach bei Leopoldsdorf und am Stempfelbach bei Untersiebenbrunn, um nur einige zu nennen, meine Damen und Herren. Dadurch wird bis Ende 1998 die technische Vorkehrung für die Versickerung von 200 bis 250 Liter in der Sekunde geschaffen. Aber, meine Damen und Herren, die Altlasten werden trotzdem zu sanieren sein. Allerdings ohne Zeitdruck, auf Grund dieser Vorgabe. Und weil ich zuerst betonte, daß seitens des Bundes das Budget für 1998 und 1999 steht, im Hinblick auch auf eine zusätzliche Bedeckung: Wir hatten in der vergangenen Woche bei Finanzminister Edlinger ein Gespräch, um trotz dieser Ankündigungen Lösungsversuche zu erwirken, meine Damen und Herren. Wenn ich bereits betonte, daß das Budget des Bundes 1998 und 1999 steht, dann ist das für die Hochterrasse sehr bedauerlich, weil eine zusätzliche Finanzierung für diese Hochterrasse vor dem Jahr 2000 nicht möglich ist. Es sei denn, die Möglichkeit besteht, im Ministerium des Dr. Farnleitner durch Umschichtungen oder Umliegungen Mittel bereitstellen zu können. Es wäre daher sinnvoll, von diesen 200 Millionen, die für die Hochterrasse reserviert wurden, einen Teil für die Altlastensanierung zu verwenden. Und der Rest wäre dann über den Altlastensanierungsfonds aufzubringen. Die Marchfeldkanalgesellschaft wäre vielleicht als Projektträger dazu zu ermächtigen. Die Betriebsgesellschaft soll ermächtigt werden, die generelle Planung für die Hochterrasse durchzuführen. Auf Grund der Ergebnisse daraus könnten dann weitere Verhandlungen über dieses Projekt geführt werden.

Meine Damen und Herren! Ich weiß um die Wichtigkeit der Realisierung dieses Projektes für die Region. Im Interesse der weiteren Entwicklung ist aber eine Junktimierung der einzelnen Probleme nicht zielführend und wird daher seitens unserer Mitglieder im Kuratorium abgelehnt. Zum Abschluß darf ich feststellen, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion weiterhin zum Projekt Marchfeldkanal steht. Weil wir um seine positiven Auswirkungen und seine Akzeptanz wissen, sind wir in diesem Fall auch für eine rasche Lösung der anstehenden Probleme, allerdings schrittweise und damit zum Nutzen für die Region. Ich fordere daher die Landesregierung und im besonderen Herrn Landesrat Blochberger auf, in diesem Sinne tätig zu werden. Eine Junktimierung unter dem Aspekt, "Alles oder Nichts", wie dies hier in einem Schreiben aus dem Büro des Herrn Landeshauptmannes an den Vorsitzenden des Kuratoriums der Betriebsgesellschaft gefordert wird, schadet nämlich der Entwicklung dieser Region und damit dem Wohle der Bevölkerung, meine Damen und Herren. Der Vollständigkeit halber möchte ich den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntnis bringen. Und ich zitiere dieses Schreiben wortwörtlich:

"Am 22. April 1997 sind Sie bezüglich der Zusammenlegung der Errichtungsgesellschaft und der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal an Herrn Landeshauptmann herangetreten. Nach Rücksprache mit dem Büro von Landesrat Franz Blochberger wurden Sie zuletzt am 27. Februar 1997 über die niederösterreichische Sicht (aus welchen Gründen eine Zusammenlegung der beiden Gesellschaften derzeit nicht möglich ist) informiert. Am 13. September 1996 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis vor kurzem getagt hat. Bei den Budgetverhandlungen auf politischer Ebene am 11. April 1997 wurde zwischen Landesrat Mag. Freibauer und Landesrat Blochberger vereinbart, daß von der niederösterreichischen Position derzeit nicht abgegangen wird, das heißt, daß eine Zusammenlegung erst dann denkbar ist, wenn die Versickerung funktioniert, die Altlastensanierung geregelt ist, die weitere Vorgangsweise bezüglich des Ausbaues der Hochterrasse festgelegt ist und darüber eine Vereinbarung mit dem Bund getroffen wurde. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich hoffe, mit diesen Informationen dienlich zu sein und verbleibe..."

Meine Damen und Herren! Da wir als sozialdemokratische Kuratoren den Inhalt dieses Zwischenberichtes kennen, da wir die Vereinbarung, die ich eben zitierte, mit Landesrat Blochberger und Landesrat Mag. Freibauer kennen, weil uns die finanzielle Situation der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal, wie ich ebenfalls bereits

erwähnte, dergestalt, daß für 1997 und 1998 die Betriebsgesellschaft Mittel überweisen muß wegen der Schwierigkeiten, und da auch die veranschlagte Summe aus dem Budget 1998 für den Marchfeldkanal uns heute vorliegt und, meine Damen und Herren, weil wir als verantwortungsbewußte Kuratoren an keinen Beschlüssen mehr mitwirken können, die die Gesellschaft in Zukunft in den Konkurs treiben, haben wir diesen Schritt angekündigt. Ich danke, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident!
Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte nur zur Causa Marchfeldkanal ganz kurz etwas sagen: Es geht hier natürlich um Kostentragungen und um Aufbringung von Geldmitteln. Und hier sind vor allem zwischen Bund und Land natürlich Verhandlungen und Gespräche und Vereinbarungen notwendig. Daher glaube ich auch und stehe dazu, daß, obwohl die finanzielle Situation der Betriebsgesellschaft bis Ende des nächsten Jahres gesichert ist, es möglichst bald zu solchen Vereinbarungen und Lösungsansätzen kommen muß. Ich möchte die Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion ersuchen, daß sie bei ihrer Ankündigung bleiben und den gemeinsamen Weg der Arbeit im Kuratorium wieder aufnehmen und fortsetzen, damit wir zur Lösung dieser sicherlich schwierigen Probleme kommen. Ich glaube und ich weiß, daß das auch im Sinne von Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger ist, daß diese gemeinsame Arbeit fortgesetzt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich aber aus einem anderen Grund zu Wort gemeldet. Und zwar möchte ich in aller Kürze zu dem Problem Nationalpark kurz Stellung nehmen. Es sind dafür im Voranschlag insgesamt 33 Millionen Schilling vorgesehen, 22 Millionen für den Nationalpark Donau-Auen. Das ist doch eine beträchtliche Summe. Ich glaube, daß dieses Geld für den Nationalpark gut angelegt ist. Ich stehe da völlig im Gegensatz zu den Freiheitlichen, die hier praktisch ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalpark aufrecht erhalten.

Ich glaube auch, daß der Nationalpark einen vielfältigen Nutzeffekt hat und ich möchte das auf Grund einiger Punkte auch hier zum Ausdruck bringen. Einmal steht doch außer Zweifel der Nutzen für die Nachwelt. Es ist auch unsere Aufgabe,

daß eine einzigartige Naturlandschaft für die Nachwelt erhalten und sichergestellt wird. Und die Donau-Auen zwischen Wien und Bratislava in diesem Bereich sind eine solche einzigartige Naturlandschaft. Ich möchte sagen, sie bilden auch die grüne Lunge zwischen den Großstädten Wien und Bratislava. Und wenn diesem Raum von allen Wirtschaftsexperten für die nächsten Jahrzehnte eine sehr starke wirtschaftliche Entwicklung vorausgesagt wird, dann ist es notwendig, diesem Ballungsraum auch diese grüne Lunge zu erhalten. Ein Nationalpark ist wohl die sicherste Garantie dafür, daß diese Landschaft unter Schutz gestellt wird und für die Nachwelt und für uns als grüne Lunge in diesem Raum erhalten bleibt.

Zum zweiten schließe ich an an die Problematik Nutzen als Trinkwasserreserve. Es ist eindeutig, daß wir in diesem Bereich wohl das beste Trinkwasser überhaupt vorfinden. Trinkwasser bester Qualität ist in diesem Gebiet vorhanden. Wir können uns regelmäßig davon überzeugen, weil im Raum Petronell die NÖSIWAG auch einen Brunnen hat und wir daher die Qualität des Wassers aus diesem Raum laufend mitverfolgen können. Es ist ein ausgesprochen gutes Wasser und die Bedeutung des Wassers für unser Leben, für die Zukunft ist eine ganz enorme. Denken wir nur an letzte Berichte, die uns zeigen, wie viele Menschen auf der Erde eigentlich über kein oder nicht mehr über ein gesundes, trinkbares Wasser verfügen.

Und der dritte Faktor, den ich erwähnen möchte, ist der Faktor Erholungsraum, der natürlich auch eine große regionalpolitische Bedeutung hat. Der Nationalpark schafft Chancen für eine wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region. Es gilt, den Imagegewinn, den eine Region durch den Nationalpark hat, auch zu nützen. Zu nützen nicht nur in den eigentlichen Nationalparkgemeinden, sondern in der gesamten Region südlich und nördlich der Donau. Es eröffnen sich hier große Chancen im Bereich des Fremdenverkehrs, der Gastronomie, der Landwirtschaft, und aus diesem Bereich heraus Chancen für weitere Arbeitsplätze.

Es wird in diesem Raum ja auch ein interessantes Spektrum geboten. Einmal die Schönheit und Einmaligkeit der Landschaft, verbunden mit den weltberühmten Angeboten des Archäologieparks Carnuntum mit dem Museum Carnuntinum und den kulturellen Angeboten der Schloßerstraße. Das sind beste Voraussetzungen für eine gute Entwicklung in dieser Region. Dazu kommen eine Vielzahl von Veranstaltungen: Art Carnuntum, Burgspiele in Hainburg, Ausstellungen in Schloßhof und Niederweiden,

Römer- und Erlebnisspiele im Archäologiepark, wo nämlich das Bestreben vorhanden ist, daß in dieser historischen Stätte auch Leben einkehrt, damit die Jugend vor allem tatsächlich von diesen Möglichkeiten und von diesen Angeboten Gebrauch macht. Es gibt in dieser Region Feste verschiedenster und vielfältigster Art. Es gibt ein Angebot an Gaststätten und es gibt ein Angebot an herrlichen Heurigen. Das alles gilt es zu nützen und zu vermarkten. Und dazu kommen Vermarktungsmöglichkeiten im Bereich der Landwirtschaft, wo es Ansätze durch die "Vermarktung Auland", durch diesen Begriff, auch bereits gibt.

All das soll sich in dieser Region entwickeln, gemeinsam mit der Bevölkerung. Und hier gibt es auch gute Ansätze und eine gute Zusammenarbeit mit der Nationalparkverwaltung, die behutsam Schritt für Schritt an die Verwirklichung des Projektes herangeht. Und auch bei jenen, die früher demonstriert haben und sich zu Gegnern des Nationalparks erklärt haben, kommt schön langsam die Vernunft durch und es gibt diese Gegensätze in der Region derzeit nicht mehr. Zunehmend auch in Gemeinden, wo es eine negative Einstellung zum Nationalpark gegeben hat. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Nationalpark für die Region, für die Menschen in dieser Region von Nutzen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ganz kurz zu einem anderen Thema, nämlich zum Klimabündnis. Ich möchte dazu auch noch ganz kurz Stellung nehmen. Im März 1993 wurde der Beitritt Niederösterreichs zum "Klimabündnis zur Erhaltung der Erdatmosphäre" - so heißt das genau - beschlossen. Bisher sind acht österreichische Bundesländer und zirka 180 Städte und Gemeinden und europaweit über 800 Städte diesem Bündnis beigetreten und sind diese Partnerschaft eingegangen. Es gilt dabei folgende Ziele zu verwirklichen. Einmal die Reduktion der CO₂-Emissionen um 50 Prozent bis 2010, 20 Prozent bis 2005, die Einschränkung aller klimawirksamen Gase, Bewußtseinsbildung und Information der Bevölkerung, Unterstützung der Bündnispartner in Amazonien bei der Erhaltung der Regenwälder. Niederösterreich hat sich zu diesen Zielen bekannt. Es gilt daher, Maßnahmen in diesem Bereich zu setzen, um diese Ziele auch zu erreichen. So sollten zum Beispiel im Bereich des Wohnbaues ökologische Baumaßnahmen stärker honoriert und gefördert werden. Und wie ich weiß und wie ich Herrn Landesrat Mag. Freibauer kenne, ist er dabei, so ein Modell zu erarbeiten und zu verwirklichen. Aber auch im Energiebereich gilt es, erneuerbare Energie

stärker zu nutzen und zu betonen. Ich möchte daher in diesem Zusammenhang einen Antrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Klupper, Feurer und Haberler zur Gruppe 5 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Förderung für die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie.

Sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht ist es notwendig, erneuerbare Energie möglichst umfassend einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist auch die öffentliche Hand gefordert, durch Förderungen den Einsatz erneuerbarer Energieträger zu unterstützen, aber auch durch eine entsprechende Regelung der Einspeisetarife zu forcieren. Förderungen untergliedern sich dabei in Investitionszuschüsse, die in mehrjährigen Abständen unter Berücksichtigung der produzierten Energiemengen ausbezahlt werden und einer entsprechenden Einspeiseregulierung. Sinnvoll erscheinen dabei solche Förderungsmodelle möglichst bundeseinheitlich, um eine unterschiedliche Auswirkung auf einzelne Bundesländer auf Grund der verschiedenen Gegebenheiten zu vermeiden. Aus diesem Grunde sind auch Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund im Gange, um ein entsprechendes Fördermodell auszuarbeiten. Dieses steht kurz vor Abschluß und sieht Gesamtmittel von 140 Mio S für die nächsten drei Jahre vor, wobei der Förderrahmen sich auf folgende Technologien festlegt:

Biomasse

Windkraft

Biogas, Klärgas und Deponiegas

Photovoltaik

Geothermie

Kleinkraftwerke

Der Abschluß dieses Fördermodells ist dringend notwendig, damit für die Betreiber erneuerbarer Energieanlagen entsprechende Rechtssicherheit besteht.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund vorstellig zu werden und auf den raschen Abschluß des Fördermodells für erneuerbare Energieträger zu drängen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen und hier tatsächlich für den Bereich der Erreichung der Ziele aus dem Klimabündnis auch aktiv etwas zu tun. Sehr herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich melde mich zu Wort zum Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz. Ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, Nein zur Drogenfreigabe. Wenn Sie sagen, Nein zur Verharmlosung von Drogen. Ich sage auch Ja zur Bekämpfung des Drogenmißbrauches. Aber ich bin nicht bei Ihnen, wenn Sie schwarz-weiß malen und wenn Sie sagen, keine Unterscheidung zwischen harten und weichen Drogen. Das bringt weder etwas, und zwar weder den Drogensüchtigen, noch den Dealern, noch sonst irgendjemandem. Eine abstinenzorientierte Therapie geschieht bereits. Und eine restriktive Einschränkung der Verfügbarkeit von Drogen, also diesen Satz begreife ich überhaupt nicht, weil kein Mensch wird die Verfügbarkeit von Drogen fördern, außer die Dealer. Daher stelle ich hiemit einen Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dorfmeister-Stix und Gruber zur Gruppe 5 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Drogenprävention.

Eine jüngst vom Institut Dr. Brunmayr im Auftrag von Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Prokop erstellte Studie zeigt, daß der Konsum von Designerdrogen auch in Niederösterreich nicht mehr das von der Norm abweichende Verhalten einiger weniger Problemjugendlicher, sondern in bestimmten Jugendszenen zum Teil Gruppennorm ist. Die bisherigen Maßnahmen zur Vermeidung von Drogensucht greifen hier nicht. Es ist daher diese neue Situation zu überdenken. Ein Anti-Drogen-Konzept soll erstellt werden, das der Prävention den absoluten Vorrang einräumt.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der vorgegebenen Kriterien mit einem Anti-Drogen-Konzept durch geeignete Maßnahmen

der Ausweitung des Drogenkonsums zu begegnen."

Ich bitte Sie, diesem Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Nachdem hier über die Marchfeldkanal-Errichtungs- und Betriebsgesellschaft gesprochen wurde und ich mir eigentlich aus dem ganzen Gesagten nicht klar werden konnte, ob es sich wirklich um die beiden Gesellschaften handelt, die wir schon so oft hier besprochen haben, möchte ich dazu eine Stellungnahme abgeben.

Ich glaube, gerade jetzt ist es wichtig, daß wir unpolitisch und sachlich einmal sehen, was hier passiert ist. Hier wurde zur Gründung damals ein politischer Entscheid getroffen, der jegliche fachliche Basis vermissen hat lassen. Es wurde mit einem Ho-Ruck ein Marchfeldkanal beschlossen, die Gesellschaft gegründet. Es war weder vorgesehen, die wasserrechtlichen Fragen zu lösen, es waren die Betriebskosten nicht zugeordnet. Jeder weiß um die lächerliche Formulierung in dem Vertrag, wo drinnen steht, daß der sie zu bezahlen hat, der daraus Nutzen zieht. Das ist eine Formulierung, bitte, wenn ich die in einen Vertrag einbaue, dann ist sie jederzeit angreifbar. Weil was heißt "Nutzen ziehen"?

Grundsätzlich möchte ich festhalten, daß wir beim Nationalpark in dasselbe hineinschlittern. Aus politischem Opportunismus wird hier agiert, um sich feiern zu lassen. Wir gehen her, budgetieren 22 Millionen, im Gesamten 88 Millionen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren vom Hohen Landtag, wer hat schon ein Konzept gesehen, wofür dieses Geld verwendet wird? Aber wir stimmen zu. Doch so kann es ja wohl nicht sein. *(Abg. Muzik: Das ist Gesetzestext, Herr Kollege!)* Nein, das gibt es nicht. Denn die Vorlage vom Herrn Landesrat Blochberger ist das Papier nicht wert. So schaut es aus. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sage ich schon zum zweiten Mal von hier. Und aus Sorge um die Steuergelder unserer Staatsbürger stehe ich hier und sage das noch einmal. Der Marchfeldkanal ist ein Musterbeispiel. Die Hochtrasse wird nicht angegangen, die Versickerung wird nicht durchgeführt, nur Probever-

sickerungen, und die Zusammenlegung zweier so kleiner Gesellschaften macht jeder Advokat innerhalb von fünf Minuten. Nur wird es nicht gemacht, weil dann wieder Posten freizusetzen sind. Und die Parteiliebliche, die dort managen, dürfen eben nicht entlassen werden. Meine Damen und Herren! So wird es nicht weitergehen! Und der Nationalpark ist die Fortsetzung, wenn wir nicht aufpassen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist gemeldet die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Herr Präsident! Liebe Kollegen!

Nur der Vollständigkeit halber: Schon das zweite Mal ist mir das jetzt passiert - es gibt jetzt einen Antrag, der zum Teil ganz der unsere ist. Es kommt dazu nur diese Einschränkung auf Designerdrogen. Der Antrag selber ist auch unser Text. Wir haben da drei Kriterien drinnen gehabt, die haben Sie rausgestrichen. Aber Sie beziehen sich trotzdem auf Kriterien, die jetzt nicht mehr da sind. Ich will Ihnen nur sagen, daß das unlogisch ist, was Sie hier machen! Sie schreiben keine Kriterien, weil Sie die nicht wollen. Sie schreiben keine Kriterien hinein. Aber in der Hitze des Gefechtes und in der Eile, weil es jetzt zur Abstimmung kommt, haben Sie den Antrag selber nicht abgeändert, was Sie, nur um den logischen Zusammenhang Ihres Antrages auch nur irgendwie noch zu gewährleisten, denn doch tun sollten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zum Wort ist gemeldet der Herr Landesrat Blochberger.

LR BLOCHBERGER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erste Antwort an Herrn Klubobmann Dr. Hannes Bauer: Ich habe sowohl die Reden vor allem von Herrn Abgeordneten Muzik vollinhaltlich mitgehört über Lautsprecher. Ich verfolge die Debatte, auch wenn ich körperlich nicht anwesend bin, aber geistig sehr wohl, so gut ich das kann.

Ich hatte leider nicht das Vergnügen, oder Vergnügen kann man es wahrscheinlich nicht nennen, dem Herrn Abgeordneten Haberler zuzuhören. Ich muß sagen, hierüber wurde mir berichtet. Es hätte mich gewundert, wenn er anders argumentiert hätte. Schön langsam bekommt er scheinbar einen Blochberger-Komplex, aber das ist sein Problem. Ich darf nur hier hinzufügen,

bitte, ich will die Debatte nicht wiederholen: Niederösterreich ist nicht nur das führende Agrar- und Industriebundesland, sondern auch das führende Umweltbundesland. Auch wenn es der Herr Abgeordnete Haberler nicht wahrhaben will, ich kann ihm Zahlen zur Verfügung stellen. Er hat sich ja des öfteren geirrt. Bei den Windanlagen hat er von zwei gesprochen. Wir haben 25, das ist in der Zwischenzeit ja auch wahrscheinlich ihm aufgefallen. Auch bei den Solaranlagen sind wir Nummer 1, bei den Photovoltaikanlagen sind wir gut unterwegs, bei den Solaranlagen sind wir Nummer 1 mit den Oberösterreichern. Wir haben 90 kleinregionale Fernheizwerke, da sind wir mit den Steirern federführend. Wir haben mehrere Biogasanlagen, wir haben auch eine Biodieselanlage, zu der ganz Europa kommt, sich das anzuschauen. Ich stelle mich gerne zur Verfügung, Herr Abgeordneter, ich stelle einmal ein Tagesprogramm zusammen, eine Exkursion. Sie können das alles besichtigen. Aber Sie werden es nicht tun, weil Sie wollen ja nur eines: Sie wollen die Negativpropaganda gegenüber dem Landesrat Blochberger hier fortsetzen. Ich kann Ihnen das Vergnügen auch in Zukunft nicht nehmen. Tun Sie das - die Glaubwürdigkeit ist eine andere Sache. Die Daten sprechen eine klare Sprache. Das zum Abgeordneten Haberler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch einmal: Wir sind das Bundesland Nummer 1, was die Lösung der Umweltprobleme anlangt. Und dabei bleibt es und das können wir jederzeit argumentativ nachvollziehbar auch für Sie hier darstellen.

Nun zum Herrn Abgeordneten Muzik: Herr Abgeordneter, Sie haben sehr korrekt auch vom Rednerpult den Zwischenbericht, den ich gegeben habe, hier zitiert. Ich habe das mitverfolgt. Ich stehe zu jedem Wort, das hier formuliert wurde. Wo uns aber einiges trennt, ist bei der politischen Taktik, wenn Sie wollen. Ich bin nicht Ihrer Meinung, oder der Kollegen auf Eurer Linie, die da lautet: Machen wir es schnell, führen wir die zwei Gesellschaften zusammen. Ich sage noch einmal: Die Finanzierung konnte gesichert werden für heuer und für nächstes Jahr. *(Abg. Muzik: Was ist 1999, Herr Landesrat?)* Da wird es sicher eine Lösung geben. Ich will auf eines hinweisen: *(Abg. Muzik: Würden Sie im Kuratorium sitzen, trauten Sie sich dann einen Beschluß zu fassen über 1998 hinaus, wenn Sie sehen, daß Sie dann in Konkurs sind?)*

Sie wird sicher nicht in den Konkurs gehen. Das ist Panikmache! Herr Abgeordneter Muzik, ich darf es verkürzt sagen: Wir sind auf der Suche nach einem Termin. Ich hoffe, daß das noch vor

der Sommerpause möglich ist, hier auch mit dem zuständigen Wirtschaftsminister in Gespräche einzutreten um das Gesamtpaket zu lösen. *(Unruhe bei Abg. Dr. Bauer.)* Herr Klubobmann! Was Ihr aber wollt, den Weg gehen wir nicht mit. Weil der ist landesfeindlich. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)* Weil er eine Gefahr in sich trägt. Darf ich es ausführen, warum ich zu der Behauptung komme, Ihr Vorschlag ist landesfeindlich? Wenn wir den Weg gehen, daß wir die Frage der Altlasten nicht wirklich dezidiert klären bis zum Letzten, auch finanziell, wenn wir nicht uns auch beweisen lassen, daß die technische Funktionsfähigkeit gegeben ist, der Wasserrechtsbescheid für die Versickerung da ist, ja meine Damen und Herren, dann laufen wir Gefahr, daß wir Niederösterreicher übrig bleiben. Und ich glaube, bei jedem normalen Geschäft, wenn man etwas kauft, muß man die absolute Sicherheit haben, daß das, was man kauft, auch dem entspricht. Und nichts anderes wollen wir. Ich halte daher den Beschluß oder das Ansinnen im Kuratorium als voreilig, als politisch überzogen. Ich sage auch, es hat einen gewissen Zweck. Sie stehen zur Sache, wir stehen zur Sache. Ich hoffe, wir können es paktieren, auch die Hochterrasse. Ich werde mich sehr bemühen, hier sind wir einer Meinung. Nur bitte, mit Panikmache ist uns nicht geholfen. Denn wenn man Ihren Vorschlag, wenn man den umsetzt, würde das bedeuten, egal, was mit den Altlasten passiert, das Land Niederösterreich bezahlt. Meine Damen und Herren! Das wären Millionenbeträge, hunderte Millionen Schilling. Und für diesen Weg geben wir uns nicht her, weil wir nicht Verantwortung tragen für die Altlasten. Und darin unterscheiden wir uns. Also bitte einen Schritt nach dem anderen. Ich halte daher... *(Abg. Dr. Bauer: Wir wollen auch die Lösung der Altlastenprobleme! Aber doch nicht so!)*

Auf Kosten des Landes! Herr Klubobmann, jawohl, da sind wir genau da. Und deswegen "landesfeindlich". Auf Kosten des Landes. Auf Kosten des Landes wollt Ihr die Altlastenproblematik lösen. Wir pokern hier, weil wir sind verantwortlich. Wir wollen nur jene Kosten übernehmen, die das Land wirklich braucht. Ich hoffe, daß es hier trotzdem zu einer vernünftigen Lösung kommt, denn in der Sache sind wir uns einig. *(Heftige Unruhe bei Abg. Muzik.)*

Das ist deponiert, Herr Abgeordneter. Ich kann ja nicht sagen, ob der Bund jetzt schon budgetmäßig vorgesorgt hat. All das ist deponiert. Herr Abgeordneter Muzik, schone bitte Deine Nerven. Wir werden sie für die Verhandlungen noch brauchen. Ich verstehe die Aufregung nicht. Wir haben ein gemeinsames Ziel, nur im Tempo und im Bewegen sind wir etwas unterschiedlich. Wir

wollen eine optimale Lösung für das Land mit möglichst minimalen Kosten. Das wollte ich zum Ausdruck bringen und ich bedanke mich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landesrat hat hier eine Wortwahl getroffen, die so nicht hingenommen werden kann und auf das Schärfste zurückgewiesen wird. Nämlich, daß sich die sozialdemokratische Fraktion landesfeindlich verhält. Herr Landesrat! Ich sage Ihnen von dieser Stelle, nehmen Sie diese Behauptung zurück! Denn gerade die Sozialdemokraten beweisen durch viele, viele gemeinsame Beschlüsse, aber auch durch ihr Verhalten, daß sie genau das nicht tun. Daß sie eine Fraktion sind, die manches vielleicht viel schärfer formulieren könnte, manchmal vielleicht sogar den Vorwurf bekommt, zuviel hier an Zustimmung zu geben. Und dann stellt sich ein Landesrat heraus und spricht von landesfeindlichem Verhalten der Sozialdemokraten. Herr Landesrat, ich sage Ihnen mit aller Deutlichkeit, das war ein wirklicher Fauxpas und als so etwas würde ich das bezeichnen.

Denn wenn das wirklich Ihre Überzeugung wäre, dann, sage ich Ihnen, könnten wir ganz andere Diskussionen im Landtag führen. Und da könnten wir ganz andere Überlegungen anstellen, was zum Beispiel taktisch besser oder nicht so wäre, wie das heute eben ist. Und daher sollte man diese Wortwahl als Landesrat sehr wohl sich überlegen. Dieser Vorwurf ist der massivste Vorwurf gegenüber den Sozialdemokraten, den ich in den letzten fünf Jahren gehört habe. Und der in keinster Weise dem Verhalten der Sozialdemokraten in diesem Landtag entspricht, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und ich sage noch etwas dazu: Zum Marchfeldkanal, weil da gesagt wurde, es ist so eine politische Lösung gewesen. Das Problem der Bewässerung des Marchfeldes war ein Uraltproblem. Man hat immer gesprochen von einem Jahrhundertprojekt. Und ich gebe zu, es war eine Übereinstimmung zwischen Bundeskanzler Kreisky und Landeshauptmann Siegfried Ludwig, die gemeint haben, daß es endlich an der Zeit wäre, dieses Jahrhundertprojekt zu verwirklichen. Man muß eingestehen, daß vielleicht das eine oder andere aus technischer Sicht nicht berücksichtigt wurde, nämlich etwa die Frage der Altla-

sten, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Versickerung steht. Doch das war immerhin in den achtziger Jahren. Ich kann mich erinnern, daß das von beiden Seiten vehement begrüßt und auch gefordert wurde. Und wir alle haben uns einem Projekt unterworfen und es verwirklicht, das immerhin heute mit rund zweieinhalb Milliarden Schilling realisiert ist und dessen ökologische Wirkung für das Kleinklima und auch dessen Akzeptanz in der Bevölkerung außer Streit steht.

Nun geht es darum, daß so ein Großprojekt mit zweieinhalb Milliarden Schilling - als solches außer Streit in der Bedeutung - nun in einen Regelbetrieb übergeleitet werden soll. Und es ist schon so, daß man halt auch zur Kenntnis nehmen muß, daß so manche Konzeption, wie also die Versickerung Stallingerfeld, also die Gesamtversickerung von 200 Liter pro Sekunde, wie ursprünglich vorgesehen, halt nicht möglich ist. Auf Grund von Deponien, deren Anlage in der Vorzeit gelegen ist und wo auch von den Verursachern kaum mehr etwas zu erwarten ist. Das bedeutet, daß man im Kappellerfeld mit rund 300 Millionen, so schätzen die Fachleute das, und die restlichen Deponien stehen mit rund 70 Millionen zur Diskussion, das Problem zu lösen haben wird. Und ich sage nun, dieses Problem haben wir auch zu lösen unabhängig vom Marchfeldkanal. Denn dieses Problem besteht. Es wird nur sichtbarer, weil aus der sogenannten Trockendeponie eine Naßdeponie werden kann durch die Anhebung des Grundwasserspiegels. Und das ist das Problem dabei. So lange man immer dem einen die Schuld aufzuladen versucht, nämlich einmal ist dies nicht geschehen, einmal ist jenes nicht in Ordnung, bewegen wir uns im Kreis und es gibt keine Lösung. Worum es uns eigentlich geht, ist, daß wir dieses Deponieproblem gemeinsam lösen. Ich habe diesen Termin mit Bundesminister Edlinger wahrgenommen. Wir waren bei ihm und wir haben dieses Problem sehr genau diskutiert. Der Herr Kollege Muzik war selbstverständlich dabei. Und wir haben uns natürlich bemüht, Lösungen auch auf dieser Ebene zu finden. Wobei hier die Zuständigkeit nicht gegeben ist, weil die Zuständigkeit in Wirklichkeit bei Farnleitner und Molterer liegt. Und es ist auch so, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das wasserrechtliche Gutachten, das besagt, daß hier unter Umständen eine Gefahr besteht, ja nicht von Sozialdemokraten gebastelt wird, sondern in Wahrheit von Fachleuten erstellt wurde, die sagen, die Anhebung des Grundwasserspiegels ist nur unter diesen Gegebenheiten eben möglich. Wir sind also in vielen Gesprächen übereingekommen, daß es vielleicht eine andere Lösung gibt. Und es

kam dann die Filialversickerung zur Überlegung und auch letztlich zur Anwendung, wobei sechs oder acht Standorte zur Diskussion stehen, damit etwas passieren kann. Nämlich, daß die Versickerung im Ausmaß von 200 Liter pro Sekunde nun tatsächlich auch erfüllt werden kann. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, daß wir über den Altlastensanierungsfonds selbstverständlich auch die Sanierung dieser Deponien in Angriff nehmen müssen. Denn dies wäre die gleiche Problematik, wenn zum Beispiel, wie das in Wr. Neustadt der Fall ist, der Grundwasserspiegel steigt auf Grund der Witterungsverhältnisse. Dann hätten wir das gleiche Problem, selbst wenn wir gar keinen Marchfeldkanal besäßen, und es bestünde die gleiche Notwendigkeit einer Sanierung. Und ich sage dazu, daß es jetzt in dieser Phase einfach einmal gilt, den Gordischen Knoten durchzuschlagen. Denn dieses Spiel, immer den Nächsten schuldig werden zu lassen, und hier einerseits Geld zurückzunehmen und vom anderen, nämlich dem Bund, mehr Geld zu verlangen, dieses Spiel kann ja wohl nicht zielführend sein. Weil ja der Bund zu Recht - und ich sage das noch einmal - zu Recht sagt, na gut, bei der Errichtungsgesellschaft sind wir dabei. Aber eigentlich ist diese Errichtung irgendwann abgeschlossen.

Wir haben hier zwei Probleme zu lösen: Wie verhalten wir uns bei der Hochterrasse? Und da soll eine Studie, die etwa 5 Millionen Schilling kostet, nun vergeben werden, um über die Hochterrasse Bescheid zu wissen. Erstens einmal in der Konzeption - es geht ja hier immerhin in der Gesamtauswirkung um weitere eineinhalb Milliarden Schilling, sodaß man hier sehr genaue Studien machen muß, das ist die eine Frage. Die zweite ist, wie hoch ist der Beitrag tatsächlich von jenen, die bei dieser Hochterrasse dann Nutznießer sein sollen. Das muß ja auch beantwortet werden. Und das dritte, meine sehr geehrten Damen und Herren: Irgendwann wird diese Gesellschaft eine reine Betreibergesellschaft werden müssen.

Ich glaube, daß daher der Schritt der sozialdemokratischen Kuratoren, einmal zu sagen, uns reicht es, legitim war. Im übrigen war da ein Termin, bis April 1997 die Lösung zu haben. Da gibt es einen Resolutionsbeschluß, daß man bis April die Lösung hat. Na, davon sind wir weit entfernt. Wir haben Ende Juni und die Lösung ist nicht da, Herr Landesrat. Und daher meine ich, daß einmal gesagt wurde von den Sozialdemokraten, uns reicht es, dieses "Schneider, Schneider, leih mir d'

Scher' "-Spiel. Wir wollen eine Lösung im Interesse des Marchfeldes. Und diese Lösung im Interesse des Marchfeldes, der Ökologie, der Bauern im Marchfeld, wollen wir durch diesen Schritt etwas beschleunigen. Weil sonst spielt sich ein Landesrat Blochberger noch ein paar Jahre herum und freut sich unheimlich, daß er da von einem Termin zum anderen rennen kann. Weil in Wirklichkeit ist es ja nicht mehr, Herr Kollege. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weil in Wahrheit hören wir nur, ich habe ohnehin da geredet, ich bin ohnehin dort gewesen. Und daher, Herr Kollege Blochberger, sage ich Ihnen noch etwas: Der Herr Bundesminister Edlinger wird sich an den Herrn Kollegen Farnleitner wenden, um ihn einmal einzuladen, hier Vorschläge zu machen. Ein offizieller Brief wird das werden. Das ist einmal das eine. Zum zweiten, um das auch klarzustellen, gibt es ja noch 200 Millionen, die aus der nichtbeanspruchten Hochterrasse stammen. Da könnte man durchaus eine Umschichtung vornehmen in Richtung der Bereinigung der Altlasten, gemeinsam mit dem Altlastensanierungsfonds. Also Vorschläge und Möglichkeiten gäbe es genug, man muß nur entsprechend wollen. Ich habe den Eindruck, daß Sie, Herr Landesrat, das jedenfalls erst viel später wollen, nämlich erst nach dem Wahltermin wollen. Andernfalls müßten Sie jetzt einmal klares Bekenntnis ablegen, was den Niederösterreichern das tatsächlich wert ist. Ich sage Ihnen als Niederösterreicher, mir ist dieses Projekt sehr viel wert. Wir haben es gemeinsam verwirklicht, wir sollten uns auch gemeinsam dazu bekennen. *(Abg. Hiller: Doch Ihr lauft davon!)* Vor Ihrer Methode der Nichtlösung, weil es uns reicht, Herr Kollege! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dauernd sich da herzustellen und zu sagen, wir handeln nicht im Interesse des Landes Niederösterreich, ist ein so starkes Stück, Herr Kollege Blochberger. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, Ihnen einmal zu sagen, wieviel Sie in Wirklichkeit an Versäumnissen sich zuschulden kommen haben lassen. Und dann immer wieder versuchen, anderen den Schwarzen Peter zuzuspielen. Und das ist es. Ich würde Sie ersuchen, sich von dieser Wortwahl zu distanzieren. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 5, Gesundheit und hiezu sieben Resolutionsanträge. Ich lasse zuerst über die Gruppe selbst und zum Schluß über die eingebrachten Resolutionsanträge abstimmen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter nunmehr, den Antrag zur Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und ordentlicher Konjunkturausgleichsteil zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 5, Gesundheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 5.345,881.000 Schilling und Einnahmen von 2.256,695.000 Schilling, im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 131,640.000 Schilling und Einnahmen von 20,590.000 Schilling sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 100,000.000 Schilling zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und ordentlicher Konjunkturausgleichsteil in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Resolutionsantrag Nr. 12 der Abgeordneten Friewald und Feurer zur Gruppe 5 betreffend Sanierung der Fischer-Deponie. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag Nr. 13 des Herrn Abgeordneten Haberler zur Gruppe 5 betreffend Einspeiseregulierung für erneuerbare Energien. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung SPÖ, FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP.)*

Resolutionsantrag Nr. 14 des Herrn Abgeordneten Haberler zur Gruppe 5 betreffend effektive Sanierung der Fischer-Deponie, Grundwasserschutz Mitterndorfer Senke. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

Resolutionsantrag Nr. 15 der Abgeordneten Lugmayr und Gruber betreffend Umsetzung des Österreichischen Krankenanstaltenplanes. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung LIF.)*

Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 5 betreffend einheitliche Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems einschließlich der niedergelassenen Ärzteschaft. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz betreffend Drogenprävention. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

Resolutionsantrag Nr. 18 der Abgeordneten Klupper, Feuer und Haberler zur Gruppe 5 betreffend Förderung für die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energien. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Resolutionsantrag Nr. 19 der Abgeordneten Dorfmeister-Stix und Gruber zur Gruppe 5 betreffend Drogenprävention. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung LIF.)*

Wir gelangen nun zur Gruppe 6 und ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Treitler, zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher und außerordentlicher Teil sowie ordentlicher Teil und außerordentlicher Konjunkturausgleichsteil zu berichten.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, umfaßt die Gebarungsvorgänge für Straßenbau, allgemeinen Wasserbau, Schutzwasserbau, Straßenverkehr, Schiffsverkehr, Luftverkehr und sonstige Maßnahmen. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 2.927,448.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 599,326.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 6,07 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 423,909.000 Schilling und Einnahmen von 11,550.000 Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsteil kommen hiezu noch Ausgaben von 20,000.000 Schilling. Herr Präsident, ich bitte um Einleitung und Debatte.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke für Bericht und Antrag. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Wenn sich Österreich heute als moderner Industriestaat präsentiert und es geschafft hat, sich in kurzer Zeit von einem Agrarland und einem Verwaltungszentrum zu einem erfolgreichen Produktionsstandort für Industriewaren zu entwickeln, so ist dies nicht zuletzt auch einer raschen Einbindung in die internationale Arbeitsteilung zu danken. Eine erfolgreiche internationale Arbeitsteilung setzt aber eine leistungsfähige und kostengünstige Verkehrsinfrastruktur voraus, meine Damen und Herren. Dies gilt ganz besonders für Niederösterreich, das zwar im Zentrum Europas liegt, aber sowohl durch seine topographische Lage als auch durch die relativ großen Entfernungen zu den Seehäfen verkehrsmäßig beeinträchtigt ist. Verkehrsinfrastruktur heißt nicht nur Hardware, sondern insbesondere auch Software. Im weitesten Sinne einschließlich modernen rollenden Materials, um eben die Hardware Infrastruktur optimal auszunutzen. Die europäische Integration, insbesondere die Ostöffnung haben grenzüberschreitend einen neuen Schub verliehen, und damit Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur und der damit verbundenen Logistik dramatisch erhöht, meine Damen und Herren.

Daneben spielt die Mobilität in unserer Gesellschaft eine immer größere Rolle und rückt damit das Thema Verkehr in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Der Ausbau von überregionalen Verkehrsverbindungen ist ebenso unerlässlich wie auch der Ausbau des Nahverkehrs, der gerade für den Wirtschaftsraum Wien und Niederösterreich höchste Priorität hat. Es wäre daher falsch, wie dies einige Gruppen immer wieder versuchen, im öffentlichen Verkehr den Ausbau der transeuropäischen Netze als leistungsfähige internationale Verkehrsverbindungen gegen die ebenso notwendigen Ausbaumaßnahmen im Nahverkehr auszuspielen.

Aus dem Spannungsfeld der Verkehrspolitik zwischen Verkehrsinfrastruktur als wirtschaftliche Grundausstattung sowie einem ständig steigenden Mobilitätsbedürfnis einerseits und den Forderungen nach mehr Lebensqualität und besseren ökologischen Rahmenbedingungen wurde 1991 nach intensivsten Vorarbeiten das NÖ Landesverkehrskonzept beschlossen, das neben dem damaligen Ist-Zustand auch Möglichkeiten für Lösungsansätze verkehrspolitischer Probleme aufzeigte, aber auch nach Prioritäten gereichte konkrete Ausbaumaßnahmen für den öffentlichen

Verkehr und den Individualverkehr zum Inhalt hatte. Seit dieser Beschlußfassung gibt es jedoch deutliche Änderungen in den Grundlagen. So führte nicht nur die bereits erwähnte Ostöffnung zu einem gewaltigen Anstieg des Verkehrsaufkommens in den Grenzregionen, sondern auch das sogenannte hausgemachte Verkehrsaufkommen stieg durch das Anwachsen der Motorisierung im Zeitraum von 1990 bis 1996 deutlich an. Diesen und anderen Tatsachen Rechnung tragend kommt es nunmehr zu einer Überarbeitung des NÖ Landesverkehrskonzeptes, wobei sich die SPÖ bei dieser Gelegenheit auch eine Leistungsbilanz im Hinblick auf die umgesetzten Projekte des Verkehrskonzeptes 1991 erwartet. Aber auch eine Begründung für die für diesen Zeitraum geplanten, jedoch nicht verwirklichten Vorhaben.

Meine Damen und Herren! In der Vorbereitung dieser Überarbeitung des Verkehrskonzeptes haben wir uns sehr intensiv mit den notwendigen Adaptierungen beschäftigt. Der SPÖ-Klub des NÖ Landtages hat in Kooperation mit sämtlichen Bezirken nach Begutachtung und Analyse des NÖ Landesverkehrskonzeptes einen Forderungskatalog erarbeitet und an die mit der Erstellung beauftragten Fachabteilungen übermittelt. Nach einer entsprechenden fachlichen Diskussion unserer Vorschläge haben wir daher eine Ergänzung und Überarbeitung und von der politischen Ebene eine entsprechende Berücksichtigung und Umsetzung unserer Forderungen erwartet. Dem, meine Damen und Herren, ist leider nicht so. Wenn ich dieses Forderungspaket betrachte, und das, was in der Beurteilung nicht berücksichtigt wurde, meine Damen und Herren, ohne daß eine Beratung bisher darüber erfolgte, muß ich mich fragen, ob die Entscheidung die Fachabteilung trifft oder der Herr Landeshauptmann vielleicht den Rotstift angesetzt hat.

Ich möchte heute an dieser Stelle bei der Debatte des Voranschlages 1998 keine Diskussion über das Landesverkehrskonzept vom Zaun brechen, weil ich glaube, dazu werden wir noch genug Gelegenheit haben, wenn wir darüber zu befinden haben. Es werden aber sicher von mir folgenden Rednern viele Resolutionsanträge, etwa den Nahverkehr betreffend, aber auch das Landesverkehrskonzept, gestellt werden. In Anbetracht des steigenden Verkehrs in der Ostregion kommt dem Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur eine zentrale Rolle zu. Allein seit der Öffnung der Ostgrenzen ist die Anzahl der Grenzübertritte in Niederösterreich drastisch angestiegen. Dies vor dem Hintergrund einer sich langsam stabilisierend aufwärts entwickelnden Wirtschaft in den

Reformstaaten. Allein daraus ist ersichtlich, wie gewaltig die Verkehrslawine sein wird, wenn erst die wirtschaftliche Struktur in unseren Nachbarländern weiter ausgebaut sein wird. Die Verkehrsprognosen sprechen von einer Zunahme des motorisierten Verkehrs bis zum Jahre 2011 um ungefähr 30 Prozent.

Die verkehrsbezogenen Trends sowie deren raumstrukturelle und wirtschaftliche Gründe können anhand der Pendler-Daten der Volkszählung 1991 dargestellt werden. Faktum ist, meine Damen und Herren, daß von den rund 660.000 in Niederösterreich Beschäftigten 84 Prozent Pendler sind. Aber auch beim Güterverkehr fallen von insgesamt 100 Millionen Tonnen lediglich 30 Prozent auf den öffentlichen Verkehr, nämlich die Schiene, und 70 Prozent auf den Individualverkehr, nämlich den Lkw.

Meine Damen und Herren! Jeder Verkehrsträger hat seine spezifischen Vorteile, die es zu nutzen gilt. So gelingt es gerade dem Güterverkehr auf der Straße, Produktionen und Wertschöpfung kostengünstig in die Fläche zu bringen. Dadurch können Arbeitsplätze in peripheren Regionen geschaffen werden, wodurch wieder die industrielle Großregion entlastet und das Wohlstandsgefälle zwischen Zentrum und Peripherie reduziert werden kann. Die Stärke des Schienenverkehrs liegt wieder in der Überwindung mittlerer bis großer Distanzen ohne mehrfachen Umschlag. Gleiches gilt für die Binnenwasserstraße, wobei hier natürlich die Zeitkomponente eine wesentliche Rolle spielt. Letztlich hat aber, glaube ich, der Markt darüber zu entscheiden, wo und wann welcher Verkehrsträger eingesetzt wird. Allerdings bedarf es zur verwirklichten optimalen Aufteilung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern noch des Ausbaues von Güterverteilerzentren in unserem Land.

Noch ein kurzes Wort zum Wasserweg. Wir sind stets aus Überzeugung für den Ausbau der Wasserwege in Österreich eingetreten, insbesondere für den Ausbau der Donau. Meine Damen und Herren, welches Potential hier vorhanden ist, zeigt die Tatsache, daß die Kapazität der Donau heute nur zu etwa 10 Prozent genutzt wird. Hier müssen rasch entsprechende Maßnahmen, insbesondere auch im Logistikkbereich getroffen werden, um mehr Güterverkehr auf die Donau zu bringen und damit parallel laufende Verkehrsträger entlasten zu können. Langfristig gesehen erscheint aber auch der Donau-Oder-Kanal eine sehr wichtige verkehrspolitische Investitionsmaß-

nahme als Zugang von der Donau zum Schifffahrtsraum der Oder.

Klare Priorität beim Ausbau des Nahverkehrsbereiches hat der öffentliche Verkehr, da die Verkehrssituation vor allem durch eine enorme Zunahme des Straßenverkehrs, der einer immer größer werdenden Ablehnung vor allem durch die betroffene Bevölkerung gegenübersteht, gekennzeichnet ist. Wesentliche Voraussetzungen zur Erfüllung des ständig steigenden Bedürfnisses ist, wie schon erwähnt, das Vorhandensein von Schienenverkehrswegen mit entsprechend hoher Leistungsfähigkeit. Sämtliche Maßnahmen, die den internationalen Güterverkehr auf die Schiene bringen und die notwendigen baulichen Adaptierungen und Neuerrichtungen auf der Ost-West sowie auf der Nord-Süd-Transversale, der bereits mit dem Bund paktierte Ausbau der Park-and-ride-Anlagen zur Attraktivierung der Bahn für unsere Pendler sowie eine engere Zusammenarbeit im Bereich des Nahverkehrs zwischen Wien und Niederösterreich sind die wesentlichsten Hauptanliegen. Wir werden aber auch weiterhin attraktive Verkehrsträger für den Individualverkehr und den Gütertransport schaffen müssen. Dabei sind folgende Grundsätze zu verfolgen:

1. Schaffung hochrangiger Verkehrsverbindungen für die großen Ströme und
2. Befreiung der Gemeinden vom Durchzugsverkehr durch Umfahrungen und Anbindungen an die Hauptverkehrswege.

Gewaltige Defizite bestehen dabei vor allem im Wald- und im Weinviertel, wo nicht nur die Bevölkerung unter der rasch anwachsenden Verkehrslawine leidet, sondern auch die Ansiedlung neuer Betriebe mangels attraktiver Straßenverbindungen nahezu unmöglich erscheint.

Wer sich zu Niederösterreich als Industriestandort bekennt, muß sich auch zum Ausbau von Verkehrsträgern bekennen, meine Damen und Herren. Dabei bedarf es enger Kontakte mit der Bevölkerung, aber auch des Mutes, Entscheidungen rechtzeitig zu treffen. Die Zahl der Pendler unter den niederösterreichischen Arbeitnehmern ist weiter im Steigen begriffen. Die allgemeingültige Zielsetzung, ausgeglichene Lebensbedingungen in allen Regionen zu schaffen, wurde zwar im Raumordnungsprogramm und verschiedenen wirtschaftlichen Resolutionen einvernehmlich festgelegt, die Entwicklung zeigt aber, daß es trotz des Einsatzes der unterschiedlichsten regionalpolitischen Instrumente nicht gelungen ist, den Trend der Abwanderungen aus den peripheren Regionen und den Zuwachs bei den

Berufspendlern zu stoppen. Die Ursache des Pendelns liegt, kurz gesagt, meine Damen und Herren, darin, daß Wohn- und Arbeitsort nicht ident sind. Eine denkbare Lösung aus regionalpolitischer Sicht wäre, Anstrengungen zu unternehmen, die Verkehrsinfrastruktur und somit die Anbindung an bestehende hochrangige Verkehrsnetze zu forcieren und somit Arbeitsplätze und Betriebsstandorte bei den Wohnorten der Beschäftigten zu situieren, aber auch den Zugang zu einem größeren Arbeitsmarkt sicherzustellen.

Die regionalpolitischen Konzepte sollen darauf hinzielen, daß Betriebe und somit Arbeitsplätze, vor allem in den peripheren und abwanderungsgefährdeten Gebieten verstärkt unterstützt werden. Dies sollte in erster Linie mittels Anbindung an die modernen Verkehrswege, die ich bereits erwähnte, und somit zu einer größeren Attraktivität des Standortes führen. Neben der verkehrspolitischen Bedeutung stellt ein intaktes Angebot an Verkehrsdienstleistungen und Verkehrsinfrastruktur auch eine wichtige Grundlage für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes dar. Investitionen in diesem Bereich schaffen neben bleibenden Werten Vorteile für die wirtschaftliche Entwicklung sowie zusätzliche Arbeitsplätze. Auf Grund der hohen inländischen Wertschöpfung wird mit derartigen Investitionen eine hohe Beschäftigungsintensität erreicht, meine Damen und Herren. Ein Schwerpunkt bei der Verbesserung der Verkehrsverbindungen muß, wie schon erwähnt, beim öffentlichen Verkehr liegen. Schon heute stoßen die Auswirkungen des Individualverkehrs auf immer mehr Widerstand bei der Bevölkerung, wie ebenfalls bereits erwähnt. Die ständig steigende Nachfrage nach neuen Verkehrsverbindungen hat aber nicht nur eine Zunahme bei den Straßenarbeiten zur Folge, der Verkehr muß in seiner Gesamtheit als ein dynamisches System gesehen werden, das mit allen Bereichen der Gesellschaft in Wechselbeziehung steht.

Als Beispiel sei hier die Auswirkung des Individualverkehrs auf die Siedlungsstruktur angeführt. Das Entstehen von verstreuten Einfamilien-siedlungen wäre ohne die Verfügbarkeit eines Pkws nicht möglich gewesen. Ebenso ist die Entwicklung auf dem Sektor der Einkaufszentren ohne entsprechend hohen Mobilisierungsgrad der Bevölkerung undenkbar. Die Existenz derartiger Einkaufszentren beruht nahezu ausschließlich auf der Erreichbarkeit mit dem Pkw. Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, so ist ein interessantes Phänomen festzustellen. Nämlich, daß die Verweildauer im Verkehrssystem sich

kaum verändert hat, nur die Strecken, die zurückgelegt werden, haben sich vergrößert, meine Damen und Herren. Wir sind also nur scheinbar mobiler geworden. Tatsächlich hat sich allerdings nur der Raum, in dem wir uns bewegen, vergrößert. Das Verkehrssystem muß als Ganzes in Raum- (raumplanerisch), Umwelt-, Energie- und gesellschaftspolitischen Überlegungen betrachtet werden. Es ist daher höchste Zeit, an die Zukunft des Wirtschaftsstandortes zu denken und einerseits mit Hilfe eines komplexen Nahverkehrskonzeptes sowie andererseits mit leistungsfähigen Fernverbindungen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes zu erhöhen. Und damit die Lebensqualität in Niederösterreich in erheblichem Ausmaß zu verbessern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Präsident Ing. Eichinger zu Wort.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Auch für die Budgetgruppe 6 paßt das Motto des Budgets für 1998 "solid und solidarisch". Es hat gerade für diese Gruppe eine besondere Gültigkeit, sind doch das Verkehrsgeschehen und die Abwicklung des Verkehrs und die Bedeutung des Verkehrs für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, für die Menschen in diesem Land Faktoren, die weit über das hinausgehen, was man so landläufig meint, naja, das ist halt der tägliche Umgang, der tägliche Verkehr. Egal, ob auf Schiene, auf Straße oder mit dem Schiff. Geschätzte Damen und Herren! Tausende Pendler benützen täglich Verkehrsmittel. Leider für uns und für die meisten von uns viel zu viele das Auto, ein Individualverkehrsmittel und nicht das öffentliche Verkehrsmittel. Unser Bemühen, geschätzte Damen und Herren, muß es sein, die Menschen auf diese öffentlichen Verkehrsmittel zu bringen, um ihnen das Pendeln menschengerecht und umweltgerecht zu ermöglichen. Und dazu gehört primär der Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Daß diese öffentlichen Verkehrsmittel von den Menschen auch angenommen werden, das zeigt mir die Entwicklung der Schnellbahn S 2 von Wien nach Mistelbach. Dort hat man es zustande gebracht, daß heute weit über 50 Prozent mit diesem Verkehrsmittel fahren, daß dieses Verkehrsmittel angenommen wird und daß die Bürger dieses kostengünstige und auch komfortable Verkehrsmittel Schnellbahn gerne annehmen.

Wenn ich meinen Bezirk Mödling hernehme, da pendeln über 40.000 Menschen. 81 Prozent fahren mit dem Pkw und nur 19 Prozent mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das heißt, hier gibt es viel zu verändern. Ich bin sehr dankbar, daß unser Landesverkehrsreferent Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für die Lösung dieser Verkehrsfragen sich bereits vor vielen Jahren massiv eingesetzt hat und das Landesverkehrskonzept 1991 vorgestellt hat. Und dieses Landesverkehrskonzept 1991 hat dazu geführt, daß sich vieles in diesem Land verändert hat. Und ich muß sagen, dieses Landesverkehrskonzept zielt nicht nur auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, auf den Ausbau der Straßenwege, auf den Ausbau der Schifffahrt, dieses Landesverkehrskonzept sieht auch vor, daß unser Bundesland Niederösterreich im Verkehrsgeschehen und damit im Wirtschaftsgeschehen bleibt. Ich weiß schon, daß es für viele angenehm wäre, wenn von Hamburg über Prag nach Budapest und Bukarest der Verkehr lief und Österreich von diesem Verkehrsgeschehen ausgegliedert ist. Aber, geschätzte Damen und Herren, da sind wir auch von den Wirtschaftsadern ausgeschieden und stehen neben diesen Adern. Und dann frage ich mich, wie wir in unserem Land diese prosperierende Wirtschaft weiter aufrecht erhalten, wenn wir diese Meinung vertreten würden.

Das Landesverkehrskonzept sieht hier eine wesentliche Verbesserung aller dieser Verkehrsmaßnahmen vor. Gerade im öffentlichen Verkehr ist hier sehr, sehr viel passiert. Als Bewohner der Südregion des Bezirkes Mödling freue ich mich, daß mit dem Bund und mit der Bundesbahn dieser Südbahnvertrag abgeschlossen wurde, der vorsieht, daß das Land über 220 Millionen dazuzahlt und wir in wenigen Monaten einen Viertelstunden- oder nahezu Viertelstundentaktverkehr auf der Südbahn nach Wien haben werden. Dadurch werden sicher viele, viele unserer Landesbürger umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel. Ein wesentlicher Punkt für mich ist natürlich auch, daß dieses Verkehrsmittel komfortabel wird. Und wenn hier die Doppelstockwaggons ab September auf der Südbahn verkehren, dann ist damit dieses Verkehrsmittel wirklich komfortabel. Denn derzeit ist es so, daß die Leute von Mödling - manche schon von Baden, aber von Mödling sicher und ab Perchtoldsdorf sowieso - aber auch auf der Badner Bahn von Wr. Neudorf, Maria Enzersdorf und Vösendorf weg bereits stehen müssen. Sie haben keine Möglichkeit, einen Sitzplatz zu bekommen. Und wer von uns fährt gerne mit einem öffentlichen Verkehrsmittel, wenn er dort steht eine halbe Stunde oder länger, wie es bei der Badner Bahn

ist. Bei Regenwetter etwa, wenn die Mäntel der Leute feucht sind und man dann da drinnen stehen und bis nach Wien sich "durchfretten" muß.

Daß das öffentliche Verkehrsmittel angenommen wird, beweist aber auch die Entwicklung der Badner Bahn, als Aufsichtsratsmitglied des VOR kann ich das sehr genau sagen. Wir hatten auf der Badner Bahn eine Frequenz im Jahr von 5,4 Millionen Fahrgästen. Und es ist gelungen, auf dieser Badner Bahn den Taktfahrplan einzuführen, den Viertelstundentakt, und heute sind es 7,4 Millionen Fahrgäste. Aber leider stagnieren wir auch schon seit zwei Jahren bei diesen 7,4 Millionen Fahrgästen. Ein wesentlicher Grund ist, weil die Leute keinen Sitzplatz bekommen und oft nicht einmal mehr mit dem Wagen mitfahren können. Und ich bin deshalb unserem Landeshauptmann und Verkehrsreferenten sehr dankbar, daß er diesen Badner Bahn-Vertrag mit der Gemeinde Wien und mit dem Bund abgeschlossen hat, wonach der Bund 40 Prozent, die Gemeinde Wien 30 Prozent und das Land Niederösterreich 30 Prozent beisteuern, das sind immerhin 37 Millionen für das Land Niederösterreich, daß diese Badner Bahn weiter verbessert wird. Für ein besseres Wagenmaterial und daß der Siebeneinhalb-Minuten-Takt bis Wr. Neudorf eingeführt wird. Ich halte das für ganz, ganz wichtig.

Herr Klubobmann Dr. Bauer hat bei der Debatte in der Vorwoche, die Wirtschaftsentwicklung in Niederösterreich betreffend gesagt, daß diese Badner Bahn in Hochlage geführt werden sollte. Die Gemeinden würden etwas dazu bezahlen. Mit dem Siebeneinhalb-Minuten-Takt ist zum jetzigen Zustand keine Veränderung zu erwarten. Warum? Weil die Badner Bahn laut diesem Konzept und diesem Plan auch auf niederösterreichischem Gebiet als Straßenbahn fahren wird. Das bedeutet, daß die Schließzeiten, die Sicherheitsabstände bei den Ampeln kürzer werden. Und daß dadurch zum einen einmal eine Verbesserung eintritt, zum zweiten werden alle Signalanlagen entlang der Badner Bahn umgebaut, sodaß trotz doppelter Zugsführung es zu keinen längeren Schließzeiten kommt. Das heißt, hier wird mit wesentlich weniger Mitteln es möglich werden - etwas über 100 Millionen - die Badner Bahn zu einem attraktiven Verkehrsmittel auszubauen. Die Hochlage, das wissen wir von Dipl. Ing. Snizek, mit dem Südraumkonzept hat er auch das erstellt und das liegt ja auch vor, würde alleine eine Milliarde verschlingen.

Wir hoffen, daß diese Bauzeitpläne, die fünf Jahre vorsehen für den gesamten Umbau der Badner Bahn, eingehalten werden können und sodann sicher viel mehr Gäste mit der Badner Bahn fahren werden. Daß die Badner Bahn kaum Park-and-ride-Anlagen hat, ist nicht etwa ein Versäumnis, sondern das ist die Tatsache: Bevor ich von Biedermannsdorf nach Wr. Neudorf drei Kilometer fahre, um dort bei der Park-and-ride-Anlage zu parken, bin ich beim Grünmarkt in Wien und habe dort ein wesentlich dichteres Angebot und fahre von dort weg nach Wien oder mit dem Bus direkt von Wien in derselben Zeit, in der ich nahezu in Wr. Neudorf bin.

Ein Wort auch zur oft verlangten Verlängerung der U 6 nach Mödling. Es wird von den Freiheitlichen immer wieder verlangt und auch von anderen Gruppen verlangt, daß diese U 6 nach Mödling verlängert wird. Auch hier ein klares Wort: Diese Südraumverkehrsstudie von Dipl.Ing. Snizek hat auch die Investitionskosten, die Baukosten hier erhoben. Daraus geht hervor, es wären 7,5 Milliarden für den Ausbau der U-Bahn bis Mödling und zusätzlich jährlich etwa 50 Millionen Betriebskosten vorzusehen. Alle jene, die das immer wieder fordern, lade ich ein, nach Mödling zu gehen und den Mödlinger Bürgern zu sagen, sie sind jetzt Kopfbahnhof der U 6. Da müßten natürlich auch entsprechende Park-and-ride-Anlagen gebaut werden und Zubringerdienste errichtet werden. Da würde es sich in Mödling schön stauen und die Mödlinger würden sich für diese Baumaßnahmen oder für dieses vermehrte Verkehrsaufkommen schön bedanken.

Geschätzte Damen und Herren! Der Raumordnungsbeirat hat in seiner letzten Sitzung auch das 1996 überarbeitete Landesverkehrskonzept beraten, welches heuer, im Jahre 1997 umgesetzt werden soll. Es wird sicher darüber noch Diskussionen geben, das ist keine Frage. Aber ich glaube, dieses Landesverkehrskonzept gibt für die nächsten Jahre klare Perspektiven, setzt klare Schwerpunkte, was hier geschehen soll. Und wenn im Landesverkehrskonzept über 75 Milliarden Schilling allein an Bauvolumen drinnen sind, dann kann man sich vorstellen, was hier notwendig ist. Der Großteil dieser Summe, die für den Ausbau des öffentlichen Individualverkehrs notwendig ist, wird im Raum um die Bundeshauptstadt angewendet. Und ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir diesen Nahverkehr dort ausbauen und nicht weiterhin Riesenprojekten nachlaufen.

Ich freue mich, daß im Rahmen dieses Landesverkehrskonzeptes vorgeschlagene Verbesserungen bereits umgesetzt oder mit Verträgen ver-

sehen sind. Der Verkehrsdienstvertrag über die Hauptbahnen, der auf 25 Jahre abgeschlossen wird, sieht vor, daß es bei den Hauptbahnen keine Kürzungen der Fahrpläne gibt, daß es keine Veränderungen im Fahrplan gibt und daß zusätzlich eben die von uns genannten 120 Doppelstockwaggons vom Land angekauft werden. Dafür wird die Bahn ihr Angebot in den Hauptbahnen nicht verringern. Ein weiterer Verkehrsdienstvertrag wurde mit den Regionalbahnen abgeschlossen und sichert den Regionalbahnen bzw. der Bundesbahn einen jährlichen Zuschuß von 125 Millionen wertgesichert auf 25 Jahre. Und damit ist sichergestellt, daß auch das Angebot auf den 23 Regionalbahnen nicht verringert wird, daß das in dem Umfang wie bisher aufrecht erhalten bleibt.

Ich freue mich auch, daß in diesem Landesverkehrskonzept ein weiterer zügiger Ausbau der Park-and-ride-Anlagen vorgesehen ist. Bisher hat ja das Land 19.500 Park-and-ride-Plätze in Niederösterreich mitgefördert. 50 Prozent bezahlt der Bund, 50 Prozent das Land und die betreffende Gemeinde oder Gemeinden. Im Verkehrskonzept sind weitere 20.000 Stellplätze vorgesehen. Ich glaube, eine unbedingte Notwendigkeit und Voraussetzung, wollen wir den Verkehr wirklich entsprechend auf den öffentlichen Verkehr verlagern können.

Dieser Verkehrsdienstvertrag sieht aber neben diesem Ankauf von 60 Doppelstockwaggons - 120 insgesamt - auch den Ausbau der S 2 bis Laa a.d. Thaya vor, der ja im Paket vereinbart ist. Auch die Umspurung der Bahn Wieselburg-Gresten und etwa die Schneebergbahngesellschaft wird auch mitfinanziert. Verkehrsverbünde werden mitfinanziert und 40 Wiesel-Busse. Diese 40 Wiesel-Busse waren ja schon vorige Woche ein breit diskutiertes Thema. Auch dazu sei klar gesagt: Hier hat das Land sich bereit erklärt, eine Ausschreibung vorgenommen. Um optimale Angebote zu bekommen hat das Land das ausgeschrieben. Die Firmen haben dann die Möglichkeit gehabt, in diese Ausschreibungen, in diese günstigen Angebote einzusteigen, haben die Bestellung dieser Busse und den Ankauf dieser Busse vorgenommen. Das Land hat bei diesen Firmen Verkehrsleistungen bestellt. Und die Firmen müssen natürlich diese Beträge für die Busse an das Land zurückzahlen. Weil Sie sagen, da ist eine Förderung auch des Landes enthalten. Geschätzte Damen und Herren! Welchen Betrieb in Niederösterreich, der so viel investiert wie diese Firmen, fördern wir nicht? Ich glaube, das ist im Interesse aller Bürger und ist im Interesse einer wirklich guten Verkehrsbewältigung notwendig und erforderlich. (Abg. Uhl: Also ich muß dazu

sagen, es ist nicht primär um die Förderung gegangen sondern um die Ausnutzung!

Und zur Ausnutzung: Ich bin selber gestern wieder einmal mit dem Wiesel-Bus gefahren, weil ich mir das anschauen will. (Abg. Kautz: Und nach Hause auch?) Nach Hause nicht, weil um 1.00 Uhr in der Nacht hätte ich nicht mehr nach Hause fahren können. (Abg. Kautz: Mit dem Dienstwagen also! - In der Folge Unruhe bei Abg. Kautz und Abg. Uhl.) Aber ich bin gestern mit dem Wiesel-Bus 'raufgefahren, habe mich aber, zu Deiner Beruhigung, nicht zum Wiesel-Bus mit dem Dienstwagen hinbringen lassen. Ich bin auch schon öfter gefahren, darf ich Euch sagen, und ich habe mich auch erkundigt bei den Fahrgästen, wie die Auslastung ist. Und ich habe mir das angehört. Es fahren vier Busse von Mödling weg. Der erste Bus um 6.00 Uhr ist zur Gänze ausgelastet, der um 6.30 Uhr ist neu eingeführt und ist zur Hälfte, der um 7.00 Uhr ist fast voll ausgelastet und der um 7.30 Uhr ist schwach besetzt, das muß man ehrlich zugeben. Aber der ist erst seit ein paar Wochen eingeführt. Insgesamt haben wir 500 Fahrgäste, die täglich mit den Wiesel-Bussen in unsere Landeshauptstadt fahren.

Geschätzte Damen und Herren! Die MÖST-Mittel, die wir 1998 im Budget in der Höhe von 325 Millionen zur Verfügung haben werden, sind für diese Verbesserung im öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt. Und dafür bin ich dem Landesverkehrsreferenten sehr dankbar. Ich freue mich auch, daß die Machbarkeitsstudie über die Bahnlinie Krems-St.Pölten-Lilienfeld in Arbeit ist und erwarte mir für diesen Zentralraum, den ich vorige Woche als wirtschaftlich dynamische Region angesprochen habe, eine wesentliche Verbesserung. Wir haben natürlich auch eine Reihe Wünsche darüber hinaus an den Bund, an die Bundesbahn. Ein ganz wesentlicher Wunsch ist der Ausbau der S 7 zum Flughafen. Der Flughafen hat täglich 25.000 Fahrgäste, die dort hinfahren oder weg- oder zurückfahren, mit den Beschäftigten. Wir wissen, daß 50 Prozent mit dem Pkw anreisen, 30 Prozent mit dem Taxi, 18 Prozent mit dem Bus und nur 2 Prozent mit der S-Bahn. Hier besteht wirklich akuter Handlungsbedarf und ich darf die Verantwortlichen auf Bundes- und Bundesbahnebene hier einladen, zügig beim Umsetzen mitzuhelfen.

Mein Vorredner hat es bereits angeschnitten, daß die Verkehrsprognosen, die vor uns liegen, gewaltig sind. 1995 sind auf tausend Einwohner noch 505 Pkw gekommen, im Jahre 2011 werden es 655 sein. Das bedeutet eine Zuwachsrate von

30 Prozent. Ich halte das für ganz gewaltig und ich bin deshalb sehr froh, daß unser Landesverkehrskonzept diesen Entwicklungen voll und ganz Rechnung trägt. Das spielt natürlich - ich will mich jetzt mit dem Straßenbau nicht weiter beschäftigen, Sie alle haben ja das Landesverkehrskonzept in Händen und kennen die vielen Vorhaben, die da sind - eine bedeutende Rolle, werden dafür doch an die 20 Milliarden notwendig sein. Das steht also außer Zweifel. Ich freue mich auch, daß es gelungen ist, im Rahmen dieses Landesverkehrskonzeptes eine Bürgerservicestelle einzurichten, wo zwei Beamte den Bürgern und den Gemeinden Auskunft geben. Und daß ein wesentlicher Bereich auch gegeben ist mit der Verkehrssicherheit, ob das jetzt die Ortsdurchfahrten betrifft, die Verkehrskontrollen oder auch die Radaranlagen. Da gibt es ja auch ganz tolle Geschichten, bei uns zumindest im Bezirk Mödling, die Radaranlagen betreffend. Aber die entsprechenden Herren sind ja momentan nicht da. (Unruhe im Hohen Hause.)

Ich habe ein schönes, wunderbares Bild in der Zeitung gefunden, auf dem sich ein Abgeordneter, der Obmann des Finanzkontrollausschusses, fotografieren hat lassen vor einer Radaranlage. Eine Radaranlage, die natürlich nur eine Attrappe ist. Um hier den Bürgern in einer ganz klaren Art und Weise zu beweisen, wie ernst man sie nimmt und wie man mit ihnen verfährt, wird hier auf einer Landesstraße mit einer Attrappe vorgezeigt in der Zeitung, wie man sich um die Verkehrssicherheit kümmert. Aber bis heute ist kein Antrag gestellt worden bei den zuständigen Stellen, daß tatsächlich eine Anlage aufgestellt wird. Das hat die Gemeinde gemacht, dies nur so nebenbei.

Geschätzte Damen und Herren! Es gibt aber auch Bemühungen von Verkehrsorganisationen wie etwa dem ÖAMTC, die die Meinung vertreten, daß die derzeitige Höchstgeschwindigkeit auf der Autobahn durch eine Richtgeschwindigkeit ersetzt werden soll. Und die diese Richtgeschwindigkeit damit begründen, daß der Verkehr nicht unsicherer würde, sondern sicherer. Und mit Eigenverantwortung und Disziplin würde diese Maßnahme zu einem reibungsloseren, zu einem rascheren Ablauf des Verkehrs auf der Autobahn führen. Auch das sei erwähnt.

Geschätzte Damen und Herren! Noch ein Wort zum "Roadpricing". Ich glaube, hier ist für uns alle klar - zumindest für die ÖVP - daß wir dieses System ablehnen, weil damit nicht nur die Pendler schwer getroffen werden, weil damit auch die Wirtschaft schwer getroffen würde. Und wir

glauben, daß wir weder den Pendlern, noch den Autofahrern, noch der Wirtschaft dieses System zumuten können. Wir sehen, daß sich das bisherige System in der Schweiz seit vielen Jahren, aber auch bei uns bestens bewährt hat.

Geschätzte Damen und Herren! Zur Gruppe 6 werden auch zwei gemeinsame Resolutionsanträge eingebracht, die später der Herr Abgeordnete Preiszler vorlegen wird. Es geht um eine verstärkte Überprüfung von Gefahrguttransporten und die Intervallverdichtung auf der Lokalbahn Wien-Baden, das habe ich ja bereits angesprochen. Geschätzte Damen und Herren! Die ÖVP wird der Gruppe 6 gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOZZUR: Auf der Besuchergalerie nahmen die Schüler und der Lehrkörper der HBLA Biedermannsdorf Platz. Wir dürfen sie recht herzlich bei uns begrüßen. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 des Voranschlages umfaßt die Bereiche Straßen-, Wasserbau und Verkehr und sieht Ausgaben in der Höhe von 6,07 Prozent des Voranschlages vor. Ich möchte mich mit meinem Debattenbeitrag mit dem NÖ Landesverkehrskonzept beschäftigen. Am 11. Juni 1991 hat die NÖ Landesregierung das NÖ Landesverkehrskonzept beschlossen. Bereits damals war vorgesehen, daß das Landesverkehrskonzept alle fünf bis sechs Jahre zu überarbeiten und der laufenden Entwicklung anzupassen sei. Im Herbst 1995 wurde deshalb mit der Überarbeitung begonnen und so konnte im Frühjahr 1996 ein überarbeiteter Entwurf vorgelegt werden. Auch Kollege Muzik und Präsident Ing. Eichinger sind ja auf diesen Entwurf schon eingegangen.

In den Jahren 1990 bis 1996 wurden sehr viele Maßnahmen realisiert. Unter anderem - und hier gehe ich jetzt speziell auf die B 3 ein - unter anderem wurden der vierspurige Ausbau der B 3 zwischen Stockerau und Tulln sowie die Donaubrücke Tulln in Angriff genommen. Die Donaubrücke in Tulln konnte in der Zwischenzeit dem Verkehr übergeben werden. Am vierspurigen Ausbau zwischen Stockerau und Tulln wird fleißig gearbeitet, die Fertigstellung dieses Ausbaues ist für Herbst 1997 vorgesehen. Im Entwurf sind nun folgende weitere Maßnahmen für den Bereich der B 3 vorgesehen: Der vierspurige Ausbau von Tulln bis Grafenwörth, sowie - und das ist neu -

eine neue Donaubrücke zwischen Tulln und Krems sollte entstehen.

Der weitere Ausbau von Grafenwörth bis nach Krems, der ebenfalls vierspurig erfolgen sollte, ist im Landesverkehrskonzept mit der Prioritätenstufe 2 vorgesehen. Das würde bedeuten, daß erst in einigen Jahren mit der Planung begonnen werden würde. Und hier, meinen wir, sollte doch rascher begonnen werden. Meine Damen und Herren! Die Donaubrücke Traismauer soll dem vierspurigen Ausbau bis nach Krems vorgezogen werden. Hier gibt es zur Zeit schon einige Detailplanungen, die insgesamt drei Varianten anbieten. Ich darf Ihnen ganz kurz diese drei Varianten zur Kenntnis bringen. Und zwar wurde bei der ersten Variante ein Standort in der Verlängerung der Landesstraße 113, der ehemaligen Rollfährstraße in Betracht gezogen. Hier sind Gesamtkosten von sage und schreibe zirka 1,2 Milliarden Schilling vorgesehen. Und zwar entstehen diese hohen Kosten im Bereich des Hochwassergebietes zwischen der Donau, der Krems und dem Kamp, weil hier doch aufwendige zusätzliche brückenbauliche Maßnahmen vorgesehen sind. Bei dieser Variante ist die Einbindung in die B 3 zwischen den Ortsgebieten Grafenwörth und Jettsdorf vorgesehen und im Süden, in die Verlängerung zur S 33 wäre die Einbindung nur über das Ortsgebiet Traismauer möglich. Soweit zur Variante 1.

Die Variante 2 mit dem zwei Kilometer westlich gelegenen Brückenstandort erweist sich von vornherein als nicht optimal, da längere Brückenfelder erforderlich sind und auch das Vorlandgebiet in einer relativ großen Länge überquert werden muß. Auch hier sind Gesamtbaukosten von zirka 1,2 Milliarden Schilling vorgesehen. Soweit die zweite Variante. Und die dritte Variante, die in Ausarbeitung gewesen ist, diese dritte Variante scheint mir, wenn überhaupt eine Brücke gebaut werden sollte, als interessanteste Variante. Und zwar ist hier vorgesehen der Abzweigungspunkt zwischen Etsdorf und Grunddorf und führt dieser nahezu geradlinig zum Brückenstandort und in der Folge ist die Anbindung an die S 33 knapp nordwestlich der Anschlußstelle Traismauer-Nord geplant. Die Kosten für die dritte Variante werden mit zirka 585 Millionen Schilling angegeben.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen meinen, daß zum jetzigen Zeitpunkt eine weitere neue Donaubrücke zwischen Krems und Tulln schon alleine auf Grund der zu erwartenden Kosten in der Höhe von zirka 1 Milliarde Schilling, aber auch zu großen Eingriffen in die wertvollen

Au- und Naturlandschaften derzeit eher nicht notwendig ist, zumal noch zu erwähnen ist, daß die St. Pöltener Brücke in Krems derzeit zu nicht einmal 50 Prozent ausgelastet ist. Wer nun täglich mit dem Auto als Pendler zwischen Krems und Wien, aber auch umgekehrt Wien-Tulln-Krems weiter in die Landeshauptstadt St. Pölten unterwegs ist, möchte - und hier haben wir sehr viele Gespräche geführt - daß zuallererst ein vierspuriger Ausbau bis nach Krems erfolgen soll. Um diesen Wunsch der tausenden Pendler Rechnung zu tragen, ist es mir gelungen, mit den Abgeordneten Muzik, Sacher und Toms folgenden Resolutionsantrag zu formulieren (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Hrubesch, Marchat, Muzik, Sacher und Dipl.Ing. Toms zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend 'Rasche Realisierung des vierspurigen Ausbaues der B 3 zwischen Tulln und Krems'.

Der Verkehr auf der B 3 zwischen Tulln und Krems nimmt enorm zu. Vor allem die starke Frequenz des Schwerverkehrs (Kremser Hafen) führt häufig zu unüberlegten Überholmanövern und in der Folge zu tragischen Verkehrsunfällen. Im Entwurf des NÖ Landesverkehrskonzeptes 1997 wird der vierspurige Ausbau der Strecke Tulln - Grafenwörth mit Prioritätsstufe 1a, der Abschnitt Grafenwörth - Krems hingegen nur mit Prioritätsstufe 2 (dies bedeutet 'mittelfristige Maßnahme') versehen. Die Donaubrücke Traismauer wurde im Entwurf des NÖ Landesverkehrskonzeptes 1997 mit Prioritätsstufe 1b angeführt. Es ist aus den genannten Gründen daher zweckmäßig, im NÖ Landesverkehrskonzept 1997 eine entsprechende Umreihung der Prioritäten vorzunehmen und den Abschnitt Grafenwörth - Krems in die Prioritätsstufe 1 einzureihen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens das Landesverkehrskonzept im Sinne der Antragsbegründung abzuändern und zweitens sich bei der Bundesregierung insbesondere beim Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie beim Bundesminister für Finanzen dafür einzusetzen, daß die notwendigen Ausbaumaßnahmen auf der B 3 raschest in Angriff genommen werden."

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag wird es uns gelingen, die Ver-

kehrssicherheit zu erhöhen und das Unfallgeschehen in Niederösterreich weiter zu reduzieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. GEBERT (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Es wurde schon gesagt. Seit Jahren, spätestens aber seit der Ostöffnung ist die Verkehrspolitik in Niederösterreich sicherlich eine zentrale Frage geworden. Bei der Fülle von Verkehrsproblemen, die hier auftreten, die entstanden sind, war es zweifellos wichtig, ein Landesverkehrskonzept zu erarbeiten. 1991 so geschehen. Die dynamische Entwicklung in den letzten Jahren macht jetzt natürlich schon eine Überarbeitung notwendig. Der Kollege Muzik und andere haben bereits darauf hingewiesen. Und im Einvernehmen mit den Regionen hat der SPÖ-Klub, und ich möchte es hier wiederholen, zu diesem Entwurf 1997 zahlreiche Anmerkungen, Ergänzungen, Forderungen gestellt. Ich darf Ihnen sagen, wir haben sie aufgelistet, es sind 251 Punkte, die hier aufgenommen werden sollten. Man kann natürlich jetzt nicht im Einzelnen darauf eingehen. Aber ich glaube, über diese Vorschläge sollte konkret nun verhandelt werden, sie liegen am Tisch und sollten in das Verkehrskonzept mit aufgenommen werden.

Abgesehen davon müßte man natürlich auch sinnvoll die Frage stellen, was ist eigentlich nach dieser fünfjährigen Konzeption tatsächlich umgesetzt worden? Sicher konnte einiges erreicht werden. Der Herr Präsident Ing. Eichinger hat hier schon einiges aufgezählt, ich meine, natürlich in erster Linie im operativen Bereich. Aus meiner Sicht möchte ich doch sagen, daß es in den entscheidenden Infrastrukturinvestitionen im Wiener Umland, in der Ostregion Niederösterreichs zu keinen konkreten Ergebnissen gekommen ist. Aus gegebenem Anlaß möchte ich mich daher in dieser Debatte wieder einmal mit dem Kapitel Verkehr und insbesondere mit dem Nahverkehr im Wiener Umland beschäftigen. Hier könnte ich und kann ich nahtlos an die vorjährige Debatte anschließen und auf einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Gebert und Treitler hinweisen, in dem übereinstimmend ein Maßnahmenpaket als vordringlich erachtet wurde, in welchem es um die Beschleunigung der Verfahren für Projekte auf Bundesebene gegangen ist. Es handelt sich im wesentlichen um die bereits bekannten Projekte,

nämlich die Errichtung der Wiener Südrandstraße, bekannt als B 301, gleichzeitig aber auch um die notwendigen Ortsumfahrungen in dieser Region und schließlich auch um Fragen des öffentlichen Nahverkehrs und im besonderen um die auch heute schon zitierte Flughafenbahn.

Meine Damen und Herren! Meine Frage ein Jahr später, nach diesem Resolutionsantrag hier im Landtag: Was wurde umgesetzt? Gibt es hier Fortschritte? Es gibt einige, aber nicht sehr viele. Im Gegenteil, meine Damen und Herren! Das mit dem Bund, mit dem Land, mit den Gemeinden, mit der Region ausgehandelte Verkehrspaket platzt und scheint sich eigentlich aufzulösen. Jedenfalls kommt es zu Verzögerungen, die durch plötzliche neue Planungsvarianten hier verursacht werden. Verursacht in erster Linie durch das Wirtschaftsministerium. Und ich habe mir erlaubt, an den Verkehrsreferenten des Landes, an den Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll eine Anfrage zu stellen, indem ich ihm mitgeteilt habe, daß das Wirtschaftsministerium mit Erlaß vom 7. Jänner 1997 das Land Niederösterreich angewiesen hat, eine vierspurige Tunnelvariante im Bereich Lanzendorf - Maria Lanzendorf anstelle einer vorgesehenen zweispurigen Umfahrung von Himberg zu planen. Diese autobahnähnliche Straße soll außerdem zu einer Verbindungsstraße zwischen A 3 bei Ebreichsdorf bis zur späteren B 3 ausgebaut werden. Weiters beabsichtigt die ÖSAG, die Untertunnelung der B 301, also der Wiener Südrandstraße, im Bereich der Stadt Schwechat, den sogenannten Rannersdorfer Tunnel, nicht in bergmännischer, also umweltfreundlicher Weise zu bauen, sondern in einer offenen Bauweise auszuführen. Dadurch müßten rund 30 Häuser in Schwechat abgerissen werden und die Stadt selbst würde für lange Jahre eine Baustelle sein.

Die betroffenen Gemeinden und speziell die Stadt Schwechat lehnen diese neue Planungsvariante ab. Und ich bin eigentlich erfreut, daß der

Herr Landeshauptmann in seiner Anfragebeantwortung die Gemeinden, die Region in ihren Forderungen unterstützt. Ich möchte aber doch sagen, die Unterstützung wird nicht unbedingt helfen. Es ist notwendig, daß der Landesverkehrsreferent bei seinem Parteifreund, nämlich beim Bauten- und Wirtschaftsminister Dr. Farnleitner auf diese Problematik eindringlich aufmerksam macht um vor allen Dingen die Realisierung dieser Straßenbauprojekte in der von der ÖSAG geplanten Art durchzusetzen. Und vor allen Dingen sollten sehr rasch diese Pläne einer UVP, einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Also unterstützen genügt nicht, es muß auch durchgesetzt werden! Und eines ist klar: Hier spielen finanzielle Dinge eine Rolle. Aber ich glaube, der Schutz der Bevölkerung, die Verbesserung des Umweltschutzes machen es doch erforderlich, daß man eben mehr Geld ausgibt für Straßenplanungen und Straßenbauten. Und eines muß auch klar sein: Diese neuerlichen Umplanungen würden weitere Diskussionen hervorrufen und damit würden die notwendigen Investitionen in noch weitere Ferne gerückt werden.

Soweit zum Straßenbau im Wiener Umland. Der Individualverkehr auf der Straße hat sich um 10 Prozent jährlich verstärkt. Also müßten hier Taten für die Entlastung der Orte und zur Regulierung der Verkehrsströme gesetzt werden, sonst glaube ich, wird es in einigen Jahren ein Chaos geben. Das Chaos ist bereits vorprogrammiert, wenn man etwa an die Wiener Südost-Tangente denkt.

Neben den bereits erwähnten Straßenprojekten möchte ich noch auf einige eingehen, die auch dringliche Maßnahmen, die hier zum Nahverkehrskonzept gehören, darstellen. Nämlich die Verlängerung der A 23 auf niederösterreichischem Gebiet. Diese sogenannte B 302 als eine nördliche Umfahrung von Wien. Sehr wichtig scheint mir - und hier sind die Vorarbeiten schon gediehen - die Anbindung der A 4 an die B 50 zur Entlastung der Stadt Hainburg. Ich fürchte, daß die Tunnelvariante, die von der Stadt verlangt wird, eigentlich gestorben ist. Und schließlich glaube ich, sollte es dann zur Verwirklichung der B 301 kommen, dann wird die Praterbrücke in Wien ein Nadelöhr werden und man muß wirklich auf lange Sicht, und die PGO überlegt das und studiert darüber bereits, eine sechste Donauüberführung in Wien oder östlich davon als mehr oder weniger erforderlich erachten.

Die Verlegung des Straßenverkehrs auf die Schiene ist auch und gerade in Niederösterreich im Nahverkehr sehr dringlich und ist ein Schwerpunkt im gesamten Verkehrspaket. An erster Stelle dieser geforderten Maßnahmen steht natürlich der zweigleisige Ausbau der S 7, der Preßburger Bahn, oder wenn Sie wollen der sogenannten Flughafenbahn bis zum Flughafen Wien-Schwechat mit der Einbindung in den Bahnhof Wien-Mitte. Vor zwei Jahren, oder es ist eigentlich schon drei Jahre her, wurde der Spatenstich vollzogen. Mit dem Bau wurde auf niederösterreichischem Gebiet bereits begonnen, aber leider stellen wir fest, meine Damen und Herren, daß weder die Planungen, noch die Detailrichtungen im Wiener Bereich überhaupt in Angriff genommen wurden. Wir haben hier Initiativen gesetzt. Erst jetzt gibt es konkrete Gespräche mit den ÖBB und mit der Stadt Wien. Und, es wurde auch hier gesagt von Präsident Ing. Eichinger, natürlich darf im Interesse der tausenden Berufspendler und im Interesse des Zentralflughafens mit seinen neun Millionen Passagieren und mit 10.000 Beschäftigten der Bau der S 7, der Flughafenbahn, keine "unendliche Geschichte" werden. Wie es jetzt ausschaut, könnte es sein, wenn Druck gemacht wird, daß das Ziel, nämlich die Fertigstellung bis zum Jahre 2001, erreicht werden kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr im Bereich Wien-Umland noch der Ausbau der S 80 und der S 2, aber auch hier gibt es bereits einige Vorarbeiten und sind im Detail einige Finanzierungsvorschläge schon gemacht worden.

Ich darf dann noch darauf verweisen, meine Damen und Herren, daß der SPÖ-Klub in einer eigenen Verkehrsenquete am Wiener Flughafen in Schwechat die Forderung nach einem Nahverkehrsinfrastruktur- und vor allen Dingen auch -Finanzierungsgesetz erhoben hat. Wie ich weiß, werden im Verkehrsausschuß des Parlaments diese Fragen beraten und ich glaube auch, daß es notwendig wird, diese Gesetzesmaterie auf Bundes- und Landesebene dann zu berücksichtigen.

Aber eines, glaube ich, sollte auch hier festgehalten werden und dies wurde bei dieser Enquete auch gesagt: Es können die Probleme, die Verkehrsprobleme im Bereich des Wiener Umlandes nur in Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich, ja sogar mit Burgenland, und im Einvernehmen mit dem Bund geschehen. Es kann nur eine Zusammenarbeit sein. Was wir manchmal erleben, daß der eine die Probleme auf den anderen schiebt, das sollte zumindest jetzt in der Form durch eine Koordinierung ersetzt wer-

den. Daher glaube ich, daß die sich im Herbst konstituierende Regionalkonferenz und speziell ein ständiger Verkehrsausschuß, wenn Sie wollen, ein ständiger Verkehrsbeirat, einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten könnte.

Abschließend bitte ich um Verständnis, daß ich neben der Fülle der niederösterreichischen Verkehrsprobleme gerade hier die Projekte des Wiener Umlandes zur Sprache gebracht habe. Aber ich glaube, die Lösung und die Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen im Nahverkehr müssen und haben erste Priorität. Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Es darf daher keine politischen Lippenbekenntnisse mehr geben. Jetzt ist Handlungsbedarf gegeben! Handlungsbedarf für den Nahverkehr im Wiener Umland. Und ich möchte abschließend den Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll als den Verkehrsreferenten unseres Landes auffordern, ersuchen, unter Hinweis auf seine gemeinsamen Aussagen mit dem Wiener Bürgermeister, spätestens bis Herbst bei Wirtschaftsminister Dr. Farnleitner mit den geeigneten Fachleuten jene Planungsentscheidungen durchzusetzen, die diese Region mehr oder weniger verlangt. Die die Bürger dieser Region verlangen. Und in diesem Sinne, meine Damen und Herren, wird die SPÖ-Fraktion dem Kapitel Verkehr zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Prober das Wort.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte mich im Rahmen der heurigen Budgetdebatte zu diesem Kapitel mit dem verkehrspolitischen Dauerbrenner Nummer Eins dieser Republik, mit dem Semmering-Basistunnel kurz auseinandersetzen und in der gebotenen Kürze die wesentlichen Punkte unserer Position zu Gehör bringen. Das bedeutet für mich die Beleuchtung folgender fünf Punkte: Die verkehrspolitische Dimension und die Auswirkungen auf die Ghega-Bahn. Die umweltpolitische Problemlage, drittens die wirtschaftliche Bewertung und die öffentliche Einschätzung, viertens die Finanzierungsseite und fünftens eine alternative Verwendung der Finanzmittel.

Die verkehrspolitische Nachrangigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Monsterprojektes, hat ja sogar die Prognos-Studie zugegeben, die in Ihrem Auftrag bestellt worden

ist und die hier zum Schluß gelangt, daß die Kapazitätsgrenzen eigentlich erst im Jahr 2010, wenn überhaupt jemals erreicht werden würden. Zur Zeit ist die Ghega-Bahn zu zwei Dritteln ausgelastet, ein Drittel ist also frei. Keine wie immer geartete Notwendigkeit besteht, hier wirklich einen Tunnel zu bauen. Das heißt aber, 170 Züge fahren zur Zeit drüber, 250 wären im Prinzip verkraftbar. Das Ganze bitte soll einem Projekt geopfert werden: Diese Ghega-Bahn, dieses welthistorische Kulturerbe unserer Republik, das kulturtechnische Aushängeschild Österreichs. Ich glaube, daß hier wirklich sehr viel investiert worden ist und man das nicht einfach fahrlässig verschwenden kann. Ich glaube daher, daß der Größenwahn einiger weniger diese Ghega-Bahn nicht zum Scheitern bringen soll.

Im übrigen werden in Zukunft - und das wissen, meine Damen und Herren, ja mittlerweile alle - ganz andere Nord-Süd-Verkehrsströme vor allem auf der Schiene greifen, als jene über den Semmering. Und das sagt ja auch die Verkehrsplanung der Europäischen Union ganz konkret aus und bestätigt dies.

Hand in Hand mit diesen verkehrstechnischen Nachrangigkeiten - ich möchte das im Telegrammstil heute machen - geht natürlich die umweltpolitische Fahrlässigkeit. Spätestens seit dem Wassereinbruch im steirischen Sondierstollen weiß man genau, daß man eigentlich unsere immer wieder geäußerten Warnungen in diesem Bereich nicht leichtfertig in den Wind hätte schlagen sollen. Bisher sind rund 3 Milliarden Liter Wasser in die Mürz geflossen, bestes Trink- und Quellwasser, das unseren zukünftigen Generationen unwiederbringlich verlorengegangen ist. Ungeachtet dessen, daß der Probestollen, der auf der steirischen Seite begonnen wurde, bisher doppelt soviel gekostet hat als veranschlagt worden ist.

Womit ich auch schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu meiner wirtschaftlichen Bewertung komme. Ich glaube, daß in Zeiten maroder Staatsfinanzen, in Zeiten von Sparpaketen, wo sich jeder Einzelne nach der Decke strecken muß, der Staat mit gutem Beispiel vorangehen und solche Sinnlosigkeiten einfach unterlassen sollte. Das meint auch, und da sind wir bestätigt, eine Mehrheit der Österreicher. Alle Umfragen, die mir bis heute zugänglich sind - und Sie kennen sie alle auch - weisen wirklich eine entscheidende Ablehnungshaltung der Österreicher aus, eine noch stärkere der Niederösterreicher und eine ganz besonders starke jener Men-

schen, die im Südraum Niederösterreichs leben und wohnen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube auch, wenn Sie mir das zu sagen gestatten, daß auch die Steirer besser beraten wären, ihr Augenmerk auf den Ausbau ihrer zahlreichen Nahverkehrs- und Fernverkehrsausbauvorhaben zu legen, sich eher stärker an den EU-Zentralraum, das heißt nach Norden oder nach Westen hin, zu orientieren als nach Osten, als hier wirklich einem "Sinnlostunnel" das Wort zu reden mit allen Problemlagen, die ich bisher aufgezeigt habe. Wir in Niederösterreich haben das schon lange erkannt, zumindest die Volkspartei dieses Landes. Ich bin aber auch sehr froh, daß die Freiheitlichen, glaube ich, diese Position sehr deutlich teilen. Und wir treten daher auch dafür ein, daß im Prioritätenkatalog des Landesverkehrskonzeptes Niederösterreichs hier in allernächster Zeit eine Rückreihung von Priorität 2 auf Priorität 3 erfolgt. Zumindest als ein Zwischenschritt für eine noch bessere Lösung. Ich meine, daß wir das deshalb machen, weil wir wissen, daß das Geld nicht zweimal vorhanden ist. Alle, die das behaupten, begehen Scharlatanerie. Und dazu geben wir von der Volkspartei im niederösterreichischen Bereich uns nicht her! (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Wir brauchen dieses Geld in Niederösterreich, um zum Beispiel 20.000 Park-and-ride-Plätze zu bauen, um den Nahverkehr auszubauen, und für all das, was Herr Präsident Ing. Eichinger und viele Vorredner hier an diesem Pult verlangt haben. Es geht nicht an, daß man versucht, den Leuten weis zu machen, daß das Geld zwei- oder vielleicht sogar dreimal da ist. Das ist eine entschiedene Fehleinschätzung und eine Irreführung der Öffentlichkeit, lieber Herr Kollege Kautz. (*Beifall bei der ÖVP. - Heftige Unruhe bei Abg. Kautz.*) Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit! Und ich möchte noch mit einem Märchen hier aufräumen, das immer von sozialdemokratischer Seite und vor allem auch vom Kollegen Kautz hier in die Diskussion eingebracht wird. Daß man glaubt, man könnte dort tausende Arbeitsplätze damit sichern. Das ist doch ein völliger Unsinn! Wir wissen aus Expertenstudien, daß dieser Tunnel maximal 250 bis 300 und dann eher Arbeitsplätze ausländischer Provenienz hier bringen wird. Keine Österreicher, leider Gottes, oder sehr wenige. Und aus dem Grund glaube ich, daß es notwendig ist, daß man auch mit diesem Märchen einmal aufräumt und versucht, wirklich der Wahrheit die Ehre zu geben.

Womit ich schon zur Finanzierung komme: Weil die öffentliche Hand, meine sehr verehrten

Damen und Herren, ja völlig überfordert ist mit dieser Finanzierung, das ist allen klar, hat man versucht, diesen Plan der Privatfinanzierung ins Leben zu rufen. Und sogar den Plan einer Quasi-Bemautung als Refinanzierung. Wie das gehen soll, weiß bis heute niemand, hat auch noch niemand sagen können. Fest steht, daß Anbote möglicher Anbieter, und darüber ist man sich auch noch nicht ganz klar, unter strengstem Verschluss im Verkehrsministerium liegen. Das ist einmal die Sache Nummer 1.

Ich bezweifle überhaupt, ob jemals ein ernsthafter Versuch gemacht worden ist, eine Privatfinanzierung auf die Beine zu stellen, zumal auch der "ÖBB-General" das eigentlich völlig ad absurdum führt und eigentlich ernsthaft bezweifelt. Aus dem Grund ist auch die Finanzierungsfrage aus meiner Sicht von einer kaum mehr zu übertreffenden Orientierungslosigkeit der Bundesverantwortlichen gekennzeichnet. Bisher ist durchgesickert, daß drei Firmengruppen um Porr, um Stuaag und um die Illbau Angebote abgegeben haben sollen. Die Porr-Gruppe hat angeblich ein Offert gelegt um 9,5 Milliarden Schilling, das sind zwei Milliarden Schilling mehr als die HL-AG als oberste Grenze von sich aus einmal deponiert hat. Und der Direktor der Porr-Gruppe, zu der auch die Strabag und Siemens gehört, hätte gesagt, daß er sich überhaupt nur vorstellen könnte, 51 Prozent als wirklichen Privatfinanzierungsanteil zu akzeptieren. Und den Rest, frage ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird natürlich wer zahlen? Wahrscheinlich die Steuerzahler! Und da kann man dann nicht mehr von einer Privatfinanzierung reden. Ich glaube, das ist auch ein Punkt, in dem der Wahrheit die Ehre gegeben werden muß. Auch die staatliche Finanzierungsgarantiegesellschaft setzt die Kosten zusätzlich wesentlich höher an, als sie jemals von der HL-AG beziffert worden sind, und warnt gleichzeitig. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind keine uns nahestehenden Institutionen oder Organisationen. Diese warnt gleichzeitig eindringlich vor einem finanziellen Kollaps, der mit dieser ziellosen, planlosen und ich glaube auch verantwortungslosen Gesamtüberlegung in Richtung Finanzierung mit eingebracht worden ist. In Summe aus meiner Sicht ein Desaster ohne Ende, dem wir als Niederösterreichische Volkspartei von Anfang an nie gefolgt sind. (*Zwischenruf bei Abg. Muzik.*) Im Landesverkehrskonzept ist der Semmering-Basistunnel mittlerweile noch drinnen, Herr Kollege Muzik. Und das ist mein Beweggrund, darüber zu reden. Und ich glaube, Sie werden mir nicht vorschreiben können, über welchen Teil des Landesverkehrskonzeptes ich rede. Ich halte es zentral

für notwendig, diesem Wahnsinn, der hier mit dem Semmering-Basistunnel auf dem Rücken der Steuerzahler versucht wird, auch entsprechende Kontraargumente entgegenzusetzen. Das in aller Klarheit und aller Deutlichkeit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirklichen Probleme, und das wissen Sie in Wahrheit alle ganz genau, die wirklichen Probleme der Südbahn liegen an den Vorlaufstrecken im Wiener Becken und im Mürztal. Und dort ist es notwendig, den Hebel anzusetzen. Es kann ja nicht so sein, daß die Züge nach wie vor mit 80 km/h von Meidling bis Payerbach fahren. (*Heftige Unruhe bei der SPÖ.*) Mit 80 km/h Durchschnittsgeschwindigkeit, fragen Sie Professor Zibuschka und alle jene Experten, die sich damit ordentlich und von Berufs wegen mit diesem Problem auseinandersetzen. Wir haben daher eines klipp und klar gesagt: Es sind notwendige Maßnahmen im Beschleunigungsbereich zu treffen. Und wir haben daher schon sehr lange, meine sehr verehrten Damen und Herren, vorgeschlagen, hier wirklich viele Überführungen zu bauen, Unterführungen zu bauen, damit die Todeskreuzungen zu entschärfen - auch davon war heute schon die Rede, in einem anderen Zusammenhang, mit dem Verkehrskonzept - Lärmschutzwände zu bauen. Um einfach hier eine bessere und optimale Lebensqualität für die Menschen, die an der Südbahn wohnen, zu schaffen.

Und ich glaube, genau das wäre eigentlich ein wesentlicher Punkt, um auch eine regionale Beschäftigungswirksamkeit zu stimulieren. Wir wissen, der Tunnel bringt keine Arbeitsplätze. Und wenn, dann einige ausländische. Doch hier könnte unsere heimische Wirtschaft, die Klein- und Mittelbetriebe auch entsprechend partizipieren und davon profitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zur Zusammenfassung. Ich habe eingangs erklärt, daß ich mich kurz und präzise und auf den Punkt gebracht verhalten möchte:

- 1.) Den Semmering-Basistunnel - nur für Sie ins Stammbuch geschrieben, falls es wirklich nicht klar war bis jetzt - lehnt die Mehrheit der Österreicher ab. Das ist ein Faktum!
- 2.) Im NÖ Landesverkehrskonzept, hoffen wir, wird er bald nur mehr Priorität 3 haben.
- 3.) Angesichts der maroden Staatsfinanzen und nachdem Sparen angesagt ist, soll der Staat vorneweg zu sparen beginnen.

- 4.) Die Realisierung dieses Tunnels, sofern es einmal dazu kommen sollte, geht zu Lasten des Nahverkehrsbaus, und damit der Pendler in Niederösterreich. Weil dieses Geld nur einmal vorhanden ist.
- 5.) Er hat sich als verkehrspolitisch völlig nachrangig erwiesen, vor allem in Richtung der kommenden anderen Verkehrsströme, die durch die EU-Verkehrskonzepte zementiert und an sich auch bestätigt sind.
- 6.) Die umweltpolitische Problematik: Seit dem Wassereinbruch im Sondierstollen in der Steiermark ist höchste Gefahr im Verzug für sämtliche Quellen im gesamten Massiv Semmering, Rax und auch Schneeberg.
- 7.) Wir sollten nach diesen drei Milliarden Litern Wasser, die unwiederbringbar bereits verloren sind, nicht weitere umweltpolitische Experimente auf dem Rücken unserer Kinder und Kindeskinde machen. Das glaube ich persönlich wirklich hier vertreten zu dürfen!
- 8.) Der Weiterbestand des Kulturerbes Ghega-Bahn wird damit ernsthaft in Frage gestellt. Die Nichtauslastung ist klar und das Projekt erbringt auch keine Arbeitsplätze für die heimische Wirtschaft. Daher sind Alternativen angesagt. Daher ist es auch wichtig, daß wir diesem Semmering-Basistunnel im Landesverkehrskonzept, um das auf den Punkt zu bringen, des Landes Niederösterreich wirklich eine Rückkehrung auf Priorität 3 erteilen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der ÖVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn ich meinen Kollegen nicht kennen würde, hätte ich geglaubt, es gibt ihn noch nicht. Aber es gibt ihn wirklich! Er ist unverbesserlich, gegen Argumente verschlossen. Ich will nur einige Fragen einmal an ihn stellen. Wenn alles so kaputt und schlecht ist beim Semmering-Basistunnel, Frage 1: Warum gibt es einen einstimmigen Bundesregierungsbeschluß? Sitzt dort keine ÖVP drinnen? Schüssel und Co., sind die ahnungslos? Genauso ahnungslos wie der Kollege Prober? Oder wissen die, wovon sie reden und haben mitgestimmt?

Frage 2: Warum spricht der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll nicht mit der Frau Landeshauptmann Klasnic, die ja vehement für den Tunnel eintritt? (Beifall bei der SPÖ.) Das wäre einmal

gesehen. Und um die Freude bei den Blauen etwas zu dämpfen, ich kenne ja auch einen Brief des Herrn Landeshauptmannes Dr. Haider, der unbedingt für den Semmering-Basistunnel eingetreten ist. Und der jetzt auch nichts wissen will davon. Also, um das auch gleich einmal auszugleichen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf auf einige Punkte im sachlichen Bereich eingehen. Die Demagogie des Kollegen Prober ist ja fast grenzenlos. Er spricht von Wasserverlust. Bitte, es möge mir ein Tunnel auf der gesamten Welt gezeigt werden, bei dessen Bau nicht Wasser ausgetreten ist! Ich frage aber den Herrn Kollegen Prober, was er dazu sagt, daß im Naturschutzgebiet 400.000 Kubikmeter Erdbewegungen stattfinden. Auf einem Auge blind, oder auf zwei Augen blind? 400.000 m³ Erdbewegung im Naturschutzgebiet. Herr Kollege Prober, wo ist da Deine Stellungnahme dazu?

Zur Prognos-Studie: Ich glaube, so kann man auch Studien lesen, wenn man eine Begründung hinterfragt und nur die Begründung liest und nicht die Antwort. So kann man Demagogie betreiben. Ich habe Dich schon lange als Demagogen gekannt, aber heute hast Du Dein Meisterstück geliefert.

Und die nächste Frage, nur ein bißchen von der Sache her. Wir alle sind, auch Du, Kollege Prober, bist nach Wien mit dem Auto gefahren. Und wir alle haben uns täglich darüber geärgert, daß wir ab Baden, Traiskirchen irgendwo zum Stehen gekommen sind. Eine ganz einfache Angelegenheit. Du genauso wie ich haben keine 130 fahren können, sondern 140, 150, und ab Baden, Traiskirchen, Wr. Neudorf standen wir im Stau. (Abg. Ing. Gansch: *Fahrt ihr mitsammen, daß Sie das so genau wissen?*)

Nein, aber ich weiß auch, daß er ein Schnellfahrer ist beim Autofahren und genauso schon kilometerweise "Autobahn gekauft" hat wie ich. Aber wir wissen ganz genau, wenn wir in dieser Geschwindigkeit Richtung Wien fahren, daß wir irgendwo zum Stehen kommen, weil dann der Flaschenhals ist. Das heißt, wir fahren dann mit 20, 30, 40 km/h weiter. Und genauso verhält es sich bei der Semmeringbahn: Wir fahren mit vier Spuren, mit drei Spuren und wahrscheinlich in Zukunft mit vier Spuren, bis Wr. Neustadt und dann kommt der Flaschenhals. Aber, Kollege Prober, ich würde Dir raten, setz' Dich einmal in den Zug, fahr mit dem Zug nach Wien. Der fährt bis zu 190 Stundenkilometer auf der Südbahn von Wien nach Neunkirchen und von Neunkirchen nach Wien. (Abg. Dr. Prober: *Ich bin fünf Jahre lang täglich mit der Bahn nach Wien zur Schule*)

gefahren. Mir brauchst Du nichts zu erzählen!
Das ist aber auch schon sehr lange her. Schau' Dich in den Spiegel, das ist schon überhaupt nicht mehr wahr. Damals sind sie noch mit der Dampflokomotive gefahren. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine Damen und Herren! Wenn ich heute in drei und vier Spuren 150 km/h, 180 km/h fahre und dann mit 30 km/h über den Semmering, so ergibt sich ein Stau. Nur, der Stau auf der Südautobahn fängt halt in Traiskirchen an und auf der Südbahn fängt er schon in Wiener Neustadt an, weil man die Züge nicht herauflassen kann. Das aber dürfte Deiner Aufmerksamkeit entgangen sein.

Ich sage es noch einmal, denn Du glaubst es nicht: Die Ghega-Bahn hat 74 m Kurvenradien, die engsten Kurvenradien, die es auf der Welt gibt, die je gebaut worden sind. Die Schwierigkeiten sind vorhanden. Die Achslast: Die Ghega-Bahn ist ausgelastet für eine Achslast von sechs Tonnen, wir fahren mit 21 Tonnen drüber. Wie lange, frage ich nur. Das nächste wird nämlich sein, der Herr Kollege Dr. Prober steht dann da und sagt, da ist ein Zug hinuntergestürzt! *(Abg. Dr. Prober: Da stimmt ja so alles nicht, Kollege Kautz!)* Bitte informiere Dich einmal, das stimmt sehr wohl! Du willst das nur nicht wahrhaben. Das ist der Unterschied zwischen Stimmen und Wahrhaben. Und die Frage, daß wir die Ghega-Bahn nicht brauchen, die ist ja schon lange geklärt, dazu haben wir keinen Prober gebraucht. Die Sozialdemokraten haben das noch unter Bundeskanzler Dr. Vranitzky abgesichert, daß die Ghega-Bahn bestehen bleibt, daß hier Regionalzüge verkehren und daß dann - und ich hoffe, daß das Land Niederösterreich auch irgendwann ein Fremdenverkehrskonzept machen kann - man mit Dampfloks und mit Aussichtswaggonen über den Semmering reisen kann, damit man die Ghega-Bahn anständig genießen kann und sie nicht ruiniert. Weil jeder Umbau, jeder Stein, der bei der Ghega-Bahn geändert wird, bedeutet das Ende der Ghega-Bahn. Denn dann ist sie kaputt. Und die ÖVP will das anscheinend!

Und nun, liebe Freunde, noch zwei Sätze zur Privatfinanzierung: Die Österreichische Volkspartei dürfte einen guten Demagogie-Lehrer haben, denn sie sagt immer wieder "entweder - oder". Wir sagen "sowohl - als auch". Denn es gibt keine Baufirma, ob die Porr, StuAG oder Illbau heißt, die 700.000,- Schilling in die Hand nimmt, nur um die Anbotsunterlagen zu kaufen, nur zum Theater. Theaterspielen tun vielleicht andere, der Herr

Prober und Co., aber diese Firmen kaufen um 700.000,- Schilling die Anbotsunterlagen. *(Abg. Dr. Prober: Die Basis der Sozialdemokraten in den letzten Jahrzehnten war immer, alles auf Kosten der Steuerzahler haben zu wollen! Und das geht nicht!)* Fangen wir an beim Auflösen des Regionalmanagements Süd, dann ersparen wir uns viel Geld!

Aber noch einmal gesagt: 700.000,- Schilling nur für die Anbotsunterlagen. Die Firma Porr ist sicher nur bereit, das Geld für den Semmering-Basistunnel auszugeben und nicht für den Nahverkehr. Wir als Sozialdemokraten verlangen auch den Ausbau des Nahverkehrs. Und da sind andere gefordert. Der Steuerzahler, das Land Niederösterreich. Ausbau des Nahverkehrs, aber "auch", nicht "nur". *(Beifall bei Abg. der SPÖ.)*

Und ich weiß schon, die ganze Angelegenheit Semmering-Basistunnel tut auch von der Arbeitsplatzsituation her weh. Ich habe nie gesagt, daß es hunderte Arbeitsplätze sind. Aber - und Du bist ja angeblich so gut im Studieren - wenn Du liest, was bei einem Investitionsvolumen von 7,5 Milliarden Schilling hier an "Abfallprodukten", unter Anführungszeichen gesetzt jetzt, in die gesamte Wirtschaft geht, angefangen von Deinen Mostwirthäusern bis hin zur Nächtigung. Hier leben alle mit. Doch das willst ja Du nicht zur Kenntnis nehmen.

Wenn die EU-Konzepte wirklich zum Tragen kommen, daß der Verkehr von Berlin über Prag, Budapest in das ehemalige Jugoslawien geht, an Österreich vorbei, dann ist der Wirtschaftsstandort Österreich kaputt. Und das kann sich dann die Österreichische Volkspartei auf ihre Fahnen heften. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Preisler zu Wort.

Abg. PREISLER (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Eine kurze Replik zu meinen Vorrednern. Ich beginne beim Herrn Kollegen Dr. Prober. Er hat gesagt, die ÖVP wäre immer schon dagegen gewesen. Ich sage Ihnen, seit wann. Und zwar genau. Genau seit April 1993. In einer Pressekonferenz des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll, damals noch seines Zeichens Landeshauptmannstellvertreter. Ich war gerade unterwegs auf Wahlwerbung, das war in der Wahlzeit in Ihrem Gebiet, hat Dr. Pröll dezidiert gesagt, daß er eine Prioritätenreihung vornimmt. Er hat sich nicht auf ein-

mal abgesetzt, sondern er hat sich etappenweise abgesetzt. Und hat gesagt, wir werden einmal die Prioritätenreihung überprüfen und dann wird man weiter sehen. Es gibt wichtigere Dinge. Das war vollkommen richtig, aber so war es. Bitte, bleiben wir schön bei der Wahrheit, Herr Dr. Prober. *(Abg. Dr. Prober: Ganz im Gegenteil! Der Herr Landeshauptmann war der, der sich nie abgesetzt hat!)* Sie können, wenn Sie wollen, über die APA die Kassetten anfordern. Ich habe mir an den Kopf gegriffen. Ich habe mir gedacht, das kann ja nicht wahr sein. Aber das haben wir alles schon erlebt, solche Dinge gibt es. Bei der SPÖ hat es ja auch einmal so etwas gegeben, Landeshauptstadt, haben sie gesagt, nie, kommt überhaupt nicht in Frage. Und auf einmal hieß es, unsere Industrie, unsere Landschaft soll blühen und der blühende Baum war da. Umgefallen - weg waren sie, aus! Die Landeshauptstadt ist gekommen. Das nur zur Erinnerung. St. Pölten, das war genau derselbe Fall. Die blühenden Bäume stehen heute noch, zur Erinnerung. Also das hat es gegeben. Bitte, bleibt bei der Wahrheit. Es ist ja keine Schande. Man kann sich irren, man kann gescheitert werden, aber was soll das Ganze? *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Vielleicht noch eine kurze Replik - Herr Kollege Uhl, ich unterhalte mich dann nachher mit Dir - eine kurze Replik, weil auch Dr. Haider angesprochen worden ist. Vollkommen richtig und wir stehen dazu: Haider hat gesagt, er war ursprünglich dafür, hat aber dann eingesehen und hat zum Unterschied von den beiden anderen Parteien im Parlament auch anders agiert. Er hat sich bekannt dazu und hat gesagt, daß dem nicht so ist. Er hat sich belehren lassen. Das ist nichts Böses. Das zu dem.

Und jetzt, Kollege Eichinger, ist auch schon da. Vielleicht eine Anmerkung noch zum Kollegen Dkfm. Rambossek. Zur Wahrheitsfindung, wie das zustande gekommen ist, zur Erinnerung: Herr Kollege Eichinger! Es war so, daß die F Biedermanssdorf einen Antrag im Gemeinderat gestellt hat, ein Radargerät aufzustellen. Und zwar in einer Straße, wo der Kindergarten in der Nähe ist und ein Radweg kreuzt. Das heißt, an einer äußerst gefährdeten Stelle. Man möge ein Radargerät aufstellen für die Sicherheit der Kinder. Das ist ja nichts Verwerfliches. Es war aber so, daß von der Gemeinde, eben, weil es halt so ist, weil Freiheitliche den Antrag stellen und man nicht selber auf die Idee gekommen ist, man das halt verzögert hat. Bis man dann zu einem Kompromiß gekommen ist und gesagt hat, wir stellen eines auf. Aber nicht dort, wo es gefordert wurde und wo es vielleicht noch notwendiger gewesen wäre,

sondern an einer anderen Stelle. Damit die Gemeinde lukrieren kann. Ist auch nichts Böses. Nur, da wiederum darf ich dazu sagen, wurde auch von freiheitlicher Seite in der Gemeinde ein Antrag gestellt, wenn das schon so gelungen ist, dann möge man beim Land vorsprechen, um zumindest einen Teil der Kosten für die Gemeinde, die es ja auch bitter notwendig braucht, von diesen Geldern, Strafgeldern wiederum zurückzuhalten. Das zu Ihrem. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Da würde ich Dich bitten, Dich vorher zu erkundigen. So wie Du das sagst, stimmt es nicht!)* So wurde es mir gesagt und ich glaube, daß es authentisch ist.

Damit komme ich jetzt zu meinem eigentlichen Thema in der Gruppe 6. Meine Damen und Herren! Ich bin ebenfalls ein Mödlinger, also ein Mandatar aus dem Bezirk Mödling, wie der Kollege Ing. Eichinger. Und ich darf jetzt für uns vielleicht ein bißchen skizzieren, obwohl es ohnehin allgemein bekannt ist, daß der Bezirk Mödling einer der, wenn nicht überhaupt der dichtestbesiedelte Bezirk des Landes Niederösterreich ist. Er ist das größte Ballungsgebiet auch in bezug auf Industrie und Gewerbe, natürlich auch im Wohnbau, was ja positiv ist. Der Bezirk Mödling hat aber zusätzlich die größte Pendlerbewegung nach Wien, und ich glaube, daß schon fast mehr oder eine gleichhohe Anzahl von Wien auspendelt jetzt in das Industriezentrum Niederösterreich Süd. Und dadurch bestehen bei uns natürlich die größten Verkehrsprobleme. Das heißt, es ist so, daß an der A 2, an der B 17, B 16, um nur die frequentiertesten Straßen aufzuzählen, tagtäglich ein Stau ist. Nicht nur durch die geschickte Sanierungsphase, die eigenartigerweise immer in der Hochsaison des Fremdenverkehrs, im Sommer gemacht wird. Das ist eigenartig, da haben wir auch eine besondere Gabe dafür. Ansonsten man vielleicht ein bißchen ausweichen könnte. Das wäre eine Möglichkeit und wir Freiheitlichen, kann ich mich erinnern, haben noch im alten Haus diesbezüglich schon unter Sepp Hintermayer einen Antrag eingebracht. *(Abg. Uhl: Also wenn ich das mache, Herr Kollege, wenn 14.000 Pendler fahren, dann ist das Dummheit!)* Herr Kollege Uhl, wir unterhalten uns nachher dann.

Aber so ist es. Es hat hier jahrzehntelange Versäumnisse gegeben. Und hier trägt nicht nur das Land und der Bund Schuld, sondern auch die Gemeinden. Und zwar wurde - ich rede jetzt von meiner eigenen Gemeinde - auf "Teufel komm 'raus" gebaut, verbaut, umgewidmet, Flächenwidmungsänderungen vorgenommen, und die Infrastruktur wurde am wenigsten, oder ich möchte jetzt fast sagen, in keinster Weise berücksichtigt.

Und diese jahrzehntelangen Fehler rächen sich jetzt fürchterlich. Jetzt ist es natürlich so, daß jetzt, ich meine, es hat keinen Sinn, wenn wir jetzt den Jahrzehnten - das Umdenken ist später gekommen - nachweinen. Wir müssen Prioritäten setzen und wir müssen etwas machen. Und auch hier. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ihr bitte! Wir sind ja nicht in der Regierung. Wir sind weder in der Landesregierung, noch in der Bundesregierung. Jeder wußte, und ich höre seit, meine Damen und Herren, seit ich hier in diesem Landtag bin, immer wiederum, es soll, es muß etwas getan werden. Ihr beide seid ja, Ihr hättet die Möglichkeit, etwas zu machen. Nur leider Gottes, es geschieht nichts.

Das heißt, wir haben, Herr Kollege Eichinger, wir haben. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Wir haben schon etwas gemacht. Aber mit ordentlichen Geräten, nicht mit Attrappen so wie Ihr.)* Na das macht nichts. Das bekommen wir auch hin. Das ist kein Problem. Das wird uns die Gendarmerie borgen und dann werden wir eines hinstellen.

Jetzt ist es aber so, Herr Kollege Eichinger: Es ist richtig, daß wir seit Jahren hier im Landtag ein Verkehrskonzept, das ja jetzt mittlerweile auch längst geschehen ist. Das wir aber auch gefordert haben. Nicht nur der Pepi Wagner, eine Hochschwebebahn von Mödling nach Wien. Vielleicht ist das in Japan realisierbar, in Österreich noch nicht. Aber wir haben zumindest gefordert eine U-Bahn-Verlängerung zumindest bis nach Mödling. Und es wäre sicherlich auch denkbar und verständlich, daß man weit darüber hinaus so etwas ähnliches machen könnte. Meine Damen und Herren! Wir wissen schon, daß das alles Geld kostet. Wir haben aber gehört, daß diese Röhre am Semmering, der Basistunnel, wo wir jetzt schon jahrelang oder zwei Jahre durch den Probestollen hineinschauen, daß uns das Milliardenbeträge kostet. Die Sinnhaftigkeit dieser Verbindung nach Innerösterreich, in die Steiermark möge man beiseite stellen. Nur sage ich, hier bringt man Gelder auf, man hat auch die Landeshauptstadt frei finanziert. Zahlt ja auch nicht der Steuerzahler. Warum beginnen wir nicht wirklich einmal in diesem Ballungsgebiet, im Ballungsgebiet im Raum Mödling - und das geht ja weit darüber hinaus, der Herr Kollege Gebert hat zu Recht vom Ballungsgebiet rund um Wien gesprochen. Bitte, ich kenne keine einzige Bundeshauptstadt, ich kenne aber auch keine einzige deutsche Großstadt, weder München, noch Berlin, Frankfurt etc., wo es so unsinnige Verkehrsverhältnisse gibt wie in Österreich. Wenn Sie heute nach Purkersdorf oder nach Klosterneuburg wollen, müssen Sie sich einfädeln, fahren rund um Wien, und

können nur irgendwo dann durch ein Loch hinaus. Das sind Versäumnisse von Jahrzehnten, wo die Bundesregierung, die Gemeinden, die Gemeinde Wien und auch das Land... *(Abg. Uhl: Wenn eine Großstadt neu aufgebaut wurde, kann man das planen, wenn eine Stadt althergebracht ist, wird das nicht gehen!)*

Und jetzt sage ich das Gegenteil! Wieso kann es eine neue Stadt, ich verweise hier auf Budapest, ich weiß nicht, ob Du schon in Budapest warst jetzt in den letzten zwei Jahren. *(Abg. Uhl: Nein, ich kaufe österreichisch!)* Dann biete ich Dir das als Superbeispiel an. Schau einmal, was diese neu entwickelten Städte bereits gemacht haben. Die planen nämlich wirklich sinnhaft. Und ich behaupte nicht, ich behaupte nicht, daß die Ungarn oder die Tschechen, auch Prag ist ein ähnliches Beispiel, mehr Geld dafür haben. *(Abg. Uhl: Man muß aber auch das System sehen! Ich lebe lieber in einem freien System als in einem totalitären Staat wo alles möglich ist!)* Wer redet denn von totalitär? Die bauen das jetzt. Siehst Du, Herr Kollege Uhl, Du hast nicht aufgepaßt. Die haben das nicht vorher gebaut, die bauen jetzt erst, seit 1990 haben sie dieses System aufgebaut. Das beweist, daß Du falsch beraten bist. Spielt aber keine Rolle.

Meine Damen und Herren! Um diese prekäre Verkehrssituation zumindest zu einem Teil zu entlasten, fordern wir - und da, glaube ich, sind wir ja einer Meinung - gemeinsam, um jetzt das unumgänglich Notwendigste zu machen, einen weiteren Ausbau, eine Verkürzung der Intervalle auf der Badner Bahn, die ja heute vom Kollegen Ing. Eichinger wiederholt angesprochen wurde. Und ich freue mich, daß beide, beide Parteien, sowohl der Herr Klubobmann Dr. Bauer ja schon in der Budgetvorschau, im Ausschuß, gesagt haben, daß es dringend notwendig ist, hier eine Infrastruktur, eine Intervallverdichtung der Lokalbahn Wien-Baden vorzunehmen. Ich bringe daher hier einen Resolutionsantrag ein *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Preiszler, Muzik und Ing. Eichinger zur Gruppe 6 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Intervallverdichtung der Lokalbahn Wien-Baden.

Um eine möglichst umweltschonende verkehrstechnische Erschließung der südlichen Ballungsräume Wiens zu erzielen und eine langfristige Aufrechterhaltung und Verbesserung eines leistungsfähigen schienengebundenen Personenverkehrs sicherzustellen, erscheint es not-

wendig, die Intervalle der Lokalbahn von Wien nach Baden wesentlich zu verkürzen. Diese vor allem für die Pendler erforderliche Maßnahme soll die Umsetzung der verkehrspolitischen Zielsetzungen des Landes Niederösterreich, die in den jeweiligen Landesverkehrskonzepten niedergelegt sind, erreichen helfen. So beschloß die NÖ Landesregierung in ihrer Sitzung am 27. Mai 1997 ein Übereinkommen über die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Verkehrsdiensten in Form einer Intervallverdichtung der Wiener Lokalbahnen. Im Niederösterreichischen Landesverkehrskonzept 1991 wurde bereits die Einrichtung eines 7,5 Minutentaktes auf der Badner Bahn zwischen Wien und Wr. Neudorf mit Prioritätsstufe 1 vorgesehen. Um diese Intervallverdichtung möglich zu machen, wird sich auch die NÖVOG zur Verbesserung der Infrastruktur finanziell mit insgesamt ATS 37,5 Millionen (verteilt auf 5 Jahrestanchen) beteiligen. So wichtig die Verbesserungen der technischen Einrichtungen auch sind, muß andererseits sichergestellt werden, daß keine weitere Störung des Straßenverkehrs eintritt - was wahrscheinlich nur durch einen kreuzungsfreien Verkehr bei den besonders neuralgischen Punkten (Ketzer gasse, Altmannsdorferstraße) erreichbar ist. Nun gilt es, diese vor allem für die Pendler verkehrspolitisch sinnvollen Maßnahmen so schnell wie möglich zu realisieren.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Bereich und durch weitere Verhandlungen mit dem Bund und der Stadt Wien Maßnahmen zu setzen, um die Einführung einer Intervallverdichtung (7,5 Minutenverkehr) ohne weitere Beeinträchtigung des Straßenverkehrs ehe baldigst zu gewährleisten."

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir hier - und jetzt appelliere ich wirklich an die Verantwortlichen des Landes, vor allem an den Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll als den dafür zuständigen Ressortchef - daß dieser Antrag, dieser gemeinsame Antrag jetzt nicht wiederum irgendwo liegenbleibt. Sondern daß hier wirklich, und ich hoffe, daß in einem Jahr zumindest eine Planung bzw. konkrete Maßnahmen erfolgen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Aber noch ein wesentliches und noch schwierigeres Problem, vor allem ein äußerst gefährliches Problem bietet sich in unserem Bereich, vor allem auch wiederum im

Bezirk Mödling. Sie wissen ja, daß wir hier - ich habe es vorhin erwähnt - ein Ballungsgebiet von Industrie- und Betriebsgebieten haben. Und wir haben einige Firmen in diesem Bereich, vor allem auch in meiner Heimatgemeinde, die so situiert ist, daß ich - und es hat wiederholt Vorfälle gegeben - daß ich gesagt habe, wir sitzen auf einer Bombe. Und diese Bombe, ein großer Betrieb aus Deutschland, wurde so situiert, daß er mitten im Ortszentrum ist. Und ich weiß, wenn es hier brennt - und das war schon des öfteren der Fall - wie wahnsinnig schwierig es für die Einsatzkräfte, vor allem für die Feuerwehrleute, für den Rettungsdienst, und nicht nur das, sondern auch für die Bevölkerung, die ja rundherum in Gartennähe, ja fast in greifbarer Nähe sitzt, ist, diese Explosionen und Brände zu bekämpfen. Und hier wurde, obwohl ich auch hier in diesem Hohen Haus des öfteren auf diese Problematik hingewiesen habe, noch überhaupt nichts getan. Erst unlängst, vor wenigen Tagen, vergangene Woche hat es eine Enquete gegeben vom ÖAMTC, von der Sicherheitsdirektion, dem Landesgendarmeriekommando, Radio Niederösterreich, glaube ich, war auch dabei, um hier Maßnahmen überhaupt einmal zu diskutieren, wie schaut es aus, was können wir machen.

Hier gibt es ein gutes Beispiel dafür, auch wiederum in Deutschland, wo solche Betriebe jüngst, und ich kann es Ihnen hier an Hand eines - (*Abg. Preiszler zeigt Zeitungsausschnitt.*) Kollege Uhl, vielleicht schaust Du jetzt her, das ist interessant, das wirst Du sicher auch nicht kennen, auch wenn Du Budapest schon kennst - hier gibt es einen Versuch in Deutschland, seit über zwei Jahren. Die Firma "Herberts" hat in ihrem Bereich, in ihrem Werk, im Wuppertaler Werk II ein sogenanntes Gefahrgutmobil sich angeschafft, das technisch so ausgerüstet ist - und ich glaube, ich lese Ihnen das jetzt vor: "Anfang Jänner 1996 führte das staatliche Amt für Arbeitsschutz aus Wuppertal im Werk II eine Gefahrgutüberwachung durch. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützte die Beamten mit dem Gefahrgutmobil und der dazugehörenden Besatzung. Das Gefahrgutmobil, das auch oder insbesondere für Überwachungsvorgänge der Polizei an den Autobahnen und Straßen eingesetzt wird, enthält diverse Analysegeräte und Hilfsmittel für eine sofortige Untersuchung von Proben." Weiteres erspare ich Ihnen. Also man hat hier beste Erfahrung gemacht. Das heißt, alle Firmen, Bayer-Leverkusen, Hoechst, Herberts, haben diese Fahrzeuge im eigensten Interesse ihrer Bevölkerung. Und kein Fahrzeug, überhaupt wenn es verdächtig ist, verläßt das Werk, ohne daß hier nicht kontrolliert wird, was geladen wurde. Ob die

Beschreibung bzw. die Begleitscheine, die vom Zoll und von der Gendarmerie bei uns kontrolliert werden, auch die richtigen sind. Weil es wird ja viel hier auch "gemauschelt". Um hier vor allem, und das ist das Wichtigste dabei, bei riesigen Unfällen - und derer hat es ja auch in Österreich schon einige gegeben - sicherzustellen, daß die Feuerwehrleute hier vor allem einmal wissen, mit was für Chemikalien, mit welchem Gefahrgut sie es überhaupt zu tun haben.

Ich habe jüngst in meiner Feuerwehr Wiener Neudorf, die, ich kann es hier sagen, mit Stolz sagen, eine der best-ausgerüstetsten Feuerwehren des Landes Niederösterreich sein dürfte - gezwungenermaßen, weil ja gerade Wr. Neudorf, Vösendorf und die umliegenden Gemeinden, auch Mödling, Guntramsdorf, für solche Einsätze immer wieder in Frage kommen. Und da geht es um das Leben. Da geht es um das Leben dieser hundert freiwilligen Feuerwehrmänner und es geht um das Leben der freiwilligen Helfer vom Roten Kreuz und von anderen Rettungsdiensten, die hier einschreiten müssen. Die nicht warten können, bis erst irgendwo von der Bezirkshauptmannschaft der Beamte - Unfälle passieren halt meistens nicht in der Dienstzeit, das wissen wir - nicht mehr erreichbar ist. Und ich kenne Fälle von der Südautobahn, wo ein arges Versagen von den Behörden gegeben war. Einfach deswegen, weil auf der BH niemand anwesend war. Einfach deswegen, weil der dafür zuständige Beamte nicht ausgebildet war. Einfach deswegen, weil man überhaupt nicht vorbereitet war.

Meine Damen und Herren! Alle diese Dinge kosten relativ wenig. Ich würde Sie bitten, die Herren der Landesregierung, vor allem sehe ich hinten auch den dafür zuständigen höchstrangigen Beamten sitzen, hier bitte jetzt wirklich sich dieser Sache anzunehmen. Und ich biete mich an und ich würde sogar vorschlagen, nicht nur Außenpolitik vom Land Niederösterreich zu machen, sondern sich so etwas einmal in Natura anzuschauen. In Wuppertal, ich kann die Verbindung herstellen. Damit man sieht, wovon wir reden, wie das funktioniert. Und das wäre eine Sinnhaftigkeit, der wir uns dringendst, bitte dringendst annehmen sollten. Und ich hoffe, daß auch dieser gemeinsame Antrag, dieser Resolutionsantrag, den auch der Kollege Ing. Eichinger mitträgt, und ich glaube, auch die sozialdemokratische Fraktion wird sich sicherlich auch nicht verschließen, zumindest hat sie es gesagt, angenommen wird (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Preisler, Ing. Eichinger zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Verstärkte Überprüfung von Gefahrgut.

Schon in der Sitzung des NÖ Landtages vom 25. Juni 1996 wurde zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg.490/N-4, ein diesbezüglicher Antrag eingebracht. Darin wurde die Anschaffung eines Gefahrgutmobil, das nicht nur für die Überwachungsvorgänge der Polizei an den Grenzen, sondern auch an den Autobahnen und Hauptdurchzugsverbindungen eingesetzt werden kann, gefordert, wobei die Schwerpunkte dieser Überwachung die Abfallwirtschaft sowie die radioaktiven Transporte betreffen. Nachdem sich auf diesem Gebiet seit der Antragstellung keine wesentlichen, der Sicherheit der Bevölkerung dienenden Veränderungen ergeben haben und überdies etliche Feuerwehren über die noch immer anstehende Problematik der unzulänglichen Überwachung beklagen, stellen die Gefertigten neuerdings folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung nochmals beim Bund sowie im eigenen Bereich alle Schritte zu unternehmen, daß die Kontrolle der als Gefahrgut deklarierten und - auf Verdacht - der nichtdeklarierten Transporte verstärkt wird, und gemeinsam mit dem Bund eine wirkungsvolle Kontrolleinrichtung (Gefahrgutmobil) eingesetzt wird, um damit die Überprüfung von gefährlichen und umweltschädigenden Gütern durchzuführen."

Meine Damen und Herren! Ich höre es wohl, ich hoffe - mir fehlt nicht der Glaube - daß jetzt in dieser Zeit wirklich etwas geschieht. Und daß wir nicht wiederum warten, bis es Tote geben kann, weil wir das der Bevölkerung schuldig sind. Eine Bitte sei zum Schluß mir noch gewährt. Ich habe auch vor Jahren schon einen Antrag eingebracht auf Überprüfung von schadhafte Fahrzeugen an der Ostgrenze, überhaupt auf den Autobahnen und Landesstraßen. Diese Kontrollbusse, meine Damen und Herren, haben eine Wirkung. Dieser leider Gottes einzige, den das Land besitzt, soll natürlich nicht so, wie es bis jetzt war, nur in der normalen Arbeitszeit, das heißt während der Bürozeiten, eingesetzt werden, von 8.00 Uhr Vormittag bis um 14.00 Uhr oder 16.00 Uhr am Nachmittag. Und danach haben die Mäuse Kirtag. Das kann es nicht sein, denn die wissen das genau in Berg, in der Slowakei drüben, und geben per

Funk, bitte die Nachricht durch. Ich weiß es von den Kontrollorganen, von den Zöllnern, von den Grenzgendarmen, auch habe ich mir vor Ort einmal so eine Kontrolle angeschaut. Das ist etwas, aber das ist viel zu wenig. Die geben per Funk durch und sagen, drüben in Berg steht das Fahrzeug, Vorsicht, fährt über Kittsee oder anderswo. Und um 16.00 Uhr Nachmittag packen sie ein, weil sie keine Überstunden machen dürfen bitte. Meine Damen und Herren! Das ist Sparen am falschen Platz! Ich würde wirklich bitten, wir haben ja oft das Geld, ich sage das jetzt vornehm, nicht so locker oder oft auch locker. Hier wäre es wirklich gut investiert im Interesse der Bevölkerung. Die fahren durch und die wissen genau, das ist wie bei der Kriminalität. Die Deutschen sind uns da immer um Nasenlängen voraus, warum, weiß ich nicht. Wahrscheinlich deswegen, weil wir halt ein bißchen immer nach österreichischer Mentalität denken, es wird schon nichts passieren, wir werden es schon machen. Irgendwer wird es dann machen. Und wenn es wir nicht machen müssen, werden es die anderen machen. So ungefähr ist es auch beim Grenzschutz. Vielleicht warten wir noch, es kommen ohnehin die Slowaken und die Tschechen auch dazu, dann sollen es die machen. Wahrscheinlich wird es da auch so sein. Ich hoffe nur, daß dem nicht so ist. Und in diesem Sinne danke ich fürs Zuhören und für die Unterstützung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Unter dem Motto "solid und solidarisch" wurde der Voranschlag erstellt. Und es hat uns nicht nur in der Einbegleitungsrede der Finanzreferent darauf hingewiesen, was die Worte "solid und solidarisch" bedeuten. Auch der Klubobmann hat sich sehr bemüht und einige Redner der ÖVP ebenfalls. Und jetzt, spätestens in dieser Stunde sind wir draufgekommen, daß sie das alles, was Sie unter "solid und solidarisch" gemeint haben, nicht ganz verstanden haben oder nicht ganz verwirklichen wollen.

Ich darf einige Beispiele dazu nennen. Wir als Sozialdemokraten haben uns sehr darüber gefreut, daß Sie das Wort solidarisch so oft in den Mund genommen haben. Doch als jetzt der Kollege Dr. Prober am Rednerpult gestanden ist und über den Semmering-Basistunnel losgezogen ist, da war es uns klar, daß "solid und solidarisch" nicht zutrifft. Ich darf ein paar Beispiele dazu sa-

gen. *(Abg. Dr. Bauer: Er war gar nicht solidarisch mit LH Klasnic, obwohl die auch der ÖVP angehört!)* Ja, das möchte ich sagen, Herr Klubobmann.

Meine Damen und Herren! Wir alle, die in der Politik tätig sind, haben sehr wenig Zeit zum Fernsehen. Aber einmal war ich bei den zweiten Abendnachrichten zu Hause, und da habe ich die Kollegin Klasnic von Euch gesehen, wie über den Semmering-Basistunnel berichtet worden ist und wie sie, mit einem Helm bewehrt, die 150 Meter mit ihren Parteifreunden hineinmarschiert ist. *(Abg. Dr. Bauer: Die ist sogar Tunnelpatin!)*

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und dann wurde sie gefragt, ja, liebe Frau Landeshauptmann, wie werden sie mit ihrem Freund Dr. Pröll umgehen? Darauf hat sie wortwörtlich gesagt - Sie können sich sicher erinnern: "Man kann sich den Nachbarn nicht aussuchen". Und dann sagen Sie, Herr Prober, daß wir alle dem Unverständnis entgegenbringen.

(Heftige Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Kurzreiter: Mittlerweile ist auch Bürgermeister Häupl zu einer anderen Einstellung gelangt. Frag den Bürgermeister Häupl, wie er das sieht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie an ein anderes Beispiel erinnern, als im vorigen Jahr von der F-Fraktion im Herbst ein Antrag eingebracht worden ist, daß der Semmering-Basistunnel aus dem Landesverkehrskonzept gestrichen werden soll. Damals war es Ihre Fraktion und unsere Fraktion - ich habe mitgestimmt - daß das im Landesverkehrskonzept enthalten bleibt. Das war zum Beispiel solidarisch. Aber gegenüber der Landeshauptfrau und gegenüber Eurem Klub in Kärnten seid Ihr wieder nicht solidarisch gewesen. Und gegenüber Euren Kollegen in der Regierung. Dort wurden einstimmige Beschlüsse gefaßt, daß dieser notwendige Semmering-Basistunnel gebaut wird. Das ist also auch wieder nicht das Verständnis für solidarisch. Ich glaube, wenn man einmal eine Notwendigkeit erkennt - und das ist eine Notwendigkeit, der Semmering-Basistunnel. Unser Abgeordneter Kautz hat ja ausführlich darauf hingewiesen, wie wichtig. Und ich kann mich erinnern an die Budgetdebatte, als unser Abgeordneter Muzik hingewiesen hat auf die Kurvenradien und, und, und, auf die Notwendigkeit im Verkehr. Also bitte, wenn Ihr dann 'rauskommt zusätzlich, dann in der Gruppe 6 und 7 nicht immer von "solidarisch" reden, weil Ihr haltet das nicht ein. Ihr habt es gesehen, Ihr fallt Euren eigenen Parteikollegen in der Steiermark und in Kärnten in den Rücken. *(Beifall bei der SPÖ.)* Nicht reden davon. Wie unser Ernst Höger immer

sagt: Reden und handeln muß eines sein. Und das will ich auch an Eure Adresse weitergeben. *(Beifall bei der SPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich jetzt zum Straßenbau komme in der Gruppe 6. Es wurde schon so viel darauf hingewiesen. Ich darf nur mitteilen, daß es einige wesentliche Bereiche gibt und ich möchte, bevor wir auf den notwendigen Straßenbau eingehen, wirklich die Verkehrssituation einmal ganz kurz darstellen, weil man dann erst die Notwendigkeit sieht, warum man die eine oder andere Überlegung anstellen muß. Wenn man laut Statistik das Verkehrsverhalten in Niederösterreich betrachtet, so muß man feststellen, daß es eine ständige Steigerung der Motorisierung gibt. Auf 1.000 Einwohner kommen derzeit in Niederösterreich 500 Pkw und Kombi. Mit diesen Zahlen liegen wir um 13 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt. Seit 1990 hat der Motorisierungsgrad in Niederösterreich um 20 Prozent zugenommen. Überdurchschnittlich vor allem in den Bezirken Mödling, Tulln, Wr. Neustadt-Land und Hollabrunn. Die Verkehrsprognosen sehen eine weitere Steigerung von mehr als 650 Pkw bei tausend Einwohnern vor und bis zum Jahr 2010 soll es ebenfalls eine beachtliche Steigerung geben.

Noch deutlicher zeigt sich diese Entwicklung bei der Betrachtung der Verkehrsleistung. In Niederösterreich werden derzeit etwa 41 Millionen Personenkilometer pro Werktag erbracht. Davon etwa 45 Prozent durch den öffentlichen Verkehr und 55 Prozent durch den motorisierten Individualverkehr. Seit 1990 nahm die Verkehrsleistung um acht Prozent zu.

Laut Prognosen gibt es bis zum Jahr 2010 eine Steigerung des Güterverkehrs um 26 Prozent von 94 auf 118 Millionen Tonnen pro Jahr. Auf der Straße wird der Güterverkehr von 66 Millionen Tonnen auf 83 Millionen Tonnen wachsen und auf der Schiene von 28 Millionen Tonnen auf 33 Millionen Tonnen ansteigen. Auf Grund dieser unerfreulichen Entwicklung im Straßenverkehr müssen alle Anstrengungen unternommen und Überlegungen angestellt werden, daß zumindest im grenzüberschreitenden Verkehr der Schienenverkehr bevorzugt angestrebt wird.

Auf Grund dieser Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurden im Straßenbau in der Gruppe 6 im Voranschlag 1998 ein insgesamt Betrag von 2.190.000.000,- vorgesehen. Davon entfallen auf Bundesstraßen 591.314.000,-, auf Landesstraßen 1.582.000.000,- und auf Gemeindestraßen

13,5 Millionen. Wenn man diese Voranschlagssummen mit jenen aus 1997 vergleicht, so ergibt sich eine geringfügige Kürzung. Wir müssen aber sagen, daß es sicherlich eine verantwortungsvolle Budgetierung ist, daß wir auch zukünftig die Maastricht-Kriterien im EU-Bereich einhalten.

Nach dieser kurzen Einleitung mit der Darstellung des Ist-Zustandes sowie der aufgezeigten Prognosen bis zum Jahr 2010 möchte ich stellvertretend einige notwendige straßenbauliche Maßnahmen darstellen. Um das starke Verkehrsaufkommen auf der B 20 ab St. Pölten in das obere Traisental in der Zukunft bewältigen zu können, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, den geplanten Fortsetzungsbau der S 33 bis in das Industriegebiet nördlich von Wilhelmsburg zu führen und dann eine kreuzungsfreie Straßenverbindung herzustellen.

Zusätzlich müßte eine Westumfahrung von Wilhelmsburg angestrebt werden, die dann wieder vor Marktl in die B 20 eingebunden wird. Nach dem Entwurf des Landesverkehrskonzeptes, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre dieser notwendige Fortsetzungsbau der S 33 in der Prioritätenliste unter Stufe 2 eingereiht. Ich möchte von hier aus, meine Damen und Herren, die Forderung stellen, daß wir eine Prioritätenstufe 1a wählen und dieses Vorhaben vorreihen müßten auf Grund der Dringlichkeit in diesem Bereich.

Durch die Fertigstellung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt St. Pölten sowie durch den vierspurigen Ausbau der Stockerauer Schnellstraße und in der Folge meine sehr verehrten Damen und Herren, den vierspurigen Ausbau der B 3 bis Krems kommt der S 33 eine besondere Bedeutung zu. Um das zu erwartende Verkehrsaufkommen in diesem Bereich zu bewältigen, besteht die unbedingte Notwendigkeit, den Vollausbau der S 33 von St. Pölten Nord bis Traismauer Nord so schnell als möglich zu verwirklichen.

Durch den großen Lkw-Verkehr, meine sehr verehrten Damen und Herren - ich habe im Vorjahr in Erinnerung gebracht, nach einem Verkehrskonzept von Professor Knoflacher haben wir im Bereich von Herzogenburg mit 280 Lkw im Durchschnitt pro Tag zu rechnen - ist im Landesverkehrskonzept vorgesehen eine Abfahrt Herzogenburg-Mitte von der S 33 für das Industrieviertel Herzogenburg-Ost. Und wenn wir diese Forderung durchbringen, dann bestünde die sicherlich günstige Situation, daß die generelle

Umfahrung von Herzogenburg für den Lkw-Verkehr gewährleistet wäre.

Nicht vergessen dürfen wir in diesem Bereich der S 33 die im Landesverkehrskonzept aufgenommenen Lärmschutzwände im Bereich von Traismauer-Wagram und im Bereich Herzogenburg. Die Fertigstellung in diesem Bereich wäre unbedingt notwendig und böte damit eine große Erleichterung. Und ich hätte bei dieser Gelegenheit anzumerken, was ebenfalls im Landesverkehrskonzept enthalten ist, aber nicht in der Prioritätenstufe, die uns wir vorstellen könnten: Der notwendige Bau einer zusätzlichen Donaubrücke im Bereich von Traismauer-Wagram und nördlich gegenüber von Grunddorf. Es wäre dadurch, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Situation gegeben, daß alle Bewohner des Wiener Umlandes und auch das gesamte Weinviertel auf der Nordseite sehr schnell über die Stockerauer Schnellstraße, über die vierspurige B 3 zur neuen Donaubrücke und dann auf die S 33 bis zur Landeshauptstadt und bis zur A 1 gelangen könnten. Und es wäre die größte Entlastung für die A 1, die sowieso ein sehr großes Verkehrsaufkommen hat. Natürlich im umgekehrten Fall dann genauso. Also unsere Bitte wäre eine Vorreihung des Vollausbau der S 33 und Errichtung der Donaubrücke bei Traismauer-Wagram und Grunddorf.

Zusätzlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre eines unbedingt notwendig: Durch die neue Donaubrücke und die Nordumfahrung von Tulln hat sich ergeben, daß bei großen Veranstaltungen im Bereich der Stadt Tulln, insbesondere bei Messen es zu einem beachtlichen Verkehrsstau kommt. Und daher wäre es sicherlich notwendig, daß auch eine Südumfahrung von Tulln wie geplant, meine Damen und Herren, kurzfristig verwirklicht werden kann.

Zusätzlich müßten wegen des steigenden Verkehrsaufkommens Vorhaben auch die Priorität 1a aufweisen und sehr schnell realisiert werden. Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur stellvertretend einige der wichtigsten Vorhaben zu erwähnen: Der dreispurige Ausbau der A 1 zwischen Altengbach und St. Pölten müßte vordringlich weitergeführt werden, aber genauso der dreispurige Ausbau von St. Pölten bis zur Landesgrenze mit Oberösterreich. Der vierte Fahrstreifen zwischen Inzersdorf und Vösendorf beim Knoten A 2 - A 21, Richtungsfahrbahn Wien. Der Baubeginn der Umfahrung von Leopoldsdorf auf der B 15, der Baubeginn der Nordspange Wr. Neustadt, der dreispurige Ausbau bei St. Pölten-Ost. Meine sehr

verehrten Damen und Herren, Sie wissen alle, wenn Sie über die A 1 kommen und dann abbiegen bis zur Abfahrt St. Pölten Ost der S 33, daß hier die zweispurige Fahrbahn auf eine dreispurige Fahrbahn unbedingt ausgebaut werden müßte.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Schließlich darf ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Resolutionsantrag einbringen und möchte den ganz kurz begründen. Es geht um die Rückreihung der Ortsumfahrung von Sollenau. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im ersten Landesverkehrskonzept war das enthalten mit Prioritätsstufe 1. Und im neuen Landesverkehrskonzept, im Entwurf, ist es mit der Prioritätsstufe 2 enthalten. Daher darf ich bitte, meine Damen und Herren, einen gemeinsamen Resolutionsantrag der Abgeordneten Rupp und Haberler einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rupp und Haberler zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend B 17 - Ortsumfahrung Sollenau.

Im Entwurf des NÖ Landesverkehrskonzeptes wurde die Einstufung der Ortsumfahrung Sollenau - B 17 von der Prioritätsstufe 1 in die Prioritätsstufe 2 zurückgereiht und steht mit dieser Maßnahme fest, daß deshalb mit einem Baubeginn in frühestens drei bis fünf Jahren zu rechnen ist. Diese Rückreihung ist für die Bevölkerung von Sollenau unzumutbar und wurde bereits in der Stammverordnung über ein regionales Raumordnungsprogramm für die Planungsregion Wiener Neustadt - Neunkirchen aus dem Jahre 1982 die Ortsumfahrung als kurzfristiges Projekt angesehen. Trotz Aufnahme dieser zwingend notwendigen Maßnahme in den Forderungskatalog an das NÖ Landesverkehrskonzept wurde in der neuerlichen Stellungnahme bzw. überarbeiteten Beurteilung die Priorität der Ortsumfahrung B 17 - Sollenau abermals nicht berücksichtigt.

Die Lärmbelästigung auf der B 17 im Bereich Sollenau entspricht etwa dem dreifachen der Richtwerte und ist dies für die unmittelbar Betroffenen eine übergroße Belastung und muß daher Abhilfe geschaffen werden. Das Verkehrsaufkommen auf der B 17 im Ortsbereich von Sollenau entspricht dem auf der Inntalautobahn, nur mit dem Unterschied, daß der gesamte

Verkehr mitten durch die 5.000 Bewohner zählende Marktgemeinde führt und im Kernbereich, zwischen Gemeindeamt, Kirche und Schule die Häuserfronten lediglich 11 Meter voneinander entfernt sind. Es ist außerdem noch evident, daß die in den Anrainergemeinden existierenden Schottergruben das normale Lkw-Aufkommen noch deutlich verstärken.

Aus all diesen Gründen ist daher die Rückreihung der Ortsumfahrung der B 17 im Bereich Sollenau von der Prioritätsstufe 1 in die Prioritätsstufe 2 für die betroffene Bevölkerung inakzeptabel und stellen daher die Gefertigten den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Rückreihung der B 17 - Ortsumfahrung Sollenau zu revidieren und wiederum in die Prioritätsstufe 1 zu reihen und dafür Sorge zu tragen, daß umgehend mit dem Bau der Ortsumfahrung B 17 - Sollenau begonnen wird."

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben.

Bei dieser Gelegenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich auf einen Punkt hinweisen: Ich wurde von einem Personalvertreter eines Kremser Betriebes angesprochen, der mich ersucht hat, der zufällig weiß, daß ich zum Straßenbau Stellung nehmen werde, bei der Budgetdebatte. Er hat mir gesagt, daß in seinem Betrieb große Investitionen getätigt worden sind für die Errichtung von Leitschienen aus Metall. Und nun sagt er, daß aus letzten Gutachten er festgestellt hat, daß zum überwiegenden Teil in den letzten Jahren Mittelschienen verwendet werden aus Betonfertigteilen. Ich möchte hier die Bitte richten an alle Techniker, soweit sie im Hause sind, und an Straßenbauingenieure, nach genauer Überprüfung, ob eine Mittelschiene aus Metall oder ein Fertigteil aus Beton als Begrenzung genommen werden soll. Man soll genau überprüfen, was verkehrstechnisch besser ist. Wenn sich herausstellt, daß beide gleich gut sind, dann würde ich von dieser Stelle aus bitten, daß man auch beide Varianten, Leitschiene und Betonfertigteilwände, gleichermaßen dann in Auftrag gibt. Es soll nicht so sein, daß ein Betrieb dann gefährdet wird, der, ich sage es noch einmal, große Investitionen getätigt, alle Anlagen dafür eingerichtet hat. Es sind über 100 Mitarbeiter beschäftigt in diesem Bereich. Deren Arbeitsplätze wären gefährdet. Sie selber sagen, wenn das andere verkehrstechnisch besser ist, ich wiederhole mich, dann soll das bitte überprüft werden, aber sachlich beurteilt werden,

sodaß vielleicht beide Varianten gleichmäßig zum Zug kommen.

Die erfreuliche Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, durch Neuerrichtung von Kreisverkehrsanlagen können wir alle als Verkehrsteilnehmer miterleben. Es ist erfreulich, daß in Niederösterreich derzeit 26 Kreisverkehrsanlagen in Betrieb sind. Es sind noch mehr geplant. Wenn man dann das Ortsbild betrachtet und wenn die Gestaltung der Mittelinsel dann sehr sauber ausgeführt wird, ist es sicherlich auch für das Ortsbild ein beachtlicher Erfolg. Der Verkehr wird flüssiger, die Schadstoffe werden geringer und daher ist in jeder Richtung statt einer ampelgeregelten Kreuzung, wenn man den Platz hat dazu, vielleicht dem Kreisverkehr der Vorzug zu geben.

Abschließend möchte ich im Straßenbau auf die notwendigen Bauvorhaben, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Landesverkehrskonzept hinweisen. Ich habe mir erlaubt, einige markante Punkte herauszunehmen. Die Bewegung ist ja schon sehr groß, wir verhandeln schon über ein Jahr. Die zuständigen Techniker waren, glaube ich, in allen Landtagsklubs, haben ihre Überlegungen dargestellt. Wir haben das in den Bezirkshauptmannschaften diskutiert. Wir sollten nur so flexibel sein, meine Damen und Herren, daß wir nach Notwendigkeiten, wie ich schon einige Beispiele angeführt habe, auch Vorreichungen vornehmen, wenn etwa die Dringlichkeit eine größere wird. Daß man ein derartiges Projekt schneller verwirklichen kann. In diesem Sinne darf ich Ihnen mitteilen, daß der Gruppe 6 im Straßenbau meine Fraktion gerne die Zustimmung gibt. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms.

Abg. Dipl. Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Weg vom Semmering-Tunnel, hin zum Kanal. An der "Kanalfront", zu der offensichtlich keiner meiner Kollegen Stellung genommen hat, ist eine Beruhigung eingetreten.

Das Thema Wasser und Kanal ist ein Thema, das sehr dankbar ist Das uns allen unter die Haut geht. Denn wenn die Gebühren steigen, wenn irgendetwas mit der Wasserversorgungsanlage

oder mit der Kanalanlage nicht in Ordnung ist, dann sind wir verärgert, dann bringt das Anlaß zum Ärger. Und solche wichtigen kommunalen Einrichtungen sind eben sehr bedeutend für uns.

Ich darf hier einiges vom vergangenen, verlaufenden Jahr erzählen. Eine sehr erfreuliche Tendenz im Landesbudget ist es, daß heuer wiederum wie im Jahr 1996 die Mittel ungeschmälert zur Verfügung stehen. Auf den ersten Blick erscheint uns eine Absenkung im Budget gegeben auf diese 152,8 Millionen, welche aber natürlich aus Mitteln der Bedarfszuweisung ausgeglichen und aufgestockt werden. Ausgeglichen und aufgestockt auf jene 454 Millionen Schilling, welche wiederum im Jahr 1998 Milliardeninvestitionen auslösen werden. Das ist deshalb so bedeutend, weil gerade die Kanalbauarbeiten und die Arbeiten bei den Wasserversorgungsanlagen besonders beschäftigungsintensive Aufträge für die NÖ Wirtschaft sind.

Geschätzte Damen und Herren! An der Kanalfont, an der Debattierfront, ich habe es vorher schon erwähnt, ist Ruhe eingekehrt. Einiges hat dazu beigetragen. Der neue Prioritätenkatalog, der durch genaue Angaben der Fristen, der Termine, sehr zur Entkrampfung der Situation beigetragen hat. Es ist immer besser, zu wissen, wenn ich schon einen Schlag bekomme, wann ich ihn bekomme. Dann tut er psychologisch nicht so weh. Es ist so, daß die Gemeinden jetzt sich viel besser einstellen können auf die anrollenden Belastungen für ihre Bürger. Zur Beruhigung hat auch beigetragen eine sachliche Informationskampagne. Wenn ich denke an die Diskussionen vor zwei, drei Jahren in diesem Hause, wo hier mit großen Emotionen über die Wirtschaftlichkeit von Kläranlagen, über die Frage der Kostenoptimierungen diskutiert wurde, muß ich sagen, hier ist eine Verbesserung eingetreten. Viele falsch angesetzte Vorurteile und Mißverständnisse sind ausgeräumt worden. Obwohl gesagt werden muß, daß diese Diskussion sehr wohl zu einer Bewußtseinsbildung beigetragen hat, zu einer Kostenkultur. Ich muß aber dazu bemerken, daß das nicht nur eine Einbahnstraße sein darf. Daß auch jene Phantasten endlich einsehen sollen, daß es unter gewissen Umständen einfach nicht möglich ist, zum Beispiel Pflanzkläranlagen oder andere Versuche für ungeeignete Standorte einzurichten. Hier vor allem ein Dankeschön an die Fachabteilung, ein Dankeschön an alle, die hier mit Vernunft an die Sache herangegangen sind.

Zurück zum Geschehen dieses Jahres: Das jahrelange Trommeln "Richtwerte statt Grenzwerte" hat beim Trinkwasser gefruchtet. Im Juni 1996 wurde die Trinkwassernitratverordnung geändert. Der Wert von 30 Milligramm pro Liter scheint nun nicht mehr auf, sondern es bleibt beim Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter. Ich sehe das als großen Erfolg, als großen Erfolg der Vernunft. Für viele Trinkwasserversorgungsanlagen wären diese 30 mg/l Nitrat ein Absacken in den illegalen Bereich gewesen. Die immensen Aufrüstungskosten hätten die Bewohner getroffen, hätten erhöhte Wassergebühren verursacht, und der Schritt von einem gesunden zu gesünderem Trinkwasser wäre sehr, sehr teuer gewesen. Ich habe hier bereits den sehr kühnen Vergleich einmal gebraucht, daß es gefährlicher ist, eine Bundesstraße zu überqueren als täglich Trinkwasser mit 36 Milligramm Nitrat pro Liter zu trinken. Weil die Wahrscheinlichkeit viel größer ist, wenn ich die Bundesstraße überquere, daß ich körperlichen Schaden erleide. Das zeigt die Statistik. Dieser Vergleich könnte vielleicht herangezogen werden, darzustellen, daß es sinnvoller wäre, finanzielle Mittel zuerst im Straßenverkehr zu investieren als Trinkwasserversorgungsanlagen von 50 mg/l auf 30 mg aufzurüsten.

Geschätzte Damen und Herren! Eine für mich vorbildhafte und organisatorisch einmalige Leistung und effiziente Maßnahme ist die Schaffung eines wasserwirtschaftlichen Prioritätenkataloges. In der Folge des flächendeckenden Abwasserentsorgungskonzeptes, welches ebenfalls 1996 vorgestellt wurde, war es die große Errungenschaft schlechthin. 3.137 Katastralgemeinden in Niederösterreich wurden in diesen Katalog einbezogen. Sinn und Zweck ist es, die Reihung vorzunehmen hinsichtlich der dringlichsten Maßnahmen für die Abwasserentsorgung. Grundwasserschutz geht vor Fließgewässerschutz. Erstentsorgung geht vor Restentsorgung. Generell wurde in zehn Prioritätsstufen unterteilt: kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen. Natürlich waren es vordergründig finanzielle Gründe, warum das gemacht wurde. Bei einem vorsichtig geschätzten Finanzmittelbedarf von rund 50 Milliarden und bei weiteren Förderungen in der Größenordnung von jährlichem Bauvolumen von mindestens 2,7 Milliarden ergäbe sich ein Endausbaugrad in etwa 15 bis 20 Jahren. Hier war für den Prioritätenkatalog eine vordringliche Aufgabe, die wichtigsten Gewässerschutzmaßnahmen der Dringlichkeit nach zu reihen.

Im Berichtsjahr 1996 wurde im Bundesland Niederösterreich ein nachgewiesenes Bauvolu-

men nicht von 2,7 Milliarden sondern von 3,4 Milliarden gefördert, wobei rund 500 Millionen an die Förderungsnehmer ausgezahlt wurden. Das ist eine sehr erfreuliche Bilanz. Obwohl im Jahr 1996 die Förderungsanträge so hoch ausgeschüttet werden konnten, mußte zu Jahresende immer noch ein unerledigtes Antragsvolumen von zirka 6 Milliarden festgestellt werden. Aber durch die Prioritätseinstufung kann eine baldige Besserung erwartet werden.

Für mich, geschätzte Damen und Herren, ein wichtiger Aspekt des Prioritätenkataloges für die Errichtung von Abwasserentsorgungsanlagen in Niederösterreich ist die Entspannung der Situation für uns, für die Bürgermeister. Als oberstes Amtsorgan in den Gemeinden sind sie für jeden Mangel der Abwasserentsorgungsanlagen im wasserrechtlichen Sinne verantwortlich. Es ist nunmehr eine klare Vorgabe in der Priorität gegeben: Zuerst den neuen Kanal in der neuen Siedlung zu errichten und dann erst die undichten Kanäle im Ortskern sanieren. Hier ist unser Slogan, "Umweltschutz ist wichtig aber muß machbar sein" auch zum Durchbruch gelangt. Ein Dankeschön aller niederösterreichischen Gemeinden an die Schöpfer dieser Studie, an die Umsetzer dieser Maßnahmen, an die Abteilung und auch an die Führung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds. Ich darf das hier mit Nachdruck vermerken.

Im Rahmen meiner Befassung zu diesem Thema darf ich auch auf eine sehr wichtige Veranstaltung im vergangenen September 1996 hinweisen, eine Veranstaltung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds. In einem Symposium "Kostenoptimierung im Siedlungswasserbau" nahmen eine Anzahl von Experten sowie Landes- und Kommunalpolitiker zu diesem Thema Stellung. Der großartige Zauberer, die große Wunderlösung ist wieder nicht gefunden worden. Es war aber so, daß diese Veranstaltung insofern ein Erfolg war, als ein Bewußtsein geschaffen wurde. Ein Bewußtsein bei allen Beteiligten, die Probleme gemeinsam zu lösen. Und eine große Bereitschaft war hier merkbar, mit großem Idealismus an die Sache zu gehen. Weiters wurde ganz klar aufgezeigt, daß durch eine Anzahl von kleineren wirkungsvollen Maßnahmen sehr effektiv wirtschaftliche Optimierungen vorgenommen werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Durch diese Maßnahmen, aber auch neben einer Anzahl von Neuerungen durch die Novellierung des Wasserrechtsgesetzes vom 30. Dezember 1996 und

11. Juni 1997 wurden ebenfalls Verbesserungen erreicht. Verbesserungen, welche Erleichterungen für die Abwasserentsorgungsanlagen brachten, wie die Möglichkeit einer Typengenehmigung von Kleinanlagen, keine Bewilligungspflicht für Indirekt-Einleiter und vieles andere mehr. Eine Neuerung, die bemerkenswert ist, ist auch die Neuerung der technischen Richtlinien. Erstmals wurden objektive Kriterien für die Feststellung der ökologischen Verträglichkeit festgelegt und die Gleichstellung von ökologischen und ökonomischen Beurteilungskriterien erreicht. Diese Gleichstellung ist ebenfalls das Ergebnis unseres jahrelangen Trommelns für "Umweltschutz muß auch wirtschaftlich und machbar sein". Auch in dieser Richtung ein großer Erfolg.

Geschätzte Damen und Herren! Als letzten Punkt, der zumindest indirekt für viele Abwasserentsorgungsanlagen von großem Einfluß ist, möchte ich in diesem Zusammenhang auch die Novellierung der NÖ Bauordnung bzw. die Neufassung der NÖ Bauordnung, aber auch die Novellierung des NÖ Kanalgesetzes erwähnen. Das ist ein wichtiges Ereignis, das vor einem Jahr stattfand. Die Verbesserung der Situation der Kanalbenutzer kann also nicht nur durch die budgetäre Dotierung, sondern auch durch Änderungen von Randbedingungen, durch Novellierung von Gesetzen, die dazu angetan sind, erfolgen. Zweifellos ist die Deckelung der höchstzumutbaren Kanalbenutzungsgebühren durch den NÖ Wasserwirtschaftsfonds eine große Erleichterung für uns Bürger. Erleichterungen für die Kanalbenutzer werden aber auch zweifelsohne durch die Novelle zum NÖ Kanalgesetz erzielt. Es ist uns somit gelungen, einen jahrelang gehegten Wunsch umzusetzen und wahr werden zu lassen. Es ist uns gelungen, zu erreichen, daß das Regenwasser dort wieder hinkommt, wo es eigentlich hingehört - in den Boden und nicht in den Kanal. Und es ist uns weiters gelungen, daß verschiedene Erleichterungen für verschiedene Bevölkerungsschichten, für die Bauern, für die Wirtschaftstreibenden, für alle Haus- und Wohnungsbesitzer herbeigeführt werden konnten. Es ist ein Erfolg, der auch in diesem Kapitel zu erwähnen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Finanzlandesrat Mag. Edmund Freibauer nennt sein Budget 1998 "solid und solidarisch". Solidarisch mit den

Gemeinden, solidarisch mit den Bürgern. Im Budget 1998, aber auch auf Grund der hervorragenden Arbeit im NÖ Wasserwirtschaftsfonds ist jene Solidarität im Siedlungswasserbau gegeben und garantiert. Das Prinzip, keine Kürzungen im Bereich der Investitionen, im Bereich von arbeitsplatzintensiven Ausgaben, wie es der Kanalbau usw. ist, vorzunehmen, wurde hier wirklich eingehalten. Das Budget 1998, hier im Kapitel der Gruppe 6 ist ein ungeschmälerter Beitrag für die NÖ Wirtschaft. Damit werden in Sachen Umweltschutz die NÖ Wirtschaft, die NÖ Gemeinden und das Land Niederösterreich Partner.

Geschätzte Damen und Herren! Ich darf zum Resolutionsantrag Hrubesch, Sacher, Toms über den vierspurigen Ausbau der B 3 bis Krems noch ergänzen, daß wir dem natürlich zustimmen werden. Die Statutarstadt Krems sollte ebenfalls an das hochrangige Verkehrsnetz, das hier entstehen soll, angeschlossen werden. Und da stimme ich mit dem Kollegen Rupp voll überein, der vierspurige Ausbau der B 3, die Errichtung der Donaubrücke bei Traismauer, der Vollausbau der S 33, sollte erste und allererste Priorität haben, weil an dieses hochrangige Netz eben unsere Statutarstadt, unsere Bezirkshauptstadt Krems voll angeschlossen werden soll. Krems hat nicht nur die Stadt selbst, den Bezirk, Krems hat ein großes Hinterland. Und auch für dieses große Hinterland wäre eine Anbindung sehr, sehr wichtig. Ich ersuche Sie, sehr geehrte Damen und Herren, diesem Resolutionsantrag zuzustimmen. Die Fraktion der NÖ Volkspartei wird natürlich diesem Kapitel des Budgets 1998 die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich darf zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Rupp und Haberler Stellung nehmen. Wer die Situation im Bereich Sollenau-Theresienfeld kennt, der muß mit Blindheit geschlagen sein, wenn er dieser Intention nicht Rechnung trägt. Das heißt, es ist selbstverständlich, daß hier ein unabdingbarer Wunsch und ein verständlicher Wunsch nicht nur der Betroffenen, sondern auch jener, die in diesem Bereich fahren, vorhanden ist, hier die Priorität Nummer 1 zu gewähren.

Auf der anderen Seite müssen wir als Politiker so ehrlich sein und den Betroffenen nicht

etwas vorgaukeln, was realistisch in einer absehbaren Zeit nicht umsetzbar ist. Das heißt - die Kenner der Situation wissen es - es gibt drei Verkehrsstränge dort, die Nordspange, die in der Umsetzungsphase ist, wo es noch zwei bis drei Jahre braucht, um sie realisiert zu wissen, dann die Ostumfahrung. Und der dritte Ast wäre eben diese B 17-Umfahrung. Und jeder Verkehrsexperte sagt, zuerst muß die Nordspange, dann die Ostumfahrung und in der Folge die B 17-Umfahrung gebaut werden, sonst verlagern wir das Problem Sollenau nach Theresienfeld. Das kann es ja auch nicht sein.

Selbstverständlich trete ich dem Resolutionsantrag bei, im Wissen, daß es für uns bedeutet, hier eine Priorität zu definieren. Aber gleichzeitig im Wissen, daß die Umsetzung acht bis zehn Jahre auf jeden Fall dauert. Das muß man sagen. Sonst wären wir unehrlich jenen gegenüber, die Vertrauen hätten, wenn wir heute einen Resolutionsantrag beschließen mit der Umsetzung bzw. in Reihung Priorität 1 und dann noch ein Jahrzehnt vergeht, bis es überhaupt realisiert werden kann. Ich glaube daher, daß man selbstverständlich die Priorität 1 zuerkennen sollte, aber daß man gleichzeitig sagen muß, es dauert noch eine geraume Zeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung liegt nunmehr die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr vor. Ich ersuche den Berichterstatter, zu dieser Gruppe, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil sowie ordentlicher und außerordentlicher Konjunkturausgleichsteil, den entsprechenden Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 2.927.448.000 Schilling und Einnahmen von 599.326.000 Schilling, im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 423.909.000 Schilling und Einnahmen von 11.550.000 Schilling sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 20.000.000 Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Sie haben den Antrag gehört, wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil sowie ordentlicher und außeror-*

dentlicher Konjunkturausgleichsteil in Erfordernis und Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionsanträge. Antrag der Abgeordneten Hrubesch, Marchat, Muzik, Sacher, Dipl.Ing. Toms, rasche Realisierung des vierspürigen Ausbaues der B 3. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Antrag der Abgeordneten Preiszler, Muzik, Ing. Eichinger, Intervallverdichtung der Lokalbahn Wien-Baden. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Resolutionsantrag der Abgeordneten Preiszler, Ing. Eichinger, verstärkte Überprüfung von Gefahrgut. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Resolutionsantrag der Abgeordneten Rupp, Haberler, und dem ist noch der Herr Abgeordnete Mag. Schneeberger, ich nehme an, es besteht kein Einwand, beigetreten, betreffend B 17, Ortsumfahrung Sollenau. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Wir kommen nunmehr zur Gruppe 7. Ich er suche den Berichterstatter, zu dieser Gruppe, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, umfaßt die Gebäungsvorgänge Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft, sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung der Energiewirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs sowie Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 2.096.825.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 64.623.000 Schilling gegenüber stehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 4,35 Prozent. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Sie haben den Bericht gehört. Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kurzreiter.

Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Niederösterreich als größtes und wichtigstes Agrarland der Republik nimmt auch im Budget 1998 seine Verpflichtungen und seine Verantwortung gegenüber der Landwirtschaft wahr. Die im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt vereinbarten Ausgleichszahlungen werden, was den Anteil Niederösterreichs betrifft, mitfinanziert. Wobei Niederösterreich naturgemäß im Bundesländervergleich den Löwenanteil aufzubringen hat. Dazu ein klares Wort: Es ist ein Faktum, daß keine Berufsgruppe vom EU-Beitritt so massiv betroffen war wie die Landwirtschaft. Die erwarteten - die Bauern sagen auch, die befürchteten - Preiseinbußen bei den agrarischen Produkten sind eingetreten in einigen Bereichen. Wenn ich an den Rinder- und Milchsektor denke, sind sie noch ärger als angenommen, wenn auch durch BSE verursacht. Ohne die im sogenannten Europaabkommen festgelegten Ausgleichszahlungen wäre es daher zu derart massiven Einkommenseinbußen gekommen, daß ein großer Teil unserer Betriebe in kürzester Zeit in echte existentielle Schwierigkeiten geraten wäre. Diese Ausgleichszahlungen sind daher in ihrer gesamten Palette, vom Kulturpflanzenausgleich über ÖPUL bis hin zu den Direktzahlungen für benachteiligte Regionen, für uns unverzichtbar, letztlich ja auch Bestandteil sowohl der nationalen wie auch der EU-Agrarpolitik.

Überkompensationen gibt es hier in absolut keinem Bereich. Ganz sicher auch nicht im Getreidebereich, daher sind Forderungen nach Kürzungen, welche zur Zeit fallweise aus Brüssel kommen, keineswegs akzeptabel und wurden auch von allen Landwirtschaftsministern, oder fast allen, ausnahmslos mit der einen Ausnahme auch abgelehnt.

Sehr wohl relevant für die österreichischen Bauern ist der Umstand, daß sich die sogenannten degressiven Zahlungen jährlich verringern, heuer, 1997, noch 40 Prozent von ursprünglich 100 betragen, 1998 nur noch zu 15 Prozent zur Auszahlung kommen. Anschließend gibt es sie dann nicht mehr.

Nach dem sehr positiven Einkommensbericht des Jahres 1995 hat es schon 1996 wieder deutliche Einbußen gegeben, nämlich ein Minus von 10 Prozent im Durchschnitt. Leider haben sich die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel und somit auch alle Investitionskosten für die Bauern nicht reduziert. Die Preisschere hat sich also weiter zum Nachteil geöffnet. In manchen Bereichen, wenn ich hier an Pflanzenschutzmittel oder auch an Landmaschinen denke, haben wir ein deutlich höheres Preisniveau als in anderen EU-Ländern

und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch deutliche Wettbewerbsnachteile. Diese beiden Fakten, nämlich auf der einen Seite deutlich niedrige Preise für Produkte, auf der anderen Seite keine Entlastung bei Betriebsmitteln, bedingen auch massive Einbußen für die Bauern im Bereich der Mehrwertsteuer für pauschalierte Betriebe. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat berechnet, daß die Bauern hier österreichweit im Jahr etwa 1,7 Milliarden Schilling verlieren. Eine Anhebung des landwirtschaftlichen Mehrwertsteuersatzes von derzeit 10 - ich betone das, das ist auch nicht überall bekannt - von derzeit 10 auf mindestens 12 Prozent wäre notwendig. Das ist eine berechnete Forderung der Landwirtschaft an die Bundesregierung, welche bisher am Veto des Finanzministers gescheitert ist. Ich darf daher zu dieser Thematik folgenden Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Kurzreiter und Schütz zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Anhebung des Vorsteuerpauschalsatzes in der Landwirtschaft.

Der Vorsteuerpauschalsatz in der Landwirtschaft ist seit dem Jahr 1984 in der Höhe von 10 % unverändert. Durch den Strukturwandel der letzten Zeit sind einerseits die Produktpreise teilweise massiv gesunken, andererseits wurden zugekaufte Betriebsmittel und Dienstleistungen kaum billiger. Für pauschalierte Betriebe bedeutet dies, daß sie die beim Kauf von Betriebsmitteln bezahlte Mehrwertsteuer von 20 % nicht rückverrechnen können und diese daher zur Gänze kostenwirksam wird. Dies führt zu einer hohen Belastung der pauschalierten Bauern mit der Umsatzsteuer. Nach Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes ist im Jahr 1996 der Mehrwertsteuernachteil auf ÖS 1,75 Mrd. gestiegen.

Maßgeblich dafür sind vor allem höhere Investitionen der österreichischen Bauern und Mindererlöse bei einigen Kulturen. Die Anhebung des Vorsteuerpauschalsatzes von derzeit 10 auf etwa 12 % wäre für einen Ausgleich notwendig.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund, und hier insbesondere beim zuständigen Finanzminister auf die Anhebung des Vorsteuerpauschalsatzes zu drängen."

Nachdem ja auch der Herr Kollege Schütz unlängst - ich habe das im Rundfunk gehört - dieselbe Forderung gestellt hat, wird die SPÖ bei diesem Antrag sicherlich auch mitgehen. Er ist ja auch dem Antrag beigetreten.

Ich glaube auch nicht, daß durch die Anhebung dieses Mehrwertsteuersatzes für das Bundesbudget eine Belastung entstehen muß. Zwischen den sehr niedrigen Produzentenpreisen und den sich meistens nur sehr geringfügig, oft auch gar nicht reduzierten Konsumentenpreisen sind meiner Meinung nach diese zwei Prozent relativ problemlos unterzubringen. Es zeigt sich nämlich manchmal die eigenartige Praxis, daß Preiserhöhungen bei Agrarprodukten - auch das gibt es, wir haben zur Zeit zum Beispiel relativ gute Schweinepreise - sofort an den Konsumenten weitergegeben werden. Bei Preissenkungen, ja selbst bei lang anhaltenden Tiefpreisen, wenn ich hier konkret an den Rindersektor denke, man könnte auch den Speisekartoffelpreis hier heranziehen, spürt der Konsument meist sehr wenig. Die Verbilligung wird oft nicht in notwendigem Umfang weitergegeben. (*Abg. Uhl: Das geht dann in die Werbung für den Landeshauptmann für bißfeste Kartoffel!*) Das hat, Herr Kollege Uhl, mit dem Landeshauptmann sicher nichts zu tun. Ich sage das auch deswegen, weil mir an einer guten Partnerschaft zwischen Bauern und Konsumenten sehr viel liegt. Die Österreicherinnen und Österreicher haben großes Vertrauen zu der heimischen Landwirtschaft und leisten durch ihr großartiges Kaufverhalten, das möchte ich also auch hier ganz besonders betonen, einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft und zur Existenzsicherung unserer bäuerlichen Betriebe. Dieses Verhalten stellt, glaube ich, auch der Qualität der heimischen Produkte ein gutes Zeugnis aus, ist aber auch gleichzeitig für die Bauern eine ständige

Verpflichtung, der Qualitätsproduktion absoluten Vorrang einzuräumen.

Es muß hier sicher erwähnt werden, daß kein EU-Land einen derart hohen Anteil an biologisch-wirtschaftenden Betrieben aufzuweisen hat wie Österreich. In Niederösterreich hat sich zum Beispiel die Zahl der Biobetriebe von 70 an der Zahl im Jahre 1987 auf 2.850 im Jahre 1996 erhöht. Der Herr Kollege Maier hat ja in dankenswerter Weise heute schon darauf hingewiesen. Ich freue mich, daß Du Dir als Waldviertler Mandatar, wie ich glaube, auch echte Sorgen um die Zukunft der Landwirtschaft machst. Ich sehe das so und bewerte das sehr positiv. Ich darf hier allerdings ein Faktum schon auch erwähnen, um die Dinge vielleicht richtigzustellen. Es ist sehr wohl so, daß im Bereich der Speisekartoffel ein guter Markt für Biobauern vorhanden ist. Es ist hier auch möglich, relativ gute Preise zu erzielen. Das ist ja auch notwendig. Ich meine, man muß ja davon ausgehen, daß, wenn man beim Kartoffelanbau - und Sie können mir das glauben, ich kann das beurteilen - auf "bio" umstellt, die Erträge mindestens auf ein Drittel des ursprünglichen Ertrages - nicht um ein Drittel, sondern auf ein Drittel des ursprünglichen Ertrages - fallen. Ich bin also Vertragsbauer der Agrana, die aus Kartoffeln Stärke erzeugt. Diese Stärke geht ja nur zum sehr geringen Umfang in den Lebensmittelbereich, sie wird zum Großteil für den technischen Bereich verwendet. Mit diesem zwar fix zugesagten und im Vertrag stehenden Preis, aber mit einem Ertrag von nur mehr einem Drittel des Möglichen, das man zur Zeit erreichen kann im Kartoffelbau, kann man nicht mehr über die Runden kommen. Diese Sparte wird dann uninteressant. Die wird kein Bauer mehr machen. Und das kann kein Biobauer, umgekehrt gesagt, leisten. *(Abg. Uhl: Eine ehrliche Frage: Wäre das auch sinnvoll, abgesehen von der Wirtschaftlichkeit, wäre es sinnvoll, wenn ich für die Technik etwas herstelle, das biologisch zu erzeugen?)* Die Frage ist an und für sich interessant, Herr Kollege Uhl. Es ist aber sicher so, daß wir damit keine Chance hätten im Wettbewerb mit anderen Ländern. Die Industrie wird ein derart teures Produkt für technische Zwecke einfach nicht kaufen. Das heißt, das Werk Gmünd würde auf dieser Ware ohne Zweifel sitzen bleiben. Ich betone nochmals, für den technischen Bereich. Am Nahrungsmittelsektor schaut das Gottseidank etwas anders aus. Im Klartext möchte ich jetzt sagen: Ein Industriekartoffelanbau ist eigentlich zur Zeit für den Biolandwirt nicht interessant, er würde nicht kostendeckend sein können. Und ich sehe hier auch keine Möglichkeit für das Werk Gmünd, in dieser Sparte derartige Produkte absetzen zu können. *(Abg. Maier: Aber*

auch in herkömmlicher Bewirtschaftung wird für das Werk Gmünd die Kartoffelverarbeitung nicht ausreichen und darum gentechnisch veränderte Pflanzen erforderlich sein, heißt es. Also, wie soll es weitergehen?) Wenn Sie das Thema Gentechnik hier anziehen - ich wollte mich an und für sich nicht damit befassen - dann ist dazu zu sagen, daß man in diesen Bereichen natürlich auch die Wettbewerbssituation berücksichtigen muß. Ich weiß nicht, ob man es sich in Österreich leisten kann, wenn ich auch an den Mais denke, auf Dauer hier immer mit Sorten zu arbeiten, die wesentlich geringere Erträge bringen, man aber auf der anderen Seite, auf der preislichen Seite, dafür keinen Ausgleich gewährt. *(Abg. Marchat: Bitte! Bei dem Produktpreis ist das doch ganz egal! Der Bauernbund ist der Gentechnik auf den Leim gegangen!)*

Herr Kollege Marchat, Du versuchst natürlich diese Frage, die eigentlich vom Fachlichen her beurteilt werden muß, auf die politische Ebene überzuwälzen. Darum geht es bitte nicht! Sondern es geht darum, ob es uns gelingt, in Österreich auch als EU-Mitgliedsland eine gentechnikfreie Zone aufzubauen. Ich glaube, ich bin hier kein Fachmann, aber alle Fachleute sagen, daß das auf Dauer in dieser Form nicht möglich sein wird. Was die absolute Forderung sein muß, ist eine ausgesprochen strenge Kennzeichnung. Letztlich, glaube ich, wird der Konsument hier entscheiden durch sein Kaufverhalten, in welche Richtung das geht. Wenn also nachweislich gentechnisch nicht veränderten Produkten es möglich ist, höhere Preise zu erzielen, so werden die Bauern, die von Haus aus eigentlich überhaupt kein Interesse daran haben, der Gentechnik nicht näherzutreten, das können Sie mir glauben. Aber sie stehen natürlich dort auch unter einem unerhörten Wettbewerbsdruck und das ist ja auch eine Existenzfrage, bitte. Ich glaube, man muß hier EU-weit Regelungen treffen und hier ganz besonders das Interesse und die Wünsche der Konsumenten in den Vordergrund stellen. Vielleicht ist es dann in der EU möglich, daß die Gentechnik nur am Rande eine Rolle spielt, im technischen Bereich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber auch in konventionell wirtschaftenden Betrieben, dazu möchte ich auch einiges sagen, wird das sogenannte ÖPUL, das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, in einem Ausmaß umgesetzt wie in keinem anderen EU-Land. Die Umsetzung dieses Programmes bedeutet für die Bauern mehr Arbeit, höhere Kosten, mehr Risiko und Verzicht auf Ertrag. Der Aufwand, und das muß man hier auch sagen, und ich sage, das ist

absolut positiv, der Aufwand von Handelsdünger und Pflanzenschutzmitteln hat sich auch bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben deutlich um ungefähr 30 Prozent reduziert. Im Budget 1998 des Landes Niederösterreich ist für das ÖPUL-Programm ein Betrag von 547 Millionen Schilling vorgesehen. Durch das Mehrerfordernis im Bereich ÖPUL hatten wir in den beiden vergangenen Jahren einen beachtlichen Druck in diesem Bereich. Dem massiven Einsatz unseres Ministers Molterer ist es zu verdanken, daß von seiten der EU die Mittel für das österreichische ÖPUL-Programm um 2,6 Milliarden erhöht wurden, sodaß die EU hier wieder einen Anteil von 50 Prozent trägt. Ich möchte das ganz besonders erwähnen, hier sind wir wieder auf dem ursprünglichen Finanzierungsschlüssel von 50 Prozent EU, 50 Prozent nationale Gelder. Wenn diese zusätzlichen Gelder von der EU nicht gekommen wären, hätte sich ja das zuungunsten Österreichs und letztlich auch zuungunsten Niederösterreichs verschoben.

Ich möchte noch einige wichtige Budgetansätze im Bereich Landwirtschaft kurz erwähnen. Mit dem Ansatz von 192 Millionen Schilling an Direktzahlungen für Bergbauern und benachteiligte Gebiete wollen wir für besondere Erschwerisse und Nachteile in der Bewirtschaftung einen Ausgleich schaffen. Gerade in diesen Gebieten ist eine Bewirtschaftung auch in Zukunft äußerst wichtig, wenn wir dort eine totale Entvölkerung verhindern wollen. Ein totaler Zusammenbruch der Infrastruktur, eine Verwahrung aller bewirtschafteten Flächen wären die Folgen. Diese Tendenzen zeigen sich leider schon im oberen Waldviertel. Daß es soweit nicht kommen darf, ist, glaube ich, ein nationales Anliegen. Der Ausbau und die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes mit zusammen rund 55 Millionen Schilling im Budgetvoranschlag dotiert, ist ebenfalls unter dem Aspekt Erhaltung der ländlichen Infrastruktur und der Beschäftigung im ländlichen Raum zu sehen. Es gibt hier auch eine beachtliche Mitfinanzierung der Grundeigentümer, das möchte ich nicht unerwähnt lassen, und auch unserer Gemeinden. Nur dadurch ist ein einigermaßen effizienter Ausbau dieses Güterwegeprogrammes aufrecht zu erhalten. Ich weiß nicht, ob in den kommenden Jahren man hier mit diesen doch relativ bescheidenen Budgetansätzen auch auskommen wird.

Eine absolute Notwendigkeit für unsere Bauern besteht darin, sich ständig an den Chancen, den Möglichkeiten und den Wünschen des Marktes zu orientieren, was erfreulicherweise auch in einem hohen Maße passiert. So ist für viele Be-

triebe die Direktvermarktung ihrer Produkte eine Chance, eine deutliche Verbesserung ihrer Einkommenssituation zu erreichen. Die Novelle zur Gewerbeordnung gibt hier neue und dringend notwendige Wirtschafts- und Beschäftigungsimpulse für den ländlichen Raum. Es werden den Bauern neue Einkommensmöglichkeiten im Wege der Direktvermarktung eröffnet. Mit den Neuerungen im Gewerberecht können die Bauern nun gemeinsam mit den Gewerbetreibenden - und es ist sehr erfreulich, daß dieser Konsens nach einigen doch harten Verhandlungsrunden zustande gebracht wurde - der steigenden Nachfrage der Konsumenten nach Bäueriallichkeit, Ursprünglichkeit, Regionalität und Frische der Produkte Rechnung tragen.

Aus Zeitgründen möchte ich mich jetzt nicht mehr auf einzelne Sparten der Landwirtschaft verbreitern. Es wäre sicher noch vieles zu sagen, zum Beispiel zur Forstwirtschaft, nachdem wir nach wie vor in Niederösterreich einen zum Teil alarmierenden Waldzustand haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Nahrungsmittelproduktion und die Pflege und Erhaltung von gepflegter Landschaft ist nach wie vor wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft. Man darf aber auch die Multifunktionalität der Landwirtschaft im ländlichen Raum nicht außer Acht lassen, da diese für die Gesellschaft und die Beschäftigungssituation in diesen ländlichen Gebieten unentbehrlich ist. Das heißt, ohne Bauern wäre zum Teil mit einer Verödung dieser ländlichen Regionen zu rechnen. Arbeitsplatzsicherung gilt letztlich und muß letztlich auch für die Landwirtschaft gelten. Jeder junge Mensch, der sich nicht mehr für die Landwirtschaft entscheidet, wird am Arbeitsmarkt zu einem Mitbewerber, einem Konkurrenten, wenn Sie wollen. Damit verbunden ist leider oft auch die Abwanderung aus seiner Heimat oder ein Pendlerdasein. Weil ja, wie Sie selbst auch wissen, in unseren strukturschwachen Regionen meist keine Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Ich möchte abschließend feststellen, eine Landwirtschaft, die in der Lage ist, notwendige Investitionen durchzuführen, ist auch ein wichtiger Auftraggeber für die gesamte übrige Wirtschaft, Bauwirtschaft, Landmaschinenindustrie usw. Gerade der ländliche Raum braucht eine neue Beschäftigungsoffensive, um eine weitere Abwanderung, vor allem auch junger Menschen zu verhindern. Ich glaube, mit dem Budget 1998 des Landes Niederösterreich wird es wieder möglich sein, in diese Richtung deutliche Akzente zu setzen, um die Position unseres Bundeslandes in

einem Europa der Regionen zu festigen und eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung einzuleiten. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Diese sehr wichtige Budgetdebatte soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß Wirtschaft nicht nur Impulse aus diesem Budget erhalten kann. Wenn man oft die Zeitungen liest, so ist es mir verständlich, daß manche der Verantwortlichen das Budget als die Triebfeder und die ganze Energie der Wirtschaft bezeichnen. Es liegt in der Natur der Sache, daß jeder sich überschätzt wenn es um seine Arbeit geht. Ich habe das von dieser Stelle aus schon einmal betont, ich glaube, daß ein wesentlicher Faktor der Wirtschaftsentwicklung auch die gesetzliche Rahmenbedingung ist. Die Rahmenbedingung, die wir Politiker eigentlich durch Gesetze schaffen, damit die Industrie sich entwickeln kann. Sicher ist im hohen Maße hier der Bund federführend. Und sicher ist es auch so, daß Gesetze eigentlich eine Langzeitwirkung haben und Impulse setzen, die man nicht sofort messen kann. Daher kann man sich nicht erwarten, wenn man eine Verbesserung rechtlich ermöglicht, daß dann sofort ein Impuls für die Wirtschaft da ist.

Sehr wohl fließen aber diese Ideen bei langfristigen Überlegungen ein. Und ich darf nur darauf hinweisen, es ist ja oft schon jetzt vom Grenzland gesprochen worden, es ist davon gesprochen worden, daß man dort eben Hilfestellung geben wird müssen. Und da muß es einem ja klar sein, daß bei einer Investition von vielleicht 50 Millionen, 40 Millionen Schilling ein, zwei Prozent Zins-

stützung nicht das Um und Auf ist. Es ist sicher ein Faktor, ist sicher eine Hilfe, es wäre lächerlich, das zu negieren. Aber viel wesentlicher wäre zum Beispiel, daß die Betriebe Steuererleichterungen bekommen, damit sie ihre laufende Tätigkeit günstiger gestalten können und daraus eben einen Wettbewerbsvorteil ziehen.

Ich möchte daher appellieren, daß wir nicht so stark immer schauen, ob das Budget um zwei Zehntel, drei Zehntel oder gar ein Prozent reduziert wurde oder aufgestockt wurde. Weil das allein wird es nicht sein. Es gehört einiger Mut dazu, der Wirtschaft zu helfen, und gerade in der letzten Zeit. Ich wundere mich eigentlich, daß keiner meiner Vorredner gestern und heute das Thema überhaupt nur gestreift hat. Es spielt sich gerade jetzt in Niederösterreich eine Sache ab, die eigentlich politische Aktivität verlangt, wobei ich jetzt hier nicht bewerten will, in welche Richtung. Denn dazu fehlt mit der Einblick. Aber wenn jemand kommt und in Niederösterreich Milliarden investieren will ohne Steuermittel, und wenn man ihn dann einer Horde Wilder überläßt, die ganz einfach mit Besetzung und ganz einfach mit dem Bruch aller Gesetze drohen, ohne ihm zur Seite zu stehen und zu helfen, daß hier eine gewisse Logik in die Handlung hineinkommt, dann muß ich sagen, wir leben nicht in einem Rechtsstaat. Ich meine, das Magna Globe-Projekt, das sicher zu diskutieren ist, das sicher nicht jedermanns Geschmack sein kann. Aber leben wir in einem Rechtsstaat, oder haben wir wirklich, wie ich es schon einmal gesagt habe, die Mudjaheddins unter uns, die diktieren, was geschieht? Weil wenn man sich die Pressekonferenz anschaut und die Punkte, die dort klar von sogenannten gebildeten Leuten von sich gegeben wurden, Mobilmachung gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen, Androhung von Mißbrauch, von Mißachtung von Grundeigentum und Besitz durch Okkupation, Mißachtung von demokratischen Mehrheitsbildungen. Denn immerhin hat ein Gemeinderat dort einstimmig einen Beschluß gefaßt. Einstimmig den Beschluß gefaßt, daß man eine Investition, die zwei-, dreitausend Arbeitsplätze - ich glaube es nicht ganz, aber bitte, so steht es in der Zeitung, und wenn es 300 sind, meine Damen und Herren ist das eine riesige Sache für Österreich. Wenn das ein Gemeinderat zur Prüfung, zur ordentlichen Durchführung vorlegt, dann kommen ein paar Halbwilde, setzen sich hin und sagen, wir besetzen das, wir ignorieren die Demokratie, wir sind die Chefs hier im Land. So kann es ja nicht gehen. Und da muß ich sagen, da hätte der Herr Landeshauptmann wirklich etwas zu tun. Nicht auf jeden Marktplatz hingehen und ein Stadion ver-

sprechen. Das hilft nicht! Man muß dort hingehen und muß wirklich einmal aktiv zeigen, daß man einen Investor, der bereits droht, nach Sopron abzuwandern, zu halten gewillt ist. Bitte, meine Damen und Herren, ich bin kein Verteidiger des Projektes, mir geht es nur um die Rechtsstaatlichkeit bei der Abhandlung. Und so kann es nicht sein. Und ich bitte daher alle Parteien, die etwas hier bewegen können, daß sie sich der Sache einmal annehmen. Daß sie vielleicht versuchen, der Herr Stronach dürfte bereits frustriert sein, aber daß man mit ihm einmal ein Gespräch führt und schaut, wo das wirklich hingeht. Denn so leicht werden wir hier nicht Investitionen tätigen können ohne unser Budget zu belasten, wie er es andeutet. Das nur als Beispiel.

Solid, solidarisch, wenn ich jetzt zum Budget zurückkomme, finde ich ausschließlich die Haltung des Herrn Landesrates zu den Kammern. Weil die Kammern - das ist immer ein Lieblingsthema von mir - die haben jetzt eine Abstimmung gemacht und die Zwangsmitgliedschaft bestätigt bekommen, ist in Ordnung. Was ich aber nicht verstehe, ist, daß die Zwangsmitgliedschaft auch für Staatsbürger gilt, die überhaupt nichts mit der Kammer zu tun haben. Weil sonst könnten Sie nicht ständig Steuergelder, und zwar fast so viel, nur um 10 Millionen weniger, wie in die Fremdenverkehrsförderung fließen, in die Kammern stecken.

Und das habe ich gemeint bei meinem Beitrag in der Generaldebatte: Hier fehlt die strukturelle Eingriffnahme, hier fehlt wirklich ein Umdenken! 190 Millionen bzw. 170, das sind ja Beträge, da würden die Grenzbezirke, bitte, überhaupt kein Problem mehr darstellen, wenn sie das bekommen. Aber anscheinend sind Ihnen die Kammern wichtiger als die Grenzbezirke. So lese ich es heraus, es mag vielleicht ein Fehler sein. Die Fremdenverkehrswirtschaft, die 4.000 Betriebe hat, die 15.000 Menschen beschäftigt, bekommt also nur um 10 Millionen mehr als der Kammerbeitrag beträgt. Und ich reite nicht auf dem herum, weil ich akzeptiere das Faktum Kammer als notwendig und die Leistungen in der Vergangenheit sind unbestritten. Aber es ist sicher eine Frage, was hat jetzt mehr Vorrang. Und vor allem wehre ich mich dagegen, daß Steuermittel vereinnahmt werden, ohne daß der Bürger Eingriffsrechte hat. Weil jetzt ist es ohnehin entschieden, wer irgendwas mit der Kammer zu tun hat, muß dabei sein. Die müssen sowieso zahlen. Aber die anderen, bitte, die sollte man in Ruhe lassen.

Ich möchte auch kurz auf die Landwirtschaft eingehen. Die Haltung zur Landwirtschaft ist von

jedem hier im Raum gleich, da, glaube ich, gibt es keine Probleme. Es gibt auch keine Probleme bei den Beschlüssen über die Subventionen, über die Milliarden - 130 Milliarden - die in den nächsten drei, vier Jahren hier zugeführt werden müssen. Es gibt für mich aber ein Problem, und ich habe sehr viel Kontakt mit der Landwirtschaft: Daß sich dort eigentlich überhaupt in keine Richtung etwas bewegt, daß sich etwas verbessert oder verändert. Das heißt, wenn jetzt diese Beträge verbraucht sind, Herr Landesrat, dann schreien wir um die nächste Subvention. Und da muß ich sagen, bei der VOEST war auch einmal Schluß. (*LR Blochberger: Das ist bitte keine Subvention. Es ist ein Leistungsausgleich, eine Unterstützung!*) Es ist eine Verlustabdeckung, das kann ich Ihnen aufzeichnen, da kann man darüber reden. Es ist eine Verlustabdeckung. Und mit Recht, dagegen haben wir nichts. Nur wo ist die Veränderung? Wo wird endlich eine Schulung für die Jugend in die Richtung gemacht, daß sie sich wirklich zu neuen Zielen orientieren können?

Es ist auch in Anbetracht der gesamten Situation mit der Förderung für mich wirklich eine Frage. Ich bin das in der Wirtschaft gewöhnt, wenn man irgendwo etwas falsch gemacht hat, daß man sich dazu bekennt und es besser macht. Die Frage, ob wirklich gut verhandelt wurde bei der EU, indem wir dort Geld jetzt hinschicken und das dann wieder zurückholen und zum Zurückholen unfähig sind, meine Damen und Herren, weil es sind Milliarden dort geblieben im letzten Jahr, das ist nachgewiesen, das müßte noch einmal überdacht werden. Und hier werden die Verantwortlichen auch aufgerufen sein, noch einmal neu zu verhandeln, neu hinzugehen und sagen, brauchen wir den Papierkrieg? Können wir nicht unsere Subventionen selber verteilen? (*Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Sie haben das Problem richtig erkannt!*) Danke schön. Ich habe auch lange nachgedacht.

Aber das ist wirklich eine Frage. Und ich glaube, daß wir auch Verständnis bei der EU finden werden. Weil es geht der EU letztlich ja nicht darum, Geld umzuschichten, sondern es geht ihr darum, daß sie uns als Nettozahler zu einer Leistung bringt, die ich nach wie vor befürworte, weil ich der Meinung bin, daß die Vision Europa etwas wert ist. Danke schön. (*Beifall bei Abg. Dr. Bauer.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst gleich ein paar Anmerkungen zum Kollegen Ing. Dautzenberg. Und zwar was seine Kritik an den Mitteln für die Kammern betroffen hat. Ich kann ihm da nicht zustimmen. Denn ich sehe und ich habe gerade in der vergangenen Zeit gesehen, daß die Kammern sehr wichtige Aufgaben gehabt haben, gerade in der Landwirtschaft, wo es um die Abwicklung von Anträgen gegangen ist. Und wir hätten das, das muß ich sagen, wir hätten das nicht so gut geschafft, wenn nicht die Unterstützung der Interessensvertretung dagewesen wäre. Und so gesehen kommt das natürlich auch den Landwirten zugute. Und wir haben gesehen, und ich glaube, diese Abstimmung, die in allen Kammern veranstaltet wurde, da war kein Zwang dahinter, das muß man auch sagen. Es haben sich über 80 Prozent und in der Landwirtschaft über 86 Prozent, in anderen Kammern ähnlich, für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft ausgesprochen. Ich glaube, da kann man nicht mehr von einem Zwang sprechen, denn es ist jeder gefragt worden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben auch angeschnitten, wir hätten uns zu wenig Geld geholt und es seien zu wenig Mittel aus der EU zurückgekommen. In der Landwirtschaft sind es zum Beispiel um 2,8 Milliarden mehr gewesen als veranschlagt. Recht gebe ich Ihnen aber schon, wir haben sicher einen Aufholbedarf bei sogenannten 5b-Mitteln. Verschiedene Strukturmittel müssen wir uns ganz einfach holen. Und da sehe ich, daß es notwendig ist, auch Beratung anzufordern, um Beratung zu haben. Diese gibt es auch in der Kammer, gibt es aber auch von seiten der Regionalmanagements, der 5b-Beauftragten. Aber ganz wichtig und entscheidend erscheint es mir, die Menschen in unseren Regionen aufzuklären, bei Projekterstellungen behilflich zu sein. Dann können wir das sicher in Zukunft auch verbessern.

Und eines auch noch, weil der Herr Kollege Dautzenberg gesagt hat, naja, wie schaut es aus? In der Landwirtschaft verändert sich eigentlich gar nichts. Ich kann Ihnen auch da nicht zustimmen. Schauen Sie sich einmal die Betriebe an! *(Unruhe*

bei Abg. Ing. Dautzenberg.) Es hat sich in der Landwirtschaft sehr viel geändert in den letzten Jahren. Schauen Sie sich einmal die Betriebe an, Sie werden staunen, wie hoch der Ausbildungsgrad unserer jungen Leute ist. Wenn ich allerdings immer schlechtere Rahmenbedingungen habe, kann ich das ganz einfach nicht aufholen, ohne, wenn ich den Ökologiebereich hernehme, ohne Ausgleichszahlungen. Soweit nur ein paar Worte dazu.

Ich komme jetzt zu meinem eigenen Thema, zum Thema Weinbau. Der Jahrgang '96 ist ja ein sehr guter Jahrgang geworden, trotz der schlechten Witterung. Wir können ihn dann ja verkosten, ich lade Sie ein. Die Niederösterreichische Weinmesse, die vor kurzem abgehalten worden ist in Krems hat ja sehr gute Qualitäten gebracht. Es werden jetzt diese besten Weine aus ganz Niederösterreich im ganzen Bundesgebiet präsentiert werden. Wenn Sie Gelegenheit haben, gehen Sie hin und verkosten Sie sie. Das wäre eine ganz gute Werbung. Wobei ich schon sagen muß, es ist sicher die Gestaltung zunächst eine andere gewesen, man muß sicher in Zukunft verstärkt noch einmal Werbung machen. Und da ergeht genauso wieder eine Einladung an alle Kollegen in allen Bereichen, das zu tun.

Und jetzt ein paar Worte noch: Wir können durchaus sagen, und das muß man sagen, daß die Situation im Weinbau eine befriedigende ist. Wir können wirklich im großen und ganzen zufrieden sein mit der Entwicklung. Wir haben Exportsteigerungen, wir haben gute Preise. Leider - und das muß man wirklich sagen - hatten wir im Herbst und im Winter 1996/97 enorme Frostschäden zu verzeichnen. Sehr viele Gebiete waren davon betroffen. Wir haben teilweise bis zu 31 Grad minus gehabt. Ich weiß nicht, wer aus einem Weinbaugebiet kommt, der Herr Kollege Dr. Bauer, der Herr Kollege Hiller oder Kollege Schütz haben sicher sehen können, daß die Weingärten jetzt noch teilweise ausschauen als wäre Winter, also erschütternd. Sogar sehr gute und enorm gute Lagen sind von diesem Frost betroffen.

Es wäre sicher so, einen Ernteausfall in einem Jahr, das können wir alle verkraften. Das ist traurig, das ist schlimm und Einkommenseinbußen sind da. Aber ganz besonders schlimm an dieser Situation ist, daß diese Weingärten oft bis zu drei Jahre keinen Ertrag liefern. Durch den Frost, durch das Abfrieren müssen die Stöcke entweder gerodet werden oder zurückgeschnitten werden. Das bedeutet enorme Arbeit. Ich muß das ehrlich

sagen, ich habe das auch schon erlebt, das ist wirklich keine angenehme Arbeit und es dauert drei Jahre bis dieser Weinstock dann wieder Frucht trägt oder beginnt, Weintrauben zu tragen.

Eines ist natürlich auch klar in der ganzen Situation. Wir haben ja vor zwei Jahren mit großen Hoffnungen den "Amadeus" aus der Taufe gehoben und jetzt haben wir bereits das zweite Jahr keine Ernte. Diese Weinmarke "Amadeus" sollte ja dazu da sein, gerade nach größeren Ernten einmal den Export aufzubauen, eine Exportmarke aufzubauen. Wenn aber keine Trauben und kein Wein da ist, dann kann man das nicht. Und es ist heuer wieder nicht möglich und das ist, glaube ich, auch etwas, was uns auf Dauer natürlich weh tut. Aber man sollte und wir dürfen diese Idee "Amadeus" auf keinen Fall aufgeben.

Und es ist auch so, daß der Landesweinbauverband, der Herr Landesrat Blochberger, der Herr Landeshauptmann, aber auch der Herr Kollege Dr. Bauer bereits nach dem Winter mit den Weinbauern gesprochen haben draußen in den Bezirken. Und es ist auch von diesen Seiten Hilfe zugesagt worden. Ich stelle aber trotzdem einen Resolutionsantrag, um noch einmal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Hilfe vonnöten ist. Dieser Resolutionsantrag, dem auch der Herr Kollege Schütz beigetreten ist, lautet. *(Abg. Dr. Bauer: Der ist Ihrem Charme erlegen!)* Also, der ist von der Sache überzeugt, der Herr Kollege Schütz, das muß ich sagen, wie auch der Herr Kollege Dr. Bauer. Landesrat Blochberger und Dr. Bauer haben gleich Kontakt aufgenommen und es war immer die Bereitschaft da, hier Unterstützung zu geben. Ich verlese jetzt den Resolutionsantrag *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Lembacher und Schütz zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Frostschäden im Weinbau.

Im heurigen Jahr hat es in Teilen des Weinviertels Frostschäden an Weinbaukulturen gegeben. Es wäre daher sinnvoll, für die heurigen Frostschäden ausnahmsweise Entschädigungen aus dem Katastrophenfonds vorzusehen.

Daneben wäre zu überlegen, in Zukunft den Weinbauern einen finanziellen Anreiz zur Versicherung gegen Frostschäden zu gewähren. Ein vernünftiger Schlüssel für eine solche Unterstützung der Weinbauern wäre ähnlich dem Hagelversicherungsförderungsgesetz folgender:

50 % der Prämie bezahlt der Landwirt selbst, 25 % kommen aus dem Bundesbudget und 25 % aus dem Landwirtschaftsbudget des Landes.

Aus diesem Grund hat es bereits Gespräche mit dem Burgenland gegeben, da ein entsprechender Vorstoß der beiden größten Weinbauländer zweckmäßig erscheint. Für die Öffnung des Katastrophenfonds müßte nämlich das Katastrophenfondsgesetz geändert werden. Auch für die Einführung einer Versicherung für Frostschäden im Weinbau ist eine bundesgesetzliche Grundlage erforderlich.

In der Folge wurde Herr Bundesminister Mag. Molterer von Herrn Landesrat Blochberger mit Schreiben vom 12. Juni 1997 ersucht, die beiden Fragen zu prüfen und der Wunsch nach einem gemeinsamen Gesprächstermin zum Ausdruck gebracht.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, daß das Katastrophenfondsgesetz dahingehend abgeändert wird, um auch Frostschäden an Weinbaukulturen in den Jahren 1996 und 1997 abgelten zu können und eine bundesgesetzliche Grundlage für die Einführung einer Frostschadensversicherung geschaffen wird, sowie im eigenen Bereich für die erforderlichen Maßnahmen zu sorgen."

Soweit dieser Resolutionsantrag. Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, diesen Resolutionsantrag zu unterstützen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Schütz.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Kurz zu den ersten beiden Rednern. Der Herr Abgeordnete Kurzreiter hat, glaube ich, mit seiner Rede endlich eingestanden, daß die Agrarpolitik der Europäischen Union und damit auch unsere am Ende ist. Ich glaube, das Krankjammern, was Du da machst, es geht uns allen schlecht, das haben wir Euch vorher gesagt, dazu brauchst Du Dich, glaube ich, nicht herausstellen. Wie schlecht es der Landwirtschaft geht, wissen wir selber. Aber Ihr seid ja da nicht ganz unschuldig. *(Abg.*

Kurzreiter: Da hast Du offenbar nicht aufgepaßt. Das habe ich nicht gesagt.) Da sind wir mittlerweile nicht mehr allein in Europa. Und ich glaube, die einzige Chance ist, eine Renationalisierung der Landwirtschaft durchzuführen. Weil sollte die EU-Osterweiterung kommen, glaube ich, haben wir mit unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft sowieso keine Chance. Außerdem ist das Ganze nicht mehr zu finanzieren.

Zum Kollegen Dautzenberg muß ich sagen, das freut mich ganz besonders. Weil ich kann mich noch erinnern, vor dem Beitritt zu Brüssel war er ja der größte Euphoriker und EU-Befürworter. Und jetzt sieht er selber schon, daß dieser EU-Vertrag schlecht ausgehandelt ist, daß die Bürokratie ein Wahnsinn ist und die heimische Wirtschaft leidet.

Und jetzt zu Ihnen, Frau Kollegin Lembacher! Ich muß sagen, ich bin erschüttert. Ich bin wirklich erschüttert. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich muß das jetzt chronologisch aufbereiten. Am Freitag gab es eine Pressekonferenz der Abgeordneten Gratzner und Rambossek. Es wurden dort fünf freiheitliche Resolutionsanträge präsentiert. Es ist nicht ganz uninteressant, wie in diesem Haus gearbeitet wird. Einer davon war der Antrag des Abgeordneten Marchat zur Versicherung der Frostschäden im Weinbau, datiert mit 19.6. Es hat diesen Antrag der ORF, die Landeskorespondenz und einige andere Journalisten. (*Unruhe bei LR Blochberger.*) Herr Landesrat, hör mir zu, es ist für Dich auch nicht uninteressant. Ich weiß genau, wahrscheinlich bist Du ohnehin involviert. Heute lese ich in der APA um 10.46 Uhr schon, daß man ja die Wortmeldungen nicht noch umdrehen kann, die Lembacher, das unter "Lembacher: NÖ VP fordert Entschädigungen für Weinbauern aus dem Katastrophenfonds". Und ich bringe ein paar Schmankerln aus meiner Antragsbegründung. Ein vernünftiger Schlüssel wäre folgender, steht in meinem Antrag. Lembacher: Ein vernünftiger Schlüssel für eine solche Unterstützung der Weinbauern wäre ähnlich dem Hagelförderungsgesetz. Gut. Ein vernünftiger Schlüssel wäre folgender. Gut. Ausnahmsweise den Katastrophenfonds zu öffnen bei mir, Pressedienst Lembacher und jetzt auch im Resolutionsantrag: Ausnahmsweise Entschädigungen für Bauern aus dem Katastrophenfonds. Und dann der Schlüssel bei mir: 50 Prozent der Prämie bezahlt der Landwirt selbst. Jeder formuliert die Formulierung selbst. Pressedienst Lembacher: 50 Prozent der Prämie bezahlt der Landwirt selbst. 25 Prozent kommen aus dem Katastrophenfonds aus dem Bundesbudget, habe ich geschrieben. Sie schreibt nur ...kommen aus

dem Bundesbudget, 25 Prozent kommen aus dem Landwirtschaftsbudget des Landes. Und ich habe geschrieben, des Landes Niederösterreich.

Ich erinnere Sie, wer den Hagelversicherungsantrag damals eingebracht hat. Den habe ich eingebracht. Und es war ein einstimmiger Antrag. Und mittlerweile ist diese Regelung heute in ganz Österreich gültig. Sie haben hier wirklich geistigen Diebstahl betrieben. Und ich empfinde das als absolute Frechheit! (*Unruhe im Hohen Hause.*) Man kann es ja chronologisch verfolgen, Herr Blochberger. Ich kann die Beweise da herlegen. Am Freitag hat der Journalist das übernommen, Ihr bringt es ein. Und die Lüge Nummer 3 der Budgetdebatte der ÖVP: Um 10.46 Uhr steht schon, die Frau Abgeordnete Lembacher brachte diesen Antrag ein. Auf meiner Uhr wird es jetzt 16.30 Uhr. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ja, ich war auch im Weinviertel oben. Das ist egal. Dann schreibt einen eigenen Antrag, aber schreibt bitte nicht den meinen ab! Ich kann es mir jetzt sparen, diesen Resolutionsantrag einzubringen. Möchte dem natürlich beitreten, der ja mein geistiges Werk ist. Würde schon ersuchen, daß ich auch draufkomme. (*Beifall bei der FPÖ. - Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.*)

Die Schulreform ist mein nächstes Thema, bevor ich überhaupt zum Kapitel komme. Und da muß ich sagen, muß man sich schon die Genossen in diesem Haus ein bißchen vornehmen. Ich kann mich erinnern an diesen Resolutionsantrag, der von Euch gekommen ist, zur Erhaltung der Weinbauschule in Gumpoldskirchen. Wir waren gerne bereit, diesen zu unterstützen. Es hat sich ja mittlerweile etwas getan. Außerdem war das gestern, Herr Landesrat, mit den landwirtschaftlichen Fachschulen, was ich da gesagt habe. Mittlerweile hat es eine Regierungssitzung gegeben und es ist geplant, die drei Standorte Haag, Unterleiten und Gumpoldskirchen nicht mehr als selbständige Schulen zu führen, sondern nur noch als Exposituren. Und das ist für mich der Wahnsinn einer SPÖ. Da stimmen die SPÖ-Regierungsmitglieder mit, konterkarieren einen Resolutionsantrag des Landtages, der von ihren eigenen Klubkollegen ausgegangen ist. Und, lieber Toni Rupp, Du hast vorher gesagt, der Höger Ernstl ist ein Mann - ein Mann - ein Wort. Das stimmt absolut nicht! Weil das ist der Beweis. Euer Regierungschef ist in die Falle der ÖVP getappt. Daß der Herr Landesrat Blochberger sich um Landtagsbeschlüsse nichts schert, das ist da herinnen ein offenes Geheimnis. Das wissen wir. Daß Eure Regierungsmitglieder da auch mittun, ist eigentlich tragisch. Das ist tragisch und zeigt für mich, daß auch die Paktfähigkeit der SPÖ nicht

gegeben ist. Vielleicht gibt es Leute in diesem Landtagsklub, die sich bemühen würden, nur die Regierungsspitze sieht das halt anders. Landesrat Schimanek hat dagegen gestimmt - als einziger. Wir werden das natürlich auch in Gumpoldskirchen verkünden. Weil das ist, glaube ich, nicht ganz uninteressant, wenn man sich dort als Retter der Weinbauschule aufspielt, aber in der Regierung ganz anders stimmt. Ob das sachpolitisch gescheit war, überlasse ich Dir.

Das Ganze hat für mich System. Es ist für mich nur tragisch, daß jene Partei, die, glaube ich, 11 bäuerliche Vertreter in diesem Landtagsklub sitzen hat, immer wieder Anschläge auf die Bauern macht und speziell auf die bäuerliche Jugend. Und ich glaube, wenn man der Jugend die Ausbildungsmöglichkeiten nimmt, dann wird man auch diesen Berufsstand zum Sterben verurteilen. Er ist zum Sterben verurteilt. Er ist zum Sterben ohnehin schon verurteilt durch eure schlechte Agrarpolitik, jetzt nimmt man noch die Bildungseinrichtungen weg. Der Weg zur Expositur ist ein Schritt zum Zusperrern, das ist uns allen klar. Und Ihnen am besten, Herr Landesrat. Sie sind ja schon in Gumpoldskirchen zur unerwünschten Person erklärt worden. Ich möchte das in meinem Leben nicht erleben, daß ich nicht einmal mehr in eine Schule hinein darf, obwohl ich der zuständige Referent bin. (*Unruhe bei LR Blochberger.*) Ja, aber Du bist trotzdem zur unerwünschten Person dort erklärt worden. Ja, was hätten sie denn tun sollen?

Ich möchte aber jetzt zur Gruppe 7 kommen und muß schon sagen, daß ein Kapitel Wirtschaftsförderung, Kollege Dautzenberg hat es ja auch angesprochen, das im Ausgabenbereich nur 4,35 Prozent des Gesamtbudgets ausmacht, halt nicht der "große Riß" ist in dem Land. Der größere Bereich davon ist jener der Landwirtschaft. Ich möchte aber auch im zweiten Teil meiner Rede auf die Arbeitsplatzproblematik in diesem Bundesland eingehen. Das Agrarbudget ist eine Fortschreibung. Der Kollege Kurzreiter sieht das als große Errungenschaft, Frau Kollegin Lembacher sagt sogar, wir haben mehr von der EU bekommen. Nur können sich die Bauern darum momentan nichts kaufen. Wir, bitte, treiben draußen an und versuchen, eine Renationalisierung der Agrarpolitik zusammenzubringen. (*Abg. Kurzreiter: Und was tut Ihr wirklich in diese Richtung? Nichts! - Neuerlich heftige Unruhe.*) Du hörst mir nicht einmal zu. Unsere Abgeordneten haben beantragt, eine Renationalisierung der Agrarpolitik zu betreiben. Vielleicht verstehen es manche Leute da herinnen nicht, vielleicht kann ich es Dir noch erklären. Es gibt eine Statistik

über die Einkommenszuwächse 1996 der bäuerlichen Einkommen in der EU. Den Agrarpolitikern der ÖVP dürfte es entgangen sein, daß Österreich am letzten Platz ist mit den größten Einbußen, mit über minus 10 Prozent. (*Abg. Kurzreiter: Das habe ich erwähnt! Ist Dir das entgangen? Das habe ich gebracht!*) Und was tust Du dagegen? Du hast keine Lösungsansätze geboten. Der Bauernbund tut überhaupt nichts. Wenn man sich die Budgetposten anschaut, und da bin ich auch wieder beim Kollegen Dautzenberg, nirgends gibt es in dem Wirtschaftsbereich Steigerungen. Überall kleine Einsparungen, teilweise Fortschreibungen. Nur die Landes-Landwirtschaftskammer und die Landarbeiterkammer werden wieder stärker subventioniert. Und ich glaube, wenn sich unsere Bauern schon so eurofit machen müssen, dann sollten das auch diese Kammern machen. Eine Leistungsorientierung wäre daher angebracht. Ich bringe daher einen Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend leistungsbezogene Förderung der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer und der Landarbeiterkammer aus dem Landesbudget.

In den letzten Jahren wurden die beiden Budgetposten 7400 und 7401 immer wieder angehoben und belasten somit das Wirtschaftsbudget des Landes NÖ. Das Ziel einer Interessensvertretung muß sein, für ihre Mitglieder die besten Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie ihren Beruf ausüben können. Sowohl in der Landwirtschafts- als auch in der Landarbeiterkammer sinken die Mitgliederzahlen rapide, die Förderungen des Landes steigen. Es wäre daher sinnvoll, eine leistungsbezogene Förderung einzuführen. Die jetzigen Förderungsbeträge - also ich will sie heuer nicht kürzen - "sollten als 100 % angenommen und durch die Anzahl der Mitglieder dividiert werden. Sinken die Mitgliederzahlen weiter, so soll auch prozentuell nach dem Mitgliederschwund die Förderung abnehmen. Das würde einen Leistungsanreiz für die beiden genannten Kammern bedeuten.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine im Sinne der Antragsbegründung geeignete Regelung festzulegen."

Ich glaube, das ist kein Anschlag auf irgendwelche Kammern, sondern das ist eine Leistungsorientierung, wo sie sich wirklich bemühen müssen. Jeder Bauer, der zusperrt, muß auch ein Schilling weniger oder zwei Schilling weniger für die Kammern sein. In dem Fall halt 1.000,- Schilling. *(LR Blochberger: Gegen die Kammern habt Ihr halt immer was!)* Nein, haben wir nichts! Aber ich kann ja nicht sagen, es wird immer härter, der Wettbewerb wird immer härter - zu dem bekennt Ihr Euch ja auch - da muß es auch für die Leute im geschützten Bereich härter werden. Und bitte, das ist das erstmal, daß ich keine Kürzung vorschlage, sondern sage, auf 165 Millionen frieren wir das ein. Sperren 10 Prozent zu, müssen wir den Kammern 10 Prozent wegnehmen. Und ich glaube, das wäre wichtig. Und zur vielen Arbeit für die Kammern, da muß man sich halt einmal etwas einfallen lassen zur Bürokratie in dem Bereich. *(Abg. Lembacher: Sie haben ja auch einen Vertreter in der Kammer!)* Der bringt ohnehin viel vor dort, aber er hat halt dort auch mit einer großen Übermacht zu kämpfen. Aber das wird sich auch einmal geben. Wenn vielleicht endlich einmal der Vorschlag der SPÖ behandelt wird, daß nicht alle Pensionisten und Studenten in dem Bereich wählen gehen dürfen, dann würde die Zusammensetzung da schon ganz anders ausschauen. Es gibt keine Kammer, wo die nicht-aktiven Mitglieder wahlberechtigt sind, nur die Bauernkammer. Warum, das weiß ein jeder. *(Abg. Lembacher: Das ist bei der Landarbeiterkammer genauso!)* Das ist eh dasselbe, da haben wir eh dasselbe Verhältnis. Das sind ja genau die zwei Kammern, wofür wir das meiste Geld hergeben. Gibt es in der Arbeiterkammer einen Pensionisten, der wählen gehen darf? Also da müssen Sie sich schon gut informieren, Frau Kollegin, bevor Sie etwas sagen. Aber Sie können ja wieder irgendwo etwas abschreiben, wenn Sie es nicht wissen.

Zur Agrarpolitik bundesweit muß man sagen, in den letzten Tagen erlebt man ja die buntesten Dinge. Ich denke jetzt an den Vorstoß der Frau Hostasch, die die Sozialversicherungsbeiträge der Bauern und der Gewerbetreibenden erhöhen will. Die auch die Mitversicherung der Ehegatten im bäuerlichen Betrieb streichen will. Ich glaube, daß das ein Schlag gegen die Vollerwerbsbauern ist, aber auch ein Schlag gegen die Bäuerinnen. Das ist komisch: Da hört man von Euch nie etwas. Ich kenne das Spiel der ÖVP schon. Da wird man sich wahrscheinlich im "Bauernbündler" unheimlich aufregen, aber irgendwann wird man

dann wieder zustimmen. Das ist halt so, wenn man in so einer Koalition ist und die tödliche Umarmung durch einen übermächtigen Koalitionspartner spürt. Auch der Herr Donabauer hat zu dem Thema überhaupt noch nichts gesagt. Er hat noch nichts gesagt dazu. Ich habe nur eine Presseaussendung des Herrn Donabauer über die verantwortungslose Politik der Freiheitlichen, wo er uns massiv kritisiert, daß die Freiheitlichen Verunsicherung betreiben, weil sie die Debatte um die Einführung des EURO führen. Das hat wieder einmal ganz deutlich gezeigt, daß freiheitliche Politik nur darauf abzielt, das Land zu destabilisieren und den Bürger zu verunsichern. Bitte, wenn es in dem Land nicht mehr erlaubt ist, einen, wie ich glaube, wesentlichen Schritt anzudiskutieren, vielleicht das Volk zu befragen, dann frage ich mich, was das für Demokraten sind. Ein weiterer Satz vom Herrn Donabauer: Kein Weg führt am EURO vorbei. Die Regierung wird jedenfalls ihren Weg konsequent fortsetzen - wahrscheinlich, um die Sozialversicherungsbeiträge zu erhöhen - und für eine reibungslose und zeitgerechte EURO-Einführung in Österreich entsprechend Sorge tragen. So der Mandatar. Daß man vielleicht das Volk befragen könnte, kommt einem Herrn Donabauer nicht in den Sinn.

Wenn ich beim EURO bin, bin ich auch bei EU-Versprechungen der Bundesregierung. Und da stellt sich wirklich eine Agrarpolitikerin heraus und sagt wie klaß es ist. Ich glaube, Sie kennen nicht die ÖPUL-Verträge, wo den Bauern bei den Begrünungen jetzt nur noch 35 Prozent oder 25 Prozent ausbezahlt werden und nicht alles. Das sind bei einem 60-, 70-Hektarbetrieb um die 40.000,- Schilling, die man mit einem Schlag, und ich sage das wirklich so, gestohlen hat. Die Bundesregierung ist auf der einen Seite wortbrüchig geworden. Wenn der Bauer seine Grünbrache einen Tag als Holzlagerplatz verwendet und der Kontrollor kommt, muß er für die letzten vier Jahre die Förderungen mit Zinsen zurückzahlen. Das ist ein Vertrag, bei dem es zwei ungleiche Vertragspartner gibt. Der eine muß nur zahlen, der andere kann je nach Verfügbarkeit der Mittel, so steht das im Vertrag, den Vertrag jederzeit abändern. Wir sind da wirklich in der Förderfalle der EU. Und da sich herauszustellen und zu sagen, der Schweinepreis ist jetzt in Ordnung, da muß man halt auch einmal sehen, warum das so ist: Auf Grund der Schweinepest. Die Regierung hat auch sofort einen Schritt gesetzt und hat die degressiven Ausgleichszahlungen gleich gestrichen.

Ich komme auch zur Gen-Technik, weil das wirklich ein Anliegen ist. Und ich habe mit dem Kollegen Maier gesprochen. Ich glaube, das ist

eine massive Gefahr für die Ökoregion Waldviertel. Wenn man versucht, nur auf Grund dieser Maschinerie, dieses EU-Getriebes versucht, in unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft gentechnisch veränderte Lebensmittel zu produzieren. Ich habe da die Broschüre "Gentechnik" der Arbeiterkammer. Ich möchte nur kurz zitieren, aber die Zahlen sind, glaube ich, ganz interessant: Mangelnde Akzeptanz im Lebensmittelsektor. Im Gegensatz zum Medizin- und Pharmabereich findet der Einsatz der Gentechnik im Lebensmittelsektor bei den Konsumenten kaum Akzeptanz. Mehr als 80 Prozent der Österreicher und fast ebensoviele Deutsche lehnen sie ab. Kein Wunder, ist doch der Nutzen der Gentechnik im Lebensmittelsektor für die Konsumenten kaum erkennbar und nachvollziehbar. Gewünscht werden hingegen verstärkt naturnahe, qualitativ hochwertige Lebensmittel wie beispielsweise Lebensmittel aus biologischem Anbau und nicht noch mehr billige Massenprodukte. Ich glaube, das sagt alles. Die Arbeiterkammer hat das, wie gesagt, erhoben. Ich kann nicht an 80 Prozent der Konsumenten vorbeiproduzieren, weil es sich die Gen-Lobby einbildet und weil der Bauernbund auf den Zug aufgesprungen ist. Ich habe das sehr genau verfolgt bei diesem Gentechnik-Volksbegehren. Wie die Bauernbundfunktionäre massiv die Bauern davon abgehalten haben, daß sie dieses unterschreiben. Es war trotzdem ein großer Erfolg. Ich glaube, für die kleinstrukturierte heimische Landwirtschaft wäre der Einstieg der Gentechnik in der Nahrungsmittelproduktion in Österreich ein blanker Wahnsinn und auch eine Katastrophe.

Die Gewerbeordnung, die im Parlament beschlossen wurde, ebenfalls mit den Stimmen der großen Koalition, hat, glaube ich, wieder eine riesige Chance vertan, die bäuerlichen Direktvermarkter endlich zu forcieren und aus der Kriminalisierung zu nehmen. Wenn man heute vorne war beim Eingang zum Regierungsviertel, die Arbeitsgemeinschaft der Bäuerinnen aus meinem Kammerbezirk hat sich dort präsentiert. Und ich habe da eine Broschüre mitgenommen. Nur im Kammerbezirk Herzogenburg haben 164 Direktvermarkter in dieser Broschüre ihre Adresse bekanntgegeben. Es gibt in Wahrheit noch viel mehr. Das heißt, da geht es nicht mehr um Randgruppen. *(LR Blochberger: Seien Sie doch froh, das ist ja positiv! Die können ja und dürfen ja! Sie machen es ja auch!)*

Das ist sehr positiv. Da muß man aber auch etwas machen für sie. Da kann man sie nicht weiter kriminalisieren. Was ist denn möglich?

Haben wir nicht beim Buschenschankgesetz heraußen geredet? Aber Mohnstrudel können wir noch immer nicht verkaufen, nur Apfelstrudel. Das sind Eure Gesetze, die Ihr macht! *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)* Das sind keine Details. Mit dem Herrn Landesrat Gabmann habe ich ja gesprochen. Er hat gesagt, die Gewerbeordnung gehört geändert, dann kann der Bauer seinen Schnaps verkaufen. Jetzt haben wir die Gewerbeordnung geändert, einen Schnaps kann er noch immer nicht verkaufen. Machen tut's ohnehin jeder, man kriminalisiert nur. Und das ist ja dann ganz einfach: Bei 99 Prozent wird es toleriert, und der nicht ins System paßt, der wird dann angezeigt und zahlt riesige Strafen. Ich glaube, daß sogar Methode dahinter steckt.

Wie gesagt, da muß man sich anschauen, wie diese Gewerbeordnung zustande gekommen ist. Ich bin ja ein eifriger Leser des "Bauernbündlers". Ich lese ihn, glaube ich, genauer als Eure Leute. Und habe auch genau verfolgt, Herr Landesrat, die Debatte Schwarzböck-Stummvoll. Und da sieht man wirklich, wie Ihr die Leute anlügt. Der Herr Schwarzböck ist sich nicht zu blöd, daß er da drinnen massive Angriffe gegen den Generalsekretär Stummvoll anfährt und das lassen wir uns nicht gefallen. In Wahrheit ist nichts herausgekommen. Hand in Hand hat man das schon beschlossen gegen die Interessen der Bauern. Ich habe da einen Pressedienst vom Schwarzböck, wo er sagt: Dieses Mal werden wir hart bleiben und so weiter. Nichts ist passiert. *(Zwischenruf: Es gibt eindeutige Verbesserungen bitte!)* Es gibt keine Verbesserungen! Komm' dann heraus und erzähle sie mir. Ich bin schon sehr neugierig, wie Du das machst. Ihr spielt den Leuten ein Theater vor und rechnet noch immer damit, daß Euch die Leute darauf hineinfallen. Aber wir werden sehen, wie weit das geht.

Eine Organisation, die mir sowieso immer am Herzen liegt, das ist die AMA. Die Kollegin Lembacher hat das auch gesagt: Die Kammern sind jetzt so wichtig wegen der Formulare und so. Am Anfang hat das die AMA noch gemacht, jetzt muß das auch schon die Kammer machen. Ich frage mich schön langsam, wofür wir diese Organisation noch haben. Und wofür wir sie auch in Zukunft brauchen. Meines Erachtens gehört sie ersatzlos aufgehoben und gestrichen und den Bauern die Marketingbeiträge, die sie zu bezahlen haben, wieder rückgeführt. Weil wenn man das Geld bei den Bauern läßt, das zeigen eben die bäuerlichen Direktvermarkter, die können das viel besser einsetzen. Was kann die AMA? Die AMA kann Broschüren erzeugen, die sind heute auch vorne ge-

legen. (*Abg. Marchat zeigt mehrere Broschüren.*) Bitte, diese Broschüre verkauft kein bäuerliches Produkt, die auch nicht, die auch nicht. Das ist nur ziemlich teuer und bringt genau nichts. Und wenn man sich diese Broschüren anschaut, ist ja auch interessant, wer da aller mitmisch. Hinten auf dieser Broschüre hat auch die NÖM inseriert oder trägt einen Teil dieser Broschüre mit. Und wenn man sich die Rolle der NÖM anschaut im Agrarbereich, da kommt man auch auf allerhand drauf. Es ist ja nicht nur, daß diese, ich weiß nicht, "Multigenossenschaft" oder wie man sie auch immer bezeichnen soll, extreme finanzielle Schwierigkeiten hat, sondern den Bauern auch noch massiv den Milchpreis drückt. Aber die Bauern müssen das halt schlucken, weil sie auf Grund der Verträge nicht auskommen. Und dann sieht man erstens, daß sie diese Broschüren stützt. Das ist noch Geschmackssache. Dann sieht man ein Plakat der ÖVP und da ist die NÖM als Sponsor einer ÖVP-Veranstaltungsserie drauf. Also das muß man sich trauen: In einer angespannten Lage der Landwirtschaft, wo den Milchbauern regelrecht das Wasser bis zum Hals steht, darf ein Vermarktungsbetrieb ÖVP-Veranstaltungen subventionieren und sponsern. Also ich glaube, moralisch ist das sehr verwerflich. Bei dieser NÖM war ja auch ein gewisser Herr Schuhböck einmal beschäftigt. Über den haben wir uns gestern schon unterhalten, mittlerweile ein geschaffter Admira-Obmann. Und da schließt sich irgendwo der Kreis. (*Abg. Kautz: Zurückgetreter!*) Er ist zurückgetreten, gut.

Ich glaube, das waren einige Dinge, die ich aufzeigen wollte. Habe aber schon angekündigt, daß es auch um die Arbeitslosigkeit in diesem Land geht. Alle Parteien sprechen immer, wir müssen Arbeit schaffen, wir müssen Arbeit schaffen, es gelingt nur niemand. Ich kann mich auch erinnern an die Sonntagsreden eines Landeshauptmannes, wo er immer gesagt hat, Niederösterreich ist besser und so weiter. Daß wir keine Insel der Seligen sind, zeigt dieser Geschäftsbericht des Arbeitsmarktservices, der meines Wissens gestern herausgekommen ist. Ich habe ihn gestern bekommen.

Ich muß da ein paar Sachen zitieren, weil es wirklich wichtig ist und ich will dann einen Resolutionsantrag einbringen, der sich genau auf das bezieht. Arbeitslosigkeit in Niederösterreich: Im Schnitt waren 36.933 Personen arbeitslos vorge-merkt. Das ergab gegenüber 1995 einen Anstieg um 7,2 Prozent oder 2.469 Personen. Die Arbeitslosenquote kletterte damit auf 6,9 Prozent. Österreichweit betrug die durchschnittliche Quote sie-

ben Prozent. Das heißt, wir sind ein Zehntel Prozentpunkt noch unter dem Bundesschnitt. Die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich, also die westlichen Bundesländer, sind alle schon besser als wir. Wir sind nicht mehr die Insel der Seligen. Aber ich glaube, das größte Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Bereich. Da darf ich auch zitieren: 1996 waren beim AMS Niederösterreich im Schnitt 6.024 Personen unter 25 Jahren arbeitslos vorge-merkt. Um 661 oder 12,3 Prozent mehr als 1995 bei einem Anstieg der Gesamtarbeitslosigkeit um 7,2 Prozent. Und das Problem ist, und wir haben das da herinnen schon oft diskutiert, daß wir keine Lehrstellen mehr haben für unsere Lehrlinge. Ich habe da ein Zitat des Nationalrates Herbert Kaufmann, AK-Direktor und ehemaliger Kollege von uns, der auf eine Problematik hinweist, wo sich die öffentliche Hand oder diese Vereine etwas überlegen müssen. Wenn die ÖMV keine Lehrlinge ausbildet und die EVN ihre Lehrwerkstätte einstellt, warum sollte dann ein kleiner Unternehmer Lehrlinge aufnehmen? Da ist, glaube ich, viel drinnen. Und den Bericht heute in der "Presse": "Trübe Aussichten auf eine Lehrstelle" - und die Zahl ist ja ein Wahnsinn. Beim Arbeitsmarktservice haben sich bis jetzt 1.409 Schulabgänger gemeldet, die im Juli eine Lehrstelle suchen. Diese Steigerung von 64 Prozent gegenüber dem Sommer des Vorjahres läßt einen erhöhten Problemdruck erwarten.

Parallel dazu gibt es in diesem Land - und mein Klubobmann hat das von dieser Stelle schon einmal gesagt - immer mehr ausländische Arbeitnehmer, die beschäftigt sind. Und ich komme auch zum Kapitel Ausländerbeschäftigung. Es wird zwar in der Präambel beschrieben, daß ein Rückgang der bewilligungspflichtig beschäftigten Ausländer festzustellen ist - ist auch klar, weil man schon so viele Bewilligungen ausgestellt hat - aber dann steht in dem Kapitel: Im Jahresdurchschnitt wurden in Niederösterreich 46.852 beschäftigte Ausländer gezählt, um 1.467 mehr als 1995. Ich glaube, ein verantwortungsvoller Politiker dieses Landes kann dieser Entwicklung nicht weiter zusehen. Und das hat nichts mit einer Ausländerfeindlichkeit zu tun. Das hat mit einer Verantwortung zu tun unseren jungen Menschen gegenüber, die wirklich momentan versuchen, einen Job zu finden. Und es bringt auch nichts, wenn man vom Land ein paar Lehrstellen ausschreibt. Damit bekommen wir das Problem nicht in den Griff. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Hören Sie mir zu, Frau Kollegin, ich werde es Ihnen schon erklären.

Ich glaube, daß die einzige Chance ist, aus unseren jungen Menschen Facharbeiter zu machen und die Facharbeiter den ausländischen Billigarbeitskräften vorzuziehen. Und um den Weg in diese Richtung einzuschlagen, möchte ich einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Vergabe von öffentlichen Aufträgen ab dem Jahr 2003 an Firmen, die ausschließlich inländische Arbeitnehmer und EU-Bürger beschäftigen.

Die Arbeitsmarktsituation im Land Niederösterreich ist statistisch gesehen besser als in den übrigen Bundesländern." Das stimmt nicht mehr ganz. "Bei genauerer Betrachtung erkennt man jedoch, daß die Ausländerbeschäftigung stark steigt und die Inländerbeschäftigung abnimmt. Es wäre daher sinnvoll, daß jene Firmen, die ausschließlich österreichische Arbeitnehmer und EU-Bürger beschäftigen, bei öffentlichen Aufträgen den Vorzug bekommen. Solch eine Regelung braucht natürlich eine Übergangszeit, die den Firmen ausreichend die Möglichkeit bietet, um sich auf diese Situation einzustellen. Die Bundesregierung müßte auch Rahmenbedingungen schaffen, die es den Unternehmern erlauben, genügend Lehrlinge auszubilden um in drei bis vier Jahren eine ausreichende Anzahl hochqualifizierter Facharbeiter zur Verfügung zu haben. Das Land Niederösterreich und die Republik Österreich sind aufgerufen, verstärkt Budgetmittel in die Lehrlingsausbildung zu investieren.

Wenn diese Maßnahmen greifen, muß es möglich sein, daß ab dem 1.1.2003 sämtliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden, die inländische Arbeitnehmer und EU-Bürger beschäftigen. Das Land Niederösterreich könnte mit dieser Maßnahme eine Vorreiterrolle übernehmen. Den Gemeinden Niederösterreichs sollte diese Regelung insofern schmackhaft gemacht werden, daß Gemeinden, die nach diesem Kriterium ihre Aufträge ausschreiben, verstärkte Förderungen erhalten. Die Autonomie der Gemeinden wäre durch diese Maßnahme nicht berührt, der finanzielle Anreiz sollte jedoch geschaffen werden.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine im Sinne der Antragsbegründung geeignete Regelung festzulegen, die garantiert, daß ab dem 1.1.2003 bei Ausschreibungen des Landes Niederösterreich ausschließlich Firmen berücksichtigt werden, die nur inländische Arbeitnehmer und EU-Bürger beschäftigen.

Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um die nötigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu erwirken, damit in den nächsten zwei Jahren heimische Lehrlinge einen Arbeitsplatz erhalten."

Ich glaube, Niederösterreich hätte mit der Annahme dieses Antrages eine riesige Chance. Es ist kein Schnellschuß, es sind Übergangszeiten vorgesehen. Und, wie gesagt, die einzige Chance ist eine Lehrlingsoffensive, die einzige Chance ist der qualifizierte Facharbeiter. Das sagen auch Fachbroschüren. Das ist keine Erfindung von mir. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen im Interesse der Menschen in diesem Land, damit sie auch wieder eine Arbeit finden. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder Einzelne von uns ist in irgendeiner Form mit unserer Landwirtschaft verbunden. Manche wohl kaum wahrnehmbar, symbolhaft, aber dennoch. Als sozialdemokratischer Agrarpolitiker Niederösterreichs kann ich die derzeitige Situation unserer Bauern natürlich nicht emotionslos hinnehmen. Denn wenn wir die Aussagen des Landwirtschaftsministeriums ernst nehmen, und das sollten wir auch, dann ist das landwirtschaftliche Einkommen im Vorjahr um fast 10 Prozent gesunken. Das heißt, daß sich die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Familienarbeitskraft von rund 176.000,- Schilling im Jahr 1995 auf 158.000,- Schilling 1996, also um rund 18.000,- Schilling verringert haben. Die Ursache, wie geringere Erträge aber auch massive Preiseinbußen sind vor allem den Bauern ja hinlänglich bekannt.

Einen Zuwachs von 10,6 Prozent konnte allerdings die Schweineproduktion verzeichnen, was natürlich eine Folge der leidigen BSE-Krise war. Auffallend ist naturgemäß, daß auch die Betriebs- vor allem aber die Futtermittel einen Preisanstieg von rund 14 Prozent erfahren mußten. Natürlich wirkt sich auch der Rückgang

der Leistungsabgeltungen und Ausgleichszahlungen negativ aus. Zu Recht besteht daher die Forderung, für Landwirte die Vorsteuerpauschale von derzeit 10 auf 12, sogar bis 13 Prozent wäre es möglich, zu erhöhen. Ich kann mich, und wir haben das bereits gehört, dieser Forderung nur anschließen. Meine Damen und Herren! Laut einer WIFO-Studie ist durch den EU-Beitritt Österreichs die Bemessungsgrundlage für die Vorsteuerpauschale um zirka 20 Prozent zurückgegangen. Die meisten der rund 55.000 Bauern Niederösterreichs sind aber pauschaliert. Das heißt, sie können die Vorsteuer gar nicht abziehen. Dies hat wiederum den nachteiligen Effekt, daß die Bauern für Käufe und Investitionen teure Vorsteuer zahlen müssen, beim Verkauf aber Einnahmen über die Mehrwertsteuer verlieren, weil die landwirtschaftlichen Produkte im Preis stark gefallen sind.

Ohne Anpassung der Vorsteuerpauschale verlieren unsere Bauern österreichweit zirka 1,7 Milliarden Schilling. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in der jetzigen Situation der heimischen Landwirtschaft, in der sie sich vermehrt der internationalen Konkurrenz stellen muß, äußerst negativ. Und es ist von besonderer Tragik, weil vor allem die kleinen, bäuerlichen Familienbetriebe die Vorsteuerpauschale in Anspruch nehmen würden, während die Größeren darauf verzichten und somit auch nicht von den negativen Effekten bzw. Auswirkungen betroffen sind. Eine Erhöhung der Vorsteuerpauschale von derzeit 10 auf 12 Prozent ist deshalb ein Gebot der Stunde. Dadurch würden unzählige Kleinbetriebe entlastet und die steuerliche Verteilung innerhalb der Bauernschaft wäre gerechter als dies derzeit der Fall ist.

Hohes Haus! Seit Jahren fordern wir, die sozialdemokratischen Vertreter der Bauern unseres Landes, eine gerechtere Verteilung der Zusatzprämien beim ÖPUL-Programm. Für 1998 soll nun endlich eine Staffelung vorgenommen werden. Künftighin werden landwirtschaftliche Betriebe ähnlich der Elementarförderung einer Flächenstaffelung unterzogen. Betriebe unter 100 Hektar werden keiner Prämienkürzung unterliegen. Jene zwischen 101 bis 300 Hektar erhalten noch 85 Prozent der ÖPUL-Prämien und von 301 bis 1000 Hektar werden immerhin noch 75 Prozent der Förderungen ausbezahlt werden. Über 1000 Hektar allerdings nurmehr 65 Prozent. Für Biobetriebe ist eine geringere Degression vorgesehen. Mit dieser Maßnahme ist endlich ein erster Schritt einer sozialen Staffelung bei einem EU-Förderungsprogramm eingeleitet, das auch den kleineren bäuerlichen Betrieben unseres

Landes eine gewisse Chancengleichheit bietet. Von sozialer Gerechtigkeit innerhalb der europäischen Landwirtschaft kann deswegen allerdings noch lange nicht gesprochen werden. Denn noch immer erhalten 20 Prozent der europäischen Bauern 80 Prozent jener finanziellen Mittel, die vom EU-Haushalt direkt an die Bauern ausbezahlt werden. Und 80 Prozent der Bauern erhalten lediglich 20 Prozent der Gelder, die angewiesen werden. Das ist eine krasse Ungerechtigkeit, meine Damen und Herren! Nur die Gleichbehandlung aller Bauern in unserem Land wird künftighin das Überleben der Kleineren gewährleisten. Es werden wohl noch viele Verhandlungen notwendig sein, um bei den großen, aber auch den Vertretern von Raiffeisen und Co., denen Solidarität anscheinend ein Fremdwort ist, Verständnis zu finden.

Ich kann es Ihnen, meine Damen und Herren, nicht ersparen, wir haben hier schon von meinem Vorredner etwas gehört von den Direktvermarktern, einige Unsinnigkeiten, die man dieser Gruppe von Bauern derzeit in Form von Hygienebestimmungen aufzwingen will oder aufzwingt, aufzuzählen. Nehmen wir das Beispiel Milch. Der Erzeugermilchpreis liegt in Österreich im untersten Drittel aller europäischen Staaten. Wenn sich aber die Milchbauern berechtigt Sorgen um ihre Zukunft machen, dann wird ihnen von ihren eigenen Vertretern empfohlen, nicht zu jammern, sondern innovativer zu sein. Und nun wollen Ihnen Ihre eigenen Vertreter bei den Hygienerichtlinien für Milch und Milchprodukte noch mehr Schwierigkeiten, als dies ohnehin der Fall ist, machen. Wenn hier nicht mehr Verständnis für die Selbstvermarkter von Milch und Milchprodukten von den Vertretern der Wirtschaftskammer aufgebracht wird, werden diese Selbstvermarkter resignieren, aber das wollen die Vertreter dieser Kammer wahrscheinlich.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Ähnliche Probleme, meine Damen und Herren, haben auch die Be- und Verarbeitungsbetriebe bei Käse, weil sie sich die geforderte Betriebsausstattung ganz einfach nicht leisten können. Der Verkauf und die Erzeugung von Weich- und Schnittkäsen, die mit geringerem Qualitätsrisiko hergestellt werden, wird damit einem Großteil der bisherigen Erzeuger unmöglich gemacht, weil die Erfüllung der erforderlichen Auflagen finanziell für die meisten Bauern nicht zu verkraften ist. Bei uns wurde bisher unverständlich und unerklärlicher Weise auf die Ausnützung der von der

Europäischen Union gewährten nationalen Spielräume zugunsten der Bauern bei Milchverarbeitungsbetrieben verzichtet. Ich für meine Person habe Nationalrat Donabauer Recht gegeben, der befürchtete, daß die Wirtschaft bei den Verhandlungen um die Liberalisierung der Gewerbeordnung das Bauernsterben zum Ziel hatte. Aber, meine Herren Vertreter der ÖVP, Sie sollten halt endlich einmal mit den Traktoren in Wien auffahren, auch wenn die Schuldigen in den eigenen Reihen zu suchen sind! Oder wie mir ein Bauer volkstümlich im Gasthaus sagte: Es sollte endlich einmal ausgemistet werden.

Meine Damen und Herren! Was echte Solidarität ist, haben Österreichs Schweinezüchter in den letzten Wochen und Tagen bewiesen, weil sie zum Beispiel ohne Protest akzeptierten, daß ihnen die degressiven Ausgleichszahlungen bei Mastschweinen in der ersten Juniwoche ersatzlos gestrichen wurden. Das ist ein Geld, auf das sie verzichten mußten. Und die haben sich nicht gerührt, die haben eine Solidarität gezeigt, wie sie die meisten Bauernvertreter nicht zeigen. Bekanntlich, meine Damen und Herren, sind die Schweinepreise im Verlauf der BSE-Krise wieder angestiegen, was Gottseidank durchaus positive Folgen für die Züchter hatte. Da die Auswirkungen der Rinderseuche aber noch lange nicht überwunden sind, ist es notwendig geworden, den Rinderzüchtern, welche in den letzten Jahren enorme finanzielle Einbußen hinnehmen mußten, auch weiterhin Hilfestellung zu gewähren. Dies ist allerdings nur im Rahmen von agrarbudgetinternen Umschichtungen möglich. Keinesfalls, meine Damen und Herren, wird es zusätzliche Mittel aus dem Budget geben können. Eine dieser Maßnahmen ist die Wegnahme der Preisausgleichszahlung bei Schweinen.

Gestatten Sie mir nun einige Anmerkungen zum Subsidiaritätsprinzip der Sozialversicherungsanstalt der Bauern. Bekanntlich wird den Bauern bei der Berechnung der Ausgleichszulage aus dem Einheitswert des aufgegebenen Betriebes ein fiktives Einkommen angerechnet. Wie wir sehen, gibt es neuerdings Bemühungen von verschiedenster Seite, das Subsidiaritätsprinzip, also die Begünstigung mancher Bevölkerungsschichten, in den unterschiedlichsten Sozialsystemen zu untergraben oder abzuschaffen. Ich warne aber vor diesen Schritten und deren Folgen. Es muß hier äußerst behutsam vorgegangen werden. Viele von uns wissen, daß es immer mehr Bäuerinnen oder Bauern gibt, die einem Beruf nachgehen und deren Ehepartner dadurch automatisch ohne Beitragszahlung, obwohl er in der Landwirtschaft tätig ist, mit seinem berufstätigen Ehepart-

ner mitversichert ist. Den anderen Kassen kostet das natürlich Milliardenbeträge und es gibt Überlegungen, dies zu ändern. Sollte es hier tatsächlich eine Änderung geben, dann kann dies nur in der Form gehen, daß man eine Einheitswertgrenze installiert, da sonst die kleinen Neben- und Zuerwerbsetriebe keine wie immer gearteten Überlebenschancen hätten. Und die bäuerlichen Familienbetriebe würden in unserem Land endgültig der Vergangenheit angehören. Meine Damen und Herren, ich bringe daher folgenden Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Schütz zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Neuregelung des Krankenversicherungssystems.

Die in den letzten Tagen diskutierten Reformpläne betreffen auch Überlegungen zur Neuregelung der Subsidiarität in der Bauernkrankenversicherung. Diese Diskussion ist nicht neu und darf im Rahmen einer Neugestaltung des Versicherungssystems nicht ausgespart werden. Dabei muß aber auch das richtige Augenmaß dafür gefunden werden, daß Nebenerwerbslandwirte in ihrer Existenz nicht gefährdet werden; die Nebenerwerbslandwirte erbringen nämlich nicht nur einen wirtschaftlich wichtigen, sondern auch einen ökologisch wertvollen Beitrag.

Bei einer eventuellen Neuregelung ist im Hinblick auf die Bedeutung sicherzustellen, daß aus der Regelung keine Nachteile für die kleinen Nebenerwerbslandwirte erwachsen. Allerdings darf eine eventuelle Neuregelung nicht die kleinen Betriebe erfassen, da für diese Betriebsführer der Nebenerwerbslandwirtschaften zumindest der Gleichbehandlungsgrundsatz im Sinne der Geringfügigkeitsgrenzen gelten muß. Aus historischer Entwicklung muß daher verständlich werden, daß aus dem Einvernehmen der politischen Parteien und Interessensvertretungen das Subsidiaritätsprinzip festgelegt wurde und die Anwendung dieses Prinzips nur die Nebenerwerbsbetriebe erfassen soll.

Es ist auch völlig unverständlich, daß einerseits über Regionalförderung und Strukturförderungsmittel der EU versucht wird, möglichst viele Betriebe zu erhalten, andererseits aber über den Sozialbereich eine Beschleunigung des Strukturwandels zugunsten der Großbetriebe erwirkt werden soll.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um im Rahmen einer Gesamtreform des Sozialversicherungssystems eine Lösung zu finden, die den Bestand der kleinen, vorwiegend Nebenerwerbsbetriebe, nicht gefährdet."

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Hohes Haus! Nun ein Thema, das wohl den meisten Österreicherinnen und Österreichern am Herzen liegt, wobei allerdings die wenigsten wissen, welch gewaltiger Arbeitsaufwand gegeben ist, bis man das Endprodukt genießen kann. Ich rede vom Wein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Im Vorjahr konnte auf Grund der Witterungsverhältnisse nur eine kleine Ernte eingebracht werden. Es hat zwar durch die doch geringe Sonneneinstrahlung anfangs Behandlungsprobleme gegeben, die jedoch beseitigt werden konnten. Wobei die bestehenden Weinlabors in unseren Anbauregionen einen unverzichtbaren Beitrag für die Behandlung des Weines durch ihr ausgezeichnetes Fachwissen, das sie an die Weinbauer und Produzenten weitergaben, geleistet haben. Dafür gebührt diesen Einrichtungen und den Personen, die darin tätig sind, ein besonderer Dank und Anerkennung. Daß aber auch für die Weinbauern nicht alles eitel Wonne ist, hat der heurige Winter bzw. der Frost um die Weihnachtszeit des Vorjahres gezeigt, wo bei minus 30 und 31 Grad vor allem im Weinviertel, besonders im Pulkautal, vielfach Ausfälle bis zu 100 Prozent in den Weingärten festzustellen waren. 1997 und 1998 wird es deshalb gebietsweise keine Weinernte geben. Ich hoffe, daß das Land Niederösterreich den schwerstgeschädigten Weinbauern helfen wird. Und wir haben auch einen entsprechenden Resolutionsantrag, wie Sie gehört haben, vorbereitet, den die Kollegin Lembacher bereits verlesen hat, der, so hoffe ich, die Zustimmung des Landtages bekommen wird.

Auf Grund der geringen Erntemengen in den vergangenen Jahren und der gestiegenen Nachfrage sowie der verbesserten Qualität ist der Weinpreis derzeit äußerst zufriedenstellend. Allerdings klagen die Weinhändler zu Recht über die geringe Bereitschaft der Produzenten, also der Weinbauer, Wein zu verkaufen. Und hier besteht ein nicht zu unterschätzendes Risiko, meine Damen und Herren, für künftige Absatzmöglichkeiten auf dem Markt. Viele Weinbauer spekulieren näm-

lich irrtümlicherweise mit einem noch höheren Preis als dies derzeit ohnehin der Fall ist. Die Folge könnte sein, daß bei zu hohen Einkaufspreisen der Handel auf ausländische Weine umsteigt und österreichische Kontingente für immer verloren sind. Die Folgen einer solchen Fehleinschätzung der derzeitigen Situation und der Handelspartner könnten also katastrophal sein. Daran, meine Damen und Herren, sollten die betroffenen Weinbauern allerdings denken. Das Ergebnis einer solchen Entwicklung und Fehleinschätzung könnten wir dann mit dem Glykolskandal vergangener Jahre vergleichen. Allerdings gäbe es eine Hilfestellung dann naturgemäß nicht mehr.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Voranschlag des Landes sind auch heuer wieder ausreichende Mittel für Niederösterreichs Landwirtschaft bereitgestellt. Finanzielle Besserstellungen sind in der derzeitigen Situation unseres Landes allerdings nicht realisierbar. Eine verantwortungsvolle Politik und fleißige Bauern, die das Augenmaß ihres Handelns nicht verlieren, sind aber Garanten für die Zukunft dieses Landes. Daher wird meine Fraktion dem Voranschlag für das Jahr 1998 gerne die Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf ebenfalls zur Gruppe 7 des Landesbudgets Stellung nehmen, zu einigen Ansätzen vor allem im Bereich der Agrarwirtschaft. Niederösterreich als größtes Bundesland und größtes Agrarland hat natürlich eine entsprechende Bedeutung. Wir müssen aber hier auch ganz klar in Zusammenhang mit diesem Landesbudget feststellen, daß eine Strukturveränderung im Gange ist und daß der Strukturwandel trotz der Probleme am Arbeitsmarkt natürlich weiter fortschreitet und wir auch in Niederösterreich einen sehr hohen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben bereits haben. Ursachen für den Strukturwandel gibt es verschiedene. Unterschiedliche betriebliche Voraussetzung, topographische Voraussetzungen, Berggebiete. Und wir wissen, daß gerade auch bei den landwirtschaftlichen Betrieben Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden mit Maschineneinsatz und ähnlichem mehr, daß aber natürlich diese Rationalisierungsmaßnahmen auch Grenzen haben.

Wir wissen, daß gerade Grünland in den Berggebieten die wesentliche Voraussetzung für die Milchwirtschaft darstellt und natürlich eine besondere Erwerbssäule für den Großteil der österreichischen Bauern darstellt. Wir wissen aber auch, daß gerade dieses Grünland, das Berg- und Hügelland und die Fläche Niederösterreichs, unseres Landes, ganz einfach Grundlage für das Funktionieren der Landschaft an sich, der Ökosysteme, der Landschaft in ihrer Vielfalt darstellt. Und daß große Ansprüche auch im Hinblick auf die Landschaftsnutzung aus dem Tourismus und anderen Bereichen der Volkswirtschaft hier gestellt werden. Wir wissen aber, wenn wir in die Zukunft sehen, daß es besonders wichtig sein wird, wie denn die große Entwicklung der Landwirtschaft im europäischen Bereich fortschreiten, und auch, wie der gesamte Welthandel sich entwickeln wird. Wenn heute schon im kleinen Bereich vor allem der Kollege Maier davon gesprochen hat von Bioregion und ähnlichem mehr, dann glaube ich, daß damit natürlich sehr viele Chancen verbunden sind. Wir müssen aber auch erkennen, daß erfreulicherweise auf der einen Seite die Fläche für Biolandbau, für biologische Betriebe gestiegen ist, aber die Nachfrage nicht in jenem Ausmaß gestiegen ist, als das eigentlich von der Fläche her der Fall und die Möglichkeit wäre, Absatz zu haben. Besondere Probleme gibt es ja gerade beim Fleisch, wo wirklich die Frage des biologisch erzeugten Fleisches nicht ganz drüberzubringen ist. Wahrscheinlich auch eine Ursache davon, daß wir in Österreich natürlich insgesamt ein sehr weites, flächendeckendes ÖPUL-Programm haben, um eine naturnahe Bewirtschaftung hier vorzunehmen. Es ist sicherlich alles daran zu setzen, um den Konsumenten für diese naturnahe Produktion entsprechend zu begeistern. Um auch den entsprechenden Absatz zu erreichen, damit wir Produkte erzeugen, deren Preise die kostendeckende Wahrheit sprechen. Ich glaube, auch das muß man bei den wirtschaftlichen Kriterien dazu sagen.

Zum zweiten wird es wesentlich sein, wie denn die internationale Entwicklung geht, nämlich die Nachfolge der GATT-Regelung, die sogenannten WTO-Verhandlungen. Die Welthandelsorganisation mit den 131 Mitgliedsstaaten ist natürlich auch gefordert, hier die Rahmenbedingungen abzustecken. Wobei wir wissen, daß da das Interesse der Amerikaner vor allem jenes ist, möglichst frei die Waren weltweit zu transportieren. Und daß wir als Österreicher mit der Durchsetzung unserer Interessen, vor allem gemeinsam mit den Bündnispartnern der Europäischen Union, natürlich hier wesentlich bessere Chancen vorfinden, auch gerade für die bäuerliche Landwirtschaft entspre-

chend das Interesse hier mit einzubringen. Wobei auch festzustellen ist, wenn man mit bäuerlichen Berufskollegen aus Bayern spricht oder anderen, dann haben die zwar manchmal bessere Voraussetzungen auf Grund der Struktur, aber im wesentlichen ja ein gleiches Interesse von den landwirtschaftlichen Betrieben her.

Ich glaube, daß die Zielsetzung unserer Vertreter innerhalb der Europäischen Union nicht nur bei WTO-Verhandlungen, sondern auch, wenn es um die Weiterentwicklung der Agrarpolitik geht, sein muß, daß die flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft, die flächendeckende Bewirtschaftung hier auch in Zukunft gegeben ist. Und ich darf in diesem Zusammenhang gleich auf den Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat Bezug nehmen, in Zusammenhang mit den Leistungen, die die Interessensvertretung Landwirtschaftskammer für die Agrarpolitik erbringt. Im Zusammenhang mit diesen Leistungen wurde da ein Antrag eingebracht, der sozusagen heißt "leistungsbezogene Förderung". Ich muß dem Kollegen Marchat sagen, das geht völlig ins Leere, nämlich insofern, ich verstehe unter Leistungsbezogenheit nicht eine Anzahl, eine Summe von Zuwendungen, die durch die Mitglieder zu dividieren wäre. Das ist der völlig falsche Weg. Wir wissen, daß die Leistung für die Landwirtschaft eine flächendeckende ist, unabhängig von der tatsächlichen Zahl. Wiewohl wir natürlich Interesse haben, möglichst viele Betriebe auch im Hinblick der Arbeitsplatzsicherung auf den Höfen zu beschäftigen. Doch es kann nicht so gehen, daß die Interessensvertretung hier einfach sozusagen durchdividiert wird. Wahrscheinlich ist das so ein bißchen ein Schlag in die Richtung, weil sie neidvoll zurückblicken, daß halt bei der Urabstimmung die Bauern mit einem sehr hohen Anteil hier ein klares Bekenntnis zur Landwirtschaftskammer, zur Interessensvertretung abgelegt haben. Und halt ein bißchen auch der Neid in die Richtung, daß es der Interessensvertretung gelungen ist, durch die gute Arbeit wesentlich mehr Bauern am Umweltprogramm zu beteiligen. Sodaß es möglich war, zwei Milliarden Schilling mehr aus Brüssel nach Österreich zu holen über das Umweltprogramm, durch die Leistungen der Interessensvertretung.

Wenn wir wissen, daß es Länder auch innerhalb der Europäischen Union gibt, von denen 50 Prozent dieser Maßnahmen nicht abgeholt werden und bei uns konnte trotz eines guten Verhandlungsergebnisses eine Aufstockung erreicht werden, dann würde ich das einmal von der Interessensvertretung her unter leistungsbezogenen

verstehen. Ihr braucht Euch nur die Zahlen anzuschauen. Ich glaube, man darf die Erfolge nicht unter den Teppich kehren, Herr Kollege. Nicht einfach polemisch eine Summe von Zuwendungen nennen, wohl wissend - und ich nehme an, auch die F müßte so weitblickend sein -, daß eine flächendeckende Wirtschaft auch in Zukunft notwendig ist und daß alle Anstrengungen in diese Richtung zu unternehmen wir alle gefordert sind. Ich darf hier sagen, daß wir diesem Resolutionsantrag, der offensichtlich wirklich nur aus irgendwelchen parteipolitischen Überlegungen oder ich kann mir auch vorstellen, nicht einmal aus diesen, gestellt wird - ich überlasse das Ihrer Entscheidung -, daß wir diesem Resolutionsantrag sicherlich nicht die Zustimmung geben.

Zum zweiten glaube ich, daß die Leistungen, die hier insgesamt erbracht werden und vor allem gerade beim Ausverhandeln mit der Europäischen Union, mit den verschiedensten Bereichen. Und da gibt es natürlich durchaus eine unterschiedliche Entwicklung in der Landwirtschaft. Es wurde ja heute schon davon gesprochen, daß wir Produktionsparten haben, die trotz Ausgleichszahlungen besser funktioniert haben, weil die Marktmechanismen wesentliche Komponenten sind. Und wir sollten uns da gar nicht traurig oder parteipolitisch oder sonst irgendwie geben. Wenn degressive Leistungen im Schweinebereich auf Grund der festgelegten Instrumente und Parameter aus der Berechnung ergeben, daß die Leistung, der Zuschuß eben weniger ist, dann muß man auch hier ganz klar sagen, daß das ein Spiel war, das eigentlich vorher, wenn man es leistungsbezogen macht, ganz klar vereinbart war. Und wenn man sich dann herstellt und parteipolitisches Hickhack betreiben möchte und sagt, aber dort ist ein bißchen etwas reduziert worden, aber auf der anderen Seite nicht... *(Abg. Dr. Bauer: Sie verwenden immer das Wort "parteipolitisch". Parteipolitisch könnte ja auch etwas Gutes sein!)* Könnte ja sein. Das würden wir uns erwarten, natürlich, völlig richtig. Könnte ja auch etwas Kluges sein. Ich würde mir viele kluge Vorschläge erwarten auch aus parteipolitischen Überlegungen, natürlich, keine Frage. Ich habe ja nicht das Parteipolitische an sich in Frage gestellt, sondern nur den Blickwinkel einer Partei, Herr Klubobmann. *(Abg. Dr. Bauer: Jeder sieht das aus seiner parteipolitischen Position. Wir sind Politiker und sitzen als Politiker da und sind aufgerufen, das Beste - und zwar jeder aus seiner Sicht - zu machen!)* So ist es. Den Eindruck, muß ich sagen, habe ich gerade bei den vorhin zitierten Anträgen und bei manchen Aktionen einiger Parteien nicht,

daß sie das Beste wollen für unsere Bürger. *(Abg. Dr. Bauer: Aus Ihrer Sicht, Herr Kollege!)*

Es ist auch immer eine Frage natürlich der subjektiven Einschätzung des Einzelnen aus seiner Position heraus. Aber ich glaube, wir sollten uns doch dazu aufrufen, um den engen Horizont ein bißchen zu überwinden und die Gesamtschau in Verantwortung aller Bürger Niederösterreichs zu sehen. Ich glaube, auch das ist eine wichtige Forderung, die wir gerne aufstellen. *(Abg. Dr. Bauer: Und kommen Sie auch auf die Milchwirtschaft und die Probleme der NÖ Molkereien zu sprechen?)* Ja, Herr Klubobmann, gerne.

Ich darf aber vorher noch kurz festhalten, weil ich die Dinge nicht so vermischen möchte, daß auch für den Bereich der Europäischen Union, der Maßnahmen, die hier gesetzt sind, ob nationale Maßnahmen, Kulturpflanzenausgleich, ÖPUL, Zielgebietsregelung - 5b wurde schon angesprochen - hier im Budget sich die entsprechenden Kofinanzierungen wiederfinden. Ich darf aber hier vor allem eines noch sagen: Wenn der Herr Kollege Ing. Dautzenberg gemeint hat, ein Leistungsausgleich, die Bauern bekommen Subventionen und wenn die zu Ende sind, dann kommen sie wieder, oder ähnliches mehr, Herr Kollege, ich muß eines ganz klar zurückweisen: Es geht hier um einen Leistungsausgleich. Das kommt mir so vor, als wenn eine Gemeinde für die Schule neue Möbel bestellt, und weil diese Möbel sozusagen aus der öffentlichen Hand bezahlt werden, sage ich, lieber Tischler, das wäre eine Subvention, weil es von der öffentlichen Hand kommt. Das bekommst du nicht. Wenn die öffentliche Hand Leistung von den Bauern bestellt, Umwelleistungen, dann hat sie diese Leistungen auch zu bezahlen. Da stehen Leistung und Gegenleistung einander ganz klar gegenüber. Ich glaube, so muß man die Dinge sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Kollege Marchat von der F auch gemeint hat, wir sollten die Renationalisierung der Landwirtschaft betreiben, und das hat er so ziemlich deutlich in den Vordergrund gestellt, dann darf ich dem mit einigen Fakten begegnen. *(Abg. Dr. Bauer: Der Förderung!)* Ja, der Agrarförderung, ich darf das gleich unterstreichen. Danke für die Ergänzung. Damit wir das Hohe Haus auch optimal informieren über diese Sache, wie kurzfristig und vielleicht, ich will nicht sagen einäugig oder blauäugig, hier die Sache betrachtet wird. Es wird auf der einen Seite kritisiert, die 1,6 Milliarden Schilling Agrarbudget sind nicht die Welt. Ich weiß schon, daß wir uns mehr wünschen würden oder eine höhere Summe wünschen würden, überhaupt keine Frage. Da gehen wir

durchaus konform. Aber, ich muß schon sagen und ein bißchen Nachhilfeunterricht geben: Wir konnten mit den EU-Förderungen, wenn man die Bilanz der Landwirtschaft des Jahres 1996 betrachtet, allein eine Agrarförderung in Niederösterreich in einer Summe von 9,2 Milliarden Schilling, also 9.217.000.000 Schilling EU-Mittel inklusive Bundes- und Landesmittel, richtiggestellt, und 3,4 Milliarden Schilling ÖPUL-Mittel, das sind rund 13 Milliarden Schilling, nach Niederösterreich bringen. Wir konnten damit Gewaltiges bewirken. Wenn wir das auf die Staatsebene zurückführen, den Förderungssektor, und sagen, diese EU-Mittel, die wollen wir hier nicht mit anwenden, dann würde das natürlich bedeuten bei einem Budget von 50 Milliarden Schilling, Sie wissen das, welchen hohen Anteil. Und über die Finanzierungsfrage, da macht man sich offensichtlich bei der F möglicherweise wenig Gedanken. Zumindest aus der Wortmeldung konnte ich das so entnehmen.

Zum zweiten glaube ich, daß wir gerade in der Landwirtschaft auch die vielen Aufgaben im Budget entsprechend berücksichtigt haben. Vom Güterwegebau bis hin zu Maßnahmen für Katastrophenschäden, Hagelversicherung und ähnlichem mehr. Ich glaube, daß hier die Berücksichtigung im Budget stattgefunden hat und daß die entsprechenden Anträge hier ergänzend sind. Wobei es ja eigentlich logisch ist, wenn eine Katastrophe eintritt, wie es zum Beispiel im Weinbau der Fall war, daß natürlich entsprechend oder auf Grundlage des Katastrophenfondsgesetzes die Leistungen erfolgen sollen.

Ein bißchen verwundert oder eigentlich erstaunt war ich über die Aussagen des Kollegen Schütz, der gemeint hat, den BSE-Ausgleich würde er grundsätzlich befürworten. Und er freut sich, daß der Landesrat Blochberger gemeinsam mit dem Bundesminister zum Thema BSE-Ausgleich nicht nur im vorigen Jahr, sondern auch im heurigen Jahr wiederum Leistungen vereinbaren konnte, weil es wirklich eine sehr schwierige Branche, die Rinderwirtschaft, durch den BSE-Ausgleich europaweit durchschüttelt. Die Konsumenten haben also in Österreich den Produzenten hier eher und mehr den Rücken gekehrt als das zum Beispiel in England der Fall war. Da, glaube ich, ist es durchaus notwendig und angebracht, diese Maßnahmen auch entsprechend zu setzen. Nur, dann zu sagen, das muß über das Agrarbudget alleine erfolgen und es darf keineswegs eine zusätzliche - ich weiß schon, daß wir alles über das Agrarbudget buchen müssen, von den buchhaltarischen Vorgängen sei jetzt nicht gesprochen - es kann

also etwas anderes oder zusätzlich nicht angesprochen werden, es geht hier alleine um eine interne Umverteilung. Ich wollte nur ein bißchen deutlich machen, wie hier die Bereitschaft der Agrarwirtschaft ganz einfach aus dem Blickwinkel des Herrn Kollegen Schütz doch meiner Auffassung nach etwas halbherzig betrachtet wird. (*Abg. Dr. Bauer: Das habe ich nicht herausgehört! Er sagt, daß er das machen will. Und das ist Ihnen nicht recht?*) Doch, das habe ich betont. Nur dann ergänzend zu sagen, ...aber keinesfalls einen Schilling mehr, sondern alles nur die Bauern selber, im eigenen Kreislauf sozusagen, dann ist das Verdienst für mich nicht sehr groß. Ich wollte das nur ein bißchen klarstellen, damit man das auch von der Betrachtungsweise her und von der Wertschätzung erkennt und daß zwischen dem, was für die Bauern sozusagen vorgebracht wird und gesagt wird, und zwischen dem, was dann tatsächlich entschieden wird, oft doch krasse Unterschiede sind. Ich glaube, es ist wesentlich, das auch im Zusammenhang mit dem Agrarbudget, Herr Klubobmann zu betonen. (*Abg. Dr. Bauer: Aber das Agrarbudget und auch die Zusatzbudgets haben wir immer einstimmig beschlossen, zumindest ÖVP und SPÖ!*) Richtig. Das habe ich ja nicht bezweifelt. (*Abg. Dr. Bauer: Dann können Sie nicht sagen "halbherzig", es sei denn, Sie waren auch nur "halbherzig"!*) Weil es so stark betont worden ist, das muß ich noch einmal ganz klar sagen. Herr Klubobmann, ich würde Sie ersuchen, doch die Aufmerksamkeit auch mir zu schenken. Denn ich habe die Halbherzigkeit nicht auf die Zustimmung bezogen, sondern auf die Aussage des Herrn Kollegen Schütz, damit auch das klar gestellt wird.

Ich glaube, wir können uns gerade über die Bedeutung der Landwirtschaft auch insofern freuen, als es gelingt, nämlich über den eigenen Produktionsbereich hinaus, daß die Landwirtschaft und natürlich die gesamte nachgelagerte Veredelungswirtschaft bis hin zur Nahrungs- und Genußmittelindustrie doch eine wesentliche Wirtschaftskraft in unserem Lande darstellt. Wir wissen, daß am Lebensmittelsektor insgesamt 265 Milliarden Schilling an Wertschöpfung erwirtschaftet wird, das sind etwa 12 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes. Und wenn also am Lebensmittelsektor schätzungsweise 15 Prozent aller Beschäftigten in Österreich, selbständig und unselbständig hier mitgerechnet, tätig sind, dann ist etwa jeder siebte Berufstätige in diesem Bereich tätig. Und wenn wir wissen, daß natürlich auch Strukturbereinigungen notwendig waren, dann müssen wir auf der anderen Seite auch klar

erkennen, daß die Ausgaben der österreichischen Bevölkerung für den Bereich Lebensmittel, das heißt Nahrungsmittel insgesamt, zurückgegangen sind und wir derzeit bei etwa 18 Prozent, oder sogar bereits knapp darunter, des Gesamteinkommens halten, welche für Lebensmittel ausgegeben wurden. In Prozenten ausgedrückt ist es tatsächlich so, daß eben seit dem EU-Beitritt das um mehr als 1,8 Prozent zurückgegangen ist. In Summe gesehen waren das 4,3 Milliarden Schilling, um die die Ausgaben geringer geworden sind. Daß das natürlich auch die Verbilligung von Lebensmitteln zur Folge hat, geringere Ausgaben für die Konsumenten, aber andererseits sich in Druck auf die Produktionsbetriebe und die Veredelungswirtschaft auswirkt, das wissen wir.

Zur Milchwirtschaft: Die NÖM ist keine multinationale Genossenschaft, sondern eine Aktiengesellschaft. Ich glaube, das dürfte bekannt sein. Nicht, wie das der Herr Kollege Marchat hier vorgemacht hat. Tatsächlich wissen wir, daß sicherlich die größten Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten in der Wirtschaft, vor allem im Zusammenhang mit der Lebensmittelwirtschaft vor sich gegangen sind, den Milchwirtschaftsbereich insgesamt am meisten betroffen haben. Ich möchte den Bereich Milchwirtschaft in drei Bereiche teilen. Weil ich nicht sehr viel davon halte, daß man im Bereich der Molkereiwirtschaft über die Politik schimpft und in der Politik über die Molkereiwirtschaft. Und ich weiß, daß hier die Zuordnung auch klar und korrekt zu vollziehen ist.

Erstens glaube ich, wird es für die Milchbauern wichtig sein, wie die politischen Rahmenbedingungen europaweit, nämlich in Zusammenhang mit der neuen Quotenregelung und mit der Diskussion um eine Marktordnung, auch im Hinblick auf die WTO, aber vor allem die europaweiten Maßnahmen werden hier sicherlich die entscheidenden sein. Die Position Österreichs, dargelegt durch unseren Landwirtschaftsminister: Ich glaube, daß wir im Prinzip an den Quotenregelungen festhalten. Wobei die Frage der A- und B-Quoten natürlich zur Diskussion steht, aber auch hier die klare Forderung, daß also die Berggebiete, die es wirklich wesentlich schwieriger haben von der Produktion her, hier nicht in B-Quoten sozusagen mit zum Handkuß kommen. Sondern daß hier ein entsprechender Ausgleich erfolgt. Ich glaube, diese Position können wir wirklich unterstreichen.

Zum zweiten Bereich, der schon irgendwo gefordert wurde: Der betriebliche Bereich oder die betrieblichen Möglichkeiten der Verarbeitungswirtschaft. Wir wissen, daß die Umstrukturierung in

den NÖ Molkereibetrieben binnen weniger Jahre von insgesamt 19 Betrieben auf vier Betriebe, der Abbau von über 500 Beschäftigten, also eine Reduzierung um mehr als die Hälfte, natürlich vielen Familien, die dort beschäftigt sind, weh getan hat. Natürlich aus vielen regionalpolitischen Überlegungen nicht nur sehr viele Diskussionen hervorgerufen hat, sondern auch sehr sehr viele betroffen hat. Sowohl vom Wirtschaftsstandort her, weil wenn in einer kleineren Ortschaft ein Betrieb wekommt, dann wissen wir, was das bedeutet, als auch von den Beschäftigten, vom Impuls für die Gemeinde. Wir wissen aber auch, daß es untragbar ist in der Milchwirtschaft, diese Vielzahl von Betrieben zu halten und daß es höchst notwendig war, diese Rationalisierungsmaßnahmen vorzunehmen. Und rationalisiert wurde. Es wurde sehr viel an Einsparung und das heißt, an Mehrleistung durch Einsparungen erwirtschaftet. Bedauerlich ist allerdings in diesem Zusammenhang, daß es nicht gelungen ist, diese Einsparung zu Eigenkapitalbildung, Verlustabdeckung oder zur Gestaltung des entsprechenden Milchpreises zu verwenden. Sondern daß durch diesen noch zu stark bestehenden oder zum Teil wirklich unnötigen Wettbewerb - zum Teil auch hausgemacht, es war nicht alles nur von ausländischen Betrieben - es in der Folge dazu gekommen ist, daß der Milchpreis in Niederösterreich oder in Österreich insgesamt - wir sind da trotz unterschiedlicher Auszahlungspreise einzelner Molkereien im wesentlichen auf einem ähnlichen Level - im untersten Bereich Europas angelangt ist. Da muß man auch ganz klar sagen, daß natürlich auch hier einerseits die Verarbeitungsbetriebe, die ich jetzt im zweiten Punkt angesprochen habe, gefordert sind. Daß eine Möglichkeit natürlich darin bestünde, ähnlich wie es die Rübenwirtschaft gemacht hat, nämlich in Form eines Rübenbauernbundes hier im Zuge zwar der Beteiligung, aber auch der Interessensvertretung sozusagen für einen entsprechenden Rübenpreis - in dem Fall Milchpreis - einzutreten. Ich glaube, daß diese Überlegungen ja auch seitens des Molkereiverbandes hier im Gange sind. Und das zweite wäre, und das ist durchaus auch eine Überlegung in Zusammenhang mit der Interessensvertretung, hier sozusagen ähnlich wie bei einer kollektivvertraglichen Regelung sozusagen ein Fangnetz. Ich weiß schon, daß wir nicht zu einem staatlichen Preis zurückkehren wollen. Aber ein Fangnetz zu schaffen, damit wir nicht - ich sage das jetzt einmal - unter den europäischen Durchschnittspreis kommen. Wir sind ja darüber bitte im Gespräch. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das muß man aber einmal ganz klar sagen. Wir hätten uns aber auch erwartet, daß sowohl der Ausgleich des degressiven Ausgleichsbeitrages,

bitte, wenn wir sagen, daß das im eigenen Wettbewerb und durch das Verhindern von Strukturmaßnahmen, auch das muß man einmal deutlich sagen, nicht möglich war, diesen Ausgleich wettzumachen und die Anhebung parallel dazu durchführen zu können. Das ist nicht gelungen. Das heißt, es werden hier sicherlich - und ich bin da nicht nur aus meiner Erfahrung heraus, sondern auch politisch und selber als Milchbauer sicherlich sehr gefordert und sehr interessiert daran - gerade im Zusammenhang, ob das jetzt wie beim Schweinemarkt Schweinebörse oder Rinderbörse oder ähnliches heißt, Maßnahmen in Form einer Art Börse zu treffen sein. Die Dänen haben uns mit einem Marketingboard etwas vorgezeigt. Ich glaube, es gibt also schon Beispiele in jene Richtung, daß gerade hier es ein besonderes Ziel sein muß, eine Untergrenze einzuführen, um das Einkommen und den Preis entsprechend abzusichern.

Und der dritte Bereich, den möchte ich auch ansprechen, das sind die sogenannten marktwirtschaftlichen Möglichkeiten. Ich muß feststellen gerade im Zusammenhang mit den AMA-Beiträgen, natürlich kann man über Werbung und Marketing immer verschiedener Meinung sein und etwas gut oder schlecht heißen. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Dr. Bauer: Sie haben noch nicht gesagt, warum die Veränderungen bei der NÖM eingetreten sind. Da hat man ein großartiges Konzept, geht von Wien hinaus nach Baden, und ein paar Wochen später schaut alles ganz anders aus!)* Ich glaube, wir sollten hier eines machen. Das ist nämlich genau der Fehler, der oft passiert. Ich habe das vorhin sehr deutlich gesagt, man sollte nicht "die Politik" sagen. Wir sind die Politik und die machen alles schlecht. Und wir sind sozusagen die Bevormunder von denen. Sondern wir können auf der anderen Seite, glaube ich, klar die Positionierung wahrnehmen. Daher meine Forderung nach politischen Rahmenbedingungen. Zweiter Bereich: Betriebswirtschaftliche Möglichkeiten der Betriebe, die natürlich zu fordern sind. Und das wird natürlich auch den entsprechenden Organen zur Entscheidung vorgelegt, überhaupt keine Frage. Und der dritte Bereich, der auch sehr wesentlich ist und um den dürfen wir uns auch politisch nicht herumdrücken, Herr Klubobmann, der dritte Bereich sind die marktwirtschaftlichen Möglichkeiten, die durchaus in anderen Ländern Europas mit politischer Unterstützung laufen. Wenn zum Beispiel die NÖM-Bauern 14 Millionen Schilling AMA-Marketingbeiträge bezahlen, dann habe ich schon gesagt, kann man über Marketing - da wird viel Gutes gemacht, überhaupt keine Frage - immer diskutieren. Bei der Werbung gibt

man immer die Hälfte Geld vielleicht nicht richtig aus. Nur weiß man nicht, welche Hälfte, weil man meistens die Dinge nicht sehr genau analysieren kann, das muß man dazu sagen.

Bei diesen Marketingmaßnahmen geht es mir vor allem um die Wettbewerbsverzerrung mit der Europäischen Union, die gerade im Wirtschaftsbe- reich, die Wettbewerbsverzerrung, hier besonders im Vordergrund steht und sagt, das darf nicht sein. Dann darf eine Wettbewerbsverzerrung zur Benachteiligung unserer Betriebe natürlich auch nicht erfolgen. Das heißt also, daß wir etwa das Doppelte an Marketingbeiträgen bezahlen als zum Beispiel unsere Bauernkollegen in Bayern. Ähnlich wäre es bei der Rohmilchuntersuchung.

Was mir noch wichtig erscheint bei diesem dritten Punkt ist die Frage der Anfuhrkosten. Wir wissen, daß wir auf Grund unserer Strukturen, zum Teil auch politisch gewollt, mit Lieferverzicht und ähnlichem auch begründbar - war ja an sich ein richtiger Weg, nicht einfach mehr zu erzeugen. Die Bauern sind sehr, sehr gut damit gefahren. Die EU hat ja das Gesamtsystem der Quotenregelung ebenfalls eingeführt. Man muß dazu sagen, daß wir natürlich auf Grund der kleineren Betriebe, etwa zu Bayern, von der Richtmenge her, auf Grund der topographischen Strukturen, aber auch auf Grund der Lagen, zum Beispiel im Weinviertel, wo in jedem Dorf nur mehr ein landwirtschaftlicher Betrieb sich befindet, wir also etwa die doppelten Kosten, rund 30 Groschen Milchanfuhrkosten haben. Wobei die Bayern zum Beispiel 14 Groschen haben, die Holländer noch viel weniger, weil dort tausende Liter pro Betrieb abgeholt werden. Ich habe den neuen Generaldirektor des Molkereiverbandes, Ing. Leopold Gruber auch aufgefordert, ein Projekt auszuarbeiten seitens des Verbandes, daß hier - ob eine Ziel 5b-Förderung möglich ist, kann ich von hier aus nicht sagen - aber daß man diese Benachteiligung sozusagen durch die Anfuhrkosten, die letztlich der Bauer zu tragen hat, auch tatsächlich ausgleicht.

Zum letzten Punkt, der noch wichtig ist - wichtige gäbe es noch viele, aber ich darf die Zeit da nicht überstrapazieren - glaube ich doch, daß der Bereich Urlaub am Bauernhof hier besonders erwähnt werden darf. Ich glaube, daß im Zusammenhang mit der Änderung der Gewerbeordnung der Punkt vor allem im Bereich des bäuerlichen Tourismus noch nicht gänzlich behandelt wurde. Der Wirtschaftsminister hat hier zugesagt, daß gerade diese Zehn-Betten-Regelung mit Ferienwohnungen noch einer Lösung unterzogen wird. In Summe glaube ich, daß gerade mit der Gewer-

beordnung im Hinblick auf die ergänzende Möglichkeit, Produkte verarbeiten zu lassen, durch die Vernetzung mit der gewerblichen Wirtschaft doch sehr viele Fragen der Unterordnung, des Wegfalles der Unterordnung, daß sehr viele Punkte enthalten sind, die eine Verbesserung für unsere bäuerlichen Betriebe bringen. Man muß dazu sagen, daß es gelungen ist, in Zusammenarbeit mit der Tourismusabteilung des Landes Niederösterreich, die Qualitätssicherung, wie sie bei modernen Betrieben durchgeführt wird, bei "Urlaub am Bauernhof"-Betrieben und der Privatzimmervermietung in Form von Sonnen bzw. Blumen, wie wir es bei der Gastronomie und bei den Hotels mit Sternen haben, zu erreichen. Wobei in Niederösterreich hier eine große Beteiligung der Betriebe zu verzeichnen war und wirklich viele sehr sehr aktiv mitgemacht haben. Und das zeigt, daß gerade dieses spezielle Angebot nachgefragt ist. Urlaub am Bauernhof ist ja nicht ein Bett zum Schlafen, sondern da gehört ja Ambiente dazu und vieles mehr. Dazu wurde ein neues Förderungsinstrument zur Qualitätsverbesserung geschaffen.

Am Vermarktungssektor ist, glaube ich, durch das Welcome-Ticket, um das uns viele beneiden, einiges gelungen. Das war auch die Initiative von Ernest Gabmann, der gesagt hat, bitte, gerade diese ländliche Struktur kann nur in Zusammenarbeit der gewerblichen Wirtschaft mit den bäuerlichen Erzeugern umgesetzt werden. Hier darf man kein "Kastldenken" betreiben. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich glaube, wir dürfen nicht einer Kurzsichtigkeit verfallen, daß der eine da sein Kastl hat und der andere im anderen Bereich, sondern es geht um den ländlichen Raum. Und der Gast unterscheidet nicht, ob der eine Landesrat oder der andere zuständig ist. Es ist erfreulich, daß hier eine Harmonie, eine Zusammenarbeit besteht, daß wirklich die Ergänzung der Aufbereitung der Marketingmaßnahmen, ob das Weinherbst oder Landfrühling, Biobauernhof, Reiten und ähnliches ist, daß diese Maßnahmen hier gemeinsam umgesetzt werden. Und daß gerade mit dem Welcome-Ticket ein international anerkanntes Instrument geschaffen wurde, das auch die entsprechenden Erfolge bei den Vermietern zeitigt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf weiters sagen, daß man nicht der Meinung verfallen darf, daß irgendwer die Beschäftigten bezahlt, die woanders laufen. Ich glaube, man muß hier überall betriebswirtschaftlich rechnen, ob es im Tourismus, in der Verarbeitungswirtschaft oder ähnliches mehr ist.

Ich darf zum Schluß kommen und zum Resolutionsantrag des Kollegen Schütz auch hier einige Punkte anführen, der hier der Meinung ist, daß diese Subsidiarität in den Krankenversicherungen auf jeden Fall erhalten bleiben soll. Er hat hier im speziellen, und das stört mich eigentlich, die Bauernkrankenversicherung herausgenommen, als ob es diese Mitversicherung, diese Beitragsfreiheit bei anderen Mitversicherten anderer Berufssparten nicht geben würde. Ich sehe das als reinen Anschlag auf die Bauern, ich muß das wirklich einmal in aller Deutlichkeit sagen. Und wenn er hier gerade im letzten Satz des zweiten Absatzes aus der historischen Entwicklung zitiert. (*Abg. Dr. Bauer: Der Antrag will etwas anderes.*) Das hat mit den anderen genauso zu tun.

Wenn hier steht: "Aus historischer Entwicklung muß daher verständlich werden, daß aus dem Einvernehmen der politischen Parteien und Interessensvertretungen das Subsidiaritätsprinzip festgelegt wurde und die Anwendung dieses Prinzips nur die Nebenerwerbsbetriebe erfassen soll", dann ist das derzeit bitte nicht der Fall. Sondern es gilt ein Prinzip entweder für alle oder nicht nur für die eine Berufsschicht. Auch da muß ich ein "Kastldenken" völlig zurückweisen. Ich glaube es geht uns darum, daß wir Chancengerechtigkeit für alle Betriebe erreichen wollen. Ich darf Ihnen sagen, wir haben über 60 Prozent Nebenerwerbsbetriebe. Die haben eine besondere Bedeutung und die müssen wir auch bitte entsprechend unterstützen, überhaupt keine Frage. Nur, Herr Kollege, Sie wissen sicherlich auch aus dem Grundverkehr, daß es dort auch die bäuerliche Interessensabwägung sozusagen gibt und dann auch der Nebenerwerb, ob Großunternehmen, sonstige Einkommensmöglichkeiten und ähnliches, auch unter Nebenerwerb fällt. Man kann das nicht so einfach, glaube ich, über einen Kamm scheren und sozusagen Spannungen erzeugen zwischen Groß und Klein. Ich könnte Ihnen auch aus der Statistik heraus, aber auch aus der praktischen Erfahrung sagen, daß es viele kleine Betriebe gibt, die an der Wertschöpfungskette mehr teilnehmen, die durchaus auch finanziell besser dastehen als andere, die sogenannte Großbetriebe sind. Wobei

immer die Frage ist, was ist ein Kleinbetrieb, was ist ein Großbetrieb, was ist ein bäuerlicher Familienbetrieb oder ähnliches mehr.

Ich darf dazu sagen, daß ein zweiter Trugschluß vorhanden ist. Die Frau Sozialministerin hat offensichtlich in Rust besondere Einfälle gehabt und hier einen Anschlag auf die Sozialversicherungssysteme vorbereitet, wo unter anderem gefordert wird, daß etwa aus der bäuerlichen Sozialversicherung rund 250 Millionen Schilling als Beitrag kommen sollen. Wenn jetzt dieser Vorschlag sozusagen zur Grundlage genommen wird, dann geht der völlig ins Leere. Das muß ich auch einmal deutlich sagen. Denn mit der Übernahme dieser Aufgaben oder mit dem Wegfall sozusagen würden etwa 500 Millionen Schilling mehr an Beiträgen in die Kasse kommen. Es kommen aber damit im Zusammenhang auch mehr Leistungen und Leistungsverpflichtungen in die Kasse, nämlich in einem Ausmaß von 650 Millionen Schilling. Ich darf Ihnen das vorrechnen: Ein Aktiver kostet etwa 5.000,- Schilling, wir haben 40.000 Aktive, sind also 200 Millionen Schilling. Und ein Pensionist kostet etwa 15.000,- Schilling, mal 30.000 sind das 450 Millionen Schilling. Das heißt, wir würden alleine durch diese Maßnahme einen zusätzlichen Abgang oder eine Mehrleistungsverpflichtung der bäuerlichen Sozialversicherung von 150 Millionen Schilling bewirken. Das heißt, 500 Millionen nehmen wir den Bauern zusätzlich weg und 650 Millionen Schilling müßten wir an Leistungen übernehmen.

Wobei ich eingangs gesagt habe, daß das keine Frage der reinen bäuerlichen Sozialversicherungsanstalt ist, sondern diese Mitversicherung gibt es in anderen Bereichen genauso. Das wissen Sie mindestens genauso gut. Ich darf weiters sagen, daß damit mit dieser Mehrverpflichtung von 150 Millionen Schilling aber noch immer kein Groschen Beitrag zur Budgetsanierung geleistet wird. Denn die 250 Millionen Schilling müßten trotzdem noch aufgebracht werden. Jetzt muß ich schon sagen, bitte, daß mit diesem Resolutionsantrag weder dem kleinsten Bauern noch sonst jemandem geholfen wird. Ja daß gerade mit dem Wegfall der Subsidiarität die kleineren Bauern die größeren Nachteile hätten. Und ich glaube, wir sollten hier nicht kategorisieren in klein und groß, sondern hier leistungsbezogene Leistung und Gegenleistung ausgleichen. Und ich glaube, daß sicherlich auch die Sozialversicherung der Bauern ihren Beitrag zum Budget leisten wird.

Aber wenn jetzt ein Bereich zur Diskussion gestellt wird, dann glaube ich ist es nicht richtig, daß man einen Bereich herauszieht, über den polemisiert, in eine gewisse Richtung zu polemisieren versucht. Andererseits sind wir alle aufgefordert, mit größtem Verantwortungsbewußtsein eine Gesamtlösung unseres Sozialversicherungssystems anzustreben. Dies werden wir besonders unterstützen. Ich darf Ihnen daher sagen, daß wir diesem Resolutionsantrag, der inhaltlich ein Anschlag auf die Mitfinanzierung der Bauern ist, die es sowieso nicht leicht haben von ihrem Einkommen her, daß wir diesem Resolutionsantrag und einer derartigen Vorgangsweise hier nicht zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Lieber Abgeordneter Moser! Ich habe auch so wie unser Klubobmann unseren Adolf Schütz so verstanden: Ich glaube, wo Du gesagt hast, daß da ein totaler Widerspruch ist, hat er von meiner Warte aus gesehen sich so für die Landwirtschaft eingesetzt wie selten einer zuvor. Er hat mit seiner Begründung die Sozialversicherungsbeiträge für die Bauern derartig angesprochen, daß das beachtlich ist, von diesem Rednerpult das zu hören. Ich darf Dir aber sagen, als einer, der dem ASVG angehört, würde ich nicht so große Töne spucken an Deiner Stelle. Weil wenn man die Beträge sieht, die der Bund dazu zahlt für die Sozialversicherungsanstalt der Bauern, für die der Selbständigen und für die der Unselbständigen, dann muß ich sagen, das, was der Schütz verlangt hat heute, war ganz in Ordnung, bitte. Da mußt Du Dir den Antrag genauer durchlesen. Somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist wieder solidarisch, was der Schütz gemacht hat. *(Abg. Kurzreiter: Das ist unsachlich! Die Bauern haben einen 20prozentigen Selbstbehalt! - Unruhe bei Abg. Moser.)* Lieber Kollege Moser! Schau Dir die Beiträge an, die der Bund leistet. Und wenn Du gemeint hast, daß die SPÖ... Es hat die Regierung in Rust eine Regierungserklärung abgegeben, die die Hostasch mitunterstützt hat, wo Eure Freunde der Partei genauso mit dabei waren. Also, daß wir das wieder ins richtige Lot rücken. Das war eine einhellige Auffassung. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zu meinem Beitrag in der Gruppe 7 kommen, zum Energiebericht und zur Wirtschaft. Bei genauer Durchsicht des Energieberichtes 1996 kann man feststellen, daß das Energiekonzept zwei wesentliche Ziele verfolgt. Erstens die generelle Einsparung von Energie und zweitens die optimale Nutzung heimischer und erneuerbarer Energieträger.

Der Anteil der nachwachsenden Energieträger liegt derzeit in Niederösterreich bei 15 Prozent und soll bis zum Jahr 2010 auf 25 Prozent gesteigert werden. In Österreich decken Wasserkraft und andere erneuerbare Energieträger zirka 25 Prozent des Gesamtenergiebedarfes. In der EU liegt dieser Wert lediglich bei etwa 5 Prozent. Je höher der Anteil erneuerbarer Energieträger ist, desto größer ist der Nutzen für unsere Umwelt. Das Klimabündnis zielt und heißt nach wie vor Reduktion der umweltbelastenden CO₂-Emissionen um 50 Prozent bis zum Jahre 2010. Die inländische Erzeugung von Rohenergie belief sich auf 288,4 Petajoule und davon fielen auf Wasserkraft 60,8 Prozent, Naturgas 18,8 Prozent, Rohöl 15,5 Prozent und Braunkohle 5 Prozent. Die österreichische Primärenergiegewinnung lag somit bei 7,8 Petajoule oder um 2,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Energieimporte beliefen sich auf 883 Petajoule, das ergibt eine Steigerung innerhalb von einem Jahr um 6,4 Prozent. Wenn man die Exporte an Energie gegenüberstellt, so haben diese eine Höhe von 76,3 Petajoule und liegen ebenfalls um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt 1995. Die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft verursacht keine Emissionen. Österreich erzeugt rund 70 Prozent seines elektrischen Stromes aus Wasserkraft und liegt damit international im Spitzenfeld.

Durch entsprechende Nutzung von Energieerzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft als Rohstoff für die Energieproduktion konnten in Niederösterreich bereits 80 Biomasse-Fernheizanlagen mit einer Gesamtleistung von 100 Megawatt errichtet werden, die rund 5.000 Haushalte mit Fernwärme versorgen können und volkswirtschaftlich zu einem bedeutenden Faktor geworden sind. Die Strohverbrennung ist energetisch eine interessante Form der Strohverwertung und wird verständlicherweise in strohreichen Gebieten Niederösterreichs als Brennstoff in kleinräumigen Fernwärmanlagen zur Verwendung gebracht. Für das Steinkohlekraftwerk Dürnrohr, aber auch für den Hausbrand und die Industrie müßten im Jahr zirka 480.000 Tonnen Steinkohle in unser Bundesland importiert werden. Der Rohölbedarf der NÖ

Energiebilanz zeigt, daß Erdöl den größten Anteil aller Energieträgergruppen am Energieverbrauch aufweist. Der Rohölbedarf in Niederösterreich wird durch Inlandsförderung mit zirka 12,4 Prozent gedeckt.

Sonnenenergie und Solaranlagen hatten ihre bevorzugte Anwendung in der Beckenwasserwärmung von Freibädern, und auch für teilsolare Raumheizung in den Sommermonaten liegen wir mit den Kollektorflächen an zweiter Stelle hinter Oberösterreich im Bundesländervergleich. Beim Bau von Solaranlagen für Wasseraufbereitung in Verbindung mit Heißwasser für Haushalte gibt es eine beachtliche Steigerung und hier liegen wir beim Bundesländervergleich mit den Kollektorflächen hinter der Steiermark am zweiten Platz. Die Errichtung von Windkraftwerken wurde in den letzten Jahren in Niederösterreich stark ausgebaut. Von den insgesamt 26 Windkraftprojekten werden jährlich 12.690 Megawatt Strom ins Netz geliefert, das ergibt einen Jahresstrombedarf von zirka 3.400 niederösterreichischen Haushalten. Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft erneuerbarer Energie und vor allem der Windkraftwerksbetreiber müßte die Abschaffung der Netzdienstleistungsgebühr für die Einspeisung von Strom aus erneuerbarer Energie erreicht werden.

Ein wichtiger Punkt in der Energiewirtschaft ist auch die Bevorratung und Notversorgung. Im Erdölbevorratungs- und Meldegesetz wird den Importeuren von Erdöl und Erdölprodukten vorgeschrieben, Pflichtstandnotreserven im Inland zu halten. In Niederösterreich unterhält die OMV AG zwei Tanklager für die Einlagerung von Mineralölkraftstoffen, die Raffinerie Schwechat mit 1,394.000 Kubikmeter und in St. Valentin 514.000 Kubikmeter, also insgesamt 1,908.000 Kubikmeter. Bei Erdgas kann rund 40 Prozent des Jahresbedarfes gespeichert werden. Dazu kommt noch die Bevorratung der EVUs in Theiß und Korneuburg mit Heizöl Schwer und in Dürnrohr mit Steinkohle. Die Entwicklung der Energiewirtschaft hat auch unter liberalisierenden Marktbedingungen eine wesentliche Schlüsselfunktion in der gesamten Volkswirtschaft und damit für den Wohlstand und die Umwelt unseres Landes. Sollten diese Leistungen wie Krisenvorsorge, Reservehaltung und vorrangige Nutzung und Ausbau erneuerbarer Energieformen auch in einem deregulierenden Markt weiterhin erbracht werden, so sind diese von den EVUs und der Öffentlichkeit entsprechend anzuerkennen. Es gilt daher, meine sehr verehrten Damen und Herren der Grundsatz, daß Energiepolitik nicht für sich alleine zu sehen ist. Umweltpolitische Maßnahmen am Energiesektor sind eng mit anderen

Bereichen wie Siedlungsförderung, Verkehr und Wirtschaft verknüpft.

Zu einer weiteren Senkung und Verbesserung des Energieverbrauches könnte ich mir folgende Maßnahmen vorstellen:

1. Im Bereich der Raumwärme fossile Energieträger durch haustechnische Verbesserung wie Wärmedämmungen und weiteren Ausbau und Nutzung der Biomasse.
2. Bessere Nutzung der erneuerbaren Energieträger. Die Förderung sollte primär für Investitionszuschüsse erfolgen.
3. Nur eine ausreichende heimische Energieforschung und Entwicklung ermöglichen ein effizientes und ökologisch optimiertes Energieversorgungssystem.
4. Bessere Informationen für die Öffentlichkeit. Neben der notwendigen Energieeinsparung ist der Bürger der wichtigste Partner der Energiewirtschaft. Unternehmen und politische Entscheidungsträger sind aufgefordert, das Energieversorgungssystem offenzulegen und für den Interessierten transparenter zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt zum zweiten Teil meiner Ausführung kommen, zur wirtschaftlichen Situation. Die wirtschaftliche Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den EU-Ländern ist sehr angespannt, ich darf sagen, auch weltweit sehr angespannt, und wir erkennen die hohe Arbeitslosenrate. Wir können feststellen, daß es tagtäglich Angst um den Arbeitsplatz gibt, leider auch in Österreich. Wir kennen unsere Arbeitslosenrate und ich darf noch einmal zurückkommen auf die Einbegleitungsrede unseres Finanzreferenten, der die genauen Prozentsätze der Arbeitslosenrate genannt hat. Daher möchte ich stellvertretend auf einige markante Punkte eingehen. Die Arbeitslosenrate in Niederösterreich war bis zum März dieses Jahres bei 7,8 Prozent. Ab März hat sie sich Gottseidank verbessert und wir konnten eine Arbeitslosenrate von derzeit 6,6 Prozent gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 7,2 Prozent verzeichnen. Also in den ersten drei Monaten waren wir um einige Zehntelprozentpunkte schlechter als der Bundesdurchschnitt und ab März 1997 gibt es eine Verbesserung, die natürlich sehr erfreulich ist. Das Wirtschaftswachstum lag 1996 bei einem Prozent, 1997 lautet die Prognose 1,4 Prozent und 1998 werden 2,2 Prozent prognostiziert. Die Inflationsrate ist günstig prognostiziert mit 1,9 Prozent für das Jahr 1997. Der

EU-Durchschnitt, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt bei 2,4 Prozent. Ich darf dazu zwei Vergleichssätze sagen aus den EU-Ländern. In Schweden hält man bei einer Inflationsrate von minus 0,4 Prozent und in Griechenland findet man eine von 6,8 Prozent, so ergibt sich der Durchschnitt von 2,4 Prozent in den 15 EU-Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf nun auf einige Punkte eingehen, die mich 41 Jahre als Gewerkschafter sehr berührt haben, aber sicherlich jetzt auch im Sinne der Kommunal- und Landespolitik zu sehen sind. Es wird versucht von den Unternehmen her, immer wieder das Wort Flexibilisierung aufs Tapet zu bringen. Und es ist auch so, daß in Betrieben das alles leider so vorgelebt wird von den Unternehmen. Und daß unter dem Schlagwort der Flexibilisierung versucht wird, eine gewisse Arbeitsplatzangst vorzuspielen, daß immer wieder die Billiglohnländer als Vergleich genannt werden. Wenn gewisse Forderungen von den Unternehmen zu den Arbeitnehmern kommen, dann heißt es, wenn wir nicht konkurrenzfähig sind, dann müssen wir damit rechnen, daß wir abwandern. Und so gibt es viele Arbeitnehmergruppen, die unter diesem Druck, der immer wieder ausgeübt wird, dann bereit sind, innerbetrieblich Leistungen, die jahrzehntelang bezahlt worden sind, aufzugeben. Es wird immer versucht, daß die Entlohnung auf den Kollektivvertrag 'runtergedrückt' wird, obwohl jahrzehntelang ein System aufgebaut worden ist der Istlöhne über den Kollektivvertragslöhnen. Unter der Voraussetzung, die von mir eingebracht worden ist, der Drohung mit den Billiglohnländern, mit dem Abwandern, mit Absiedlungen, werden Arbeitnehmervertreter gezwungen, verschiedene Bereiche zu verlassen, die sehr schwer erkämpft worden sind.

Ich darf dann noch zur Flexibilisierung ausführen, daß immer wieder Arbeitszeitmodelle verwendet werden. Und damit möchte ich mich an Dich wenden, Herr Landesrat Gabmann. Du kennst die einzelnen Kollektivverträge der Fachgewerkschaften. Und es wird zwischen den Betrieben, zwischen den Betriebsräten mit ihrer Fachgewerkschaft verhandelt, daß wir über die Kollektivverträge einen Istlohn erreichen. Und zusätzlich dazu haben wir auch in den Kollektivverträgen die Arbeitszeitmodelle festgelegt. Wir haben bestimmte Arbeitszeiten, doch jetzt wird von den Unternehmen immer wieder versucht, Arbeitszeitmodelle zu erreichen unter den von mir genannten Vorbehalten, daß Mitarbeiter bereit sind, auf Arbeitszeitmodelle einzugehen. Und

wenn man die dann berechnet, dann stellt man fest im Endeffekt, daß es keine Überstundenbezahlung mehr gibt. Das heißt, es werden Arbeitszeitmodelle geschaffen, daß Samstag, Sonntag gearbeitet wird, dafür bleibt man Montag, Dienstag zu Hause. Es gibt keine Überstunden mehr. Das Einkommen und der Verdienst der Arbeitnehmer wird geringer. Ich glaube nicht, daß wir so unseren Lebensstandard halten können. Ich möchte die Bitte an Dich richten, daß Du vielleicht in Deinem Kollegenkreis, auf der Unternehmenseite darauf einwirkst, daß man von diesem Vorhaben abrücken möge.

Wir haben ebenfalls gehört, diese Aussage fiel auch in Rust, aber auch aus anderen Quellen, daß in Österreich besonders die Lohnnebenkosten so hoch sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder von uns versteht unter den Lohnnebenkosten etwas anderes. Ich weiß, daß die Unternehmer im besonderen etwas anderes darunter verstehen. Und es ist oft so, daß viele Kolleginnen und Kollegen aufmerksam gemacht werden, dann kann man Diskussionen verfolgen, und dann heißt es, die Lohnnebenkosten dürften wirklich zu hoch sein. Und wenn man dann sagt, was sind die Lohnnebenkosten? Urlaubszuschuß, Weihnachtsremuneration, Entgeltfortzahlung und, und, und, das heißt, das alles sind Lohnnebenkosten, dann ist natürlich keiner bereit - mit vollem Verständnis - daß er von den Lohnnebenkosten etwas abgibt. Aber es gibt ständig die Forderung der Unternehmenseite, die Lohnnebenkosten sind zu hoch, wir sind nicht mehr konkurrenzfähig. Und daher muß von diesen erarbeiteten Leistungen, das, was unseren Lebensstandard ausmacht, sicherlich immer darauf geachtet werden, daß man kollegial vertraulich da nichts wegnehmen würde davon.

Ich möchte noch einen Punkt anschneiden, meine Damen und Herren, weil wir den in den letzten Monaten sehr oft behandelt haben. Wir haben uns sogar darüber im Herbst im Landtag unterhalten. Es geht um die Streichung der Kommunalsteuer für die Lehrlinge und für die Ausbilder. Einige Gemeinden sind darauf eingegangen und haben gesagt, gut, für die Anzahl der Lehrlinge heben wir keine Kommunalsteuer ein. Ich darf sagen, ich habe das wirklich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. In diesen Betrieben, meine Damen und Herren, wo auf die Kommunalsteuer bei den Lehrlingen verzichtet worden ist, wurde kein zusätzlicher Lehrling eingestellt. Und daher darf ich sagen, bei 250,- bis 260,- Schilling im Monat, die sich der Unternehmer erspart, wenn er nicht selber den Willen hat, aus sich heraus, daß

er sich moralisch verpflichtet fühlt, Lehrlinge einzustellen, wegen dieser geringen finanziellen Abgeltung wird er das nicht tun. Und dann gibt es ein bißchen einen Zynismus, das darf ich auch in den Raum stellen, wenn es immer wieder heißt, die Facharbeiter müssen aufgewertet werden. Meine Damen und Herren! In der Regierungsklausur in Rust haben sie sich wirklich lange darüber unterhalten und auch die Zielsetzung sich selbst gegeben, daß im September 1998 jeder, der 15 Jahre alt ist und den Willen hat, einen Beruf zu erlernen, die Möglichkeit haben sollte, einen Lehrberuf zu bekommen. Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß die Unternehmen nicht bereit sind, die Lehrlinge auszubilden. Und dann sagen sie wieder, der Facharbeiterberuf gehört aufgewertet. Da gibt es einen bestimmten Widerspruch.

Ich darf Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aussage von Präsident Maderthaler und die Aussage von Präsident Verzetnitsch mit den Regierungsmitgliedern war die - das habe ich selbst im Fernsehen gesehen -, daß sie gesagt haben, wir werden alles unternehmen, daß alle die Lehrstellensuchenden nach dem Schulabgang heuer dann auch einen Lehrplatz bekommen. Derzeit haben wir in Niederösterreich die Situation, daß 777 Lehrstellensuchenden 592 verfügbare Lehrstellen gegenüberstehen, also haben wir eine Differenz von 180 Lehrstellensuchenden. Ich hoffe, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Situation sich im September 1998 zum Positiven ändern möge. Ich glaube, daß wir wirklich unserer Jugend verpflichtet sind, gegenüber allen Burschen und Mädchen, die einen Lehrberuf erlernen wollen, daß die ihn auch erlernen können. Somit möchte ich zum Schluß kommen, meine Damen und Herren und darf zur Kenntnis bringen, daß wir, die Fraktion der Sozialdemokraten, der Energiewirtschaft und der Wirtschaft in der Gruppe 7 die Zustimmung geben werden. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Wenn man zwei Tage lang aufmerksam die Diskussionsbeiträge verfolgt, dann kann man diesen sicher sehr viel Positives abgewinnen. Nur einige, so meine ich, haben eine große Freude, wenn sie oft falsche Interpretationen hier veröffentlichen. Nachdem dabei auch mein Name gestern genannt worden ist, möchte ich ganz kurz darauf eingehen. Und zwar spreche ich die Fachschulen an. Es hieß,

Hofmacher hätte in den Medien erklärt, daß einige Schulen im westlichen Mostviertel zugesperrt werden sollen. Das stimmt sicher nicht, Herr Kollege Marchat! Wir haben immer nur erklärt, und zwar nicht aus Mutwillen, sondern aus Verantwortungsbewußtsein, daß Schulen zusammengelegt werden sollen. Das hat seinen Grund und das ist berechtigt oder begründet, weil die Strukturbereinigung in der Landwirtschaft natürlich ihren Lauf nimmt. Mit oder ohne EU-Beitritt! Du wirst sicher sagen, weil es zum EU-Beitritt gekommen ist. Und wir werden auch reagieren müssen, wenn es um unsere Bildungsstätten geht. Ich meine, daß jede Schule im Landwirtschaftsbereich modernst ausgerüstet sein soll in Zukunft, damit man jungen Hofübernehmern die bestmögliche Ausbildung, die man bieten kann, auch tatsächlich angedeihen läßt. Und indem es immer mehr Betriebsübernehmerinnen gibt, ist es, glaube ich, sehr sinnvoll, daß auch Mädchen an Burschenschulen einen Abschluß erwerben können, denn in der Haushaltungsschule gibt es keinen Abschluß. Daß man denen diese Ausbildung auch ermöglicht.

Heute warst Du schon etwas humaner, heute war es nur mehr eine Expositur, die Fachschule Haag und die Fachschule Unterleiten. Weil Du weißt, daß der Regierungsbeschluß gefallen ist. Doch ich halte nichts davon, wenn ein Regierungsmitglied, dessen Kompetenz es nicht ist, wie der Herr Landesrat Schimanek, in Haag erklärt, er werde alles unternehmen, um die Struktur so zu erhalten und um die Schule in Haag zu erhalten. Ich glaube es nicht nur, sondern ich bin überzeugt, daß er in dieser Angelegenheit überfordert ist. Und er hat es heute bereits offen kundgetan, daß er überfordert ist in verschiedenen Angelegenheiten. (*Abg. Gratzner: Aber er kämpft wenigstens dafür!*) Also nicht Mutwillen ist es, sondern Verantwortungsbewußtsein der Politiker, die dafür Verantwortung tragen, wenn man in den Schulen Maßnahmen trifft, um sie für die Zukunft zu erhalten. Und ich glaube, wenn man in einem Bezirk zwei, nämlich eine Schwerpunktschule - und ich meine damit die Fachschule Gießhübl - und eine Bergbauernschule in Zukunft erhalten kann und modernst ausstatten kann, dann ist der Bauernschaft damit ein großer Dienst erwiesen.

Es ist jedoch nicht meine Aufgabe, zum Schulkonzept Stellung zu nehmen, sondern über die NÖ Energiepolitik zu referieren. Mein Vorredner hat einiges bereits gesagt und ich kann dies nur unterstreichen, was die Energiepolitik in Niederösterreich betrifft. Auf jeden Fall kommt in der

Gruppe 7 der Energiewirtschaft, der Energiepolitik eine große Bedeutung zu. Letztlich geht es um die Weiterentwicklung und um die Erhaltung unserer Umwelt. Relativ billige, nicht erneuerbare Energieträger sind reichlich vorhanden und waren in der Vergangenheit von hohen Verbrauchszuwächsen gekennzeichnet. Ich bin froh darüber, daß ein Umdenken in der Energiepolitik gegriffen hat nach den Grundsätzen Umweltfreundlichkeit, Nachhaltigkeit und Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Wir sind eben verpflichtet zur Einschränkung der CO₂-Emissionen, daß, so wie es unser Landesrat Mag. Freibauer gesagt hat, auch in der Energiepolitik die Begriffe solid und solidarisch greifen. Die Verringerung von Emissionen und der Klimaschutz werden die Herausforderung der nächsten Jahre sein. Der Ausstoß von Kohlendioxid bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen, aber auch andere Substanzen, welche das Klima betreffen, müssen natürlich reduziert werden. Wir haben ja die Vorgaben aus dem Toronto-Ziel und, es wurde auch schon von meinem Vorredner erwähnt, wir sind Mitglied beim Klimabündnis seit 1993. Und das besagt, daß wir die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 um 50 Prozent reduzieren sollten.

Ich kann feststellen, daß der Energieverbrauch immer mehr zunimmt, daher wird die Energieversorgung aus allen Sparten sicher immer wichtiger. Das Energiekonzept, und das wurde auch schon von meinem Vorredner unterstrichen, kennt zwei Ziele: Die generelle Einsparung und die optimale Nutzung. In Niederösterreich liegen wir bei den nachwachsenden Rohstoffen bei 15 Prozent und die sollen bis zum Jahr 2000 auf 25 Prozent gesteigert werden. Auch in der EU herrscht ein klares und ehrgeiziges Denken. Aber zum Vergleich, ich habe es prozentuell angeführt: In der EU halten die erneuerbaren Energieträger bei derzeit 6 Prozent und sollen bis 12 Prozent ausgeweitet werden.

Was uns besonders auszeichnet in Österreich ist, daß 70 Prozent unseres elektrischen Stromes aus Wasserkraft erzeugt wird. Und auch hier liegen wir im internationalen Spitzenfeld. Daß uns in Niederösterreich die Alternativenergie etwas wert ist, beweist, daß seit 1997 570 Millionen Schilling an Förderung für energetische Biomassenutzung ausbezahlt wurden. Dazu, und das möchte ich auch besonders betonen, kommt noch der Bundesbeitrag, kommen Bundeszuschüsse in der Höhe von 1,2 Milliarden Schilling. Man kann dem Landesrat Blochberger daher eben nicht Handlungsunfähigkeit, was die Energiepolitik betrifft, vorwerfen, sondern hier wurden Maßstäbe gesetzt, die es zu realisieren gilt und die auch reali-

siert werden. Im Landes-Energiekonzept sind dazu ja einige wesentliche Aussagen vorgesehen. Ich werde nicht im Detail darauf eingehen, aber vielleicht einen Überblick über energierelevante Gegebenheiten geben. Die Restriktion bzw. Möglichkeiten der Energieversorgung auf Grund naturräumlicher Gegebenheiten, die Strukturbilanz zu den Verbrauchern mit räumlicher Definierung zeichnen die verschiedenen Versorgungssysteme und Versorgungsstrategien in Niederösterreich aus. Die Wirtschaftlichkeit hat natürlich eine entsprechende Bedeutung, aber wesentlich ist die Priorität der Verringerung der Belastung unserer Umwelt. Und die Entwicklung der nicht-erneuerbaren Energie ist ja - und das wurde auch von meinem Vorredner betont - in der Tendenz steigend, zumindest bis 1992. Was den Brennstoffeinsatz von Kohle und Erdöl betrifft, sehen wir eine noch größere Steigerung, entsprechend auch bei Erdgas.

Meiner Meinung nach müßte eine Verbesserung der Wettbewerbsstellung von Energieträgern erfolgen. Lösungsansätze wären eine grundlegende Weichenstellung in der Energiepolitik, das heißt, eine ökologische Steuerreform. Hier bestünde vielleicht eine Möglichkeit - natürlich ist das Angelegenheit des Bundes - in einer ökologisch und sozial ausgerichteten Reform mit einer Einführung einer Energieabgabe für fossile Energieträger. Resultierend daraus dann weitere steuerliche Begünstigungen für Kraftstoffe auf Basis von Biomasse in bezug auf die Mineralölsteuer.

Wir stehen vor der Problematik des Anstieges der CO₂-Emission, daher gewinnt die Nutzung erneuerbarer Energieträger immer mehr an Bedeutung. Die Wasserkraft habe ich schon angeführt. Ich glaube, es ist aus Sicht der Umweltpolitik sicher wichtig, daß wir die CO₂-Emission dementsprechend reduzieren. Die Solaranlagen, die eine entsprechende Bedeutung natürlich dabei erlangen, wurden schon genannt, was den Anstieg der Stückzahlen betrifft. Biomasse ist energiepolitisch, aber auch volkswirtschaftlich ein bedeutender Faktor. In regionaler Versorgung ist es für bäuerliche Waldbesitzer sicher eine Chance des Zuerwerbes. Was mich dabei bedrückt ist, daß nur die Hälfte der Zuwächse des bäuerlichen Kleinwaldes genützt werden. Wir gehen vorbildlich vor in landeseigenen Einrichtungen, zum Beispiel bei den Straßenmeistereien, wo in 17 Straßenmeistereien Niederösterreichs 600 Tonnen Heizöl erspart werden. Und dadurch kommt es bereits zu einer Reduktion der CO₂-Emission. Wenn man bedenkt, ich habe eine andere Zahl gehört, daß in

Niederösterreich bereits das hundertste Biomasse-Fernheizwerk heuer eröffnet werden soll, dann erweisen wir sicher unserer Umwelt einen dementsprechenden Dienst. Geplant sind in Niederösterreich weitere 25 Bio-Fernheizwerke. Und in den vergangenen Jahren sind in diese Bio-Fernheizwerke 1,2 Milliarden Schilling investiert worden an Förderungen und das Land Niederösterreich beteiligte sich mit 400 Millionen Schilling an Förderung. Auch die Sicherung der Arbeitsplätze muß uns hier einiges wert sein, denn diese Werke müssen auch betrieben werden und es werden auch dort Arbeitskräfte benötigt und natürlich beschäftigt. Wir ersparen uns mit den Biomasse-Fernheizwerken jährlich 10 Millionen Liter Erdöl. In Niederösterreich sind ja viele Möglichkeiten offen, zum Beispiel Pflanzenöl als Dieselölersatz, wodurch die Emissionswerte auch entsprechend gesenkt werden können. Man muß bedenken, daß das eine Senkung von 55 Prozent der Rußemission auf sich hat.

Wir verfolgen in Niederösterreich weitere energiepolitische Ziele und den Einsatz neuester Technologien. Neben den schon genannten erneuerbaren Energien kommt auch der Windenergie eine wesentliche Rolle zu. Von österreichweit 33 Windenergieanlagen haben wir 25 in Niederösterreich. Studienmeßergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis belegen, daß in Niederösterreich beträchtliche Windkraftpotentiale vorhanden sind, im Energiebericht ist das auch ausgeführt. Wenn es um die Auswahl der Standorte für die Errichtung von Windkraftanlagen geht, sind verschiedene Voraussetzungen notwendig. Ich darf mich nur auf eine dieser Voraussetzungen konzentrieren. Und zwar beraten wir in nächster Zeit ein neues Naturschutzgesetz. Und ich meine, aus der Sicht naturschutzrechtlicher Überlegungen sollte man doch überlegen, nicht überall eine Anlage zu errichten und sollte man eine eigene Widmung vielleicht diskutieren. Ich möchte den bürokratischen Aufwand nicht erhöhen, aber man soll nicht auf jedem Standort eine Anlage errichten können. In den meisten Fällen werden die Anlagen auf Grünland errichtet, auf der Widmung Grünland, weil die Errichtung von Bauwerken für die Energieversorgung in allen Nutzungsarten des Grünlandes bewilligt werden darf. Es darf zwar das Ortsbild und das Landschaftsbild nicht stören, aber es gibt hier kein Anrainerrecht.

Das Handicap bei der Nutzung der Windkraftanlagen ist sicher das Netzdienstleistungsentgelt. Dazu gab es ja heute bereits einen Resolutionsantrag. Es wäre ja nicht zumutbar für einen Betreiber einer Windkraftanlage, 375,-

Schilling pro kW und Jahr für die Leistung der Windkraftanlage, welche mehr als 150 kW produziert, zu bezahlen. Das würde bedeuten für eine Windkraftanlage von 500 kW, daß zusätzlich jährlich ein Betrag von fast 132.000,- Schilling bezahlt werden sollte. Aber nach einer letzten Information der EVN und aus dem Bundesministerium für Umwelt und Familie erklärte sich die EVN bereit, diese Netzdienstleistungsgebühr nach Zustandekommen des derzeit verhandelten Bundes-Förderungsmodells auszusetzen. Eine sofortige Abschaffung des Netzdienstleistungsentgeltes ist sicher eine Forderung. Bundesminister Bartenstein hat bereits zugesagt, daß hier 140 Millionen Schilling pro Jahr an Förderungsmitteln dazubezahlt werden. Allerdings ist noch keine Einigung über die Höhe des Einspeistarifes für das öffentliche Netz vorhanden, keine Zusage. Darüber wird in der nächsten Zeit verhandelt.

Ich glaube, daß wir trotz verschiedener Schwierigkeiten im Sinne der Umweltfreundlichkeit vorhandene Ressourcen nützen und diese Haltung auch fördern müssen. Ich glaube, daß dies der richtige Weg ist. In Niederösterreich gehen wir sicher den richtigen Weg und gilt es, diesen auch fortzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von der Landwirtschaft über blühende Wiesen und Felder wäre ja der Weg zum Tourismus nicht sehr weit. Ich möchte diese Brücke schlagen und wenn Sie mir gestatten wie jedes Jahr einige Anmerkungen zum Tourismus in Niederösterreich bringen.

Ich darf es vorwegnehmen, auch heuer ist auf den ersten Blick keine positive Meldung, keine Erfolgsmeldung über den NÖ Tourismus möglich. Und manche werden sagen, die Entwicklung hat sich eigentlich abgezeichnet, oder dieses Ergebnis ist ja an sich keine Überraschung. Mehr als dieses Ergebnis, das wir erzielt haben, war ja eigentlich nicht zu erwarten. Denn der Tourismus steckt in der Krise, nicht nur in Niederösterreich, sondern europaweit, zumindest was Westeuropa betrifft. Mit einigen Ausnahmen, zugegeben, einige Länder in Südeuropa haben tatsächlich auch noch einen Tourismusaufschwung, aber das ist ja eine völlig andere Gestalt als die, die wir in Niederösterreich anzubieten haben. Und ich meine, wer es ernst meint mit dem Tourismus in Niederösterreich, der kann sich mit einer Pau-

schalbeurteilung nicht begnügen, denn der Tourismus in Niederösterreich läuft nicht nach dem Strickmuster der klassischen Urlaubsländer ab.

Niederösterreich ist ein typisches Ausflugs-, Tages-, Tourismus- oder Kurzurlaubsland. Und die Gäste reagieren eigentlich sehr spontan auf die Gegebenheiten. Man muß berücksichtigen, daß man ja eigentlich in einigen Stunden von jedem Winkel Österreichs zum Urlaubsziel nach Niederösterreich kommen kann. Aus dem Grund wird eben sehr spontan darüber befunden, ob man sich für einen Niederösterreichurlaub entscheidet, oder ob man den Urlaub wegen schlechter Witterungsbedingungen oder anderer Außeneinflüsse eben kurzzeitig unterbricht. Und das hat eben besondere Folgen für den Tourismus. Diese geringen Distanzen und Entfernungen haben natürlich auch eine Negativauswirkung. Man ist natürlich in diesen paar Stunden, in denen man zum Beispiel von Vorarlberg oder irgendwo im Süden den Niederösterreich-Urlaub antreten könnte, in derselben Zeit ist man auch in Italien, ist man an der Adria. Und das alles sind Fakten, die Einflußfaktoren darstellen. Eine Besonderheit des Tourismusergebnisses ist eben die Tatsache, daß das Ergebnis ein zweigeteiltes ist auf Grund der eben geschilderten Fakten. Daß die Ankünfte um 3,3 Prozent zugenommen haben, die Übernachtungen hingegen mit 3,5 Prozent vergleichsweise zum Vorjahr zurückgegangen sind.

Zum Unterschied von anderen Urlaubsländern, auch zu anderen Bundesländern Österreichs dominiert in Niederösterreich der Inlands-
der Auslands-

tourist die Tourismusstatistiken, die Ergebnisse. Von den gesamten rund 5,6 Millionen Nächtigungen in Niederösterreich sind zwei Drittel Inlandsgäste zu verzeichnen und nur zwei Millionen, also ein Drittel der gesamten Nächtigungen entfallen auf Ausländer, wobei knapp über 50 Prozent von diesen zwei Millionen die Gäste aus der Bundesrepublik ausmachen. Also die Bundesrepublik hat am Auslandsgästepflicht im NÖ-Tourismus einen ganz besonderen Anteil. Ein interessantes Detail, wenn man schon bei der Statistik ist, ist, daß die Inländerankünfte um 3,8 Prozent gestiegen sind. Das ist ein Beweis dafür, daß es gelungen ist, das Gästeinteresse für Niederösterreich zu steigern. Bei den Inländernnächtigungen hat es einen Einbruch von 5,7 Prozent gegeben. Diese Nächtigungseinbußen sind verursacht durch die kürzere Verweildauer der Inlandsgäste. Und das gleiche gilt auch für die Gäste aus der Bundesrepublik, was die kürzere Verweildauer angeht. Eben wegen dieser besonderen Mobilität, von der ich vorhin geredet habe. Aber die Ursachen für diese kürzere Verweildauer, für diesen Nächtigungsrückgang sind jetzt sicherlich im speziellen auf das Vorjahr bezogen, die verregnete Sommersaison, auch der Herbst war zum Wandern nicht gerade ideal und auch der Schneemangel, zum Beispiel am Hochkar. Erinnern Sie sich, man hat ein Rennen nicht durchführen können. Natürlich gibt es auch Strukturdefizite im heimischen Angebot. Es fehlt halt immer noch an Alternativprogrammen. Die Witterungsabhängigkeit oder -unabhängigkeit spielt auch noch eine große Rolle.

Einen Beweis mehr dafür, daß die Qualität und die Solidität als Angebotskriterium zählen, drückt die Nächtigungssituation in den gewerblichen Unterkunftsarten aus. Und zwar das Faktum, daß in den Dreisternbereichen ein nicht unwesentlicher Zuwachs an Nächtigungen zu verzeichnen war, der Fünf- und Viersternbereich mit einem leichten Minus tatsächlich, kann man sagen, gehalten hat, und daß eigentlich der Nächtigungseinbruch in den Niedrigstandardkategorien zu verzeichnen war, der Absturz zu verzeichnen war. Ich würde im Umkehrschluß sagen, dort gibt es ein Überangebot an Betten. Und ich glaube, daß sich in dem Bereich auch die Strukturbereinigung vollziehen wird. Es ist ja das erklärte Ziel des NÖ Tourismus, eine qualitative Verbesserung im Bettenbereich zu erzielen und nicht die Ausweitung des Bettenangebotes. Und wenn Ausweitung, dann im qualitativ hochwertigen Bereich. Ich meine damit, meine Damen und Herren, daraus kann man schließen, daß es der NÖ Tourismuswerbung gelungen ist, die Aufmerksamkeit auf Niederösterreich als Urlaubsland zu lenken. Daß

es aber nicht ganz gelungen ist, dieses geweckte Interesse vor Ort auch auf längere Zeit zu erhalten. Und das läßt mich zu der Idee kommen, daß die Tourismusprobleme, nämlich dieser Nächtigungsrückgang und die kürzere Verweildauer doch zu einem Gutteil hausgemacht sind.

Diese Thesen von unseren hausgemachten Tourismusproblemen werden auch noch dadurch erhärtet, daß es gelungen ist, den rückläufigen Trend bei den BRD-Gästen, also bei den Gästen aus der Bundesrepublik zu stoppen, zu stabilisieren. Und immerhin machen die Gäste aus der Bundesrepublik ein Fünftel der Gesamtnächtigungen Niederösterreichs aus oder die Hälfte der Auslandsnächtigungen. Also das ist eine gar nicht unwesentliche Größenordnung. Und daß es weiters gelungen ist, auch die Gesamtnächtigungsbilanz an Auslandsgästen positiv zu halten. Das heißt, wir hatten den Nächtigungseinbruch im Bereiche der inländischen Touristen zu verzeichnen. Und aus dem Grund sind das hausgemachte Probleme, wo wir ansetzen müssen. Ich gebe schon zu, das ist nicht so einfach getan als gesagt.

Und wenn man jetzt nicht das Gesamtergebnis allein, sondern die Nächtigungsergebnisse der Tourismusregionen näher betrachtet, so muß man sich wirklich die Frage stellen, ob es um den Niederösterreichtourismus tatsächlich so schlecht bestellt ist, ob die Strukturschwächen tatsächlich so groß sind, als das im Nächtigungsminus signalisiert wird. Denn es hat unterstützt von der Tourismusabteilung dennoch gewaltige Events gegeben. Ich erinnere an das Millennium, an das, ich sage es ein bißchen provokant, "Spektakel", an diese zumindest in unserem Bereich um Neuhofen ein ganzes Jahr andauernden Festlichkeiten, die sich auch auf den Bereich von St. Pölten erstreckt haben. Ich erinnere als Event an den Skiweltcup am Semmering, an die Eisenstraßen-, Kamptalaktivitäten und so könnte man einiges in der Folge noch aufzählen.

Ich habe vom Nächtigungsrückgang gerade in den stärkeren Tourismusregionen gesprochen. Weil das Weinviertel - ich verstehe das -, wenn es dort ein Nächtigungsplus zu verzeichnen gibt, muß man halt bei der Betrachtung schon einbekennen, daß die Nächtigungszahl im Weinviertel an sich im Vergleich zu den tourismusintensiven Regionen eine sehr bescheidene absolute Größenordnung ist. Also bei weitem unter der Bedeutung von anderen Regionen liegt. Zum Beispiel das Waldviertel mit einem Minus von 11,9 Prozent an Nächtigungen. Ich weiß nicht, ob man das ausschließlich mit dem Einbruch im Kurtourismus

begründen kann. Beim Mostviertel mit minus sieben Prozent, Niederösterreich-Süd minus 4,4 Prozent, Wachau-Nibelungengau 4,4 Prozent minus, da würde ich meinen, ein Teil dieses Rückganges ist sicher in den Unstimmigkeiten gelegen gewesen, die es damals gegeben hat zwischen den Funktionären in der Tourismusregion und dem Manager, von dem ich meine, daß er so schlecht in der Vergangenheit nicht gewesen ist. Aber das zu beurteilen ist nicht meine Sache. Nur glaube ich, daß im Tourismus sehr sensibel reagiert wird und daß vieles auf der Strecke bleibt, wenn es Unstimmigkeiten gibt.

Eine Besonderheit, die mir wert erscheint, sie darzustellen, ist das Ergebnis der Region Wienerwald. Ich meine, im Umland von Wien profitiert man vom Städtetourismus der Bundeshauptstadt, vom sogenannten "spill over"-Effekt, das heißt also, von jenen Gästen, die zwar städtetouristisch die Bundeshauptstadt besuchen, aber dann halt auch das Umland um die Bundeshauptstadt besuchen. Die Nähe zu Wien spielt für uns Niederösterreicher im Tourismus, meine ich, eine sehr große Rolle. Und ich glaube auch, daß wir uns diesem Tourismussegment mit noch größerer Aufmerksamkeit widmen sollten. Daß wir ein spezielles Angebot unterbreiten und diesen Bereich stärker bewerben sollten. Also daß wir zu einer intensiven Kooperation mit den Wiener Touristikern kommen sollten. Und damit meine ich konkret, daß halt tatsächlich die Wiener auch den Besuch in Niederösterreich mit einer "Schifferfahrt" auf der Donau, mit einem Besuch der Kur- und Tourismusstadt Baden zum Beispiel verbinden und so weiter. Nein, ich meine das ernst, das ist jetzt kein Kompliment an den Herrn Bürgermeister und Abgeordneten Breininger, sondern Baden genießt bitte einen Ruf, der weit über die Grenzen Österreichs hinausgeht. Das ist an sich gar keine Frage. Und daß man vielleicht auch Carnuntum besucht oder den Weinherbst zum Beispiel in der Donauregion, im Weinviertel. Da gibt es einiges, das man nützen könnte. Nur glaube ich, kommt es auf die enge Kooperation an, die müßte meiner Meinung nach verstärkt werden.

Und ich glaube auch, und da möchte ich an den Resolutionsantrag erinnern, daß wir darüber nachdenken sollten, ob tatsächlich die Nächtigungszahl ein Kriterium ist, den Tourismus oder die touristische Effizienz Niederösterreichs zu beurteilen. Denn das ist ein Kriterium, das sich tatsächlich auf die Verweildauer bezieht, nämlich auf die klassischen Urlaubsgegebenheiten. Niederösterreich ist da mit diesem Tagesausflugstourismus oder mit dem Kurzurlaub eben anders

geartet. Im Februar 1995 hat es einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch, Breininger, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg betreffend Darstellung des Tagestourismus gegeben, in welchem man sozusagen im Tenor die Landesregierung, insbesondere das für Tourismusangelegenheiten zuständige Mitglied der Landesregierung, Landesrat Ernest Gabmann auffordert, Überlegungen anzustellen, daß neben den Nächtigungszahlen auch andere Kriterien, wie zum Beispiel der Ausflugs- und Tagestourismus der statistischen Darstellung der Tourismusedwicklung in Niederösterreich zugrunde gelegt werden solle. Es hat bisher meines Wissens nach zumindest darauf keine Reaktion gegeben. Doch das Problem ist nach wie vor latent. Ich könnte mir vorstellen, daß man als ein Kriterium zum Beispiel die im Tourismusgesetz als eine der Qualifikationskategorien festgelegte Meßgröße, den sogenannten spezifischen Tourismusumsatz heranzieht, weil ja Tagesausflug sich in der Nächtigungsbilanz nicht niederschlägt, aber auf der anderen Seite doch Geld ausgegeben wird und man vielleicht am tourismusspezifischen Umsatz jetzt vergleichsweise verschiedene Jahre in der Folge dann dennoch beurteilen kann. Nämlich gemessen am Gesamtumsatz, ob oder in welchem Ausmaß hier der Tagesausflug sich touristisch niederschlägt. Das ist eine Anregung, von der ich meine, das soll nicht bedeuten, nach dem Motto, wäre ich nicht zum Arzt gegangen, dann wüßte ich auch nicht, daß ich krank bin. Sondern ich glaube, daß hier mit dieser Meßzahl der Nächtigungen eigentlich der Tourismus in Niederösterreich nicht unbedingt ganz richtig bewertet wird und vielleicht ein fälschliches Bild bietet.

Ich möchte noch sagen, meine Damen und Herren, daß die Tourismusabteilung diese Schwächen längst erkannt hat. Daß sie auch reagiert hat und Maßnahmen gesetzt hat. Und ich stehe nicht an, an dieser Stelle zu sagen, daß man sich seitens der Tourismusabteilung immens bemüht, daß man sehr engagiert arbeitet, die Tourismusschwächen auszumerzen. Ich darf hier anführen, daß es ein Donaoraum Coaching-Programm gibt, also ein Projektmanagement, Maßnahmen zur Umsetzung von konkreten Projekten, daß Förderungen des Ankaufes des Nachlasses der DDSG sozusagen, von Donauschiffen für Linien- und für Charterfahrten auf der Donau getätigt wurden. Und bei der Gelegenheit möchte ich dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer danken, der für diese Dinge immer ein offenes Ohr gehabt hat, aber auch dem Landesrat Gabmann, der sich dieser Sache sehr verständnisvoll angenommen hat. Und heute kann man halt sagen, daß es tatsächlich private Unternehmungen gibt, die die Donauschiffahrt betreiben.

Und ich glaube, das ist ein ganz wesentliches touristisches Angebot.

Man denkt an die Reorganisation der Tourismusorganisation, also man überprüft, ob die derzeitige Organisation unseres Tourismus in Niederösterreich noch adäquat, noch zeitgemäß ist. Und es ist dringend notwendig, das zu überprüfen, gar keine Frage. Man beabsichtigt, das Leitbild Niederösterreich 2001 einer Prüfung, einer Überarbeitung zu unterziehen. Und ich glaube auch, daß eine dieser gesetzten Maßnahmen erwähnenswert ist, nämlich der geplante Ankauf von Schneekanonen am Hochkar. Wir haben festgestellt, daß einfach im Wintertourismus mitunter der Schnee fehlt und dann kann man sich, wenn die Witterung paßt, damit helfen. Es läuft ein Investitionsprogramm in Lackenhof am Ötscher, im klassischen Schigebiet in Niederösterreich, und auch St. Corona denkt an einen Ausbau. Und all diese Maßnahmen können noch nicht voll wirken, sind noch nicht voll wirksam, weil sie teilweise ja auch über einen längeren Zeitraum angelegt waren. Ich meine damit, die Werbeakzente wurden gesetzt, das Interesse der Bevölkerung, wie man an den Ankünften sieht, konnte auch geweckt werden. Ich glaube natürlich, daß die Werbetrommel noch ausgiebig zu schlagen sein wird, und daß doch noch einiges Wasser die Donau hinunterfließen wird, bis sich diese positiven Ansätze tatsächlich als Aktivposten spürbar in den Bilanzen der Tourismuswirtschaft und in den Gemeinden niederschlagen werden. Und in darf in diesem Zusammenhang zwei Anträge einbringen. (*Abg. Hrubesch: Herr Kollege! Man muß aber auch die NÖ Schulen dorthin verpflichten und auf das Hochkar bringen!*) Das ist ein Aspekt - danke. Wir haben natürlich festgestellt bei unseren Einschauskontrollen, daß die Schulen das Schulschiheim am Hochkar nicht besuchen, sondern daß man lieber ins Oberösterreichische oder Salzburgerische oder in Tiroler Schigebiete fährt und nicht aufs Hochkar. Das heißt, man müßte da tatsächlich einmal im Landesschulrat und in den Bezirksschulräten darüber diskutieren: Erstens einmal kostet es mehr Geld und zweitens wäre es wirklich gut, wenn wir die eigenen Einrichtungen nutzen würden. Danke für den Hinweis.

Ich darf zu meinem ersten Resolutionsantrag kommen. Ich bitte, diesen Resolutionsantrag im Lichte der notwendigen und auch genannten Maßnahmen zu sehen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch, Breininger und Dkfm. Rambossek zur Gruppe 7 des Voranschla-

ges des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Erwerb der Länderechte an den Schiffsanlegestellen durch das Land NÖ.

Nach der weitgehenden Liquidation der DDSG und der damit verbundenen Einstellung der Donauschiffahrt, insbesondere in Raum Wien und Niederösterreich, drohte dem Tourismus in der Donauregion ein enormer Schaden zu erwachsen. Um dieser drohenden Gefahr entgegenzuwirken, wurden unter Einsatz beträchtlicher Mittel des Landes Niederösterreich private Interessenten unterstützt, die bereit waren, eine neue Donaupersonenschiffahrt aufzubauen. Zu einer sinnvollen Führung der Donauschiffahrt wäre es jedoch notwendig, die vorhandenen Schiffsanlegestellen nutzen zu können. Die Länderechte für diese Anlegestellen sind jedoch nach wie vor im Besitz der DDSG-Holding, die aus den Einnahmen dieser Länderechte ihre Verpflichtungen aus Betriebspensionen bedient.

Die seit geraumer Zeit laufenden Verhandlungen zwischen den Ländern Wien, Niederösterreich und Oberösterreich einerseits und der DDSG-Holding andererseits scheiterten bisher an den Forderungen der DDSG. Für die 18 auf niederösterreichischem Gebiet liegenden Anlegestellen wurden Experten mit der Schätzung beauftragt, wobei das Ergebnis dieser Schätzungen bei etwa einem Viertel der von der DDSG verlangten Ablösesumme liegt. Im Interesse der Donaugemeinden und des Tourismus in der Donauregion wäre es daher dringend notwendig, diese Verhandlungen rasch zu einem positiven Abschluß zu bringen, da andernfalls neben den bestehenden Anlegestellen der DDSG neue Anlegestellen errichtet werden müßten. Dafür wären neuerlich erhebliche finanzielle Mittel auch der öffentlichen Hand notwendig, für deren Einsatz wohl kaum Verständnis gefunden werden könnte.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für Wirtschaftsangelegenheiten und Tourismus zuständige Landesrat Ernest Gabmann, wird aufgefordert, neuerlich bei der DDSG hinsichtlich des Erwerbs der Länderechte vorstellig zu werden und unter Hinweis auf die massive Unterstützung durch den NÖ Landtag auf einen raschen positiven Abschluß der Verhandlungen zu drängen."

Ich darf gleich den zweiten Antrag, weil er zu dem Gesagten paßt, einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch, Breininger und Dkfm. Rambossek zur Gruppe 7 des Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Überarbeitung des NÖ Winterfremdenverkehrskonzeptes und des touristischen Leitbildes Niederösterreich 2001.

Im Jahre 1988 erstellte das Österreichische Institut für Raumplanung im Auftrag der NÖ Landesregierung ein Winterfremdenverkehrskonzept, das neben der Darstellung des damaligen Ist-Zustandes des Wintertourismus auch sehr spezielle und differenzierte Entwicklungsmaßnahmen und Entwicklungsempfehlungen zum Inhalt hatte. Daneben gab es auch eine Darstellung der für die Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen notwendigen Investitionsmittel in der Höhe von rund 290 Millionen Schilling mit den dazugehörigen Finanzierungsvorschlägen.

Nunmehr sind seit der Erstellung dieses Konzeptes nahezu 10 Jahre vergangen, in denen sich nicht nur die allgemeine wirtschaftspolitische Lage, sondern insbesondere auch die Nachfragestrukturen im Tourismusbereich, nicht zuletzt aufgrund der Ostöffnung, geändert haben. Daneben gab es auch grundlegende Änderungen in der Konzeption einiger NÖ Wintersportregionen, wobei als Negativbeispiel der Zusammenbruch der Schiland GesmbH. erwähnt sei. Aber auch positive Entwicklungstendenzen, wie etwa in der Semmering-Region, die durch die Ausrichtung der Weltcup-Rennen auch einen deutlichen touristischen Aufschwung nahm, waren zu verzeichnen. Insgesamt scheint es daher dringend notwendig, auf die veränderten Strukturen und neuen Perspektiven vor allem im Hinblick auf einen zielgerichteten und zweckmäßigen Einsatz von Förderungsmitteln zur Unterstützung des Wintertourismus durch die Überarbeitung des NÖ Winterfremdenverkehrskonzeptes zu reagieren.

In gleicher Weise wäre das touristische Leitbild Niederösterreich 2001 auf die im Zeitpunkt seiner Erarbeitung im Jahre 1993 auf die Erreichung der damals festgelegten Zielsetzungen zu überprüfen und gegebenenfalls den neuen Bedürfnissen und Strukturen in der Tourismuswirtschaft anzupassen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das NÖ Winterfremdenverkehrskonzept und das touristische Leitbild Niederösterreich 2001 im Sinne der Antragsbegründung zu überarbeiten."

Meine Damen und Herren! Die Botschaft für den Niederösterreichtourismus kann also nur heißen: Volle Kraft voraus! Ich meine damit eine Verbesserung des Investitionsklimas, um der Tourismuswirtschaft auch attraktive Förderungsangebote unterbreiten zu können, die sie auch nutzen kann. Und ich begründe diese Feststellung gleich: Ich meine damit, daß wir zu einer noch besseren, ich sage noch besseren Förderqualität kommen müssen, die vielleicht auch eine größere Risikobereitschaft des Landes beinhaltet. Ich bin überzeugt, der Herr Landesrat weiß, was ich damit meine. Es ist nämlich derzeit so - und das muß man sich zu Gemüte führen, meine Damen und Herren - daß die verfügbaren Fördermittel des Fremdenverkehrsförderungsfonds in den letzten beiden Jahren 1995 und 1996 nicht voll ausgeschöpft wurden. Bei all den Problemen, die wir haben, bei all den Vorhaben, die wir am Sektor Tourismus haben, sind Mittel nicht genutzt worden, wurden nicht ausgenutzt. Ja ganz im Gegenteil! Und ich glaube, das ist einer der Gründe. Man ist von der Prämien- und Zuschußgewährung weggegangen und hat auf Darlehensgewährung umgestellt. Und das ist aber genau das, was die Tourismuswirtschaft nicht in Anspruch nehmen kann. Denn um Investitionen zu finanzieren, braucht man eine bestimmte Summe Eigenmittel. Und daß die Tourismuswirtschaft nicht über allzu viele Eigenmittel verfügt, ist ja hinlänglich bekannt. Und aus dem Grund glaube ich im Rückschluß, daß auch verschiedene Darlehen nicht angenommen werden könnten, um Investitionen zu tätigen. Weil man nicht über die erforderlichen Eigenmittel verfügt.

Natürlich haben die wirtschaftlichen Überlegungen eine Rolle gespielt, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung, die vielleicht manchen gerade in der Tourismuswirtschaft, die halt sehr vorsichtig agiert, dazu bewogen haben, eine Investition zurückzuhalten. Hoffen wir, daß wir vielleicht mit größerer Risikobereitschaft die Investitionsbereitschaft wieder etwas ankurbeln können. Meine Damen und Herren! Das hat zur Folge gehabt, daß man sogar den Landesbeitrag gekürzt hat. Daß der Herr Landesrat zusehen mußte, wie der Finanzreferent auf Grund dessen, behauptete ich jetzt einmal und unterstelle ich, weil man die Mittel gar nicht ausgenutzt hat, eine Kürzung des

Landesbeitrages an den Fremdenverkehrsförderungsfonds veranlaßte. Jetzt stürzt die Welt deswegen nicht ein, Herr Landesrat. Du siehst, ich bin auch in dieser Frage fair. Noch finden wir das Auslangen mit den in etwa über 90 Millionen an verfügbarem Stammkapital des Fonds. Es ist allerdings so, daß ein paar große Vorhaben vorhanden sind, die in den nächsten Jahren zum Tragen kommen. Und wenn da eine größere Summe schlagend wird, dann ist das Fondsvmögen plötzlich aufgebraucht. Und dann heißt es, Herr Landesrat, aber schon in die Tasche zu greifen und den Fonds wieder entsprechend zu dotieren. Ich sage das wirklich deswegen, damit wir nicht wieder in so eine Situation kommen, in der sich der Fremdenverkehrsförderungsfonds schon einmal befunden hat.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren: Die NÖ Tourismuspolitik zeigt vielversprechende Ansätze, den NÖ Tourismus zu neuen Ufern zu führen. Und im Interesse der Tourismuswirtschaft und der Beschäftigten in der Tourismuswirtschaft wünsche ich, daß uns das auch in Zukunft gelingen möge. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Kommerzialisrat Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich meinem Vorredner wirklich zu seinem Beitrag gratulieren. Man sieht, er ist lange dabei, er macht nicht alles mies, sondern er sagt, wie es ist und sieht ein, daß die Bemühungen ganz einfach da sind. Und ich darf Dir auch danken als Obmann der Tourismusregion Weinviertel. Ich darf Dir danken, daß Du uns auch positiv erwähnt hast. Es ist so, wie Du sagst. Wir haben nicht sehr viel Bedeutung, aber wir freuen uns trotzdem über die Zugänge im ersten Vierteljahr mit 12,9 Prozent an Ankünften und immerhin 5,9 Prozent an Nächtigungen. Es ist ein schöner Beginn, sagen wir so. Und Du hast auch richtig erkannt, daß der Ausflugsfremdenverkehr natürlich für uns große Bedeutung hat im Weinviertel, weil ja natürlich Wiener Gäste zu uns kommen und sie sind uns herzlich willkommen und sind für uns sehr, sehr wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte des NÖ Landtages zum Budget 1998 für die Gruppe Wirtschaftsförderung findet vor dem

Hintergrund tiefgreifender Wirtschaftsveränderungen statt, deren Auswirkungen für die heimische Wirtschaft aber natürlich nicht neu sind. Allerdings haben sich mit der wirtschaftlichen Globalisierung einhergehende Probleme weiter verschärft und erhöhen natürlich den Erwartungsdruck auf die Lösungskompetenz der Wirtschaftspolitik. Das gilt übrigens nicht nur für uns, sondern natürlich auch für alle anderen Volkswirtschaften und insbesondere für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Gleichzeitig zwingen uns die Stabilitätskriterien für die Europäische Währungsunion zu konsequenten Einsparungsmaßnahmen besonders in den öffentlichen Ausgaben. Das heißt, wir müssen die Schere zwischen den Ausgaben und Einnahmen enger zusammenschüren und vor allem die Ausgaben zurücknehmen. Das sind auch die Kennzeichen des Landesbudgets 1998, wie sie Landesrat Mag. Freibauer hier vorgestellt hat.

Trotz dieser vorrangigen Zielsetzung zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte und damit auch des NÖ Landesbudgets dürfen wir die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben nicht aus den Augen verlieren. Diese wichtigen Aufgaben bestehen vor allem darin, erstens alles zu unternehmen, damit sich unsere Wirtschaft im verschärften globalen Wettbewerb behaupten kann und nicht an Konkurrenzfähigkeit verliert. Sowie zweitens alles zu unternehmen, damit wir die Beschäftigung absichern und die benötigten neuen Arbeitsplätze schaffen können. Das sind die Säulen, die unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand und das Netz der sozialen Sicherheit tragen. Verlust an wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ist gleichbedeutend mit Abnahme der Beschäftigung und führt daher zur Gefährdung unserer Wohlstandsstruktur. Das gilt es, und da sind sich hier, glaube ich, alle Parteien einig, mit aller Kraft und mit vollem Einsatz aller wirtschaftspolitischen Instrumente zu verhindern.

Vergleicht man die niederösterreichischen Wirtschaftsdaten mit denen anderer Bundesländer, könnten wir natürlich alle sehr zufrieden sein. Wir liegen bei der wirtschaftlichen Wertschöpfung und bei der Entwicklung der Beschäftigung kontinuierlich im Vorderfeld und teilweise sogar an der Spitze. Das ist ein respektables Zeugnis für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich. Aber es gibt auch eine Reihe schwieriger Probleme, mit denen wir alltäglich konfrontiert werden. Dazu zählen, um zwei gravierende Beispiele aufzuzeigen, erstens die Ausschöpfung der Rationalisierungspotentiale in der Industrie und die Standortbereinigung internationaler Konzerne, die uns natürlich Arbeitsplätze kosten. Und

zweitens der Kaufkraftverlust in den Grenzregionen durch den anhaltenden Einkaufstourismus, der insbesondere den heimischen Handel natürlich gewaltig unter Druck setzt. Und auch durch die Konkurrenz des anhaltenden Wachstums von Einkaufszentren an den Stadträndern und an den Ortsrändern, die diese Situation noch zusätzlich wesentlich verstärken.

Es wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion gerne von Patentrezepten gesprochen. Es wird oft so getan, als gäbe es für jedes Problem ein ganz einfaches Allheilmittel. Das ist natürlich ein wirtschaftspolitischer Unsinn. Ein wirklich gutes Rezept setzt sich immer aus einer Vielzahl von wichtigen Komponenten zusammen. In der Wirtschaftspolitik ist das nicht anders. Und so haben wir es auch in der NÖ Wirtschaftspolitik immer gehalten und haben damit immer erfolgreich agiert. Die Hauptkomponenten der NÖ Wirtschaftspolitik sind aus meiner Sicht vor allem ein sehr gut gestaltetes Instrumentarium der Wirtschaftsförderung, teilweise verknüpft mit Bundesförderungen, teilweise ergänzt und erweitert durch eigenständige Landesaktionen. Zweitens eine gezielte Regionalförderung zur Verbesserung der Regionen und der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur. Hier hilft uns auch immer wieder ECO-PLUS. Und drittens eigenständige Maßnahmen im Bereich der Verwaltungsorganisation, insbesondere bei der Vereinfachung, bei der Beschleunigung der gewerblichen Betriebsanlagenverfahren.

Die klassische Wirtschaftsförderung ist zwar nicht mehr der dominante Faktor des wirtschaftspolitischen Instrumentes, aber sie ist unersetzlich als Hilfestellung der öffentlichen Hand bei der Investitionstätigkeit der heimischen Wirtschaft und damit für den wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß. Immerhin ist durch die Auszahlung der NÖ Wirtschaftsförderung im Jahr 1996 ein Investitionsvolumen der gewerblichen Wirtschaft von rund drei Milliarden Schilling unterstützt worden. Daher kommt man an der Tatsache nicht vorbei, daß die Investitionsziele der heimischen Wirtschaft, die Modernisierung und die Strukturverbesserung der wirtschaftlichen Leistungen in einem hohen Ausmaß von der Wirtschaftsförderung in Niederösterreich ermöglicht und erleichtert werden. Das gilt insbesondere auch für das Beteiligungsmodell des Landes Niederösterreich, das hier gezeigt hat, daß man neue Wege gehen muß und daß sich diese neuen Wege auch auszahlen. Wir haben hier Erleichterungen bei Investitionsvorhaben von eigenkapitalschwachen Klein- und Mittelbetrieben erreichen können. Und der Mut, diesen Weg zu gehen, er zahlt sich aus. Wir ha-

ben bereits 700 Millionen Schilling an Beteiligungskapital ausgegeben, über 100 Betriebe sind in den Genuß dieser Beteiligungsförderung gekommen und damit sind die wirtschaftlichen Strukturen verbessert und neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Hohes Haus! Neben der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze muß es unser vorrangiges Ziel sein, neue Lehr- und Arbeitsplätze zu schaffen. Diesem Ziel dienen die Gründungsaktivitäten des Landes, die in jüngster Zeit wesentlich verstärkt wurden. Neue Arbeitsplätze entstehen bekanntlich primär in den spezialisierten Dienstleistungen. Das ist die Wachstumsbranche, in der es die größten Beschäftigungspotentiale derzeit gibt. Daher konzentrieren wir uns mit der Gründungsaktivität des Landes auch hauptsächlich auf den Sektor innovativer, moderner Dienstleistungen. Ein Beispiel dafür ist das regionale Innovations- und Gründerzentrum in Wiener Neustadt, das seit seiner Gründung im Jahr 1988 bereits 40 Jungunternehmer für die Selbständigkeit gefestigt hat. Und diese 40 Jungunternehmer haben in dieser Zeit schon wieder 200 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dieses Erfolgsmodell soll nun auf Initiative von Landesrat Ernest Gabmann landesweit umgesetzt werden. Die NÖ Landesregierung hat dazu die Gründung einer neuen Landesgesellschaft beschlossen. Gemeinsam mit der Landesgesellschaft ECO-PLUS und interessierten Standortgemeinden bzw. Trägervereinen wird es neue RIZ-Projekte in allen Teilen des Landes geben, die vom Land mitfinanziert werden. Im Budget des Wirtschaftsressorts finden wir dafür einen eigenen Ausgabenposten, um die bestehenden Ansätze in der Wirtschaftsförderung nicht zu belasten. Und um diesen Betrag, zirka 10,5 Millionen Schilling ist die Wirtschaftsförderung angehoben worden. Wir hatten im Vorjahr im Voranschlag 267,333.000,- Schilling und finden heuer 277,683.000,- Schilling. Es ist also für diesen neuen Ansatzposten Geld geschaffen worden.

Wir wissen aber auch, daß die finanziellen Unterstützungen von Investitionsvorhaben und Gründungsaktivitäten der Wirtschaft heute nicht mehr der alleinige oder der dominierende Lösungsansatz sind, um unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit absichern zu können. Unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unseren Bemühungen um neue Betriebe und unserer Standortattraktivität stehen vor allem auch die veralteten, starren und unflexiblen Gesetze sowie die bürokratischen Hürden im Wege. Das ist ein bedrohlicher Wettbewerbsnachteil für unsere Wirtschaft. Und es ist heutzutage unter globalen Wett-

bewerbsbedingungen einfach untragbar, daß ein heimisches Unternehmen für die Umsetzung eines Investitionsvorhabens durchschnittlich mehr als ein Jahr und oft länger braucht, weil die benötigten Behördenverfahren viel zu lange dauern. Damit schießen wir uns ins eigene Knie und blockieren wirtschaftspolitische Bemühungen um mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren! Bürokratieabbau und rasche Betriebsanlagenverfahren stehen daher auf der Prioritätenliste der NÖ Wirtschaftspolitik ganz oben. Die von Landesrat Gabmann eingeleiteten Beschleunigungsschritte haben die Situation in Niederösterreich einigermaßen verbessern können. Dankenswerterweise ziehen die Behörden bei diesen Bemühungen mit. Und auch die Gemeinden, die in großer Zahl von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, ihre baupolizeiliche Kompetenz bei den gewerblichen Betriebsanlagengenehmigungen an die Bezirkshauptmannschaften abzutreten. Das sind beachtliche und erfreuliche Entwicklungen, die dazu beitragen, unsere Wirtschaft zu stärken und ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Ich darf an dieser Stelle einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abg. Hoffinger, Dkfm. Rambossek, Keusch und Ing. Dautzenberg zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Wettbewerbsverbesserung der Betriebe durch Steuererleichterungen.

Der globale wirtschaftliche Wettbewerb setzt die heimische Wirtschaft unter wachsenden Konkurrenzdruck und zwingt zu hohen Modernisierungsinvestitionen. Die schwache Eigenkapitalausstattung der Betriebe erschwert diesen die notwendige Investitionstätigkeit. Im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Standortpolitik sowie einer erfolgreichen Beschäftigungssicherung sind Überlegungen notwendig, ob das derzeitige Steuersystem ausreichend geeignet ist, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu gewährleisten. Eine Möglichkeit wäre, wie die Wirtschaft schon jahrelang fordert, unter anderem eine steuerliche Begünstigung des Gewinnes, der im Unternehmen reinvestiert wird. Ein solches Modell sollte bei der auf Bundesebene vorzubereitenden Steuerreform jedenfalls Berücksichtigung finden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung mit dem Ziel tätig zu werden, daß aus den Unternehmen nicht entnommene Gewinne steuerlich begünstigt werden."

Ich darf Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Ich komme zum Schluß und möchte abschließend feststellen, daß im Rahmen der Möglichkeiten des Landes alles zur Verfügung stehende gemacht wurde und ausgeschöpft wurde um der heimischen Wirtschaft die Hilfestellung anzubieten, die unsere Betriebe benötigen um sich erfolgreich weiterentwickeln zu können. Ich würde mir wünschen, daß diese Bemühungen auch seitens der nationalen Politik sowie durch eine größere politische Übereinstimmung innerhalb der Europäischen Union ergänzt und verstärkt werden. In dieser Richtung ist noch viel harte Arbeit nötig. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Dr. Mautner Markhof.

Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Mit einer ausgewogenen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist es gelungen, Niederösterreich bei den wichtigsten Wirtschaftskennzahlen an die Spitze aller Bundesländer zu führen. Ziel ist es, diese hervorragende überdurchschnittliche Position innerhalb der gesamtösterreichischen Wirtschaftsentwicklung halten zu können. Wesentlich für die Erreichung dieses Zieles ist die weitere Steigerung der bereits vorhandenen Attraktivität des Standortes Niederösterreich. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik muß zunehmend eine solche für den Standort werden. Sie muß die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmer, der Institutionen, des Ausbildungsniveaus, der Rahmenbedingungen und jene in bezug auf die Einstellung der Menschen zu Wettbewerb und Innovation im Auge haben.

Eine bedeutende Rolle spielt dabei die Industrie. Sie kann in erster Linie Wachstumsimpulse von internationalen Märkten nach Niederösterreich bringen sowie neue Exportmöglichkeiten durch Beteiligung an ausländischen Gesellschaften, aber auch durch Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland. Wachstumsimpulse bedingen sehr wesentlich die Forschung und Innovation. Die Forschungsintensität eines Landes entscheidet mittel- und langfristige über die weltweite Wettbewerbsfähigkeit. Hier liegt leider eine Schwachstelle, nicht nur der niederösterreichischen Wirtschaft, sondern der gesamtösterreichischen. Diese Unterentwicklung gilt es zu beseitigen. Die öffentliche Hand, sowohl Bund als auch Land, ist gefordert, durch Förderungsmodelle der Industrie einerseits direkt, andererseits indirekt über Forschungseinrichtungen entsprechende Unterstützung zu gewähren, um die Forschungsausgaben von derzeit zirka 1,5, 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wesentlich erhöhen zu können. Mit einer sogenannten Technologieoffensive ist es Niederösterreich bereits gelungen zu punkten. Zur Technologieoffensive möchte ich erwähnen, daß es hier im wesentlichen darum geht, Bemühungen um den Wissenstransfer zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen, eben der Wissenschaft und der Wirtschaft zu vermitteln. Gründerzentren und Innovationsberatung, die neuen Projekte, die mein Vorredner angesprochen hat im Bereich von neuen RIZ-Standorten, Fachhochschulen, deren Angebot es eben auszubauen gilt und die Telekommunikation in Verwaltung und Bildung möchte ich hier anführen. Auch hier ist Niederösterreich bereits tätig gewesen und tätig mit Gründung der

NÖKOM, der NÖ Telekom Service GesmbH als Instrumentarium zur Verbesserung der Infrastruktur.

Was kann die Industrie weiters noch bewirken? Warum ist es so wichtig, der Industrie einen sehr hohen Stellenwert für die Wirtschaftsentwicklung eines Landes zu geben? Der Industrie kommt eindeutig die Motorfunktion für Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Steueraufkommen und Leistungsbilanz zu. Das Florieren des Dienstleistungssektors hängt wesentlich von einer gesunden Industrie ab. Immer mehr Aufgaben werden an andere Unternehmen ausgelagert, was eben in diesem Bereich zusätzliche Beschäftigung bringt. Das starke Schrumpfen der Industriebeschäftigung in den letzten Jahren findet allerdings im wesentlich geringeren Umfang statt, als es die Statistik ausweist, eben durch diese Auslagerungen im Dienstleistungsbereich.

Weiters wichtig ist es für eine erfolgversprechende Industriepolitik, daß Behördenverfahren rasch und konzentriert abgewickelt werden können. Die diesbezüglich gesetzten Initiativen unseres Landesrates Gabmann sind der Weg in die richtige Richtung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Flexiblere Steuergesetze sind genauso Voraussetzung, Industriebetriebe ansiedeln zu können, wie möglichst günstige Arbeitskosten. Und auch - das möchte ich extra dazu sagen - günstige Strompreise. *(Abg. Gruber: Billiglöhne!)* Nein, das Wort verwende ich nicht. Ich habe gesagt, günstige Arbeitskosten. Das ist die Summe aller Faktoren, die eben die Arbeit kostet. Da gehören natürlich die Löhne dazu, aber das sind auch die Lohnnebenkosten. Ich will nicht billige Löhne, ich will günstige Arbeitskosten. Ich glaube, die brauchen wir, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, Herr Kollege Gruber. Es bleibt uns nicht erspart, uns im internationalen Wettbewerb zu behaupten. *(Abg. Gruber: Keine Minimierung der Löhne und Gehälter! Bei Löhnen und Gehältern heißt es aufpassen! - Abg. Hoffinger: Du verstehst das nicht! Das hat er nicht gemeint!)* Da bin ich bei Ihnen, Herr Kollege.

Als Tor zum Osten hat speziell Niederösterreich seine geographische Lage anzubieten, die für eine weitere positive Entwicklung als Industriestandort wichtig ist. Optimismus ist hier durchaus angebracht. Die internationale Arbeitsteilung erfordert einen Strukturwandel in unserer Industrie, der bereits zum Teil erfolgreich bewältigt wurde. Ein Weg könnte eine stärkere Orientierung am Ausbau sogenannter zukunftssträchtiger Cluster sein. Enge Vernetzungen von Unterneh-

men aus verschiedenen Branchen werden darunter verstanden. Der volkswirtschaftliche Vorteil eines *Clusters* liegt im Informationsaustausch, in gemeinsamen Ausbildungs-, Forschungs- oder Vertriebsmöglichkeiten, in spezialisierten Arbeitsmärkten oder in einer technologischen Arbeitsteilung. Gerade die in Niederösterreich vorherrschende Betriebsgrößenstruktur spricht für derartige Kooperationen.

Zusammenfassend möchte ich zur Industrie bemerken, daß Niederösterreich der Industrie stets den ihr zustehenden Stellenwert beigemessen hat. So wurden zum Beispiel unter der Initiative "pro Industrie" bereits 800 Investitionsprojekte mit einem Volumen von zirka 25 Milliarden Schilling mit Landesförderung unterstützt. *(Abg. Gratzner: Wie funktioniert das? Von 121.000 Industriearbeitsplätzen sind wir jetzt auf 83.000 herunten!)*

Das habe ich ja vorher erklärt, Herr Kollege. Wir haben sicherlich Rationalisierungspotential ausgeschöpft, wir haben auch sehr viel ausgelagert von der eigentlichen Kernindustrie auf Dienstleistungsunternehmen, auf kleinere Unternehmen, sodaß die Reduktion in Wirklichkeit wesentlich geringer ist. Aber es gibt eine geringere Beschäftigung in der Industrie durch Ausschöpfung von Rationalisierungspotential. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)* Ich spreche nicht von mehr Arbeitsplätzen in der Industrie direkt. Das ist, glaube ich, klar.

Ich darf als weiteres Thema kurz über den wichtigsten Wirtschaftskomplex in unserem Lande sprechen, den Flughafen Wien-Schwechat. Mehr als 200 Unternehmen befinden sich auf dem Areal des Flughafens als größtem Wirtschaftskomplex unseres Bundeslandes. Über 10.000 Arbeitnehmer sind hier beschäftigt. Der Flughafen selbst hat 2.100 Mitarbeiter. Als wichtigste Daten möchte ich anführen einen Umschlag von 94.000 Tonnen im Luftfrachtverkehr, 154.900 Flugbewegungen... *(Abg. Gratzner: Wo ist der Flughafen im Budget zu finden?)* Niederösterreich ist beteiligt. *(Abg. Gratzner: Nein - wo er im Budget zu finden ist!)* Es ist kein direkter Budgetposten, aber es ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Und ich glaube, über den darf man beim Kapitel Wirtschaft auch sprechen. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich möchte hier einen wesentlichen Faktor erwähnen, das ist die Prognose, meine Damen und Herren. Es ist prognostiziert, daß im Jahre 2000 13 Millionen Passagiere und im Jahr 2015 sogar 23 Millionen Passagiere sich am Flughafen Wien-Schwechat bewegen werden. Die Folge

wird eine starke, eine langzeitige Belastung sein und eine Zunahme des Verkehrsaufkommens um 400 Prozent. Ich sage es noch einmal, bei 400 Prozent wird die Zunahme im Verkehrsaufkommen liegen.

Die ökologischen Überlegungen des Flughafens erfordern deshalb schnellstens eine Umstellung des Zubringerverkehrs von der Straße auf die Schiene. Derzeit benutzen nur sieben Prozent der Fluggäste sozusagen die Schiene als Zubringer. Es gibt eine ganze Reihe von Forderungen, die hier an die Bahn gestellt werden. Zum Beispiel ein 15-Minutentakt mit 15 Minuten Fahrtzeit zwischen Flughafen und der Stadt Wien, zusätzlich ein 30-Minutentakt zum Bahnhof Wien-Mitte, eine Ausdehnung der Kernzone 100, eine Anbindung an das überregionale Schienennetz, egal jetzt in welcher Form, und eine Fernverkehrsverbindung nach Preßburg. Wenn da nichts weitergeht, meine Damen und Herren, wird die Erreichbarkeit des Airports nur über das überfüllte Straßennetz möglich sein und ich glaube, dann wird die Entwicklung hier vor allem für das Umland und für die Region unerträglich werden. *(Abg. Gratzner: Daher solltet Ihr wirklich einmal etwas machen. Ich denke, es ist ja Ihr Ressort!)* Mein Ressort ist es nicht, aber es ist eine Feststellung.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Zu erwähnen ist noch die Vorbereitung auf Schengen, wofür immerhin 375 Millionen Schilling in bauliche Maßnahmen investiert wurden. Zusammenfassend möchte ich die übergroße Bedeutung des Flughafens für die NÖ Wirtschaft und darüber hinaus länderübergreifend auch für Wien und Burgenland herausstreichen und meine Sorge ausdrücken, daß die notwendigen begleitenden Maßnahmen mit zu wenig Nachdruck betrieben werden und daß damit die Chancen nicht optimal genutzt werden könnten.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, noch ein Wort zum überregionalen Güterverkehr; auch ein sehr wesentlicher Punkt, der bei der Wirtschaft angesprochen werden kann. Seit 1990 konnte die Schiene ihren Anteil am Transportvolumen deutlich steigern, von 28 Prozent auf 30 Prozent. Für das Transportaufkommen bis 2010 wird ein Anstieg von 94 auf 118 Millionen Tonnen pro Jahr prognostiziert, das ist eine Steigerung von 26 Prozent. Der Verkehrsträger Straße dominiert nach wie vor im Inlandsnahverkehr, während bei der Schiene eindeutig die überregionalen Ströme überwiegen. Nur bei einem leistungsgerechten Ausbau des

Schienenetzes, wie er in der Ost-West-Achse, derzeit beim Ausbau der Westbahn bereits in Angriff genommen wurde, kann die Schiene den jetzigen Anteil von 30 Prozent halten bzw. weiter erhöhen. Ohne Ausbaumaßnahmen würde die Lkw-Anzahl auf der Westautobahn von 6.600 derzeit auf 12.000 ansteigen, was die Gefahr eines Kollaps drastisch vor Augen führt. Auch der Schiffsverkehr auf der Donau wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Durch stetigen Ausbau der Donauhäfen Enns-Ennsdorf, Krems und Wien-Albern kann das Güteraufkommen wesentlich gesteigert werden, was sich seit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanales bereits in Zahlen niedergeschlagen hat. In Verbindung mit der Schaffung von Terminals kann das übergeordnete verkehrspolitische Ziel der Verlagerung des Güterverkehrs von Straße auf Schiene und Wasser erreicht werden.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, daß mit der eingeleiteten Wirtschaftspolitik die richtigen Impulse für eine Entwicklung in die richtige Richtung gesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Thema wird auch der Fremdenverkehr sein. Ich habe Ihnen da den "Kurier" vom 5. Juni mitgebracht. *(Abg. Dkfm. Rambossek zeigt Zeitungsausschnitt.)* Auf Seite 1 des Chronikteils steht in der Überschrift: "Talfahrt im NÖ Tourismus hält an - Minus 6,4 Prozent bei den Nächtigungen im ersten Jahresdrittel."

Hohes Haus! Wenn man sich mit der rückläufigen Entwicklung des Tourismus beschäftigt, sollte man sich ganz einfach nicht auf Globalausagen zurückziehen, sondern sollte man ein bißchen in die Tiefe gehen. Und in die Tiefe gehen sollte hier im Hohen Haus nicht so verstanden werden, wie dies immer bei Zwischenrufen von

Kollegen aus der ÖVP-Riege bemerkt werden muß, daß das ein Miesmachen ist. Ich bin nämlich ganz fest überzeugt, wenn man in die Tiefe geht, hört man auch unterschiedliche Meinungen. Und selbst bin ich immer froh, unterschiedliche Meinungen zu hören. Das regt ganz einfach zum Nachdenken an. Das regt an, eigene Positionen zu überdenken. Und sehr oft liegt eben die Ursache auch im Detail. Daher sollte man auch Detailfragen hier überlegen.

In diesem Zeitungsartikel, den ich Ihnen gezeigt habe, wird auch der Mostviertel-Tourismuschef zitiert und der sagt von der neuen Broschüre "Landflügel", die mit der Niederösterreich Werbung gemeinsam herausgegeben wurde *(zeigt Broschüre)*, daß bereits 30.000 Stück verteilt wurden, daß es aber absolut keinen Gästezulauf gab. Ich wiederhole es noch einmal, es gab keinen Gästezulauf! Ich habe mir persönlich die Broschüre angeschaut, habe dabei festgestellt, daß die Verfasser dieser Broschüre in der Geographie Niederösterreichs doch nicht sehr sattelfest sind, vielleicht ein bißchen Nachhilfe benötigen würden. Wenn man nämlich schreibt in dieser Broschüre, daß der Naturpark Ötscher-Tormauer im Waldviertel liegt, und auch die Gemeinde Purgstall a.d. Erlauf. Man hat diese Gemeinde ins Waldviertel verlegt. Und ich meine, das zeigt deutlich, daß es sich nicht um eine qualitativ sehr hochstehende Broschüre handeln kann. Ich habe aber dann auch noch ein weiteres Beispiel, eine weitere Broschüre, die Broschüre "Weinherbst" *(zeigt Broschüre)*. Diese Broschüre wurde mit großem Aufwand angekündigt, wurde auch dementsprechend beworben. Der Prospekt umfaßt über 100 Seiten und wurde in einer Auflage von rund 60.000 Stück zur Verteilung gebracht bzw. zum Versand gebracht. Ich habe immer wieder mit Freude zur Kenntnis genommen, daß wir steigende Nächtigungsergebnisse im Weinviertel gehabt haben und auch jetzt haben. Aber wenn ich niederösterreichweit den Aufwand mit dem Ergebnis vergleiche, so zeigen mir die Statistiken im September minus 3,3 Prozent, Oktober minus 6,4 Prozent, November minus 3,4 Prozent. Es ist das kein Schlechtmachen, sondern ein Aufzeigen der Tatsachen. *(LR Gabmann: Aber die Ankünfte hast Du überlesen! Warum nennst Du die nicht?)* Die Ankünfte sind sicherlich gestiegen. Die habe ich selbstverständlich auch gelesen und ich wäre noch darauf zurückgekommen. Ich betone bereits jetzt in Vorziehung meiner Ausführungen, die Ankünfte sind gestiegen.

Jetzt komme ich aber zur Wintertatsache. Wir wissen alle, daß die "Wintercard" kein besonders

großer Erfolg gewesen ist, obwohl sie auch mit ungeheuren Mitteln beworben wurde. Es wurden nicht einmal 500 Stück verkauft. Die statistische Auswertung des Winters habe ich schon gesagt, minus 6,4 Prozent oder 122.000 Nächtigungen. Ich möchte aber wirklich in aller Fairneß erwähnen, daß es sicherlich auch österreichweit einen Rückgang im Winter gegeben hat. Aber der war halt mit minus 3,4 Prozent nur halb so groß wie bei uns. Ich möchte aber auch wirklich neidlos anerkennen die Erfolge, die es gegeben hat bezüglich des Damenweltcups am Semmering, das ist vollkommen klar.

Wir führen aber jetzt im Niederösterreich-Tourismus - und mit dem sind wir eigentlich meiner Meinung nach nicht weiter gekommen - lauter Cards oder Tickets ein, jetzt haben wir wieder das "Welcome-Ticket". Da wird den Gästen die Möglichkeit gegeben, quer durch Niederösterreich zu fahren und jeden Tag in einem anderen Gebiet ganz einfach zu nächtigen. Ich glaube nur, hier werden die Erwartungen der Gäste, die zu uns kommen, ganz einfach nicht richtig erfüllt. Es werden hier Hoffnungen geweckt, denen die Privatquartiere einfach nicht nachkommen können. Und die Folge davon ist, daß die Gäste mit ihrem Aufenthalt gar nicht so zufrieden sind. Auf der anderen Seite können die Privatquartiere aber auch gar nicht mehr bieten. Denn der Nächtigungspreis beträgt meines Wissens 210,- Schilling für Erwachsene und für Kinder 147,- Schilling. Und davon werden ja bitte den Privatquartieren noch 15 Prozent als Buchungsgebühr abgezogen. Ich glaube daher, daß das sicherlich kein Mittel ist, um den Gästestrom nach Niederösterreich zu ziehen. Ich glaube, ich bin da sogar mit dem Herrn Landesrat einig, daß wir auch bei dieser *fly and drive*-Aktion gesehen haben, daß das nicht unbedingt der Erfolg war. Daß praktisch keine ausländischen oder auch österreichischen Gäste in Niederösterreich mit dem Flugzeug angekommen sind und dann mit dem Auto quer durch Niederösterreich gefahren sind.

Ich glaube, allein aus diesen drei Beispielen, die ich jetzt gebracht habe, muß man doch zugeben, daß derzeit im Niederösterreich-Tourismus trotz vieler Konzepte und Veränderungen im organisatorischen Bereich irgendetwas falsch läuft. Daß sich die Nächtigungsspirale eigentlich nach unten dreht. Ich möchte jetzt hier einen ganz kleinen Vergleich mit der Steiermark ziehen. Mit der Steiermark, nicht nur weil es das Land meiner Geburt ist, sondern weil es in etwa in den Strukturen mit Niederösterreich vergleichbar ist. In Niederösterreich dominiert der Gast aus dem Inland, genauso in der Steiermark. Der Anteil des Winter-

tourismus liegt ähnlich in Niederösterreich wie in der Steiermark zwischen 35 und 40 Prozent. Im Winterhalbjahr hatte die Steiermark nur einen ganz geringfügigen Rückgang von 0,6 Prozent, bei uns, ich habe es schon gesagt, waren es 6,4 Prozent. Wenn man sich die Zahlen mittelfristig anschaut, so wird die rückläufige Tourismusentwicklung erst so richtig klar. Und zwar habe ich mir hier die Situation in den einzelnen Bezirken angeschaut. Von 21 Bezirken in Niederösterreich - Herr Landesrat, das muß ich aufzeigen - haben lediglich drei Bezirke in den vergangenen fünf Jahren bei den Nächtigungen ein Plus erwirtschaftet, 18 Bezirke weisen eine negative Bilanz aus und in neun Bezirken liegt das Minus sogar über 20 Prozent. Ich weiß, die Argumentation - man hört es im Radio, liest es in der NÖ Landeskorespondenz - unseres Tourismuslandesrates ist, daß an allen Zahlen der Gesundheitstourismus schuld ist, weil hier rückläufige Tendenzen vorherrschen. (*LR Gabmann: Wo hast Du das gelesen?*) In der Landeskorespondenz habe ich gelesen, rückläufiger Gesundheitstourismus, Kurtourismus, und daß es daher zu rückläufigen Nächtigungszahlen kommt. Dieser Aussage, Herr Landesrat, halte ich entgegen: Meines Wissens gibt es im Bezirk Amstetten kein Kurheim, doch auch in Amstetten beträgt der Rückgang 20 Prozent. Ich kenne auch im Bezirk Scheibbs kein Kurheim. Dort haben wir ebenfalls 90.000 Nächtigungen oder 20 Prozent verloren. Ich kenne auch in Waidhofen a.d. Thaya kein Kurheim - minus 28 Prozent. So könnte ich das weiter fortsetzen, möchte Sie aber nicht länger mit Detailzahlen konfrontieren.

Insgesamt wissen wir alle, daß wir laut Statistik in den letzten fünf Jahren in 18 Bezirken über eine Million Nächtigungen verloren haben. Und nur in drei Bezirken sind die Nächtigungen ganz einfach um 97.000 mehr. Wir haben heute, und ich bin froh, daß der Kollege Keusch diesen Antrag gestellt hat, beschlossen, daß wir die Tourismuskonzepte überarbeiten sollen. Das ist sicherlich notwendig, denn die Vergangenheit zeigt uns ja, daß wir zwar zahlreiche Studien und Gutachten erstellt haben, aber keine konkreten Erfolge zu sehen sind. Ich hoffe, daß die Überarbeitung, Herr Landesrat, dieser Studien, dieser Konzepte in eine Richtung geht, daß es mehr zielorientiert zugeht, vielleicht weniger akademische Matrix-Spiele. Ich darf das schon sagen, weil das war die Grundlage dann für den Druck des Tourismuskonzeptes 2001. Sondern daß zielorientiert gearbeitet wird, daß wir hier auch ganz einfach zu Erfolgen kommen.

Ich habe mir aber noch ein Prospekt angeschaut. Und das ist das Prospekt "Schönes Wochenende". Ich kann Ihnen auch das zeigen (*zeigt Prospekt*). Da ist schon etwas sehr Interessantes enthalten. Das "Schöne Wochenende" kennt man ja auch in Form einer Kurzurlaubsbroschüre, das hat es ja vorher auch schon gegeben. Ich halte den Gedanken der Kurzurlaube absolut und wirklich sehr positiv für Niederösterreich. Man kann hier eine bestimmte Kategorie von Gästeschichten ansprechen. Ich frage mich aber, was es für einen Sinn hat, wenn man in diesem Prospekt bitte die Gattin von Baumeister Lugner abbildet, die uns in diesem Text mitteilt, daß sie am Wochenende gerne lange schläft und dann, ich zitiere wörtlich: "... Entertainment betreibt", indem sie ihre kleine Tochter auf ein Pony setzt. Ob dieses epochale Ereignis, daß man ein Kind auf ein Pony setzt, praktisch in Niederösterreich stattfindet, und wenn ja wo, erfährt man allerdings nicht aus dieser Broschüre. Besonders sinnig, Herr Landesrat, finde ich es, daß dieses Statement in einem Sommerkatalog neben einigen Winterangeboten von Kirchberg am Wechsel bzw. dem Schilift am Unterberg, wo man sehr schön Schifahren kann, wenn genug Schnee ist, enthalten ist.

Ich glaube, man sollte hier schon verschiedene andere Überlegungen anstellen. Zum Beispiel darf ich vielleicht anregen, daß, wenn man den Kurtourismus wieder fördern möchte, den Gesundheitstourismus wieder fördern möchte, man zum Beispiel entsprechende Prospekte macht, sie den Ärzten zur Verfügung stellt und vielleicht in den Arztpraxen auflegt. In den Arztpraxen wird ja sehr viel gemacht. Da gibt es Kunstausstellungen - das wissen wir beide, wir waren einmal gemeinsam bei einer. Daß man hier etwas unternimmt, um das anzukurbeln. Und ich kann mir vorstellen, daß das nicht so viel Geld kostet wie zum Beispiel, daß in einer "Freizeit"-Ausgabe des "Kuriere" bitte, zwei Annoncen in einer Nummer enthalten sind. Bitte, das kostet jedes Mal eine Viertelmillion Schilling. Da wird einmal für die Kultur geworben: Franz Schubert. Und einmal wird in der gleichen Ausgabe für "Niederösterreich - das weite Land" geworben. Und wenn man jetzt ein bißchen böse denken würde - das tu ich nicht, Herr Landesrat - wenn man jetzt ein bißchen böse denken würde, könnte man ja sagen, weil das ja vor allem in Niederösterreich verteilt wird und in Niederösterreich dem Kurier beigelegt ist, bitte, das ist schon eine versteckte Wahlkampagne für die nächste Landtagswahl. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Einen Moment zuhören, bitte. Ich denke ja nicht böse, habe ich gesagt. Weil immerhin hat man da das

schöne Niederösterreich-Zeichen oben. Und wenn ich da so die Kollegen, wenn ich essen gehe, ein bißchen sehe, dann sehe ich bei manchen das auch im Knopfloch. Also, bitte, es ist nicht so abwegig, wenn ich sage, das ist vielleicht eine versteckte Wahlwerbung. (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.*) Ich unterstelle es ja nicht, weil sonst müßte ich ja hier ein bißchen etwas auf Grund meiner Funktion im Kontroll-Ausschuß auch etwas... (*Abg. Friewald: Das "N" ist für alle Niederösterreicher! Tragen Sie keines?*) Mir hat es noch niemand, Herr Kollege Friewald, mir hat es noch nie jemand angeboten. Vielleicht haben Sie Angst, es mir anzubieten.

Ich komme aber bereits zum Schluß. Der Herr Landesrat weiß, daß es mir ein besonderes Anliegen ist, daß es zu einer finanziellen Aufstockung der Familienurlaubsaktion kommt und ich bringe dazu auch einen Resolutionsantrag ein und darf Sie bitten und einladen, diesem Resolutionsantrag auch die Zustimmung zu geben (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Keusch zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg.602/V-5, betreffend Förderung des Familienurlaubes im eigenen Bundesland.

Das ständige Sinken der Zahlen von Urlaubsgästen in Niederösterreich - so sanken die Übernachtungen auch 1996 gegenüber dem Vorjahr um 205.000 auf einen historischen Tiefstand von 5.622.000 Jahresnächtigungen, was dem Niveau des Jahres 1971 entspricht - machen dringend strukturelle Änderungen auf den Gebieten des Förderungs- und Werbewesens notwendig.

Eine verstärkte Förderung des Familienurlaubes im eigenen Bundesland wäre eine wirtschaftlich sinnvolle Aktion mit mehreren Vorteilen. Die im Bundesland Niederösterreich vorhandene Bettenkapazität könnte damit besser ausgelastet werden. Niederösterreich könnte sich als Urlaubsziel für Familien stärker positionieren. Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen könnten in Niederösterreich einen Großteil ihres Urlaubsbudgets ausgeben und würden so bei entsprechenden Angeboten die strukturschwächeren Gebiete unseres Bundeslandes beleben. Eine Wiederbelebung der klassischen Sommerfrische ganzer Familien würde das Regionalbewußtsein stärken.

Durch gezielte Umschichtungen im Budget sollten verstärkt Mittel eingesetzt werden, um die bisherige im NÖ Familienpaß festgelegte Unterstützung von ATS 590,- pro Person und Woche deutlich anheben zu können. Eine Ausweitung dieser Familienförderung hinsichtlich des finanziellen Zuschusses aber auch der Ausdehnung der Familienurlaubsaktion - wobei aber die Einkommensgrenzen weiterhin gelten mögen - sollen den Niederösterreichtourismus beleben.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die derzeitige bettenbezogene Fremdenverkehrsförderung auf Einsparungen zu überarbeiten und finanzielle Mittel für die Ausweitung der Familienurlaubsförderung zur Verfügung zu stellen."

Ich glaube jetzt, was den Tourismus betrifft, zum Schluß kommend, sollte man doch ganz wirklich sehen, daß die Betten derzeit nur zu 24 Prozent noch ausgelastet sind, insgesamt gesehen. Das bedeutet doch aus wirtschaftlicher Sicht... (Abg. Auer: Ist ja auch logisch, wenn man für Italien wirbt!)

Ich kenne die Werbung nicht, Frau Kollegin Auer. Die müssen Sie mir zeigen. Ich weiß nicht, wo die enthalten ist. Ich habe zwar sehr viele Unterlagen, aber wenn Sie mir sagen, die NÖ Familienförderung wirbt für Italien, bin ich froh, daß ich das vorher noch nicht in Händen gehabt habe, weil sonst hätte ich vielleicht noch ein paar andere Sachen gesagt.

Ich meine, es steht außer Streit, Herr Landesrat, und das sagen ja auch die Tourismusberater und die, die Konzepte machen, daß unsere Betten nur mehr zu 24 Prozent ausgelastet sind. Das bedeutet bitte, 280 Tage im Jahr sind unsere Betten leer und nur mehr an 85 Tagen haben wir Gäste. Und ich glaube daher, man kann dem Antrag zustimmen. Das soll einmal geprüft werden, was man hier macht.

Ich möchte aber auch gerne noch ein paar Worte zum Herrn Abgeordneten Kommerzialrat Hoffinger sagen. Ich habe mich wirklich gefreut, daß er heute diesen Antrag hier eingebracht hat. Ich habe mich gefreut zu lesen, daß alle Gruppierungen hier jetzt auf diesem Antrag verzeichnet sind. Ich habe mich wirklich gefreut. Offensichtlich werden von der Österreichischen Volkspartei un-

sere Pressekonferenzen sehr gut verfolgt. (LR Gabmann: Das ist eine jahrzehntelange Forderung der ÖVP.)

Ich weiß es ja, und darum, Herr Landesrat, wenn es eine jahrzehntelange Forderung der Österreichischen Volkspartei ist, hat es mich gewundert, bitte, hat es mich gewundert. Ich habe die Ehre, erst vielleicht fünf Jahre dem Landesparlament anzugehören. Wenn es eine jahrzehntelange Forderung ist, hat es mich gewundert, warum es nicht schon verwirklicht ist. Warum der Antrag nicht schon längst eingebracht wurde. Herr Kollege Friewald, wenn ich jetzt wieder an die Worte denke, die der Klubobmann Böhm, nicht jetzt bei der Budgetdebatte, sondern bei der letzten Aktuellen Stunde da gebracht hat. Er hat gesagt, tatenlos haben wir zugesehen beim Grenzland. Und genauso haben Sie tatenlos zugesehen, wenn es um eine Wettbewerbsstärkung ging. (Abg. Hoffinger: Darum tragen wir das ja gemeinsam! Und wenn es jetzt gelingt mit Deiner Unterstützung, werden wir Dich lobend erwähnen!) Herr Kommerzialrat, ich wollte mich bei Dir echt bedanken, daß Du praktisch die Pressekonferenz zum Anlaß genommen hast, hier auch weiterzuarbeiten, damit wir ganz einfach gemeinsam zu jenem Ergebnis kommen, das die NÖ Wirtschaft braucht. Danke schön für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Hohes Haus!

Wir haben jetzt zwei Stellungnahmen zum Tourismus von zwei sehr fundierten Fachleuten gehört, aus zwei verschiedenen Fraktionen. Zwei Experten, die wirklich nachweisbar sich fundiert, profund mit dem Budget beschäftigt haben. Was wir überprüfen konnten, wenn wir nachgelesen haben. Zwei Aussagen des Abgeordneten Keusch und dann des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zum Thema Tourismus, die ja immer wiederkehren und an dieser Stelle immer wieder vorgebracht werden. Und doch, wiewohl man beiden durchaus Fleiß und Recherche und statistische Genauigkeit nicht absprechen kann, und doch, welch' ein Unterschied!

Die eine, die erste Stellungnahme war auch kritisch - und ich möchte auch meine gar nicht unkritisch halten. Aber doch, sie weist nicht Schuld zu. Die erste Wortmeldung versteht und erkennt, was ich auch vom Tourismus glaube, daß in keinem Bereich der Wirtschaft Erfolg und Wertschöpfung so schwer errechenbar und zuordenbar ist wie im Tourismus. Vielleicht ist es

in einem Bereich noch schwieriger, in der Werbung. Die andere Stellungnahme von Dkfm. Rambossek, der durchaus der Sache auch auf den Grund ging, läßt in meinen Augen aber Optimismus vermissen und stellt durchaus richtige Unzulänglichkeiten fest. Die aber nicht weiterhelfen, wenn dazu nicht ein Vorschlag zu einer anderen Strategie kommt.

Das heißt, nützlich sind Hinweise auf punktuelle Fehler, wie das mit dem Mostviertel - ich habe das nicht gelesen, muß ich gestehen - topographische Fehler. Obwohl ich glaube, Herr Kollege, deswegen kommt kein einziger Gast mehr oder weniger, weil vielleicht ein Ort im Mostviertel dem Weinviertel oder dem Waldviertel zugeordnet wurde. Weil im Ausland, vor allem in Übersee, darf ich Ihnen im Geheimen sagen, rechnet man ganz Niederösterreich nämlich noch immer touristisch leider Wien zu. Und darum müssen wir wahrscheinlich unsere gesamte Österreich-Werbung immer noch auf Top-Punkte wie Salzburg und Wien abstimmen. Aber das nützt etwas, das führt weiter.

Nicht weiter führt einfach das Aufzeigen von Hoffnungslosigkeit und Zukunftslosigkeit. Denn Tourismus ist nicht verordenbar. Wir haben beim besten Willen nichts davon, wenn wir jedes Jahr uns die Minuszahlen um die Ohren klatschen. Damit haben sie im Ausland auch schon aufgehört. Ein großer Touristiker, Helmut Peter vom "Weißen Rößl" am Wolfgangsee, mit dem bin ich viel zusammen im Kurtourismus, obwohl er nicht von meiner Partei ist, er ist ein LIF-Mann, hat einmal richtig gesagt und hat nicht unrecht, wenn er sagt, hören wir endlich mit dem Zählen der Nächtigungen auf. Ich hätte auch gerne mehr Nächtigungen, aber es nutzt ja nichts, es ist nicht verordenbar! Ich kann nicht befehlen auf Grund der langfristigen Strategien, die wir ohnehin verfolgen, auf Grund unserer Bemühungen müssen morgen, übermorgen oder nächstes Jahr mehr Leute kommen. Das ist leider nicht alleine von uns zu bewerkstelligen. Da spielen Megatrends mit, wie wir alle wissen, die wir leider als Österreicher nicht beeinflussen können.

Alles andere im sachlichen Bereich ist richtig und hat auch keinen Sinn, jetzt nachgebetet zu werden. Ich möchte nur auf ein paar Punkte eingehen. Ich beginne jetzt noch einmal bei Dkfm. Rambossek. Wir brauchen das Zitat des "Kurier" nicht zu bemühen, daß die Talfahrt im Tourismus anhält. Das Zitat ist entbehrlich, weil es eine europaweite Tatsache ist, daß der Tourismus leider zurückgeht. Erfreulich ist aber, daß bei uns die Ankünfte wenigstens vorhanden sind und wir

dort einen Ansatz haben. Würden die Ankünfte zurückgehen, wäre es aussichtslos, wäre es schlecht. Aber wenn ich mehr Ankünfte habe, wie das sich in Niederösterreich wirklich abzeichnet, auch in Österreich, aber in Niederösterreich besonders. Wir sind besser in den Ankünften als Restösterreich, außer Wien. Wien hat immer eine besondere Stellung als Bundeshauptstadt, weil der Städtetourismus einfach stark ist. Aber hier setzen wir sowieso an. Die Ankünfte sind gut. Und wenn ich den Gast habe, muß ich ihn shuttlen, shaken, schütteln, damit er etwas ausläßt. Ich kann aber nur jemanden schütteln, wenn er da ist. Das ist die berühmte *pull and shuttle*-Methode. Ich muß ihn pullen, ich muß ziehen, und dann kann ich *shaken*. Wenn er aber nicht da ist, kann ich auch nicht shaken. Aber bei uns ist er da. Die Ankünfte wachsen. Und das ist eine Hoffnung und ein Silberstreif am Horizont. Und wenn wir die langfristigen Strategien nach dem Gabmann-Plan 2001, mit dem wir uns ja jetzt eigentlich auseinandersetzen sollten, ernst nehmen, haben wir eine Chance. Wir wollen uns ja nicht zu viel vornehmen. Früher hat man drei Wochen Urlaub gemacht an einem Ort, in der klassischen Sommerfrischezeit. Dann hat man zwei Wochen Urlaub gemacht. Außer beim Kurtourismus. Der Kurtourismus, der Gesundheitstourismus muß, wenn er seriös sein will, immer noch drei Wochen betragen, sonst führt er nicht zum Effekt, den die Medizin und der Mensch brauchen. Wir können nicht alles behübschen. Ein Mensch wird eben krank und er braucht drei Wochen Kur. Die Kur hält ja noch, nur sind die Kuranmeldungen zurückgegangen. Wir wissen, aus welchen Gründen. Die Einweisungen gehen zurück, die Bewilligungen gehen zurück, der Selbstbehalt hat eine Rolle gespielt und auch die Angst um den Arbeitsplatz. Der Kurtourismus macht in Niederösterreich ein großes Quantum aus und das hat uns schon sehr geschadet in den Statistiken.

Aber noch einmal: Der Ansatzpunkt liegt bei den Ankünften. Die sind gewachsen und stärker gewachsen als im übrigen Österreich. Und da müssen wir ansetzen, etwa durch Angebotsentwicklung, durch Schlechtwetterprogramme. Und da haben die beiden Vorredner völlig recht wenn sie sagen, daß es da anzusetzen gilt. Ein Schlechtwetterprogramm zu erstellen durch vernetzte Programme, wie wir es jetzt tun in dem neuen Strategiekonzept. Um dem Gast einen Grund zu geben, von seiner Woche, oder seinen zwei Wochen auch nur einen Tag länger zu bleiben. Wobei die durchschnittliche Verweildauer ja nur mehr drei bis vier Tage beträgt. Die durchschnittliche Verweildauer beträgt drei bis vier Tage. Selbst in Baden, dem klassischen Kurort,

wo man früher drei, vier, fünf Wochen geblieben ist, wurde durch den Kongreßtourismus, der immer stärker wird, den Seminartourismus, wo man oft nur ein, zwei Nächte mehr bleibt, weil auch die Firmen sparen, der Durchschnitt gedrückt. Der Schnitt ist auf drei bis vier Tage zurückgegangen. Das stört uns natürlich, das schadet und das schmerzt uns. Doch wenn es uns nur gelingt, daß der Gast aus den Angebotsentwicklungen heraus eine Nacht und dazu einen Tag länger bleibt, wäre das schon eine Erhöhung um fünf bis sechs, ja bis acht Prozent. Und dort müssen wir ansetzen.

Noch einmal: Alles was gesagt wurde ist zwar richtig, aber es nützt überhaupt nichts, wenn wir es jedes Jahr erzählen, wenn wir dazu nicht Strategien entwickeln oder Alternativen aufzeigen. Oder zugeben, daß sowieso alles unternommen wird, was man von politischer, infrastruktureller Seite unternehmen kann.

Zu den Resolutionen, die eingebracht wurden. Ich konnte die letzte nicht begutachten, sie kam im letzten Moment. Offenbar sollte sie geheim gehalten werden. Man hätte sie uns auch zeigen können, dann hätten wir noch Stellung nehmen können. Ich frage mich, warum? So geheimnisvoll ist es ja gar nicht. Einsparung, Bettenförderung einsparen und den Familien zustellen. Ich kann mir das schwer vorstellen, wie das zu handhaben ist. Wer soll, welche Familie soll welches Konto bekommen? Ich finde diesen Antrag schwer vollziehbar. Ich glaube nicht, daß man ihn mißachtet. Ich glaube nicht, daß wir hier mitgehen können, zustimmen können. Was ich aber von den beiden anderen Resolutionsanträgen der SPÖ sehr wohl glaube, daß sie verwirklichtbar sind und daß von meiner Fraktion beigetreten werden kann.

Jetzt kurz ein Wort zu Abgeordneten Keusch. Auch er hat natürlich die Minuspositionen der einzelnen Abteilungen und Positionen beschrieben, hat aber anerkannt, daß Strategien im Gange sind, denen man schon wenigstens ein, zwei Jahre eine Chance geben soll, damit sie greifen. Und diese gibt es.

Ein Wort noch zur urgierten Umwegrentabilitätsstudie, die wir bei einem Resolutionsantrag im Vorjahr beschlossen haben bezüglich Umwegrentabilität, Qualifikation, Parameter, ob die Nächtigungen künftig zählen sollen oder etwas anderes zählen soll. Die Frage ist so alt wie der Tourismus selber, die der Wolfgangsee-Rößlwirt richtig umschrieben hat: Hören wir auf mit dem Nächtigungszahlen. Das alleine ist es nicht, wiewohl es

auch eine Zahl ist. Eine wichtige Zahl, aber nicht alles. Es ist heute wichtig, was läßt der Gast da? Betreibt er Tagestourismus, geht er zum Heurigen, geht er ins Kino, geht er ins Theater? Das alles ist auch Wertschöpfung. Und da gibt es eine Studie von Dr. Smeral von der Bundeskammer und die sollte man, glaube ich, auch von unserem Wirtschaftsreferat einmal anfordern. Ich habe sie vor Jahren für Baden bestellt. Und Smeral sagt: Wir wollten immer schon wissen, wieviel Prozent von der Gesamtwirtschaft macht der Fremdenverkehr aus. Keiner kann das genau sagen und man kann es auch nie beweisen. Da zählt die Postkarte, die Ansichtskarte beim Papierhändler dazu, zählt der Pelz dazu, der beim Kürschner gekauft wird, weil dem Gast kalt ist, zählt der Friseur dazu, weil die Dame einen Friseur braucht, auch beim Kurzurlaub. Was gehört alles dazu. Smeral spricht von etwa 16 Prozent - das hören die Fremdenverkehrstouristiker nicht gerne, weil sie uns immer weiß machen wollen, daß 100 Prozent, die ganze Wirtschaft gleich Fremdenverkehr wäre. Dem ist aber natürlich nicht so. Der echte Touristiker sagt, alles lebt vom Fremdenverkehr. Weil ein geschickter Touristiker kann nachweisen, daß im Grunde alles mit Tourismus, mit Reiseverkehr zusammenhängt. Aber Smeral sagt, 16 bis 18 Prozent etwa wäre die Wertschöpfung aus der Gesamtwirtschaft, vom Tourismus hervorgerufen. Aber ich gebe zu, auch darüber kann man streiten.

Nun, da ja schon viel Statistisches gesagt wurde, lassen Sie mich nur die fehlenden statistischen Teile, schon alleine daß ich nachweisen kann, daß auch ich mich genau mit dem Budget beschäftigt habe, nachnennen, was an Zahlen beschönigt wurde. Wir haben es heuer mit unveränderten Zahlen zu tun. Und das war Absicht und liegt auch daran, daß nicht alle Förderungen ausgeschöpft wurden. Das stimmt, es wird nicht um alles angesucht was auszuschütten wäre. Wir haben folgende unveränderte Budgets: Für die Voranschläge 1997 und 1998 im Fremdenverkehrsfonds haben wir wieder genau wie im Vorjahr 125 Millionen Schilling; in der Niederösterreich Werbung GesmbH jetzt 29, fast 30 Millionen, in der Österreich Werbung 11,5 und der Tourismuswerbung für Tourismusregionen und Verbände über 10 Millionen. Es stimmt, daß diese Zahlen nicht gewachsen sind, aber sie reichen aus. Und der Fonds ist ja beweglich. Der Fonds hat ja die Aufgabe, beweglich zu sein, ist dehnbar und kann auch Kapital aufnehmen, wie wir wissen.

Und jetzt noch einmal ein paar Kennzahlen und ein paar Bemerkungen zur touristischen Ent-

wicklung. Der leider auch im ersten Halbjahr des heurigen Jahres feststellbare Rückgang - ein geringer Rückgang, aber doch ein Rückgang - ist milder ausgefallen als der gesamtösterreichische Durchschnitt. Aber er ist da, das ist nicht zu leugnen. Es nutzt auch gar nichts, jetzt schuldbewußt den Kopf zu senken oder nicht, er ist festzustellen und mehr kann man nicht tun außer schauen, daß man die Angebotsentwicklung weitertreibt. Er ist sicherlich nicht festzustellen in den Ankünften. Dort haben wir mehr, dort sind wir besser als Rest-Österreich. Das ist gut und ein wichtiger Ansatz. Er ist aber zurückzuführen großteils auf den immerhin bedeutenden Kur- und Gesundheitstourismus, der ja 12 Prozent ausmacht. Meine Damen und Herren! Vom gesamten Österrichtourismus macht der Kurtourismus in Österreich 12 bis 13 Prozent aus. Das ist viel! Und der hat arg gelitten durch die vorab gesagten Gründe. Das wird sich aber wieder einpendeln. Weil meine, und das muß man jetzt vorsichtig formulieren, "Hoffnung" kann man nicht sagen, ist, es wird immer Touristen geben, die den Kurtourismus brauchen. Es wird sich immer auch der chronisch Kranke und auch der, der Rehabilitation und Vorbeugung braucht, finden. Und er wird mit der Zeit sich nicht abhalten lassen durch den Selbstbehalt und auch nicht von der Arbeitsplatzsorge. Denn wenn der Mensch Pflege und Kur braucht, wird er sie in Anspruch nehmen müssen.

Und jetzt noch etwas, was Sie nicht von einem Wirtschaftler erwarten werden. Die Wirtschaft sagt oft, und hier widerspreche ich sogar einem Bereich der Bundeswirtschaftskammer, wir müssen vernetzter denken. Wir dürfen uns nicht freuen als Betrieb und als Wirtschaft, daß wir jetzt den Kuraufenthalt und damit den Krankenstand heruntergedrückt haben. Erstens kostet der Patient dann mehr. Wenn er dann wirklich krank wird, kostet er dem Volksvermögen weit mehr als er vorher bei der Kur verbraucht. Und zweitens sind mit dem Kurtourismus viele Arbeitsplätze verbunden, hunderttausende Arbeitsplätze, ja es ist ein echtes Berufsbild geworden in Österreich. Viele Regionen haben ja nach dem Wegfall der Industrie nur mehr die Chance, sich im Gesundheitstourismus zu bewähren. Daher müssen wir heute vernetzter denken. Wir dürfen nicht mehr sektoral sagen, Gottseidank geht es dem schlecht, mir geht es gut. Vielmehr hängt alles zusammen und wir müssen sicherlich großräumiger denken. Daher müssen wir jetzt Stopp sagen dieser falschen Angst vor der Kur und den Leuten wieder Mut machen, auch die Kur in Anspruch zu nehmen. Es leben

hunderttausende Arbeitsplätze und Arbeitnehmer davon, in Österreich und auch in Niederösterreich.

Die Rahmenbedingungen haben sich natürlich geändert. Seit den fünfziger und sechziger Jahren hat es einen riesigen Zuwachs gegeben im Tourismus in Österreich, der dann einem Auf und Ab wich, und seit 1991, 1992 geht es leider konstant zurück, generell im Reiseverkehr. Aber auch im europäischen Reiseverkehr. Nur asiatische Destinationen und pazifische Destinationen, die nehmen zu, die wuchern, der Trend zu den Fernreisen grassiert. Eine Entwicklung, die sich auch einmal einpendeln wird, die aber jetzt im Moment, bedingt durch die Billigflüge, nicht aufzuhalten ist. Mit unseren Maßnahmen, die ich jetzt kurz anführe, liegen wir aber, glaube ich, richtig und ich bitte Sie ernsthaft, geben wir diesen Maßnahmen doch ein paar Jahre eine Chance. Wir waren viel zu ungeduldig, auch in den letzten Jahren. Lassen wir doch eine Maßnahme greifen, machen wir den Befund und gehen von der Diagnose aus zu den Strategien und Maßnahmen. Grundlage dieser Maßnahmen ist unser neues Leitbild 2001, das ja laufend adaptiert wird, jetzt schon wieder. Und der Leitgedanke dieses Leitbildes ist eben, ein optimales Wertschöpfungswachstum zu erzielen, wo nicht nur die Nächtigungen zählen. Zählen muß aber die Wettbewerbsfähigkeit und die Qualität in der Dienstleistung, in der Sachleistung. Es geht eindeutig aus den Statistiken hervor, daß Privatzimmer und das So-nebenbei-Fremdenverkehr-machen nicht mehr geht. Jeder Gast, auch der nicht so reiche oder begüterte Gast möchte heute einen gewissen Standard vorfinden, andernfalls kommt er nicht. Und daher auch der riesige Rückgang in den Privatzimmer-Nächtigungen, aber das Plus im Dreisternbereich. Das Stagnieren allerdings im Vier- und Fünfsterbereich ist darauf zurückzuführen, daß leider die Wiener Hotels im Vier- und Fünfsterbereich so schleudern, daß unsere Dreisternhotels gar nicht mitkönnen, weil sie die Kosten zu halten haben. Aber bevor in Wien Hotels leer stehen, dumpen sie, und das ist verheerend, nur um die Häuser zu füllen, um eine Grenzkostenrechnung oder einen Kostendeckungsbeitrag zu erzielen.

Behutsame Expansion des Fremdenverkehrs war immer wichtig in Niederösterreich. Wir sind das Land des sanften Tourismus, des Kulturtourismus. Daher müssen alle Maßnahmen mit den landschaftlichen und kulturellen Grundlagen im Einklang stehen. Unternehmerischer Mut muß im neuen Gabmann-Konzept gestützt, unterstützt und gefördert werden. Und die

Angebotsverbesserung, das sagte ich schon, muß erhöht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Gasthäuser, der Hotels und der Fremdenverkehrseinrichtungen zu heben. Wir müssen einfach schauen, daß wir eine Saisonverlängerung erzielen, im Frühjahr und Herbst vor allem. In anderen Saisonen geht es ohnehin gut, aber dort, wo das Loch ist, dort müssen wir ansetzen und ganzjährig nutzbare Angebote forcieren. Das dauert, aber die Investition muß getan werden und da kann man nicht am nächsten Tag schon erwarten, daß sich der Erfolg einstellt. Also sieht auch dieses Konzept die bewußte regionale Angebotsdifferenzierung vor. Und daran orientiert sich auch das neue Förderungssystem, das jetzt streng überarbeitet wird.

In den neuen Förderungsrichtlinien unter der Bezeichnung "NÖFIT 2001" sollen die Förderungen an die Wettbewerbsregeln erstens einmal der Europäischen Union, aber auch an die neuen Trends im Tourismus angepaßt werden. Zielsetzung dabei sind projektorientierte Förderungen. Nicht irgend etwas soll gebaut werden, sondern es soll der Förderungswerber klar sagen, was er will. Er soll sich unterscheiden von anderen Projekten und er soll sich integrieren ins gesamte lokale und regionale Umfeld. Eine Vernetzung also des Gesamtangebotes einer Stadt, eines Ortes, einer Region. Es soll zwischen Basis- und Qualitätsförderung unterschieden werden und es soll der unternehmerische Mut gestützt werden. Als eines der ersten Bundesländer wird Niederösterreich Förderungen für Kooperationen, Angebotsentwicklung und Marketing vergeben.

Und durch eine Verminderung der Zahl der Richtlinien wird einmal der Förderdschungel vereinfacht und übersichtlicher gemacht. (*Abg. Dkfm. Rambossek: Das ist ja bereits geschehen!*) Ja, aber es soll noch weiter reduziert werden. Und das läuft alles unter "NÖFIT 2001" als Dachmarke der Förderungen für Tourismus. Diese NÖFIT-Förderungen wurden von der Europäischen Kommission abgesegnet, sie sind von der Landesregierung beschlossen und traten eigentlich bereits Anfang dieses Jahres in Kraft.

Ich darf noch erwähnen die Schwerpunktaktion Incentive 2001. Incentive, wir sagen so viele englische Vokabel und wissen oft nicht, was es heißt, heißt im Grunde Mut machen, animieren, motivieren, Anreiz geben zu Investitionen. Und diese Investitionen sollen jetzt einmal im Software-Bereich kommen, weil die Hardware, umgebaut haben wir schon, modernisiert haben wir schon großteils, jetzt aber soll die

Angebotsentwicklung, der Software-Bereich besonders betont werden.

Das Coaching-Programm, schon wieder ein englischer Ausdruck, wurde schon erwähnt. Das bedeutet eben die Tourismusregion Wachau, Nibelungengau, Wienerwald und March-Donauland zu fördern und mit Anregungen, mit guten, brauchbaren Anregungen zu versehen. Coaching-Programm, was heißt das wirklich konkret? Attraktivierung der Schiffsanlegestellen, zusätzliche Events, also Veranstaltungen, touristisches Umfeld schaffen, Marketingmaßnahmen, Optimierung des bestehenden Angebotes. Bevor man etwas Neues macht soll man das gut machen, womit man begonnen hat. Auch eine kritische Prüfung der vorhandenen Tourismusorganisationen ist erforderlich. Das ist eine wichtige Sache, wobei wir achten müssen, daß die Tourismusregionen das nicht in die falsche Kehle bekommen.

Wenn wir jetzt die Tourismusorganisationen überprüfen, begutachten und reorganisieren bedeutet das, daß wir die einzelnen Verbände in den Regionen straffen müssen. Die Region muß sich als Ganzes begreifen und nicht drei Verbände, die an verschiedenen Stricken ziehen. Das ist mit dieser Begutachtung und Reorganisation gemeint. Alles andere, bitte, ist sicherlich aus allen fruchtbringenden und positiven Ausführungen hervorgegangen, wo vieles brauchbar war. Und ich glaube, wenn auch die Aktien in Sachen Tourismus weltweit, europaweit nicht gut stehen, so hat doch Niederösterreich innerhalb dieses schönen Österreich die Chance erfaßt, theoretische Grundlagen zu schaffen, Strategien und Maßnahmen zu setzen, daß der jetzige Aufwind in der Ankunft der Gäste sich hoffentlich bald in ein Plus an Nächtigungen niederschlägt, aber was noch wichtiger ist, die neue Medianzahl an Wertschöpfung für den Tourismus und somit für die gesamte Wirtschaft herbeiführen wird. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Nunmehr darf ich Herrn Abgeordneten Haberler bitten.

Abg. HABERLER (*FPÖ*): Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich fasse mich kurz - der Zeit angepaßt. Dem Thema nach geht es um die 4,2 Millionen an Förderung für die NÖ Arbeiterkammer, die wir auch im Vorjahr als Freiheitliche schon kritisiert haben, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Auf der einen Seite gibt es ein Landesbudget, das wie kein anderes pro Kopf, kein anderes in Österreich, in den anderen acht Bundesländern so hoch ver-

schuldet ist. Und auf der anderen Seite gibt es eine Institution, die ich hier überhaupt nicht kritisieren will, ganz im Gegenteil, die durchaus positive Arbeit leistet, nämlich die NÖ Arbeiterkammer, die aber alleine im heurigen Jahr 73 Millionen an Rückstellungen macht, das heißt, einen Überschuß erwirtschaftet.

Ich darf nur ganz kurz die Zahlen anführen, da ich ja auch in der Arbeiterkammer aktiv bin. Es gibt insgesamt 75 Millionen an Förderungsmittel, 496 Millionen an Wertpapieren für Rückstellungen und diverse Dinge, umgekehrt 50 Millionen Schilling an Bankverbindlichkeiten und 73 Millionen Schilling an Bankguthaben. 421 Millionen Schilling davon sind zweckgebunden rückgestellt. Das heißt, es kann doch nicht sein, daß man auf der einen Seite auf Kosten der Steuerzahler 4,2 Millionen Schilling einer Institution, ich wiederhole es noch einmal, so positiv sie auch arbeiten mag, zuschießt, die positive Zahlen schreibt. Während auf der anderen Seite gerade in Niederösterreich das Budgetdefizit in den letzten Jahren extrem explodiert ist und pro Kopf, ich wiederhole es, das höchste in ganz Österreich ist. Man braucht einen Verein, der super funktioniert, nicht subventionieren auf Steuerzahlerkosten, wenn wir ein hohes Defizit haben, ich kann mich nur wiederholen. Ich

stelle daher den Abänderungsantrag des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998. (*Abg. Rupp: Du bist doch auch Kammerrat!*) Ich bin gerne bereit, ich kann das auch dort begründen, ich habe es dort auch schon begründet im Vorjahr (*liest*):

"Abänderungsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, LtG.602/V-5.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz 78900 Kammer für Arbeiter und Angestellte Position Ausgaben Voranschlag 1998 lautet: ATS 0,00.

Der Ansatz 78291 Forschung (Rohstoffe, Energie, Umwelt) Position Ausgaben Voranschlag 1998 lautet: ATS 11,180.000,-"

Also, dieser erhöht sich um genau die 4,2 Millionen. Ich glaube, dies müßte auch gerade im Interesse der Arbeiterkammer sein. Das ist richtigerweise angeführt worden, daß ich Arbeiterkammerrat bin. Es müßte im Interesse der Arbeiterkammer sein, daß in die Forschung, in die Bereiche Energie, Umwelt usw. Gelder gesteckt werden. Denn gerade das schafft ja wieder Arbeitsplätze. Wenn man dort neue Erkenntnisse hat, wenn man dort neue Arbeitsplätze schaffen kann. Das heißt, der Kreislauf schließt sich wieder und aus einer Subvention für eine Institution, die zur Zeit diese nicht notwendig hat, wird eine Subvention werden für einen anderen Bereich, wo wir dringend Gelder brauchen würden und wo, wie ich schon gesagt habe, durchaus in Aussicht gestellt werden kann, daß dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich ersuche den Hohen Landtag, diesem Antrag zuzustimmen und einmal von den ideologischen Scheuklappen wegzugehen. Wenn man irgendwo 10 schwarze Schilling ausgibt, wird es drei rote dafür geben. Wir wollen nicht zwei blaue auch noch dazu haben, wir wollen ganz einfach dieses System ändern, ganz einfach hergehen und das Budgetdefizit in die Schranken weisen in diesem Bundesland. In diesem Sinne darf ich den Landtag bitten, diesem Antrag zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Vorerst als letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Vorerst einmal zu Unangenehem. Ich möchte zwei Anträgen der Freiheitlichen begegnen. Der Abgeordnete Marchat hat den Resolutionsantrag eingebracht zur Gruppe 7 bezüglich Vergabe von öffentlichen Aufträgen ab dem Jahr 2003 an Firmen, die ausschließlich inländische Arbeitnehmer und EU-Bürger beschäftigen.

Ich möchte dazu nur eines sagen: Wenn dieser Antrag nicht ausländerfeindlich ist, was ist denn dann überhaupt noch ausländerfeindlich? Die Kontingente wurden einvernehmlich äußerst restriktiv in den letzten Jahren gehandhabt. Ich glaube, Sie haben heute mehrfach schon, Herr Kollege Marchat, mehrfach schon einen nationalistischen Rückfall getätigt. Wenn er gemeint hat, er tritt ein für eine Renationalisierung der Agrarpolitik. Das ist ein Weltbild aus den Trümmern der Vergangenheit, das hier gezimmert wurde. Meine Damen und Herren. Wir wissen alle, dieses Europa mag unvollständig sein. Aber Sie von den Freiheitlichen haben sicherlich keine Perspektive für die Zukunft. Und wenn Sie sagen, Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Firmen, die nur Inländer oder EU-Bürger beschäftigen, so möchte ich dazu klar festhalten: Die Freiheitliche Partei kämpft gegen die legale Beschäftigung. Wir kämpfen gegen die Schwarzarbeit. Und das ist ein wesentlicher Unterschied. *(Beifall bei der ÖVP sowie der Abg. Kautz und Uhl.)*

Zur Wortmeldung des Kollegen Haberler: Diesen Antrag möchte ich besonders kategorisch ablehnen, denn bei der Arbeiterkammer haben wir es genau wie bei den anderen Kammern mit einer Institution zu tun, die sehr wesentliche Aufgaben für viele Landesbürger wahrzunehmen hat und auch wirklich erfolgreich wahrnimmt. Ich nenne nur als Beispiel die Beratung der Lehrlinge, den Rechtsschutz, den Konsumentenschutz, wo wir alle paar Wochen uns in den Medien finden mit neuen Dingen, die wir hier durchsetzen konnten, oder den Sozialbereich. Ich glaube, nicht wir haben da ideologische Scheuklappen, sondern Sie sollten endlich erkennen, daß in einem Zeitgeist des Neoliberalismus viele Arbeitnehmer, gerade Kleinkommensbezieher den Schutz brauchen. Und daß das Land Niederösterreich hier bereit ist, finanzielle Mittel beizustellen, dafür können wir nur dankbar sein und nehmen sie dankbar an. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Kautz, Uhl und Gebert.)*

Und was die Arbeit der Kammer betrifft ist es so, daß wir im heurigen Frühjahr mit der Verlei-

hung des ISO 9001-Zertifikates für Qualitätsmanagement als erste öffentliche Institution dieses Zertifikat verliehen bekommen haben. Und damit uns eigentlich der Beweis nach einer einhalbjährigen Untersuchung geliefert wurde, daß wir in allen Bereichen, die ich hier angeführt habe, aber auch in der politischen Vertretung - die ist ja genauso nach dem Gesetz unsere Aufgabe - der Arbeitnehmeranliegen hier ein wirkliches Qualitätsmanagement betrieben haben. Dies zu den freiheitlichen Anträgen. Mein eigentliches Thema heute ist die Frage der Wirtschaft und Arbeitnehmer aus der Sicht der Arbeitnehmer. Und hier darf ich voll Stolz anführen: Niederösterreich führt im Reigen der Bundesländer. Wir führen im Reigen der Bundesländer - einige Vorredner haben das heute schon angedeutet - in der Frage der Beschäftigten, in der Frage der Arbeitslosenziffern, in der Frage des Wirtschaftswachstums, in allen Phasen der letzten fünf Jahre. Und auch dann, wenn es negative Ziffern gegeben hat, hat es bei uns weniger negative Ziffern gegeben. Ich glaube, wir können in dieser Phase der letzten fünf Jahre alle Bereiche hier anführen: Beschäftigte, die Arbeitslosenziffer, die mir natürlich am meisten am Herzen liegt, das Wirtschaftswachstum. Wir führen im Reigen der neun Bundesländer. Und das ist nicht eine Momentaufnahme, sondern wir heben uns Monat für Monat im Vergleichszeitraum zum Vorjahr positiv ab. Es ist nicht eine Momentaufnahme. Die Wirtschaftspolitik von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat Niederösterreich kontinuierlich an die Spitze im Reigen der Bundesländer geführt. *(Heiterkeit bei Abg. Dkfm. Rambossek.)*

Und ich möchte heute bewußt nicht nur den Herrn Landeshauptmann anführen, sondern dieses Regierungsteam anführen. Wenn ich in der Wirtschaftsdebatte spreche, so zuallererst den Herrn Landesrat Gabmann. Heute hat der Kollege Hoffinger schon vom Beteiligungsmodell gesprochen. Es ist nur ein Punkt, in welchem die anderen Bundesländer uns nachfolgen, weil wir hier eine neue Initiative gesetzt haben, Mut bewiesen haben im Bereich der Wirtschaftspolitik, was ja bei weitem nicht nur Wirtschaftsförderung im engeren Sinne darstellt. Oder wenn ich nur an die Initiativen von Herrn Landesrat Mag. Freibauer im Wohnbaubereich denke. Oder an die Vorwoche, als die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, das darf ich hier voll Stolz sagen, in Zwettl das neue Seniorenheim eröffnet hat. Was nicht nur für die alten Menschen eine gewaltige Hilfe bedeutet, sondern für die Zukunft wirklich viele Arbeitsplätze gerade in unserer Grenzregion absichert. Oder die Investitionen im Bereich der Gemeinden. Ich

möchte die Regierungsmitglieder hier nicht ausschließen. Ich glaube, die Regierung Erwin Pröll hat in diesen fünf Jahren wirklich gezeigt, was wir können. Daß wir an der Spitze der österreichischen Bundesländer stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben auch ganz konkrete Erfolge für die Arbeitnehmer, auch im monetären Bereich, die wir vermelden können. Erst in den letzten Tagen hat das Statistische Zentralamt die jüngsten Daten der Bruttojahreseinkommen bekanntgegeben. Und hier haben wir mit einem Bruttojahreseinkommen von 302.904,- Schilling nach Wien den zweiten Platz erreichen können. Wenngleich ich hier sagen muß, hier geht es nicht um das Medianeinkommen. Die großen Lohnunterschiede, die es ja in ganz Österreich gibt zum Beispiel zwischen Männern und Frauen, berührt das nicht. Aber wir dürfen voll Stolz melden, daß wir nach Wien den zweiten Platz erreichen konnten. Und das ist, glaube ich, wirklich eine ganz besonders erfreuliche Entwicklung.

Dazu möchte ich auch sagen, in diesem Bericht ist auch zu lesen von einer großen Mobilität der Arbeitnehmer, die wir immer gefordert haben, verlangt haben. Ich glaube, wir haben sie gar nicht verlangen brauchen. Die NÖ Arbeitnehmer sind sehr mobil. Wenn hier die Rede davon ist, daß im Bezirk Bruck a.d. Leitha 41,7 Prozent der männlichen Arbeitnehmer täglich mehr als 40 Kilometer zur Arbeitsstätte zurücklegen, der zweite Bezirk mit 41,5 Prozent ist bereits Zwettl, so zeigt das, daß die NÖ Arbeitnehmer sehr wohl bereit sind, gerade in dieser schwierigen Arbeitsmarktsituation viele Dinge auf sich zu nehmen. Denn es ist ja nicht einfach, jeden Tag so weit zu pendeln, und man sollte auch die persönliche finanzielle Belastung sehen. Wir können stolz darauf sein, daß hier so viele bereit sind, mobil in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber nicht nur das Positive an die Spitze stellen, sondern heute ganz besonders auch von Problemstellungen sprechen. Trotz zahlreicher Probleme, die von außen auf uns zukommen, haben wir vieles zustande gebracht. Und wenn ich sage, von außen sind Probleme auf uns hereingestürzt, so war das "außen" von mir nicht nur gemeint im Sinne der Geographie von anderen Ländern, sondern von außen auch im Sinne des Zeitgeistes, vor allem dieses neoliberalen Zeitgeistes. Wir haben das erleben müssen. Beispielhaft erwähne ich hier nur Semperit, erwähne ich als jüngstes Beispiel

Unifrost. Und da muß ich Ihnen ein Zitat aus dem "Standard" vor kurzem nennen, gerade zu diesem leidigen Bereich. Da ist die Rede davon, wenn Unifrost die Zahl der Mitarbeiter halbiert und das Lohnsystem umstellt, heißt es in einem Gutachten des Unternehmensberaters Roland Berger, könnte eine Umsatzrendite von 14,2 Prozent erzielt werden. Derzeit liegt dieser Wert, und das ist Unilever zu niedrig, bei knapp 8 Prozent.

Meine Damen und Herren! Es geht nicht darum, daß ein maroder Betrieb schließt, sondern daß hier noch immer zu wenig Gewinn für die Aktionäre erwirtschaftet wird, und man anderswo höhere Gewinne machen kann. Auf Kosten der Menschen und der Gemeinden in diesem Bereich. Und niemand geringerer als Erzbischof Schönborn hat diese Frage so treffend charakterisiert, als er da gemeint hat: Es ist nicht der allmächtige Gott Freier Markt, sondern die Dividendengier einiger weniger. Ich glaube, hier wird an die Verantwortlichen eines Tages die Frage zu stellen sein, ist das noch sozial verträglich oder im Umkehrschluß: Ob etwas sozial verträglich ist, ob es dem gesellschaftlichen Miteinander dient, wird hier nicht mehr hinterfragt.

Und ein zweiter Bereich: Das Unternehmen als stabiler Faktor in einem eingespielten System von Beziehungen zwischen Lieferanten, Kunden, Arbeitgebern, Arbeitnehmern und vor allem auch der Region, der regionalen Bedeutung dieses Unternehmens, das ist in diesem Denken nicht mehr gefragt. Diese eindimensionale Orientierung auf die Entwicklung der Aktienkurse gefährdet eigentlich das System der sozialen Marktwirtschaft! Ein System eines Julius Raab, eines Böhm, eines Adenauer, eines Erhard. Wo immer man hinschaut in der Nachkriegsgeschichte, ein System, das uns eigentlich Frieden und Wohlstand in Europa gebracht hat.

Und wir erleben damit heute auch vielfach Probleme für ältere Arbeitnehmer. Arbeit und Verdienste für das Unternehmen über Jahrzehnte hindurch haben in den Bereichen dieser Manager keine Bedeutung mehr. Und der Abbau von Arbeitsplätzen erfolgt durch eine ganz klare Selektion, nämlich durch das Überlassen jener der öffentlichen Hand, die über dem Zenit ihrer persönlichen Leistungskraft stehen. Die schon darüber hinausgekommen sind. Eben im Regelfall die älteren Menschen. Ältere Menschen werden damit oftmals in eine hoffnungslose Situation getrieben. Viele von Ihnen werden das auch bei Sprechtagen erlebt haben. Gerade hier dürfen wir sehr stolz auf die NÖ Landespolitik sein. Denn der jüngste Bericht - er ist in diesen Tagen erschienen

- des Arbeitsmarktservices zeigt uns etwas, worauf wir wirklich stolz sein können. Nämlich, daß wir gerade bei den Arbeitslosen über Fünfzig einen 3,4prozentigen Rückgang in der Statistik erzielen konnten. Ich möchte dieses Fähnlein nicht nur der NÖ Landespolitik anheften, sondern auch dem Arbeitsmarktservice in Niederösterreich. Ich glaube, unsere niederösterreichischen Institutionen haben hier wirklich gut zusammengearbeitet um hier dieses Ergebnis zustande zu bringen. Ich denke daher, in Zukunft wird die Frage der Einflußnahme auf die Steuerung der Beschäftigung von ganz großer Bedeutung sein.

Ein konkretes Beispiel: Das Arbeitsverfassungsgesetz stammt aus den siebziger Jahren. Die Wirtschaft hat sich Gottseidank dynamisch weiter entwickelt. Dieses Gesetz ist daher längst reformbedürftig, die Mitbestimmungsrechte in diesem Gesetz sind eigentlich hohl geworden auf Grund verschiedener struktureller Wirtschaftsentwicklungen. Wenn ich daran denke, die Frage des Franchisings ist in diesem Gesetz gar nicht berücksichtigt. Daß man auch Betriebsräte, Arbeitnehmerinteressenvertretungen, künftig aus der Summe aller Betriebe, weil ja alle als Arbeitnehmer gleich betroffen sind, entsprechend wirksam errichten kann, nur um ein Musterbeispiel herauszugreifen.

Und damit komme ich zu einem Problem, das mich besonders betroffen macht. Ich habe lange recherchiert, habe im Vorjahr zuerst im Oktober, November erste Berichte gehört. Berichte von Menschenrechtsorganisationen, die zeigen, daß westliche Sportartikelhersteller zu unsozialen, ja nicht nur unsozialen, sondern menschenverachtenden Bedingungen in Fernost, in China produzieren lassen. Die Unternehmenspolitik dieser internationalen Konzerne - und ich möchte bewußt von diesen internationalen Konzernen und nicht von der heimischen Wirtschaft sprechen - geht dahin, in Europa, in Österreich Arbeitnehmer zu entlassen und die Fertigung billigst von asiatischen Vertragsfirmen durchführen zu lassen. (*Unruhe bei der FPÖ.*) Und der Gipfelpunkt, meine Damen und Herren, ist wohl die Produktion von Sportschuhen in chinesischen Gefangenenlagern. Und wenn ich hier von chinesischen Gefangenenlagern spreche, meine Damen und Herren - ich glaube, die Freiheitlichen sollten hier besonders aufpassen - da gibt es nach diesen Berichten eine sogenannte "Administrativhaft". Ohne Gerichtsurteil, ja ohne Gerichtsverfahren wird durch die örtliche Behörde zur Umerziehung, "laodong jiaojang", wie das dort heißt, in "Umerziehung durch Arbeit" werden Menschen drei Jahre festgesetzt, ja es ist sogar ein Verlängerungsjahr

möglich, wo sie tagaus, tagein, ohne auch nur einen einzigen Tag frei zu haben, hier entsprechend arbeiten müssen. Zwangsarbeit leisten müssen. Ich glaube, diese Frage müssen wir genau untersuchen. Wir haben allein im vergangenen Jahr und in den letzten eineinhalb Jahren in Österreich über tausend Arbeitsplätze verloren. In Deutschland und vielen anderen Städten sind eine große Anzahl von Arbeitsplätzen verloren gegangen. Die Firmenmanager eines großen, bekannten Konzerns, von "Adidas", machen es sich hier sicherlich einfach, wenn der Sprecher von "Adidas" zum Beispiel wörtlich meint: Wenn man die wirtschaftlichen Vorteile nutzt, finde ich das nicht so schlecht. Das Unternehmen hat zwar nicht wie andere einen Verhaltenskodex der Vertragsfirmen für gerechte Arbeitsbedingungen unterschrieben, aber es genügt ja, wenn man wirtschaftliche Vorteile nutzen kann.

Meine Damen und Herren! Die Welt ist klein und "Adidas" ist groß. So groß, daß Fairneß und Menschlichkeit keine Rolle mehr spielen. Das drückt sich aber auch in Zahlen aus. "Adidas" konnte im Vorjahr den Firmengewinn um 50 Prozent auf 3,1 Milliarden Schilling verdoppeln. Und das, nicht die Gewinnverdoppelung, sondern wie das zustande gekommen ist, ist natürlich eine Situation, die für uns völlig unerträglich ist! Ich denke, wenn wir diese Vertragsfirmen genau untersuchen, eigentlich muß man davon sprechen, wie Banditen, die sich vor dem Sheriff fürchten, ziehen sich asiatische Unter-Auftragsnehmer aus jedem Land zurück, in dem auch nur ein Funken Demokratie Einzug hält. Und ziehen sich auf jene Länder zurück, wo das eben noch nicht der Fall ist. (*Abg. Dr. Bauer: Da muß man Ihnen gratulieren zu dieser Passage!*) Meine Damen und Herren! Und mit dem Sager, wir sind nur die Partner dieser Vertragsfirmen, wir kontrollieren nicht, was sich in den Fabriken abspielt, muß es endgültig und für immer vorbei sein! (*Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.*) Denn "Adidas" steht heute leider nicht mehr für den Namen des Firmengründers Adi Dassler, sondern steht offensichtlich heute für: "Achtung das ist direkt aus Straflagern"!

Schon einmal in diesem Jahrhundert hat man nichts von der Existenz von Straflagern gewußt. Wir haben in unserer Mediengesellschaft, bei dieser geballten Information jedenfalls nicht die Ausrede. Und das "Adidas macht frei", ich muß fragen, kommt Ihnen das bekannt vor? Heimische Arbeitsplätze abbauen, auf chinesische Arbeitslager bauen - sagen wir dieser Entwicklung den Kampf an! Mein Appell geht daher heute nicht

zuallererst an die Regierenden. (*Abg. Dr. Bauer: Das richtet sich an alle, Herr Kollege!*) Mein Appell geht zu allererst an die Konsumenten, Herr Klubobmann. Denn Adidas setzt auf Foulspiel, deshalb sollten die Konsumenten die rote Karte zücken. Ich rufe zu einem Boykott gegen Produkte aus Straflagern auf. Die Konsumenten sind durch eine schwarze Liste von den Praktiken dieser internationalen Konzerne laufend zu informieren und aufzufordern, solche Produkte zu meiden. Ich glaube, dies auch ganz besonders im Interesse unserer korrekt arbeitenden heimischen Wirtschaft. Denn wie kann denn unsere heimische Wirtschaft konkurrenzfähig sein, wenn sie sich solcher Konkurrenz gegenüber sieht? Und zum zweiten rufe ich die Sportler auf. Sport und Fairneß sind sicherlich untrennbar verbunden, gerade in der Jugend soll das verankert sein. Die Kündigung aller Sponsorverträge durch jene Sportler, die für solche Konzerne und Produkte werben, ist sicher eine wirksame Botschaft an die "Straflager-Produzenten", an die Konsumenten und auch an die politischen Verantwortungsträger. Und damit komme ich erst zu den politischen Verantwortungsträgern, nämlich zur Aufforderung an die politische Führung bei uns und in Europa, nicht länger Kottaus vor den chinesischen Machthabern zu üben. Hier gibt es ganz konkrete Ansatzpunkte. Ansatzpunkte, die jetzt schon gegeben sind. (*Abg. Haberler: Ihr sitzt doch in jeder Regierung, in Land und Bund!*)

Seit 1971 gewährt die Europäische Union aus entwicklungspolitischen Überlegungen in Entwicklung befindlichen Ländern Zollbegünstigungen bzw. überhaupt zollfreien Zugang zum Binnenmarkt. Mit Verordnung Nr.3281/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 wurde ein System allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte gewerbliche Waren mit dem Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1995 bis 1998 eingerichtet. Vollständig oder vorübergehend kann der Vorzugszoll zurückgenommen werden, bei Anwendung von Sklaverei oder Export von Erzeugnissen, die in Strafanstalten hergestellt worden sind. Diese Passage könnte ich Ihnen im Wortlaut vorlesen: Gewisse besondere Umstände können die vorübergehende Rücknahme aller oder eines Teiles der Vorteile des Schemas rechtfertigen. Dies trifft für Sklaverei und, und, und so weiter zu. Soweit diese Verordnung der EU. Schimpfen wir nicht immer über die EU. Die EU hat diese Verordnung erlassen. Machen wir Druck, daß sie auch entsprechend wirksam angewendet wird. Ich glaube, wenn wir Druck machen wollen, müssen wir von Österreich ausgehend versuchen, über die internationale Gewerkschaftsbewegung europaweit hier entspre-

chend Stimmung zu machen. Wir müssen versuchen, diese Punkte aufzuzeigen, am wirksamsten durch die österreichische Bundesregierung. Daß eben in Fällen von Zwangsarbeit bei EU-Importproduktion aktiv recherchiert wird, der Kommission die Menschenrechtsverletzungen offiziell zur Kenntnis gebracht werden. Das bewirkt mehr als wenn es "nur", unter Apostroph, Gewerkschaften tun. Wir müssen andere Staaten der Europäischen Union auffordern, bei diesen Anträgen mitzuarbeiten, einen Antrag auf Einleitung des Konstitutionsmechanismus' zu stellen. Und im Rat für die vorübergehende Rücknahme, wie ich zuvor erwähnt habe, des Präferenzzoll für Produkte aus betreffenden Staaten eintreten und diese erwirken.

Ich denke, wir würden für die heimische Wirtschaft und für die heimischen Arbeitnehmer sehr viel erreichen, wenn wir imstande sind, diesen Slogan "fair trade statt free trade" Wirklichkeit werden zu lassen. Und daher ist es eine entscheidende Aufgabe, daß wir die Rahmenbedingungen entsprechend verändern. Denn auch wenn wir noch so erfolgreich jahrelang im Land Niederösterreich Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben, müssen wir eigentlich einsehen, daß wir diesen internationalen Entwicklungen ständig gegensteuern müssen. Und mit auf Dauer nur Gegensteuern, da werden wir irgendwann einmal zu kurz kommen. Wichtig ist, daß wir europaweit, österreichweit, eine Initiative starten, um diese Rahmenbedingungen ein für allemal zum Besseren zu wenden. Vielen Dank! (*Beifall bei der ÖVP und der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte zu zwei Resolutionsanträgen Stellung nehmen. Resolutionsantrag 24 der Abgeordneten Kurzreiter und Schütz betreffend Anhebung des Vorsteuerpauschalsatzes in der Landwirtschaft. Wir werden diesen Antrag nicht nur unterstützen, ich werde diesem Antrag auch beitreten.

Resolutionsantrag 28 des Abgeordneten Schütz. Diesen Antrag werden wir ablehnen, weil wir die geplante Neuregelung des Krankenversicherungssystems als Ganzes ablehnen.

Und, Herr Kollege Dirnberger! Die Chinageschichten sind wunderschön, nur die Chinareisen-

den bitte, kommen alle aus Eurer Fraktion. Erzählen Sie es dort dem Herrn Schüssel, dem Herrn Wirtschaftslandesrat Gabmann, der Frau Prokop, die sich groß und schön abbilden haben lassen in China und unheimliche Wirtschaftsbeziehungen aufgebaut haben. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Recherchieren Sie das nach, erzählen Sie das denen. Wir fahren nicht nach China! Und sagen Sie nicht, die Freiheitlichen sollen da aufpassen, sondern sagen Sie das wirklich Ihren Regierungsgliedern! (*Beifall bei der FPÖ.*)
Wenn Sie dort Wirtschaftsbeziehungen anbahnen, ob das nicht in diesen Betrieben passiert, das wäre zu recherchieren.

Und eines muß man schon sagen. Wenn Sie das Wort "Renationalisieren" und "nationalistisch" verwechseln, dann muß ich Ihnen sagen, ist das traurig. Da gebrauche ich die Worte des Herrn Kollegen Schneeberger, ihr beide könnt Euch ja die Hand geben. So ein Abgeordneter mit dieser Diktion hat in diesem Hohen Haus nichts verloren. Das hat er gestern zu mir gesagt, ich spiele den Ball zurück. Ihr beide seid, glaube ich, wirklich nicht würdig. Wenn die Argumente ausgehen, kommen die Beschimpfungen. Der Herr Schneeberger beschimpft mich, jetzt beschimpft mich der Herr Dirnberger. Das halte ich leicht aus. Und eines verstehe ich schon: So mit einem Gehalt eines AK-Vizepräsidenten, ein bißchen einem Gewerkschaftsgehalt, ein bißchen einem Abgeordnetengehalt braucht man sich um die heimischen Arbeitnehmer keine Sorgen zu machen. Wir werden auf die österreichischen Arbeitnehmer schauen! Ein Multi und Nehmer wie der Herr Dirnberger braucht das nicht, weil im geschützten Bereich, da lebt es sich halt gut. Wie die fette Made im Speck! Und das werden wir anprangern und das werdet Ihr auch verantworten können bei der bevorstehenden Wahl. Die Arbeiter haben Euch eh nicht mehr gewählt bei der letzten Wahl! Die Arbeiter haben Euch eh nicht mehr gewählt und bei der nächsten Wahl werden Euch die Arbeiter generell alles versagen. Und das war es, Herr Dirnberger! Und nehmen Sie das zur Kenntnis und schauen Sie im Wörterbuch nach was "national" und "nationalistisch" heißt. Sie kennen, glaube ich, den Unterschied nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen damit zur Abstimmung über die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Ich ersuche den Berichterstatter, nunmehr den diesbezüglichen Antrag für die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 2.096,825.000 Schilling und Einnahmen von 64,623.000 Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Danke für diesen Antrag. Es wurde hier ein Abänderungsantrag von Kollegen Haberler gestellt zum Ansatz 78900 und zum Ansatz 78291. Ist der dem Hohen Haus bekannt? Wir brauchen ihn nicht mehr zu verlesen. Nachdem ich das annehmen darf, lasse ich als erstes über diesen Abänderungsantrag des Abgeordneten Haberler abstimmen. (*Nach Abstimmung über diesen Abänderungsantrag*): Abgelehnt! (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.*)

(*Nach Abstimmung über die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung*): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ.*)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen zur Gruppe 7. Antrag der Abgeordneten Kurzreiter, Schütz und jetzt wäre beigetreten, der Antrag wurde gestellt, der Kollege Marchat. Besteht hier ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Also Antrag Kurzreiter, Schütz, Marchat auf Anhebung des Vorsteuerpauschalsatzes in der Landwirtschaft. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen!

Resolutionsantrag der Abgeordneten Lembacher und Schütz, auch diesem ist Abg. Marchat in seiner Wortmeldung beigetreten. Besteht dagegen ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Daher Antrag Lembacher, Schütz, Marchat bezüglich Frostschäden im Weinbau. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen!

Antrag des Abgeordneten Marchat bezüglich leistungsbezogene Förderung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer und der Landarbeiterkammer aus dem Landesbudget. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt!

(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.)

Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat bezüglich Vergabe von öffentlichen Aufträgen ab dem Jahr 2003 an Firmen, die ausschließlich inländische Arbeitnehmer und EU-Bürger beschäftigen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Resolutionsantrag des Abgeordneten Schütz betreffend Neuregelung des Krankenversicherungssystems. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch, Breininger, Dkfm. Rambossek betreffend Erwerb der Länderechte an den Schiffsanlegestellen durch das Land Niederösterreich. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch, Breininger, Dkfm. Rambossek betreffend Überarbeitung des NÖ Winterfremdenverkehrskonzeptes und des touristischen Leitbildes Niederösterreich 2001. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Resolutionsantrag der Abgeordneten Hoffinger, Dkfm. Rambossek, Keusch und Ing. Dautzenberg betreffend Wettbewerbsverbesserung der Betriebe durch Steuererleichterungen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Und als letzten Resolutionsantrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Keusch betreffend Förderung des Familienurlaubes im eigenen Bundesland. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung SPÖ, FPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, LIF.)*

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Treitler, zur Gruppe 8 Dienstleistungen, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): In die Gruppe 8, Dienstleistungen, fallen die Einnahmen und Ausgaben für Liegenschaften sowie für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Im ordentlichen

Teil werden Ausgaben von 13,140.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 10,630.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,03 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 410,000.000 Schilling und Einnahmen von 415,000.000 Schilling vorgesehen. Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich ersuche den Berichterstatter, nunmehr den Antrag zu dieser Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 8, Dienstleistungen, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 13,140.000 Schilling und Einnahmen von 10,630.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 410,000.000 Schilling und Einnahmen von 415,000.000 Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für diesen Antrag. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche nunmehr den Berichterstatter, zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, beziehen sich die Ausgaben und Einnahmen auf Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, nicht aufteilbare Schulden sowie Verstärkungsmittel. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 5.141,176.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 24.784,515.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 10,66 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 39,781.000 Schilling und Einnahmen von 205,280.000 Schilling vorgesehen. Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Antragstellung und ich ersuche den Berichterstatter, den Antrag zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 5.141,176.000 Schilling und Einnahmen von 24.784,515.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 39,781.000 Schilling und Einnahmen von 205,280.000 Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen damit zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Behandlung des Dienstpostenplanes und ich ersuche den Berichterstatter, zum Dienstpostenplan 1998 zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich berichte zum Dienstpostenplan. Gemäß § 6 Abs.1 der Dienstpragmatik der Landesbeamten hat die Landesregierung alljährlich einen Dienstpostenplan zu verfassen und dem Landtag gemeinsam mit dem Voranschlag vorzulegen. Gegenüber den vom Hohen Landtag für 1997 systemisierten 18.163,5 Dienstposten und den mit Landesregierungsbeschluß zusätzlich systemisierten 4 Dienstposten werden 18.361 Dienstposten für 1998 beantragt. Dies bedeutet eine Vermehrung um 193,5 Dienstposten, das sind rund 1,07 Prozent.

Gemäß § 2 Abs.1 des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes obliegt der Landesregierung die Festsetzung des Stellenplanes für Landeslehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates. Gegenüber dem Dienstpostenplan für das Schuljahr 1996/97 ergeben sich folgende Veränderungen:

Bei Volksschulen kommt es zu einer Erhöhung der Planstellenzahl um 63. An Hauptschulen beträgt die Verminderung der Planstellen 36. Der Stellenplan der Sonderschulen ergibt eine Ausweitung der Planstellen um 15. Bei Polytechnischen Lehrgängen sinken die Planstellen um 16.

Ebenso obliegt der Landesregierung die Erstellung des Stellenplanes für Landeslehrer an Berufsschulen auf Vorschlag des Gewerblichen Berufsschulrates.

Die Berechnung für das Schuljahr 1997/1998 ergibt 831,2 Dienstposten und damit eine Verringe-

rung der Dienstposten um 51,3 gegenüber dem Schuljahr 1996/97 (882,5 Dienstposten).

Im Detail sind die Veränderungen den Motivenberichten zum Dienstpostenplan zu entnehmen. Herr Präsident, ich bitte um Einleitung der Debatte.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für den Bericht zum Dienstpostenplan. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zum Dienstpostenplan 1998 zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, den Dienstpostenplan für das Jahr 1998 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1998 sowie die im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Hohes Haus! Ich lasse nunmehr über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Punkt I bis Punkt VIII unter einem abstimmen. Der Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses liegt den Mitgliedern des Hauses in vollem Wortlaut vor. Ich glaube daher, dem Berichterstatter die Verlesung des Antrages ersparen zu können. Besteht dagegen ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher den Berichterstatter um seinen Antrag.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich beantrage, die Punkte I bis VIII des Antrages des Finanz- und Wirtschafts-Ausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des ordentlichen und außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles und des Dienstpostenplanes 1998 sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag Punkt I bis Punkt VIII.

(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voran-

schlag 1998, Punkt I bis Punkt VIII): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ.)

Der Voranschlag, Hohes Haus, ist somit verabschiedet. Zu Wort gemeldet ist der Finanzreferent des Landes.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zwei lange Arbeitstage neigen sich dem Ende zu und ich meine, wir können mit dem Ergebnis zufrieden sein. Wir haben eine Budgetdebatte hinter uns und einen Landeshaushalt 1998 unter Dach und Fach gebracht. Budget und Budgetdebatte haben eines gemeinsam: Sie mögen für all jene eine Enttäuschung sein, die sich Sensationen erwartet haben. Die Debatte war trotz natürlich vorhandener Meinungsunterschiede und kontroversieller Standpunkte im großen und ganzen von Sachargumenten getragen. Und das Budget ist, und bei einem soliden Spar- und Konsolidierungshaushalt kann es ja gar nicht anders sein, zumindest auf den ersten Blick auch wenig spektakulär.

Ich meine allerdings, nur auf den ersten Blick. Denn daß die Ausgaben nur halb so stark steigen wie die Einnahmen und daß wir im kommenden Jahr kein Maastricht-Defizit haben und damit als größtes Bundesland einen sehr wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Konvergenzkriterien zur zukünftigen europäischen Währungsunion leisten werden, das ist sicher keine Selbstverständlichkeit. Und daß dieser Kurs ohne Kürzungen im investiven Bereich eingeschlagen werden kann und daß noch dazu Akzente überall dort gesetzt werden, wo besondere Solidarität gefragt ist, beweist letztlich, viele kleine unspektakuläre Einzelmaßnahmen summieren sich zu einem doch sehr bemerkenswerten Gesamtergebnis.

Mir verbleibt nur noch, an den Schluß der Debatte einige Worte des Dankes zu stellen. Vor allem danke ich natürlich dem Hohen Landtag für die positive Beschlußfassung. Ich danke weiters für die zahlreichen positiven Anregungen und konstruktiven Anmerkungen in den Wortmeldungen und in den vielen Resolutionsanträgen. Mein Dank gilt selbstverständlich auch den Damen und Herren Regierungskollegen, an der Spitze unserem Landeshauptmann sowie den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung und vor allem in den Klubs. Denn die haben wesentlich dazu beigetragen, daß der Ablauf der

Budgetverhandlungen reibungslos vor sich gehen konnte.

Hohes Haus! Ich bin überzeugt, daß das umfangreiche Zahlenwerk, das Sie heute beschlossen und genehmigt haben, eine gute Basis für eine weitere erfolgreiche Entwicklung in unserem Land darstellt. Und an uns allen, am Landtag, der Landesregierung, der Landesverwaltung und auch an den Verantwortlichen in den Gemeinden wird es nun liegen, gemeinsam mit der Bevölkerung das Budget mit Leben zu erfüllen, in die Tat umzusetzen und die gesteckten Ziele konsequent anzustreben. Wobei uns das Motto des Landeshaushaltes 1998 den Weg zum Ziel vorgibt. Nämlich solid arbeiten und solidarisch denken und handeln. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Das Budget 1998 ist heute und hier beschlossen. Erstmals im neuen Landhaus in unserer Landeshauptstadt St. Pölten. Und zum zweiten Mal in der Mitte eines Jahres für das kommende Kalenderjahr.

Das Budget 1998, ohne eine Wertung als Präsident hier vollziehen zu wollen, ist aus meiner Sicht gesehen ein Budget der Konsolidierung, aber auch ein Budget der Chancen für die Wirtschaft, Gemeinden, für die Menschen in diesem Land.

Gestatten Sie auch mir aus der Sicht des Landtages ein Wort des Dankes. Ich danke dem Zweiten und Dritten Präsidenten für die Unterstützung bei der Vorsitzführung an diesen zwei Tagen. Ich danke aber ganz speziell allen Diskussionssteilnehmern für die sachlichen und fachlichen Beiträge, die hier, manchmal mit Emotion, engagiert im Interesse der Sache vorgetragen wurden. Ich bedanke mich beim Berichterstatter. Ich bedanke mich besonders beim Finanzreferenten des Landes Niederösterreich für die Vorbereitung dieses Budgets. Ich bedanke mich auch aus der Sicht des Landtages bei der gesamten Landesregierung. Und gestatten Sie mir auch ein Wort des Dankes an meine Mitarbeiter in der Landtagsdirektion für ihre Arbeit in Zusammenhang mit der Beschlußfassung dieses Budgets.

91 Wortmeldungen wurden zu diesem Budget im Rahmen dieser Diskussion abgegeben, zwei Abänderungsanträge gestellt, 31 Resolutionsanträge eingebracht, diskutiert, beraten und abgestimmt.

Hohes Haus! Möge der heutige Beschluß eine gute Basis für die Entwicklung des Landes 1998 sein. Ich glaube, das ist der Wunsch aller, die es diesem Land gut meinen. Ich danke Ihnen,

wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen. Die Sitzung ist geschlossen. *(Beifall im Hohen Hause. - Schluß der Sitzung um 20.47 Uhr.)*